

Roland Schönfeld (Hrsg.)

# Industrialisierung und gesellschaftlicher Wandel in Südosteuropa

**Verlag Otto Sagner München · Berlin · Washington D.C.**

Digitalisiert im Rahmen der Kooperation mit dem DFG-Projekt „Digi20“  
der Bayerischen Staatsbibliothek, München. OCR-Bearbeitung und Erstellung des eBooks durch  
den Verlag Otto Sagner:

<http://verlag.kubon-sagner.de>

© bei Verlag Otto Sagner. Eine Verwertung oder Weitergabe der Texte und Abbildungen,  
insbesondere durch Vervielfältigung, ist ohne vorherige schriftliche Genehmigung des Verlages  
unzulässig.

«Verlag Otto Sagner» ist ein Imprint der Kubon & Sagner GmbH. Roland Schönfeld - 978-3-95479-694-6  
Downloaded from PubFactory at 01/11/2019 09:41:37AM  
via free access

---

# SÜDOSTEUROPA-STUDIEN

---

herausgegeben im Auftrag der Südosteuropa-Gesellschaft  
von Walter Althammer

---

Band 42

---

---

# Industrialisierung und gesellschaftlicher Wandel in Südosteuropa

---

---

Herausgegeben von Roland Schönfeld

---

mit Beiträgen von Ljuben Berow,  
Richard J. Crampton, Sándor Gyimesi,  
Wolfgang Höpken, Raymond Hutchings,  
Dimitar W. Kinow, John R. Lampe,  
Holm Sundhaussen

**Südosteuropa-Gesellschaft  
München 1989**

**Bayerische  
Staatsbibliothek  
München**

**CIP-Titelaufnahme der Deutschen Bibliothek**

**Industrialisierung und gesellschaftlicher Wandel in  
Südosteuropa** : (Referate eines Symposions der Südosteuropa-  
Gesellschaft am 13. und 14. April 1988 in München) / hrsg. von  
Roland Schönfeld. Mit Beitr. von Ljuben Berow ... - München :  
Südosteuropa-Ges., 1989

(Südosteuropa-Studien ; Bd. 42)

ISBN 3-925450-15-7

NE: Schönfeld, Roland [Hrsg.]; Berow, Ljuben [Mitverf.]; Südosteuropa-  
Gesellschaft; GT

© 1989 by Südosteuropa-Gesellschaft, D-8000 München

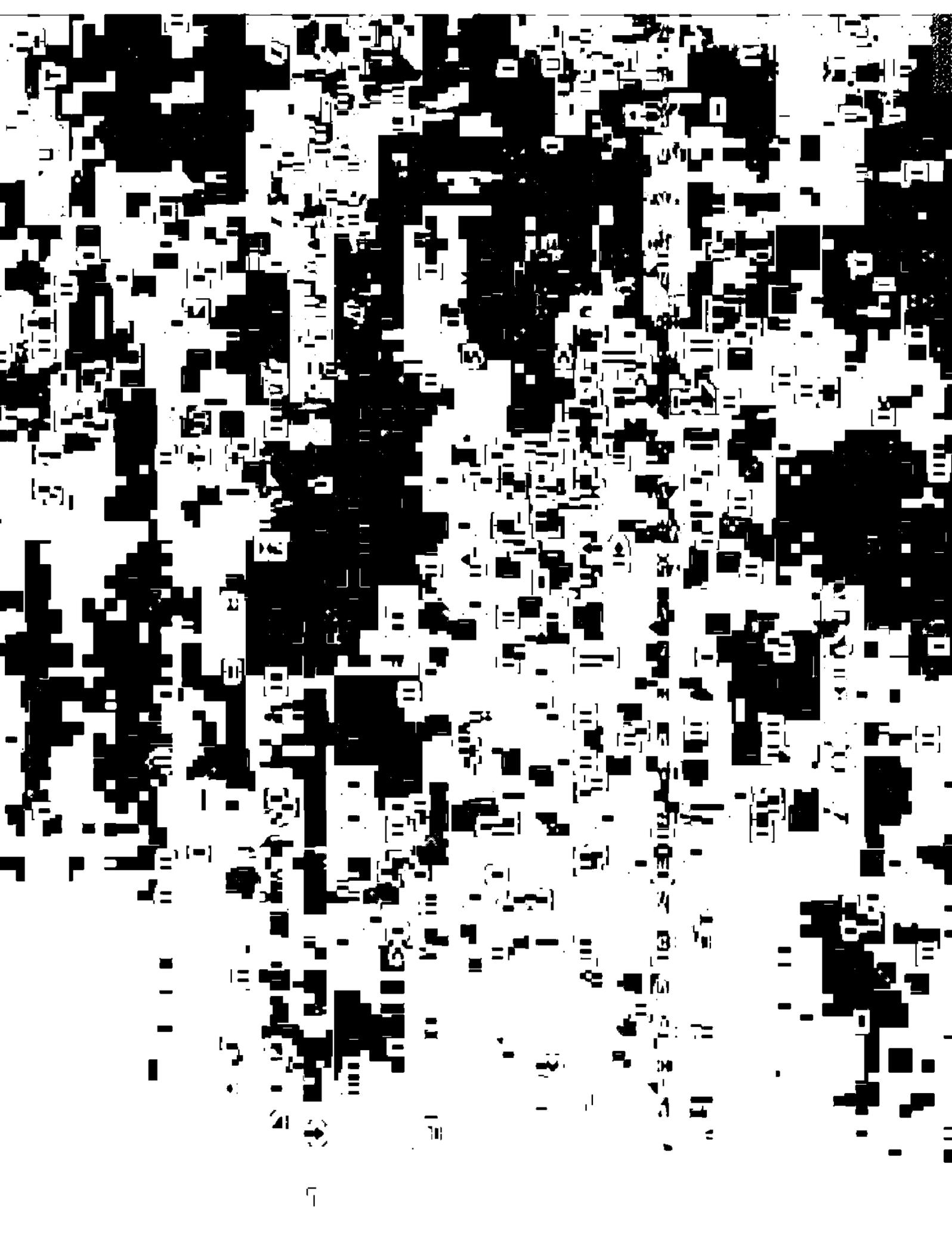
Alle Rechte vorbehalten

Gesamtherstellung: prograph gmbH, D-8000 München

## VORWORT

Dieser Band enthält die von den Autoren nach der Diskussion überarbeiteten Referate eines Symposions der Südosteuropa-Gesellschaft und des Südost-Instituts, das am 13. und 14. April 1988 in der Carl Friedrich von Siemens-Stiftung in München stattfand. Es vereinte Wirtschafts- und Sozialhistoriker aus Bulgarien, Großbritannien, Ungarn, den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland zu einem Meinungsaustausch, der die 1982 mit dem ersten Münchner Symposion zur Gegenwartsforschung Südosteuropas begonnene Reihe internationaler Konferenzen fortsetzte. Auch diesmal bewährte sich die freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen Südosteuropa-Gesellschaft und Südost-Institut, diesen von ihrer Aufgabenstellung her verschiedenen und doch dem gleichen Forschungsobjekt verpflichteten, bundesgeförderten wissenschaftlichen Einrichtungen. Die anregende Atmosphäre der Carl Friedrich von Siemens-Stiftung trug zum Erfolg dieser gemeinsamen Unternehmung erheblich bei. Der Stiftung, den Referenten des Symposions und Autoren dieses Bandes wie auch den Mitarbeitern der Südosteuropa-Gesellschaft sei bei dieser Gelegenheit herzlich gedankt.

Dr. Roland Schönfeld  
Südosteuropa-Gesellschaft





# INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort .....	5
<b>ROLAND SCHÖNFELD</b>	
Einführung .....	9
<b>SÁNDOR GYIMESI</b>	
Motive und Probleme der Industrialisierung in den Staaten Südosteuropas bis zum Ersten Weltkrieg .....	11
<b>JOHN R. LAMPE</b>	
Belated Balkan Modernization and the Consequences for Communist Power, 1918—1948 .....	21
<b>HOLM SUNDHAUSSEN</b>	
Die verpaßte Agrarrevolution. Aspekte der Entwicklungsblockade in den Balkanländern vor 1945 .....	45
<b>LJUBEN BEROW</b>	
Industrialisierungspolitik und soziale Veränderungen in Bulgarien zwischen den beiden Weltkriegen .....	61
<b>WOLFGANG HÖPKEN</b>	
Modernisierung, Tradition und sozialer Wandel in Bulgarien seit dem Zweiten Weltkrieg .....	87
<b>DIMITAR W. KINOW</b>	
Die bulgarische Industrie unter den neuen Bedingungen der Leitung .....	103
<b>RAYMOND HUTCHINGS</b>	
Albanian Industrialization: Widening Divergence From Stalinism ..	109
<b>RICHARD J. CRAMPTON</b>	
Modernization: Conscious, Unconscious and Irrational .....	125
Autorenverzeichnis .....	135
Register .....	136



ROLAND SCHÖNFELD

## Einführung

Kein Phänomen der modernen Wirtschaftsgeschichte hat die ökonomische und soziologische Forschung so intensiv beschäftigt wie die gewaltige Dynamisierung der Güterproduktion im 19. und 20. Jahrhundert, die wir den Industrialisierungsprozeß nennen. Eine kaum noch übersehbare Fülle von Literatur über dieses nach wie vor beherrschende Thema täuscht leicht darüber hinweg, daß die Voraussetzungen wie auch die Folgen des „modernen Wirtschaftswachstums“ weithin ungeklärt sind. Trotz immer neuer methodischer Ansätze zur Analyse wirtschaftlicher Entwicklung wissen wir wenig über die ökonomischen, sozialen, kulturellen und geistigen Bedingungen der Industrialisierung. Das Geflecht der Wechselwirkungen (Interaktionen) zwischen industrieller Entwicklung und gesellschaftlichem Wandel scheint kaum entwirrbar und ist offenbar auch noch von Land zu Land unterschiedlich. Der immer rascher wachsende Abstand zwischen den vergleichsweise wenigen wohlhabenden Industrie- und der großen Zahl armer, verschuldeter und wirtschaftlich rückständiger Staaten, die wir verschämt als „Entwicklungsländer“ bezeichnen, zeigt unsere Ratlosigkeit. Nach einem Jahrhundert des ungetrübten „Wachstumsfetischismus“, der sich von fortschreitender „Modernisierung“ der Volkswirtschaften die Lösung aller ökonomischen und sozialen Probleme versprach, sind uns auch noch Zweifel am Nutzen, an der Fortsetzbarkeit und am Sinn dieses Prozesses gekommen. Das Wirtschaftswachstum und damit auch die Überwindung der Armut in der Welt scheinen durch die Erschöpfbarkeit der Ressourcen, unser Wohlstand und die materielle Zukunftssicherung durch die an unserer Lebensumwelt verursachten Schäden gefährdet. So erweckt die von Automatisierung, elektronischer Datenverarbeitung, Biotechnologie und der Entdeckung des Weltraums getragene „Zweite industrielle Revolution“, in der wir uns befinden, weithin weniger Hoffnungen als Ängste. Das Selbstvertrauen, mit dem die industriell entwickelten Länder nach der Darstellung von Karl Marx den weniger entwickelten „das Bild der eigenen Zukunft“ zeigten, ist uns weitgehend abhanden gekommen.

Tatsache ist, daß wir dem Großteil der Weltbevölkerung, der unter menschenunwürdigen wirtschaftlichen Bedingungen zu leben gezwungen ist, kein anderes Modell zur Überwindung ihrer Not und Armut anzubieten vermögen als unsere eigene, von der Industrialisierung geprägte Entwicklung. Es gibt kein Fallbeispiel in der Wirtschafts- und Sozialgeschichte, wo eine nennenswerte Zunahme des Wohlstands breiter Massen und damit der Übergang zu erträglichen, materiell gesicherten Lebensumständen ohne die Nutzung moderner, industriell gefertigter Produkte, insbesondere den Einsatz von Maschinen in allen Wirtschaftssektoren erreicht worden wäre. Es gibt und gab verständlicherweise auch kein Entwicklungsland, das auf die Wohlstand, soziale Befriedung und internationales Ansehen verheißende Wachstumsbeschleunigung durch die Einleitung eines Industrialisierungsprozesses trotz Kenntnis der negativen Auswirkungen verzichten möchte. Je stärker sich das Wissen um die Lebensmöglichkeiten in den

Industrielländern verbreitet, umso mehr wächst die Unzufriedenheit mit den Zuständen im eigenen Lande und der Wunsch, die wirtschaftliche Misere und damit auch die Abhängigkeit von den entwickelten Ländern und den von diesen beherrschten internationalen Organisationen zu beseitigen. Somit ist die Beantwortung der Frage nach den Bedingungen und Voraussetzungen einer industriellen Entwicklung und den damit verbundenen gesellschaftlichen Umwälzungen nicht nur von wissenschaftlicher, sondern auch von eminent politischer Bedeutung.

Im speziellen Falle der südosteuropäischen Länder haben wir trotz einiger grundlegender Untersuchungen von Gross, Evelopidi, Hertz, Rosenstein-Rodan und anderen in der Zwischenkriegszeit und einer erfreulichen Zunahme der Forschungsintensität in den siebziger und achtziger Jahren immer noch beträchtliche Defizite der wirtschafts- und sozialhistorischen Analyse festzustellen. Dies hat mit der immer noch weitverbreiteten Unterschätzung dieser Region als Forschungsgegenstand zu tun, aber auch mit einer hier besonders starken Anhäufung objektiver Hindernisse, die von mangelnden Sprachkenntnissen über die Unzugänglichkeit mancher Archivbestände bis zu den Lücken und der geringen Verlässlichkeit des statistischen Materials reichen. Dabei ergeben sich gerade hier besonders interessante und bisher weitgehend unbeantwortete Fragen:

Aus welchen Ursachen vermochten die südosteuropäischen Länder den in Mittel- und Westeuropa so erfolgreich absolvierten Industrialisierungsprozeß nicht rascher nachzuvollziehen? Weshalb stagnierte die wirtschaftliche Entwicklung in einer Region, die nach den von Edgar Salin gewählten Kriterien immerhin zu den „Zonen potentieller Industrialisierung“ gezählt werden mußte, deren „Rohstoffvorkommen beim Einsatz hinreichender Kapital-, Arbeits- und Energiekräfte eine Industrialisierung als möglich“ erscheinen ließen? Welchen Einfluß hatte die jahrhundertlange Abschottung des vom Osmanischen Reich besetzten Teils dieser Region von den geistigen Strömungen und wissenschaftlichen Fortschritten Westeuropas auf das Heranreifen der Vorbedingungen des Wachstums, eine Phase, die nach Walt Rostow dem „Take-off“ des sich selbst nährenden wirtschaftlichen Wachstums vorangehen muß? Wurde der Aufbau nationaler Industriezweige in Ungarn durch die Zugehörigkeit zur Habsburger Monarchie und deren großen Kapital- und Gütermarkt eher gefördert oder beeinträchtigt?

War die Bildung kleiner Nationalstaaten und deren ausgeprägte Schutzzollpolitik nach dem Ersten Weltkrieg dem Modernisierungsprozeß zuträglich? War der erfolgreiche Industriesaufbau und der erzwungene gesellschaftliche Strukturwandel bei zentralisierter staatlicher Planung und Leitung der sozioökonomischen Prozesse die einzig denkbare Alternative zum ausgeprägten Interventionismus und Dirigismus der Zwischenkriegszeit? Bietet das System der sozialistischen Wirtschaftslenkung ein ausreichendes Instrumentarium für die Bewältigung der in der „Zweiten Industriellen Revolution“ notwendigen Anpassungsvorgänge?

SÁNDOR GYIMESI

## Motive und Probleme der Industrialisierung in den Staaten Südosteuropas bis zum Ersten Weltkrieg

Wenn wir über die Industrialisierung der Länder Südosteuropas sprechen, dann denken wir eigentlich an die Herausbildung der modernen, mechanisierten Großindustrie. In der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg können wir jedoch noch nicht von industrieller Revolution sprechen. Dazu fehlt eine die ganze Wirtschaft durchformende Wirkung der modernen Industrie. Außerdem ist es — wie wir sehen werden — fraglich, ob wir die Industrialisierung dieser Region verstehen, wenn wir ausschließlich die Großindustrie untersuchen<sup>1</sup>.

Die Herausbildung der mechanisierten Großindustrie in den vier untersuchten Ländern (Bulgarien, Griechenland, Rumänien und Serbien) kann ziemlich spät datiert werden. In Bulgarien war zur Zeit der Erlangung der Unabhängigkeit 1878 die Großindustrie mit vier Tuchfabriken, zwei Papierfabriken, einer Glasfabrik, einer Seidenweberei und mit einigen Mühlen und Schnapsbrennereien vertreten. Ähnlich bescheiden ist auch der Beginn in Serbien. 1880 waren nur eine Eisengießerei, eine Ziegelfabrik, zwei Sägewerke, zwei Schnapsbrennereien und einige Dampfmühlen vorhanden<sup>2</sup>. In Griechenland haben 15 Textilbetriebe, drei Lederfabriken, drei Eisengießereien und drei Chemiefabriken Dampfmaschinen betrieben. Außer diesen war die Großindustrie noch mit 18 Dampfmühlen vertreten. Günstiger war die Lage in Rumänien, wo die Zählung 1863 in 171 Betrieben Dampfmaschinen anzeigt<sup>3</sup>. Der größte Teil dieser Betriebe war von kleinem Format, nur in der Mühlen- und Zuckerindustrie können wir von einem Beginn der Großindustrie sprechen.

Nach diesen bescheidenen Anfängen haben die Jahrzehnte bis zum Ersten Weltkrieg bedeutende Ergebnisse gebracht. Vor allem nach der Jahrhundertwende war der Aufschwung markant. Obwohl man vergleichende Angaben für die Zeit vor der Jahrhundertwende schwer finden kann, zeigen die Daten diese

<sup>1</sup> Über die Industrialisierung der Balkanstaaten stehen zwei ausgezeichnete Gesamtdarstellungen zur Verfügung: John R. Lampe — Marvin R. Jackson: *Balkan Economic History 1550—1950*, Bloomington, 1982, und Iván T. Berend: *Az iparosodás kudarca: az önálló, modern nemzetgazdaság kezdetei a Balkánon*. (Der Mißerfolg der Industrialisierung: Die Anfänge der selbständigen, modernen Nationalwirtschaft im Balkan.) In: Iván T. Berend — György Ránki: *Európa gazdasága a 19. században*. (Die Wirtschaft Europas im 19. Jh.) Budapest, 1987. Ich habe den Feststellungen der beiden Werke viel entnommen.

<sup>2</sup> Iván T. Berend — György Ránki: *Közép-Kelet-Európa gazdasági fejlődése a 19—20. században*. (Die wirtschaftliche Entwicklung Mittel- und Osteuropas im 19.—20. Jh.) Budapest, 1969. S. 163 ff., Sz. Babanaszisz: *Az ipari forradalom Görögországban*. (Die industrielle Revolution in Griechenland.) In: *Gazdasági elmaradottság, kiutak és kurarcok a XIX. századi Európában*. (Wirtschaftliche Zurückgebliebenheit, Auswege und Mißerfolge in Europa im 19. Jh.) Budapest, 1979. S. 390 ff.

<sup>3</sup> Sz. Babanaszisz. op. cit. S. 388., I. T. Berend — Gy. Ránki: op. cit. S. 162 ff., Ivan Sakâzov: *Bulgari-sche Wirtschaftsgeschichte*, Berlin u. Leipzig, 1929. S. 278.

Tendenz deutlich an. Z. B. gab es in Serbien 1910 zusammen 470 Großbetriebe mit 14 000 Beschäftigten, was gegenüber dem Zustand 30 Jahre zuvor eine vielfache Steigerung ist. In Bulgarien vervielfachte sich zwischen 1894 und 1911 die Anzahl der Großbetriebe und der Beschäftigten (die Anzahl der Betriebe steigt auf 345 mit ca. 16 000 Arbeitern). Griechenland zeigt zwischen 1876 und 1917 (1917 mit 222 Großbetrieben und 20 000 Arbeitern — ohne die Gebietszunahme von Thessalien 1889) wie Rumänien (1915 mit 635 Betrieben mit 53 000 Arbeitern) ein ähnliches Wachstum. Der kurze Aufschwung der Großindustrie zu Beginn des 20. Jahrhunderts hat in Bulgarien eine jährliche Produktionssteigerung um 14,3%, in Serbien um 12,5% und in Rumänien um 7% gebracht. Die Steigerung der industriellen Produktion in Griechenland vollzog sich ähnlich wie in Rumänien; hier ist ein rascher Aufschwung zu Beginn des 20. Jahrhunderts nicht festzustellen, die Wachstumsrate zwischen 1877 und 1917 beträgt 4,7%<sup>4</sup>. Die absoluten Zahlen dagegen, die hinter dem imposanten Aufschwung stecken, machen uns vorsichtig bei der Wertung dieses Prozesses, denn zu dieser Zeit gibt es in westeuropäischen Ländern Großbetriebe, in denen die Gesamtzahl der Arbeiter von Bulgarien, Serbien und sogar von Griechenland beschäftigt werden könnte. Nur Rumänien zeigt eine stärkere Industrie. Das ist auch so, wenn wir in Betracht ziehen, daß es um kleine Staaten geht: Im Jahr 1910 hatte Bulgarien 4,3, Serbien 2,9, Griechenland 2,8 (ohne Thessalien ca. 2,0) und Rumänien 7,0 Millionen Einwohner<sup>5</sup>. Wenn wir das Verhältnis der Industrie zu der Wirtschaft des gegebenen Landes betrachten, zeigt sich, daß der Anteil der Industrie am Bruttosozialprodukt 1910 — den Bergbau miteingeschlossen — in Serbien mit nur 14% am geringsten war. Auf dem gleichen Stand war Bulgarien mit 15%. Griechenland (18%) und Rumänien (20%) zeigen ein besseres Verhältnis<sup>6</sup>.

Das Verhältnis der in der Industrie Beschäftigten zur Gesamtbevölkerung ist ebenfalls gering. In der vorigen Reihenfolge der Länder: 7, 10, 13 und 10%. Wir müssen noch in Betracht ziehen, daß innerhalb der Industrie der Anteil der Kleinindustrie immer eine bedeutende Rolle gespielt hat. In Griechenland und Rumänien — vielleicht auch in Serbien — arbeiteten zwei Drittel der Beschäftigten der Industrie in Betrieben der Kleinindustrie und des Handwerks. In Bulgarien, das eine starke Handwerkstradition hatte, war diese Zahl fünf Sechstel oder noch höher<sup>7</sup>. Die Heimindustrie, welche eine große Bedeutung für die innere Versorgung hatte, ist ebenfalls nicht zu unterschätzen. Sogar in Bulgarien oder Makedonien spielte sie in der Textilindustrie (Spinnereien) eine große Rolle. Sie haben wir nicht einmal berücksichtigt.

<sup>4</sup> John R. Lampe: Varieties of Unsuccessful Industrialization: The Balkan States Before 1914. *Journal of Economic History*, 1975. S. 60, K. Moszkof: Hé ethnike kai koinoniké syneidese sten Hellada 1830—1909. Athen, 1974. S. 169.

<sup>5</sup> B. R. Mitchell: *European Historical Statistics 1750—1970*. New York, 1975. S. 19, 26, 84, 108.

<sup>6</sup> I. T. Berend — Gy. Ránki: *Gazdasági elmaradottság . . . (Wirtschaftliche Zurückgebliebenheit . . .)* S. 158.

<sup>7</sup> *Sztatiszticeszki Godisnik na Bolgarszkote Cartsztva*, 1911. Szofia, 1912. S. 392, N. N. Constantinescu: *Contribuții la istoria capitalului strain in Romania*. Bukarest, 1939. S. 141, I. T. Berend — Gy. Ránki: *Európa gazdasága a 19. században*. Budapest, 1987. (Die Wirtschaft Europas im 19. Jh.) S. 639 ff.

Aus den obengenannten Angaben folgt direkt die in breiten Kreisen verbreitete Feststellung, daß in der Wirtschaft der Balkanländer vor dem Ersten Weltkrieg keine radikale Umwandlung vor sich ging. Das Übergewicht der Agrarsphäre ist geblieben und die traditionellen Formen waren noch stark ausgeprägt (nicht nur bei der Industrie).

Die Untersuchung des Wertes der Industrieproduktion pro Kopf verstärkt das Bild der ungenügenden Industrialisierung. 1900 betrug der Wert der Industrieproduktion pro Kopf nur ein Drittel bis die Hälfte des europäischen Standards<sup>8</sup>. Der schon erwähnte „kleine Aufschwung“ hat die Lage ein bißchen verbessert (das Wachstum war stärker als der europäische Durchschnitt), aber nicht grundlegend verändert.

Diese Entwicklung hat nicht nur diese Länder am Rande der wirtschaftlichen Peripherie belassen, sondern war auch kaum genug für ein sich selbst erhaltendes Wachstum. Wir müssen noch dazu sagen, daß das industrielle Wachstum mit dem Aussterben der traditionellen Produktionsformen verbunden ist. Dieser Prozeß war in Griechenland und in Bulgarien so stark — vor allem zu Beginn — daß das Wachstum der Fabrikindustrie dieses Aussterben nicht kompensieren konnte. In Griechenland z. B. konnte die Größe des Industriekapitals nur 1889 den Stand von 1815 erreichen<sup>9</sup>.

Noch überraschender ist, daß in diesen Ländern — trotz des stark angewachsenen Agrarexports — die Gesamtleistung der Wirtschaft ebenfalls kein günstiges Bild zeigt. Die Berechnungen für das Wachstum des Bruttosozialprodukts zeigen, daß sich zwischen 1860 und 1910 in Serbien und Bulgarien das Sozialprodukt verdoppelt hat, in Griechenland und in Rumänien stieg es auf das 2,5fache<sup>10</sup>. Letzteres entspricht dem europäischen Durchschnitt. Die rasche Bevölkerungszunahme in Betracht gezogen, wurde das Bruttosozialprodukt pro Kopf geringer. So ist dieser relativ große Unterschied zwischen den Balkanländern und Westeuropa nicht verschwunden, sondern wurde größer. Wir können mit Recht von einem Mißerfolg der Entwicklung sprechen<sup>11</sup>.

Wir haben also eine wachsende und zu industrialisierende Region, in der die Entwicklung mit einem größer werdenden Rückstand verbunden ist. Dieses Paradoxon hat die Wissenschaft mit Hilfe der Untersuchung der Faktoren der Industrialisierung zu lösen versucht.

Die nächstliegende Erklärung hängt mit der späten Entwicklung zusammen. Das bedeutet nicht nur, daß diese Länder einen langen Weg gehen mußten, um die anderen einholen zu können. Damit war verbunden, daß das Bevölkerungswachstum früher vor sich ging als die Industrialisierung und das hat die Ergebnisse verschlechtert. Der Import der entwickelteren westlichen Industrieprodukte hatte ebenfalls negative Wirkungen. Dies alles ist keine genügende Erklärung.

<sup>8</sup> Paul Bairoch: Europe's Gross National Product 1800—1975. *Journal of Economic History*, 1973, S. 137 ff. Sakázov: op. cit. S. 277.

<sup>9</sup> Moszkof: op. cit. S. 169.

<sup>10</sup> P. Bairoch: *Commerce extérieur et développement économique de l'Europe au XIX<sup>e</sup> siècle*. Paris, 1976. S. 154.

<sup>11</sup> R. Lampe: op. cit. S. 59.

rung, und diese Faktoren waren nicht in jedem Falle hemmend: der Zuwachs der Bevölkerung kann zum Beispiel auch ein Faktor für die Industrialisierung sein.

Die Industrialisierung hing im allgemeinen mit der Herausbildung der Nationalstaaten zusammen. Wie wir gesehen haben, kann man vor der Erlangung der Unabhängigkeit kaum vom Anfang der modernen Industrie sprechen. Die erreichte Unabhängigkeit hat für diese Länder die Einbeziehung in den Welthandel möglich gemacht. Für die moderne Industrie haben die Verbindungen des Weltmarkts ausschlaggebende Bedeutung. Der Weltmarkt benötigte vor allem Agrarprodukte und Bodenschätze aus den Balkanstaaten.

Von den Bodenschätzen ist vom Standpunkt der ausländischen Kapitalinvestitionen, der Exportproduktion und des Volumens das rumänische Erdöl am bedeutendsten. Die Erdölfelder von Ploesti und Prahovo hat man in den 1860er Jahren entdeckt, aber der Ausbau wurde erst ab 1895 bedeutend gefördert. Das investierte Kapital war zu mehr als 90% in ausländischer Hand, vor allem in deutscher, aber auch das französische, holländische und amerikanische Kapital war von Bedeutung. Der größte Teil der Produktion wurde exportiert. 1911 waren dies 12% des Gesamtexports des Landes<sup>12</sup>. Ungefähr den gleichen Anteil hatte die Erdölförderung und -verarbeitung am Wert der Industrieproduktion des Landes. Trotz der Tatsache, daß sie der am schnellsten wachsende Industriezweig war, konnte sie keine induktive Rolle spielen: Das ausländische Kapital war nur an der Förderung interessiert und nicht an der Raffinierung und Verarbeitung; sogar am Bau der Schwarzmeerleitung hat es kein Interesse gehabt.

Eine andere große Investition des ausländischen Kapitals war der Ausbau des Bergbaus für Buntmetall, Eisenerz und Kohle in Serbien. Es handelte sich fast ausschließlich um ausländisches Kapital und machte ein Viertel bis ein Fünftel der gesamten serbischen Industrieinvestitionen aus. Gegenüber dem rumänischen Erdöl war sie allerdings gering (185 bzw. 17 Millionen). Auf der Förderung basierend sind keine heimischen Verarbeitungsanlagen zustande gekommen, und wegen des niedrigen Kapitalertrages konnte es sowieso nicht Ansporn für eine größere Industrieentwicklungen sein (der Produktionswert war das 0,3fache des investierten Kapitals; ähnliches gilt für die serbische Lebensmittelindustrie mit dem 1,7fachen)<sup>13</sup>.

Die dritte Bergbauregion, die für den Export arbeitete, war für den Abbau von Erzen und Kohle Lavrion in Griechenland. Der größte Teil dieser Region war in griechischem Besitz, daneben hat das französische Kapital Bedeutung. Hier war am Anfang der Export der Ansporn der Produktion, aber langsam entwickelte sich auch die heimische Metallverarbeitung.

Die Aufnahmefähigkeit des Weltmarkts hat sich vom Volumen her im Agrarsektor im größeren Maße gezeigt. Der Export der Balkanstaaten hatte starken Agrarcharakter. Bei Rumänien und Bulgarien bedeutet das vor allem Getreide, es machte zwei Drittel bis drei Viertel des Exports aus<sup>14</sup>.

<sup>12</sup> Anuarul statistical Românici. 1911. Bukaresti, 1912. S. 471.

<sup>13</sup> Nach den Tabellen von Lampe — Jackson: *Balkan Economic History*, S. 243, 250.

<sup>14</sup> Lampe — Jackson: *op. cit.* S. 169.

Serbische Tiere und Tierprodukte — Schweine und Fleisch bzw. Speck — hatten einen Wert von 30—45% und überholten damit den sowieso bedeutenden Getreideexport. In Griechenland hatte im letzten Jahrzehnt des Jahrhunderts der Export von Rosinen die Hälfte des Exports ausgemacht, von der Jahrhundertwende an bekommen Olivenöl, Tabak und Wein eine größere Rolle. Die vier Produkte zusammen bedeuteten mehr als zwei Drittel des Gesamtexports<sup>15</sup>.

Der Agrarexport konnte auf zwei Weisen direkte Wirkung auf die industrielle Entwicklung haben. Die erste ist die verarbeitende Industrie, basierend auf diesen Exportgütern. Wenn wir die Struktur der einzelnen Branchen der Länder betrachten, dann zeigt sich, daß die Lebensmittelindustrie wirklich der stärkste Zweig ist, in Rumänien mit mehr als einem Drittel der Produktion, in anderen Ländern mit mehr als der Hälfte.

Diese Industrie hat jedoch keinen Großindustriecharakter: dafür ist auch nicht jeder Exportartikel geeignet. Die griechischen Rosinen und ein bedeutender Exportartikel, die serbische Dörrpflaume, wurden nur in der Heimindustrie hergestellt. Die griechische Öl-, Wein- und Tabakindustrie hat Kleinindustriecharakter, sogar noch 1920 kommen fünf bis sechs Männer auf einen Betrieb. Sie beschäftigte ein Viertel der Industriearbeiter, aber das entspricht nur 8,4% der Betriebskraft in HP<sup>16</sup>.

Serbien hat während des Zollkrieges mit Österreich-Ungarn von 1895—1896 seine Fleischverarbeitung gesteigert. Einige größere Schlachthöfe und Verarbeitungsbetriebe sind dort zustande gekommen, aber der Fleischexport blieb ein Bruchteil des Exports lebender Tiere.

Die Basis für die Organisierung der Großindustrie hätte die Mühlenindustrie werden können. Dazu hatte Rumänien die besten Chancen und errang bis 1910 den vierten Platz im Getreideexport der Welt. Eine bedeutende Mühlenindustrie ist ausgebaut worden, die bukarester Mühlen waren die größten auf dem Balkan. Trotzdem hatte der Mehlexport innerhalb des Getreideexports nur einen Anteil von 8%. Der Grund dafür ist wahrscheinlich, daß sie Mehl in der von anderen gewünschten Qualität und Sorte nicht herstellen konnten. Am Ende des Jahrhunderts konnte man mit Neuerungen der Mühlentechnik 12 bis 20 Sorten Mehl herstellen. Dies aber bedurfte eines komplizierten Mahlverfahrens und eines modernen Maschinenparks, und die Mühlen auf dem Balkan konnten dem Wettbewerb mit den ungarischen Mühlen, die die mitteleuropäischen Märkte beherrschten, nicht standhalten.

Eigentümlich war die Lage der großen bulgarischen Mühlen. Sie konnten fast 50% ihrer Produktion exportieren. Solange sich der rumänische Export nach West- und Mitteleuropa richtete, war das Türkische Reich der Markt des bulgarischen Mehls, wo sie einen bescheideneren Anspruch der Konsumenten befriedigen mußten. Das wiederum war kein Ansporn für die technische Entwicklung<sup>17</sup>.

<sup>15</sup> Babanaszisz: *op. cit.* S. 415.

<sup>16</sup> J. Anasztaszopuloscz: *Historia des hellenikas biomechanias 1840—1940*. Athen, 1946. S. 1003.

<sup>17</sup> J. Y. Talor — J. Ivănescu: *Industria morăsitului în România*. 1941. S. 15—26, K. Popoff: *La Bulgarie économique*. Paris, 1920. S. 366.

Der Ersatz der Rohprodukte des Agrarexports durch verarbeitete Produkte kann also kein richtiger Motor für die industrielle Entwicklung sein. Es bleibt die Untersuchung der zweiten direkten Wirkung: die mögliche Industrialisierung auf der Basis der Befriedigung der durch den Agrarexport hervorgerufenen Bedürfnisse.

Die Quelle des Agrarexports war die steigende Warenproduktion von Agrargütern, es existierten aber zwei Typen der Erzeuger. In Griechenland und noch mehr in Rumänien waren Großgüter dominierend, die Einnahmen konzentrierten sich auf einige Gutsbesitzerfamilien. Eine pompöse Manifestation ihres Reichtums und Anspruchs sind ihre Bauten. Die rumänischen Gutsbesitzer zogen nach Bukarest und bauten dort Schlösser, die in jeder Beziehung den westeuropäischen Anforderungen entsprachen. Zusammen mit den öffentlichen Bauten machten sie Bukarest zur reichsten und größten Stadt auf dem Balkan. Die Bauindustrie ist in dieser Zeit noch weit von großbetrieblichen Formen entfernt; wo die Wirkung dieser Bautätigkeit zu spüren ist, das ist die Baustoffindustrie. Ihre Produktion verdoppelte sich zwischen 1901 und 1915 in Rumänien, das investierte Kapital (40 Millionen) war das Vierfache der Baustoffindustrie von Bulgarien und Serbien. Das in den Händen der Großgrundbesitzer konzentrierte Kapital konnte auch direkt in die Industrieunternehmen fließen. Als Beispiel erwähnen wir die von I. A. Cantacuzino in Braila gegründete Portlandzementfabrik.

Den anderen Typ der Agrarproduktion vertreten Bulgarien und Serbien, wo die Bauernhöfe in der Mehrzahl waren. So kam der Nutzen der Exportproduktion den Bauern zugute, deren Konsumtion dadurch den traditionellen Rahmen überstieg und so einen erweiterten inneren Industrie- oder Gewerbeartikelmarkt zustandebrachte. Diesen gesteigerten Bedarf zu ermessen ist sehr schwer, aber man kann Schlüsse ziehen aus den vielen Märkten, dem sprunghaften Ausbau von Ladennetzen und dem Verkauf von Industrieprodukten in diesen Läden. Das geschah z. B. in der Mitte des letzten Jahrhunderts in Serbien, welches sich zu Beginn des 19. Jahrhunderts dem internationalen Schweineexport angeschlossen hatte. Die Befriedigung der so entstandenen Bedürfnisse kann man auf zwei Wegen lösen. Einerseits mit der Entwicklung der heimatischen Industrie. In unserem Falle hat das die Verbreitung des Handwerks ermöglicht. Mehr war der zweite Weg dominierend: nämlich die Bedürfnisse aus Importen zu decken. Das aber hat gegen den Expansionseffekt des inneren Marktes gewirkt. Die Handelsbilanz widerlegt den Wert der Wirkung der Exporteinnahmen auf die Industrialisierung. Zwischen 1886 und 1911 hatte Griechenland fortwährend Defizite, Rumänien bis 1901, dann hatte es einen bedeutenden Überschuß. Bulgarien hatte nur von 1896—1905 einen Überschuß. Das günstigste Bild zeigt Serbien mit einem bescheidenem, aber fortwährendem Exportüberschuß<sup>19</sup>.

<sup>18</sup> Statisticheski Godisnik na Bolgarskote Carstvo 1911. Sofia, 1912. S. 267, Statistički Godišnjak Kralvte Srbije 1908. Belgrad, 1913. S. 216, N. P. Arcadian: Industrializarea Românicii. 1936. S. 125 ff.

<sup>19</sup> R. Lampe: op. cit. S. 63.

Der Verlauf der Exporteinnahmen steht in Rumänien im Einklang mit dem „kleinen Aufschwung“. In Griechenland und Bulgarien wird das Wachstum nicht begünstigt.

Wir gelangen nun zu der Frage der Finanzierung der Industrialisierung, zum Kapitalexport als einem beschleunigenden Faktor. Den Einfluß des produktiven Kapitals auf den Bergbau, d. h. auf einen Exportsektor, haben wir schon gesehen. Darüber hinaus ist in der bulgarischen und serbischen Industrie das ausländische Kapital nicht bedeutend, aber es ist vorhanden. In Griechenland sind dagegen zwei Drittel, in Rumänien 80% dieser Investitionen in ausländischer Hand<sup>20</sup>.

All diese Summen sind sehr gering neben den riesigen staatlichen Anleihen. Sogar in Rumänien betragen sie das Vierfache der Summen, die in die Industrie gesteckt wurden. In Griechenland ist dieses Verhältnis ähnlich, in Bulgarien beträgt es schon das Zehnfache, in Serbien das Siebzehnfache. Diese Gelder wurden nur von Rumänien klug angelegt: die Infrastruktur wurde ausgebaut. Bei den anderen wurden diese Gelder für unproduktive Ziele verwendet, für den Staatsapparat, die Armee, zum Teil für Kriege, damit sich die Schulden reproduzieren: die Rückzahlungen und die Zinsen wurden mit Hilfe von neuen Anleihen zurückgezahlt. Einen Grund für das Mißlingen der Industrialisierung müssen wir wahrscheinlich hier suchen: in unproduktiver Nutzung der Anleihen, in der beschränkenden Wirkung der Lasten der Rückzahlung auf den inneren Markt und in der hemmenden Wirkung auf die heimische Akkumulation.

Zu den Faktoren der Entwicklung müssen wir die Unternehmungsfreudigkeit und die Erfahrungen in der industriellen Produktion zählen. Äußere Faktoren spielen bei diesen Ländern auch eine Rolle, aber in verschiedenem Maße. Vor der Erlangung der Unabhängigkeit hat ein bedeutender Teil der geistig-ökonomischen Elite der Balkanländer im Ausland gelebt. Eine Rolle bei der Geburt des Nationalstaates spielend, sind nach der Erlangung der Unabhängigkeit viele nach Hause gezogen. Während sie in Rumänien und Serbien in der Machtelite eine Rolle gespielt haben, haben sie sich in Griechenland auch im Handel und in Unternehmen plaziert. Nach Bulgarien sind Leute zurückgekehrt, die Erfahrungen in der Industrie hatten, später auch aus Makedonien, um bessere Verdienstmöglichkeiten zu haben. Sie haben in Bulgarien den *Frühindustrialisierungsprozeß* verstärkt. Die ausländischen Unternehmer spielten in Serbien und Rumänien eine große Rolle. Auch die gebildete Arbeitskraft aus dem Ausland fand in diesen beiden Ländern Arbeit. In Serbien war z. B. die Hälfte der Fachleute Ausländer. In Rumänien war dieses Verhältnis geringer, aber in einzelnen Bereichen konnte es bis zu einem Drittel reichen<sup>21</sup>.

Eine Voraussetzung für die Integration in die Weltwirtschaft war der Ausbau eines modernen Massentransportnetzes. Für Griechenland war das die Seeschifffahrt, für die anderen die Eisenbahnen. Auf die letzteren konnte man eine bedeutende Industrie aufbauen, aber das geschah in diesen Ländern nur in begrenztem Maße. Das hat zwei Gründe: Die Eisenbahndichte beträgt, verglichen mit ande-

<sup>20</sup> I. T. Berend — Gy. Ránki: op. cit. S. 413, 456.

<sup>21</sup> Rumänien: Land und Wirtschaft. Statistische topographische Übersichten. Wien, 1917. S. 155 ff.

ren Industrieländern, nur ein Viertel bis ein Fünftel. Andererseits sind sie mit ausländischem Kapital gebaut worden, und das Ziel war nicht das Einbeziehen des Landes, sondern der Ausbau der Transitwege in den Nahen Osten.

Bei den Ländern, die eine spätere industrielle Entwicklung hatten, spricht man von einer beschleunigenden, ja sogar von einer die Voraussetzungen ersetzenden Rolle des Staates. Die negative Seite wurde bereits angedeutet; heben wir nun zwei Gebiete heraus, wo er eine positive Rolle spielen konnte: in der Zollpolitik und bei Gesetzen, die die Industrialisierung fördern. In den 1890er Jahren führten die Balkanländer für Rohstoffe und Halbfertigprodukte Schutzzölle ein. Dies ist aber nicht konsequent für den Schutz der heimischen Industrie durchgeführt worden. Einerseits wurden durch sie die Halbfertigprodukte stärker benachteiligt, zweitens waren sie nicht hoch genug, vor allem wenn wir die mindernde Wirkung des Devisenagios mitberücksichtigen. Nur Rumänien hat eine Zollpolitik verwirklicht, die in einzelnen Zweigen (Zement, Papier, Zucker) eine importersetzende Industrialisierung begünstigte.

Ein gemeinsamer Zug dieser Länder ist die Schaffung von industriestützenden Gesetzen in den 1880er und 1890er Jahren, am wenigsten in Griechenland, am stärksten in Rumänien. Rumänien konnte bei der Zollpolitik die schon erwähnte importersetzende Industrialisierung glücklich weiterstärken, in den anderen Ländern hatte sie kaum eine Wirkung.

Die möglichen Stimulantien der Industrialisierung zusammenfassend, richten wir nun unseren Blick auf die Vorereignisse. Denn die Zeit vor der Erlangung der nationalen Unabhängigkeit wird im allgemeinen als negativ gewertet, und wenn wir über die Zeit der Industrialisierung sprechen, erwähnen wir kaum das wirtschaftliche Erbe. Die Frage selber ist viel komplexer. Das Türkische Reich hat einen ökonomischen Rahmen zustande gebracht, dessen Einflußbereich das ganze östliche Mediterranikum umfaßte, und in den der Balkan mit einbezogen wurde. In diesem Verhältnissystem müssen wir drei Aspekte erwähnen. Der eine ist der mediterrane-französische ökonomische Einfluß, welcher in gewissem Maße auch zur Zeit der Industrialisierung vor dem Ersten Weltkrieg dominierend war (z. B. die Anpassung der nationalen Währung an den Goldfranc, Frankreich als der größte Anleihegeber usw.). Der zweite ist die dominierende Rolle der Griechen im Handel des Türkischen Reiches, welche später die Basis für die Schifffahrt und der Unternehmerschicht wurde. Der dritte Faktor ist die auf dem inneren türkischen Markt basierende Frühindustrialisierung. Diese hatte zwei Bestandteile, was auch zwei Phasen bedeutet. Die eine ist die griechische Textilindustrie, die ihre Wurzeln im 18. Jahrhundert hatte, und welche auf der Basis der makedonischen und thessalischen Heimindustrie zu einer manufakturähnlichen Organisation gelangte. Der Zusammenbruch erfolgte am Anfang des 19. Jahrhunderts durch Kriege und innerbalkanische Unruhen (wir haben schon erwähnt, daß die griechischen Investitionen den Stand von 1810 nur am Ende des Jahrhunderts erreicht haben). Die andere ist die Entwicklung des bulgarischen Gewerbes im 19. Jahrhundert. Das ist ebenfalls in erster Linie Textilindustrie, und der Absatzmarkt — wie schon beim Mehl erwähnt — reichte bis Ägypten. Dieses Gewerbe lebte lange Zeit mit der modernen Industrialisierung zusammen und sein Produktionswert war noch 1905 ein Vielfaches von dem der Großindu-

strie. Noch wichtiger ist, daß wegen des geringeren Kapitalbedarfs der reine Gewinn mit dreißig bis hundert Prozent größer war, als in der Großindustrie<sup>22</sup>.

So waren die großindustriellen Unternehmungen für das durch die Gewerbetätigkeit angehäuften Kapital nicht attraktiv. Beide produzierten in verschiedenen Zweigen der Industrie, befriedigten verschiedene Märkte und konnten sich deshalb nicht organisch verknüpfen. Das Schicksal der *Frühindustrialisierung* wurde der graduelle Untergang statt einer organischen Weiterentwicklung. Die Konkurrenz der ausländischen Produkte beschränkte sie mehr und mehr auf engerem Raum.

Als andere Ursache des Mißerfolgs der Modernisierung ist die staatliche Behinderung der Akkumulation zu betrachten. Das gilt in erster Linie für Rumänien und Serbien, wo die staatlichen Einkünfte zwischen 1890 und 1910 (1913) in größerem Maße als das Nationaleinkommen wuchsen. (Rumänien: 159% bzw. 59%, Serbien: 92% bzw. 62%)<sup>23</sup>.

Das ausländische Kapital konnte die Modernisierung ebenfalls nicht begünstigen. Es förderte — sich von eigenen Interessen leiten lassend — nicht die Entwicklung der selbständigen Nationalwirtschaft, sondern die Eingliederung in die Weltwirtschaft. Das spielte aber unter den gegebenen Umständen eine untergeordnete Rolle.

---

<sup>22</sup> Eigene Berechnungen auf Grund der Daten von I. Sakâzov. (Op. cit. S. 276—278).

<sup>23</sup> Eigene Berechnungen auf Grund der Daten von P. Bairoch (op. cit. S. 154) und von Nicolas Spulber (Changes in the Economic Structures of the Balkans. In: The Balkans in Transition. Ed. Charles and Barbara Jelavich. Berkeley and Los Angeles, 1963. S. 349).



JOHN R. LAMPE

## Belated Balkan Modernization and the Consequences for Communist Power, 1918—1948

Connecting the advent of Communist regimes and socialist economies across Eastern Europe with the region's previous political and economic dynamics is instructive for two of the four Balkan states where these regimes came to power after 1945. Only the Romanian case seems to fit the traditional Western paradigm of a postwar transition based largely on the presence of the Red Army and a scenario scripted by the Soviet Union for a small, minority-dominated Communist party devoid, to that time anyway, of wider, nationalistic appeal. Too little is known of the Albanian experience to permit detailed analysis. It seems far more fruitful to consider the cases of Yugoslavia and Bulgaria. The latter's large Communist party, ethnically Bulgarian leadership and long history are as imposing as a set of credentials for coming to power as those provided by Yugoslavia's huge wartime resistance and its party's independence from direct Soviet influence.

In comparing Yugoslavia and Bulgaria across the longer period from the First World War to 1948, we must acknowledge some important contrasts. Despite the easily comparable experiences of Serbia and Bulgaria as nation-states until 1914<sup>1</sup>, the first Yugoslavia that emerged from the war was a state greatly enlarged, ethnically divided, and yet victorious. Defeated, ethnically compact Bulgaria survived behind slightly shortened borders, its elite embittered and its population swollen by an influx of 220,000 refugees from Macedonia and Thrace. These differences do not, however, vitiate the usefulness of the comparative method. Marc Bloch reminded us long ago that analyses of such differences are potentially more meaningful for near neighbors, "close together in time and space" and sharing "at least in part, a common origin"<sup>2</sup>.

This paper does not neglect the differing Yugoslav and Bulgarian fortunes both during and between the two world wars but seeks rather to incorporate them into a broader framework that compares the uneven courses of their modernization. That much maligned concept still seems useful if we can combine two essential ingredients, the imprecise notion of political culture, i. e., the behavioral legacy of the state apparatus and popular consciousness, with the statistical record and social dynamics of economic development, i. e., aggregate growth plus structural change.

<sup>1</sup> John R. Lampe and Marvin R. Jackson, *Balkan Economic History, 1550—1950: From Imperial Borderlands to Developing Nations* (Bloomington, Ind.: Indiana University Press, 1982), pp. 159—277.

<sup>2</sup> See Bloch's essay on comparative economic history in Frederick J. Lane and J. C. Riemersma, *Enterprise and Secular Change* (Homewood, Ill.: Richard D. Irwin, 1953), p. 498.

The Balkan *political* pattern from the First World War forward includes the two major phenomena which Western political scientists have fastened on to explain behavior in present-day Communist systems: intolerance or weakness of opposition, not yet institutionalized into a one-party model, and the "bureaucratic politics" of intertwined party and ministerial administrations. Both tendencies helped to generate a powerful state apparatus, stronger than any domestic center of private influence and largely immune to public opinion but not to internal conflict<sup>3</sup>. For the interwar as well as the immediate postwar period, the political weakness of private economic interests needs to be stressed.

The *economic* pattern during the consolidation of Communist power, 1945–1948, not only draws on the earlier predominance of the state apparatus but also reflects the emergence of a new form of "differential modernization" that has since 1945 fulfilled many of the statistical criteria for economic development. According to the original notion of Robert Tucker for pre-Communist societies, the growth of industry, communications, and a modern urban center during the twentieth century transforms the capital city, and nationally achieves some aggregate economic growth but fails to accomplish the structural transformation of the great majority of peasant labor into urban workers and landed capital into factories that is needed for modern industrial development<sup>4</sup>. Tucker has stressed the role of this dichotomy in attracting educated, urban youth to the Communist cause.

My own analysis will concentrate on the consequences of the international economic context and of domestic political culture before 1945 for perpetuating the dichotomy of unbalanced modernization into the Communist period, now favoring heavy industry as well as state power at the expense of the peasantry, political consciousness, and also a market mentality. The Soviet pattern of political control and centrally planned industrial development still bears its share of responsibility for this imbalance. But internal modernization, if viewed as a less benign and more contradictory process than its original American advocates assumed, survives as an instructive concept for identifying what difference Communist power actually made in the different patterns of industrialization observable in postwar Yugoslavia and Bulgaria<sup>5</sup>. More precisely, we may begin to discern why, beyond the obvious Soviet presence in the latter and eventual absence in the former, a different play of political forces led to deceptively similar economic results until 1948 and why similar Communist parties would pursue such different economic policies afterwards.

Let us proceed chronologically, examining the international economic setting, the two countries' political cultures, and their internal economic development and policy during the First World War, the 1920s, the Second World War, and

<sup>3</sup> Stephen White, John Gardner and George Schöpflin, *Communist Political Systems: An Introduction* (N. Y.: St. Martins, 1982), pp. 14–24, 43–51; Archie Brown and Jack Gray, eds., *Political Culture and Political Change in Communist States* (N. Y.: Holmes and Meier, 1979), pp. 1–25.

<sup>4</sup> Robert C. Tucker, *The Marxian Revolutionary Idea* (N. Y.: W. W. Norton, 1969), pp. 12–22.

<sup>5</sup> A brief summary and critique of this American approach may be found in Daniel Chirot and Thomas D. Hall, "World System Theory", *Annual Review of Sociology*, 8 (1982), pp. 81–106.

finally the immediate postwar period. The latter period will emerge, in larger measure than we used to think, as a consequence of the earlier ones.

## I

The fates of Bulgaria and the Yugoslav lands during the First World War diverged widely until the final year of fighting. Then in 1918, the disruption of the Bulgarian economy and the suffering of its people approached Yugoslav trials. For both Serbia, enlarged to include Macedonia, and the western Yugoslav lands within the Dual Monarchy, the war had begun in August, 1914. Habsburg regiments drawn from the former Croatian Military Border and elsewhere in these western lands fought on the Serbian front and then the Russian. The Croatian, Slovenian, and Bosnian economies suffered no war damage, but their facilities for rail transport were badly strained. Their production for the Austro-Hungarian war effort rarely resulted in the sort of excess profits presumed by some Serbian observers after the war. The Habsburg military bureaucracy had the powers to collect provisions at minimum prices and typically used them. This was at least better than the Serbian experience during 1915–1918 with Austrian military occupation<sup>6</sup>. A series of economic *centrale* were no more than collection points for forced requisition of agricultural goods. Mines were under German control. Virtually all Serbian industry had been destroyed in the fighting or its aftermath. Losses in battle and to disease, military and civilian, claimed nearly one third of the small state's prewar population of 3.1 million.

While the Serbian state's economic leverage disintegrated in the face of invasion and occupation, the Bulgarian government attempted to mobilize the nation's resources for war on the German model<sup>7</sup>. Following the declaration of war on Serbia and the occupation of Macedonia in 1915, Tsar Ferdinand's ministers created a Committee for Public Welfare (KZOP) to set prices for authorized exports and to ban all others. Under expanded powers and a new title in 1916, then transformed into an army agency by 1917, this organization reached deep into the domestic economy. Almost all prices were controlled. Army agronomists and troops were sent to the villages to raise crop production. Private industry found some 60 percent of its production under state control by 1917. But low delivery prices and forced requisitions in the countryside fed peasant resistance and pushed up black market prices in the towns. The larger industrial enterprises could only operate on the basis of war contracts and state supplies. The economic terms of Bulgaria's German alliance also posed increasing problems.

<sup>6</sup> John R. Lampe, "Unifying the Yugoslav Economy, 1918–1921: Misery and Early Misunderstandings", in Dimitrije Djordjević, ed., *The Creation of Yugoslavia, 1914–1918* (Santa Barbara, Calif.: ABC Clio Press, 1980), pp. 139–142; D. Djordjević, "Austro-ugarski okupacioni režim u Srbiji i njegov slom", in Vasa Cubrilović, ed., *Naučni skup o povodu 50 – godišnjice raspada Austro-ugarske monarhije* (Zagreb, 1969), pp. 206–23.

<sup>7</sup> John R. Lampe, *The Bulgarian Economy in the Twentieth Century* (London: Croom-Helm, Ltd., 1986), pp. 42–45.

German control of Macedonian mines and railways had made that occupation a net loss for the Bulgarian state budget. By 1917, German collection centrale for agricultural produce in Bulgaria proper were beginning to play the same role as their Austrian counterparts in Serbia. So were unauthorized purchases or outright seizures of foodstuffs by German soldiers.

A bad harvest in the fall of 1918 turned the accelerating urban shortages into a near famine. Inflation now raced out of control. Continuous fighting on the Salonika front drove the total of Bulgarian war dead past 100,000. An Allied breakthrough in September was too much for the army or the homefront to bear.

Virtual German collapse soon followed the Bulgarian capitulation, leaving far too much of the former's greatly devalued currency on the latter's territory. There would be no postwar obligation to convert marks into national denominations, as was the case with Austro-Hungarian notes in the western Yugoslav lands. Yet the mark's presence combined with continuing depreciation of the Bulgarian leva and the threat of reparations after the armistice to place the new government in a financial position that was hardly any better than that of the newly formed Kingdom of Serbs, Croats, and Slovenes<sup>8</sup>. The much heavier involvement of the Bulgarian state in mobilizing the home economy for the war effort had pushed peasants out of the market place, weakened private industry, and seriously damaged the currency in which the government collected taxes. At least in the Yugoslav lands, outside forces had been responsible for these economic setbacks. But in neither country did state initiative emerge with a clear mandate, let alone any sort of precise plan for modern economic development.

## II

The two economies would find themselves with barely a decade between the end of hostilities and the onset of the Great Depression. Both felt the depression immediately through a drastic decline in international grain prices. Even before, neither the Yugoslav nor the Bulgarian economy had fared well in the international setting of the postwar period. American and Canadian grain had taken over the Balkan share of the Western European market during the war. Afterwards, disrupted rail networks to the Black Sea ports made the recapture of these markets doubly difficult. Only the western Yugoslav lands, with less railway damage and initially desperate Central European demand beckoning, were able to approach prewar levels.

This regional advantage boosted Yugoslavia's net export of grain per capita back to 64 percent of the 1901–1913 average by 1926–1930, versus just 33 percent for Bulgaria<sup>9</sup>. The lack of growth in Yugoslav exports of other crops, primarily from the southeast, also contributed to an economic disparity between

<sup>8</sup> Lampe and Jackson, *Balkan Economic History, 1550–1950*, pp. 376–382.

<sup>9</sup> Tables 10.6 and 10.12 in *ibid.*, pp. 343 and 365. Also see pp. 358–165.

west and east which I have argued elsewhere opened up much more prominently in the 1920s than in the pre-1914 period<sup>10</sup>.

Total exports, in real per capita terms, had however risen to less than one half of their prewar level for both Yugoslavia and Bulgaria by 1926—1930. The Bulgarian switch from grain to tobacco exports began with massive sales to Germany during the First World War. It failed to survive the severe drop in world prices in 1925—1926 as a strategy for rebuilding prewar earnings from international trade.

International finance was no kinder to the two economies. Western European capital did make a major new appearance in a number of Sofia banks, as did Central European capital in several Zagreb banks. But the failure of these banks to invest decisively in modern industry or infrastructure is clear. That failure left Bulgaria and Yugoslavia dependent for sizeable outside investment on a much reduced Western capital market for loans to their respective governments. Despite Serbia's association with the winning Allied side in the First World War, the Yugoslav government enjoyed little better access to foreign funds. The expensive Blair loan of \$45 million from the United States in 1923 did finance some railway construction, but was also used to pay interest on a still larger Serbian war debt to the U.S. (\$62 million). Proceeds of a similar French loan the following year went largely for armaments. Two belated loans to Bulgaria in 1926 and 1928 totalled \$30 million. The obligation to pay as yet uncollected reparations put the Bulgarian state debt per capita in 1920 at four times the Yugoslav figure, burdened only by war and relief debts, but only one quarter more by 1930<sup>11</sup>.

More important, the Western financial system encouraged the national banks and central governments of the two countries to restrict their note emissions and budgetary expenditures in order to place their currencies on a stable basis within the reconstituted Gold Exchange Standard. This goal both countries were able to achieve, at least informally, by 1926. The cost was, however, high, consisting of deflationary measures which raised taxes and reduced budget expenditures just as the postwar recovery was entering its crucial phase. Real note emissions per capita were cut by over one quarter for Yugoslavia from 1920 to 1926—1930 and by over one half for Bulgaria<sup>12</sup>. Exchange rates for the Yugoslav dinar and the Bulgarian lev were again overvalued, as they had been before the First World War, discouraging exports still further. In return for these high, stable exchange rates, the two economies awaited improved access to Western capital markets. It had not come by the time that the Depression ruined their credit ratings along with those of other agricultural exporters.

Bulgaria's political reaction against the international setting of the 1920s was undoubtedly deepened by the stigma of defeat and the threat of reparations. The

<sup>10</sup> Lampe, "Unifying the Yugoslav Economy, 1918—1921", pp. 139—156.

<sup>11</sup> Lampe and Jackson, *Balkan Economic History, 1550—1950*, pp. 382—394.

<sup>12</sup> According to Table 11.2 in *ibid.*, p. 384, real note emissions per capita for 1926—1930 were 38.5 dinars versus 22.4 in 1911 for the Yugoslav lands and just 24.5 leva for Bulgaria; versus 25.4 in 1911.

notion that Bulgaria had no friends among the Western allies would eventually generate some support on the right for a German connection in the 1930s. But during the first postwar years, the country's political culture was nurtured more by the left than by the right. The Bulgarian Communist Party (BKP) found that its opposition to the lost war and its support for the Russian Revolution quickly swelled its membership, especially among the growing number of industrial and transport workers in Sofia and other towns. For a few years it was the largest of the urban-based parties<sup>13</sup>.

The Agrarian Union (BZNS) of Aleksandur Stamboliiski polled twice as many votes as the BKP in the relatively free elections of 1919–1920 and dominated the countryside. His genuinely radical regime (1919–1923) set a number of neglected precedents for one-party rule outside the ministerial and military bureaucracy which had until then been the principal formative influence in Bulgarian political culture. As the largest occupational group in Sofia before the war, this bureaucracy had become an end in itself. Its power and the corrupting effect of *partisanstvo* (placing political allies in ministerial positions) had undermined the emergence of a healthy multi-party system from the same direction as did Tsar Ferdinand's personal policy of divide and rule<sup>14</sup>. Stamboliiski's four year regime undermined it from another, viewing state power not as an end in itself but as a vehicle for one party's restructuring of Bulgarian society.

Agrarian precedents for Communist measures 25 years later began with Stamboliiski's arrest of Bulgaria's wartime leaders in late 1919 for having led the nation into what was commonly called a "catastrophe". For a time, moreover, he weighed the possibility of trying the accused before "people's courts" convened outside the existing judicial bureaucracy. He did not in the end, and none of the defendants received the death penalty, as would virtually all after the Second World War. The Agrarians did, however, go ahead with restructuring the educational system to further their party program, not only opening many new rural schools but attempting to place control of them in the hands of local BZNS committees. His Minister of Education introduced vocational training, purged some political rivals from Sofia University and wanted to eject more. Stamboliiski took advantage of the new Tsar Boris' initial weakness to place the army under direct control of his government. He himself became Minister of War. His party's Orange Guard militia soon exceeded the 10,000 members authorized by the peace treaty, while the regular army was prevented from reaching its maximum of 20,000. Stamboliiski's attraction to what he called "the unity of state power" may be seen in his repeated efforts to bypass the authority of the state bureaucracy in order to secure his party's right to represent the presumably

<sup>13</sup> John D. Bell, *The Bulgarian Communist Party from Blagoev to Zhivkov* (Stanford, Calif.: Hoover Institute Press, 1986), pp. 21–37.

<sup>14</sup> Richard J. Crampton, *Bulgaria, 1878–1918: A History* (Boulder, Colo.: East European Monographs, 1983) makes this sad political story the centerpiece of his excellent survey of the period.

unitary national interest<sup>15</sup>. As internal opposition to his policies grew, he increasingly characterized the other parties as too dangerous to permit any collaboration.

Only one of the Agrarian's major *economic* policies succeeded in bypassing the ministerial apparatus, however. This was the prudent land reform of 1920, whose redistribution of properties over 30 hectares was carefully prepared over a six-month period with the assistance of the BZNS network of cooperatives throughout the country. Implementation of the redistribution and granting of exemptions for large holdings applying modern methods to export crops were left largely in the hands of the cooperatives and local Agrarian committees<sup>16</sup>.

The party's other economic policies rested on state controls implemented by the ministries in Sofia. The first of them was the abortive Grain Consortium of 1920–1921. Set up to collect and export grain at monopoly prices above the low level of the world market, the Consortium's profits were intended to go mainly toward state construction of badly needed grain elevators.

Pressure by private grain traders, mainly Western European representatives, on the Allied Reparations Commission plus the wheat surplus on the world market forced Stamboliiski to abandon the project by late 1921. Yet a precedent had been set for Hranoiznos. Founded in 1930, this sales monopoly for grain and the other foodstuffs would, as we shall see, grow during the Second World War and greatly facilitate Communist control of agricultural trade afterwards.

Another precedent for the post-1944 period was the institution of compulsory labor service<sup>17</sup>. From 1920 forward, all young men of 20 years of age were drafted into uniformed battalions for one year's service. Stamboliiski saw this service not, as Hitler would later, as a device to circumvent treaty limits on a standing army, but as a way to instill national discipline and to provide agricultural or industrial training. Some 30,000 were drafted for 1920. Numbers fell by one third after Stamboliiski's demise in 1923, but the service continued to build bridges, roads, railways, and even factories into the 1930s and again after 1944 under the auspices of the Communist Youth organization.

The third state institution of economic importance during the Agrarian era was the Bulgarian Agricultural Bank (BZB). Already established in 1903, the BZB grew rapidly after the war to become the largest bank in Bulgaria. Its assets surpassed those for any of the West European banks and helped to prevent the rise of any private native bank to prominence. Its funnelling of loans to peasant smallholders through the Agrarian cooperative network continued after Stamboliiski's murder in 1923, promoting some introduction of new techniques in the 1920s and preventing the loss of peasant land during the Depression. The dismantling of the BZB after the Second World War deprived the new Com-

<sup>15</sup> John D. Bell, *Peasants in Power: Alexander Stamboliski and the Bulgarian Agrarian National Union, 1899–1923* (Princeton, N. J.: Princeton University Press, 1977), pp. 149–168, 213; Aleksander Velev, *Glavni reformi va zemedelskoto pravitelstvo* (Sofia, 1977).

<sup>16</sup> Lampe, *Bulgarian Economy*, pp. 51–60.

<sup>17</sup> The standard source remains Max Lazard, *Compulsory Labor Service in Bulgaria* (Geneva, 1922).

munist regime of a major source of rural leverage. The cooperative network, as we shall see, was indeed used for political leverage during the 1945–1948 period but was put to no real economic purpose.

The Agrarian's policy toward industry made no significant change in the role that the state would play until after 1945. Contrary to contemporary Western opinion, Stamboliiski did not oppose modern industrial development as long as it made full use of the Bulgarian potential for agricultural processing<sup>18</sup>. But beyond efforts to found industrial cooperatives, his principal policies were simply to renew prewar legislation for tax and import tariff exemptions to manufacturers beyond a minimal size and to institute coefficients of currency depreciation. The latter served to maintain prewar protective tariffs at their original *ad valorem* levels in postwar leva. Nor did he continue to object, as he had before the war, to the formation of industrial cartels, as long as state controls were sufficient. Here, as in other areas of economic policy outside of land reform, his inclination was to rely on the executive power of the central government rather than local party committees or private self-interest.

The result of such an industrial policy and the spread of cartels across the period was ironically to help *prevent* the emergence of large-scale industrial firms, especially in metallurgy and other producers' goods<sup>19</sup>. The average size of the Bulgarian enterprise qualifying for exemptions rose insignificantly, from 36 to 41 employees, between 1921 and 1929. Horsepower per worker declined, as did the share of incorporated firms in the enterprise total. A small domestic market and a growing need for costly imported inputs also discouraged large-scale production. It was therefore essentially smaller enterprises which were responsible for striking rates of growth for aggregate industrial output, 13.3 percent for 1921–1931 and 6.9 percent for 1935–1941.

The political consequences of this industrial growth without structural change were twofold. The political leverage of the industrial owners remained very limited, as witnessed by the ease with which the state ended most exemptions and took over the cartel apparatus in the 1930s. The leverage of industrial workers was even smaller nation-wide than their size, but their concentration in Sofia and several other towns overcame their scattering among small workplaces to create fertile ground for Communist recruitment, especially in the 1930s. By then they had become the largest occupational group in Sofia. In 1932, they succeeded in electing a Communist city council, although the result was quickly annulled.

Bulgarian political culture after Stamboliiski returned to the pattern of internal struggle between party leaders, the ministries, the army, and the Tsar. The latter two emerged victorious in the 1930s, inaugurating in 1934 a series of "non-party regimes" which left all party structures save the illegal Communists to atrophy<sup>20</sup>.

<sup>18</sup> Nikolai Todorov et al., *Stopanska istoriia na Bulgariia, 681–1981* (Sofia, 1981), p. 328.

<sup>19</sup> Lampe, *Bulgarian Economy*, pp. 68–74.

<sup>20</sup> See the section of the 1930s in Richard J. Crampton, *A Short History of Modern Bulgaria*, (Cambridge University Press, 1987), pp. 107–19.

The Agrarians were increasingly divided between domestic and emigre factions, and ruled again only briefly in a 1931–1932 coalition.

The last powerful Prime Ministers were the two who succeeded Stamboliiski. Their party affiliations were less important than the contribution each made to the growing Bulgarian tradition of political intolerance. Aleksandur Tsankov (1925–1926) was a protofascist professor who was himself implicated in Stamboliiski's murder and who could not come to terms with his own coalition partners. Andrei Liapchev (1926–1931) was more accomodating but, perhaps because of his Macedonian origins, permitted the MRO irridentist movement to operate freely and to deal violently with opponents. And yet all three men shared more positive traits. These were training primarily in economics and a disposition to solve the country's problems through internal economic development rather than through initiatives abroad.

Yugoslavia's political leadership would remain in the hands of lawyers turned politicians until 1929. Then King Aleksandar's so-called royal dictatorship started a series of non-party regimes which would continue past his assassination in 1934. The strong-willed economist Milan Stojadinović would head such a regime in the late 1930s. By then it was too late in the Depression and too close to the Second World War for his newfound notions of state-sponsored industrial growth, independent of the international economy, to have any meaning other than projects that suited the military preparations of Nazi Germany.

The patterns for the first Yugoslavia's political culture and economic development had already been set during the 1920s. These patterns included political intolerance, a weak private sector, the small scale of enterprise, and a powerful state apparatus along the Bulgarian lines just elaborated. They need not be treated in similar detail for Yugoslavia. But major regional divisions within the country, reinforced by varied influences from Western or Central Europe, did constitute crucial differences. The resulting struggle, almost from the outset, did not result in the widely presumed Serbian hegemony from Belgrade as much as a stalemate which satisfied no one politically and which impeded economic growth, let alone development.

The Vidovdan Constitution of 1921 did successfully centralize control of the army and local police in the hands of Serbian-dominated Ministries of War and Interior in Belgrade. But only in Macedonia and Kosovo did these instruments of power provide the leverage needed to control local political parties and private economic activity. Initial Serbian advantages in levels of taxation proved difficult to maintain or manipulate from Belgrade. The new central bank located in Belgrade was indeed the direct successor to the Narodna Banka Kr. Srbije. Its conversion of Austro-Hungarian crowns in the western Yugoslav lands to dinars in 1919–1920 at a rate of 5/1 had, however, prompted Croatian and Slovenian financial interests to withhold buying stock in the new central bank. Enough native and Central European funds collected in the large private banks in Zagreb and Ljubljana to make these western lands essentially independent of credit from the new Narodna Banka Kr. Jugoslavije<sup>21</sup>. The rapid recovery and advance of these lands in the early postwar years, facilitated as noted earlier by lack of war damage and the desparate needs of nearby Austria and Hungary, stood in sharp

contrast to a Serbian economy which had to replace all of its industry and most of its transport.

The Serbian political spectrum, it should be added, fragmented during this same postwar period into first three, then four parties (and five if we include the Communists). Thus ended the emerging two-party system dominated by the Radicals and their network of rural clubs before the war<sup>22</sup>. Afterwards Radical governments could obtain a parliamentary majority only within a coalition drawn in part from other Serbian parties. Nor could the Radical party keep from splitting itself during the last years under its legendary leader, Nikola Pašić. He died in 1926. In the western Yugoslav lands, Croats and Slovenes were represented in large measure by a single party each, the Slovenian clericals of Msgr. Korošec, and the Croatian Peasant Party of Stjepan Radić. Radić ignored the National Assembly in Belgrade until accepting the post of Minister of Education in 1925. Then an ill-fated trip to the capital city in 1928 resulted in his assassination at what were perceived to be Serbian hands (actually a Montenegrin deputy fired the shots). King Aleksandar's royal dictatorship never really broke the resulting stalemate. Croat representatives followed the Hungarian tradition in Habsburg politics by boycotting unresponsive bodies and did not return to Belgrade for a decade. Stalemate was reinforced even in Serbia by the huge peasant majority's suspicion of central government authority. Their resistance to ministerial authority had already been well developed in prewar Serbia, Austria-Hungary, or the Ottoman Empire.

In the principal cities of Ljubljana, Zagreb, and especially Belgrade, a more complex political culture was evolving. Central European influences predominated in the first two. In Belgrade, however, French thought and culture were widely admired in the wake of the wartime alliance. Thousands of Serbian soldiers, moreover, had been allowed to continue their education in France while Belgrade was first occupied and then rebuilding<sup>23</sup>. Native Yugoslav and other European influences, especially Italian, came with migrants from Croatia, Slovenia, and Dalmatia to what was now the capital of their country. Over 20,000 Russian emigres also collected in Belgrade, as in Sofia, and made more of a cultural contribution than in the Bulgarian capital. Politically, however, they were tied to the past and eschewed any connection with revolutionary Russia.

American-style media of mass communication pushed the Yugoslav capital toward the future. A proliferation of publications, including the European-level daily paper *Politika* and others, joined with telephones, radios, and especially

<sup>21</sup> Lampe, "Unifying the Yugoslav Economy", pp. 147–152. For a different view, sharply critical of Serbian policies and procedures, see Ivo Banac, *The National Question in Yugoslavia* (Ithaca, NY.: Cornell University Press, 1983), pp. 214–225.

<sup>22</sup> For details, see Banac, *National Question*, pp. 141–201; Branislav Gligorijević, *Parlament i političke stranke u Jugoslaviji, 1919–1929* (Belgrade, 1979). A brief summary is Joseph Rothschild, *East Central Europe Between the Two Wars* (Seattle, Wash.: University of Washington Press, 1974), pp. 204–235. The best running account of interwar political life may be found in the confidential Annual Reports of the British Foreign Office, in Great Britain, Public Records Office, FO 371.

<sup>23</sup> Dr. Vuksanović-Anić, "Urbanistički razvitak Beograda u periodu između dva svetska rata", *Istorija XX veka*, IX (1968), pp. 459–510.

Hollywood films to break down ties to church and village, if less to the patriarchal family. Replacing these traditional ties were personal, occupational, or political goals. As occupational opportunities contracted during the 1930s, attraction to new political directions, and to the Communist party in particular, began to spread among the student population, numbering 8,000 at Belgrade University. Even family ties began to fray.

As in Sofia, factory and transport workers had meanwhile become the largest occupational group in Belgrade and Zagreb. They were largely responsible for the Communist party (KPJ) winning 32 and 25 percent of the respective votes in those two cities in the 1920 elections for the Constituent Assembly. Beyond other industrial towns, the KPJ attracted the support which brought it 12.3 percent of the overall vote mainly in Macedonia and Montenegro, and mainly as a protest against Serbian hegemony<sup>24</sup>. Illegal after several party members, acting on their own, assassinated the Interior Minister in 1921, the KPJ saw its membership decline sharply. The party did not become attractive again to workers until the Depression created widespread unemployment in the major cities.

Meanwhile, the rapid rate of economic growth which had marked the early interwar period, primarily because of advances in the western Yugoslav lands, trailed off. Real crop value was still only 90 percent of the prewar figure per capita by 1929. Modern manufacturing grew by just 4 percent a year in constant price value for 1923–1929, after exceeding 6 percent for 1918–1923. For the later period, the Bulgarian rate exceeded 13 percent. Overall Yugoslav growth for these years fell short of a 2 percent average<sup>25</sup>. During the Depression decade of 1929–1938, Yugoslav manufacturing could manage only an annual increment of 2.4 percent, exactly half of the real Bulgarian rate. Crop production in real per capita terms, and therefore overall national product as well, nearly matched the Bulgarian rate of 2 percent a year<sup>26</sup>.

The reasons for this poorer Yugoslav performance were several. The expansion of grain cultivation and export in the western and northern lands just after the war lost much of its rationale when the Hungarian and Austrian economies began to recover. Nor should we minimize the problems of putting together a national market for labor and capital as well as for goods from territories whose economic relations with each other had previously ranged from limited to non-existent. But the first Yugoslavia's political stalemate also played an important retarding role.

<sup>24</sup> Ivo Banac, "The Communist Party of Yugoslavia during the Period of Legality, 1919–1921", in Banac, ed., *The Effects of World War I: The Rise of the Communist Parties, War and Society in East Central Europe*, v. XIII (Atlantic Highlands, N. J.: Atlantic Research and Publ., 1983), pp. 180–230. Ivan Avakumović, *History of the Communist Party of Yugoslavia*, v. I (Aberdeen: Aberdeen University Press, 1964).

<sup>25</sup> Table 10.5 in Lampe and Jackson, *Balkan Economic History, 1550–1950*, pp. 338–340.

<sup>26</sup> Tables 12.2 and 12.14 in *ibid.*, pp. 438–439 and 484. Also see Marvin R. Jackson, "National Income and Product in Southeastern Europe before the Second World War", *ACES Bulletin*, XXIV, 3 (1982), pp. 73–103, and his "Agricultural Output in Southeastern Europe, 1910–1938", *ACES Bulletin*, XXIV, 4 (1982), pp. 49–87.

The considerable size of the state apparatus made the failure of public policy all the more significant. While the Bulgarian state bureaucracy had risen fourfold from its prewar level to 87,000 by 1930, the Yugoslav figure had jumped sevenfold to 280,000 by 1925, nearly double the Bulgarian total in per capita terms. Expenditures for Yugoslavia's state budget by 1925 were also double the real per capita level in the prewar component parts, in contrast to Bulgarian expenses which barely matched the prewar level. A high protective tariff was passed in 1926 and new direct taxes were levied. Both failed to collect projected budget revenues. The government increasingly relied on the indirect turnover tax (*trošarina*). It was increased on four occasions between 1924 and 1934, rising in Serbia as much as in the western lands and discouraging production of the foodstuffs to which applied. The large Yugoslav army, unrestricted by treaty stipulations, and a bigger defense budget were of course partly responsible for the greater Yugoslav expenditure. But another reason was surely, as Ivo Banac has rightly argued, the desire of the central government in Belgrade to take control of the new country with a ministerial bureaucracy that was overwhelmingly Serbian<sup>27</sup>.

In the economic area especially, this effort was nonetheless a failure. A state Agricultural Bank could not be created until 1929, the start of the Depression decade. The separate ethnic cooperative networks hindered rather than facilitated its founding. The strong Croatian and well-funded Slovenian cooperative networks saw little reason to collaborate with their Serbian counterpart in pooling credit facilities, let alone establishing a single bank to coordinate their activities in Belgrade. In the event, the belated bank did extend most of its credit to Serbian borrowers. A grain export monopoly, Prizad, was set up in 1930 but, unlike Bulgaria's Hranoiznos, did not extend its controls to the internal market nor reduce price differences between surplus and deficit regions. The same sort of regional stalemate prevented the passage of a law for industrial encouragement on the Bulgarian, and prewar Serbian pattern, until 1934, and then under army auspices as part of a rearmament program. Rearmament went further in Yugoslavia than in Bulgaria, culminating in the new state-owned iron smelting facility in Bosnia in 1938. State enterprises, if we include the railways and the tobacco monopoly, accounted for 15 percent of Yugoslavia's industrial capital by 1938, about the same fraction as in Bulgaria<sup>28</sup>. But the reputation of the Yugoslav central government for effective intervention in the national economy was much poorer, and with good reason. Active measures had typically

<sup>27</sup> Banac, *National Question*, p. 217, reproduces a table prepared by the Croatian economist Rudolf Bićanić which quantifies the Serbian preponderance in the state bureaucracy. For a contemporary British view stressing the divisions and deficiencies of Yugoslav administration, in Serbia as well, see Great Britain, Public Record Office, FO 371, Confidential Annual Report, Yugoslavia, 1925, pp. 34–38.

<sup>28</sup> Marvin R. Jackson and John R. Lampe, "The Evidence of Industrial Growth in Southeastern Europe before the Second World War", *East European Quarterly*, XVI, 4 (Jan., 1983), pp. 392–398, 303–409. Lampe and Jackson, *Balkan Economic History, 1550–1950*, pp. 500–503.

come too late and were undermined even in their eventual execution by regional rivalries. These rivalries precluded any resolution except a federal one.

### III

The Second World War sundered the first Yugoslavia into a series of occupied areas and the native fascist, puppet state of Croatia (NDH), which included most of Bosnia-Hercegovina and Dalmatia. The German area of occupation covered Serbia and the Banat, the Italian area, the Dalmatian and Montenegrin coast. Bulgaria administered Macedonia. In addition, Hungary annexed the Bačka (west of the Banat region of the Vojvodina), and Germany and Italy most of Slovenia. No nation-wide economic institution, and there were few of them before the war, could have survived this set of divisions. Their regional successors were discredited both by collaboration with the occupation forces and by lack of positive accomplishment.

The Serbian economy and population bore the heaviest burden, as in the First World War, but none of the other Yugoslav areas could be said to have done well, with the exception of those inhabited by ethnic Germans<sup>29</sup>. Nazi grain requisitioning in Serbia relied precisely on the prewar Prizad organization. Its prewar staff had, however, been replaced with Serbian collaborators and its management with German administrators. Prices were minimal and interest in improving techniques of cultivation nonexistent. The Macedonian lands found themselves dependent on grain deliveries from Bulgaria's Hranoiznos after the bad harvest of 1942. They failed to receive what they needed from its depleted reserves. The huge Croatian state contained a majority of prewar Yugoslavia's areas of grain deficit. This plus the requisitions of German and Italian troops made the task of the NDH's Food Economy Division, or Pogod, an impossible one. Charged with constructing an internal grain monopoly through the existing cooperative network of the Croatian Peasant Party (HPSS), it could not collect the necessary reserves to feed the smaller towns in particular. Pogod succeeded only in helping to discredit the HPSS.

Financial institutions and industry fared no better. The Yugoslav central bank ceased to exist with the German attack in April, 1941. The NDH and the various occupying authorities proceeded to set up their own banking systems and to emit their own currency. Trade and other transactions between the separate areas were quickly reduced to a minimum. By 1943, black market rates for rapidly expanding emissions of these assorted currencies had slipped to 5–10 percent of face value. German, Italian, or fascist Croatian authorities took over existing industrial or mining facilities to insure that most of their production was exported

<sup>29</sup> Ibid., pp. 544–554, 569–571; Branko Petranović, "O promenama u društveno-ekonomskoj strukturi Jugoslavije u toku narodnoslobodilačke borbe, 1941–1945", *Prilozi za istoriju socializma*, 6 (1969), pp. 57–72.

for the German war effort. In the case of Serbia, the German occupation dismantled modern industrial plants for shipment to the Reich.

Politically, the portent of the Second World War derived not just from the destructive occupation, and the consequent mandate for finding some federal framework within which to reconstitute Yugoslavia, but also from the dynamics of the spreading Partisan resistance. The readiness of its Communist leadership to confront the occupation forces militarily won the Partisans increasing support as the occupiers committed war crimes and then began to lose the war. Filling the Partisan ranks overwhelmingly were peasant youths, most of whom had limited education and had never even been to Belgrade or any other large town. Most were Serbs or Montenegrins, over 90 percent to begin with and still over one half by 1944<sup>30</sup>. The Serbs were increasingly *prečani*, from western Croatia in particular where the danger of *Ustaši* massacres drove most able-bodied Serbs from their villages into the hills. This location outside the territory of Serbia proper may have helped free most of these peasant recruits from the obsession with defending Serbdom alone which plagued the more geographically compact, if more loosely disciplined Cetnik movement of Draža Mihailović. Partisan service also exposed many of its members to a structure of command which, while strict, depended on the flexibility and initiative of local units for survival against a larger, better equipped opponent.

If this sort of political perspective and experience would eventually serve postwar Yugoslavia well, the military and mythbuilding nature of the wartime experience was hardly one to prepare the Partisans' huge peasant majority well for postwar economic modernization. Yugoslav Communist strategy, unlike that of their Greek counterparts, was to concentrate on the front lines rather than to strive for socialist consolidation behind them. But military necessity encouraged the exercise of or acquiescence to arbitrary, unquestioned authority.

At the same time, the charter myth of the unfailingly heroic Partisan movement began to take shape. Its romantic vision of the violent, reckless individual in the service of the common good drew deeply on the upland, Dinaric ideal of personal honor and heroism, unspoiled by civilization, whether in the service of the Serbian patriarchal clan or the Croatian local community<sup>31</sup>. There was a darker side to these upland norms. They included brutal, merciless treatment of opponents and a hostility toward the impersonal norms of market behavior that extended to glorifying banditry against strangers. None of these attitudes would help to make market socialism work in the period since 1950, when many of these once teenaged peasant Partisans found themselves in positions of industrial as well as urban authority.

The Bulgarian experience during the Second World War laid important economic groundwork for the postwar practice of central planning which has

<sup>30</sup> Table 4.1 in Leonard Cohen and Paul Warwick, *Political Cohesion in a Fragile Mosaic: The Case of Yugoslavia* (Boulder, Colo.: Westview Press, 1983), p. 64.

<sup>31</sup> David A. Dyker, "Yugoslavia: Unity Out of Diversity" in Brown and Gray, *Political Culture in Communist States*, pp. 70–77.

endured, unlike the brief Yugoslav experiment with this Soviet approach, from the late 1940s to the present. The economic institutions of Bulgaria's prewar state remained intact throughout the war. Their management rested completely in Bulgarian hands despite the close external alliance with Nazi Germany. Only with the start of Anglo-American bombing raids in late 1943 was there any destruction of their Sofia headquarters or any disruption of their daily duties. The expansion of these duties during the war effort would prove invaluable for the Communist consolidation of power that followed<sup>32</sup>.

Four existing institutions and two new agencies were primarily responsible for the wartime growth in official leverage over an already weak private sector. The grain export monopsony Hranoiznos, whose authority extended to internal distribution, was quickly recalled to life. Its initial list of five controlled items (wheat, rye, cotton, flax, and hemp) had grown to 23 by 1943. Virtually all vegetable products were included. The only major crop excluded was tobacco. Its marketing and export to Germany were in the hands of the state's tobacco monopoly, taken over from French interests in 1940, and also in the hands of the Bulgarian Agricultural Bank and the cooperative network. That network had come by 1943 to include some 50 producers' cooperatives. They used more modern methods, including tractors, and worked more days than the typical peasant smallholding. Their yields were therefore higher and their income two thirds greater<sup>33</sup>.

Two new agencies were less successful than the four old ones, but the scope of their ambitions paved some of the way for central planning. The Directorates for Civilian Mobilization (DGM) and for Foreign Trade had both been created in 1940. The former sought annual production plans from all manufacturing enterprises, but less than one half complied. In 1942, the DGM joined the Ministry of Agriculture in drawing up Bulgaria's first Five Year Plan, for 1942–1946. Mainly agricultural, it proposed consolidated and expanded cultivation, with prices and income under complete state control. But repeated grain requisitions beyond announced quotas discouraged peasant participation. The Foreign Trade Directorate concentrated on providing credit and badly needed fertilizer and other imports to the agricultural sector. The programs of both directorates were undermined in 1943. As during the First World War, the army created its own competing agency to mobilize economic resources.

Bulgarian peasant smallholders and private owners of manufacturing enterprises were meanwhile retreating not only from this expanding state apparatus but also from modern, large-scale production. Peasants turned first to bean cultivation and then to milk production in order to avoid the low sales prices, high quotas, and other regulations of the Hranoiznos regime. As that regime became more comprehensive, smallholders moved into grape and other fruit cultivation. This was diversification, but hardly modernization.

<sup>32</sup> Lampe, *Bulgarian Economy*, pp. 105–120.

<sup>33</sup> Lampe and Jackson, *Balkan Economic History, 1550–1950*, pp. 541–544.

Large-scale industrial firms faced labor and growing input shortages. The mobilization of an 800,000 man army was followed by the dispatch of 20,000 workers to factories in Germany. Promised German deliveries of crucial supplies for manufacturing, as with fertilizer for agriculture, failed to appear on time or in the designated amounts<sup>34</sup>. Metallurgy was especially hard hit. Only the processing of fruit pulp increased significantly, with production rising some sixfold. For 1939–1944, the share of specifically state enterprises in overall industrial production fell from 9 to just 5 percent. Plans for new state enterprises to manufacture caustic soda, calcium, and even synthetic rubber appeared on the DGM's drawing board for 1942 and again in 1943 but never materialized.

As a result, private owners turned toward setting up new, small enterprises, free from the problems of state contracts or DGM controls, and to producing consumer goods for the heavy demand and high prices of the domestic urban market. Almost one thousand new firms were established, increasing the 1939 total by one third to four thousand by 1944. Most were single ownerships or simple partnerships in one enterprise only. Most just met the minimum size of 10 workers and 10 horsepower to qualify for tax and import tariff reductions. This influx reduced the average size of all Bulgarian industrial enterprises from 29 to 26 workers over the 1939–1944 period.

The few private concentrations of economic power were further weakened, ironically, by the Anglo-American bombings of Sofia in 1943–1944. Not only were some larger plants damaged but so was much of the residential property in the center of Sofia. These apartment buildings had, in the fashion of present-day Athens, attracted more private investment than manufacturing.

#### IV

Partly because of the weakness of the private economic sector, postwar consolidation of Communist power in Bulgaria and Yugoslavia was more rapid than elsewhere in Eastern Europe. For Bulgaria, however, the strength of existing state institutions was of comparable importance. For Yugoslavia, the strength of the Communist party and the impetus of its wartime successes and mythology were instead decisive. The result was not surprisingly Bulgaria's slower but more successful transition than Yugoslavia's to Soviet-style central planning, with its reliance on the ministerial apparatus.

The Bulgarian Communist Party (BKP) saw its membership jump from a modest 14,000 in September, 1944 to 422,000 two years later. By 1945 its leader Georgi Dimitrov had returned from two decades of Soviet exile and by 1946, he was Prime Minister. Over half of his cabinet were BKP members and the rest were allies in the wartime Fatherland Front. The army had been purged of 3,000 officers and the state bureaucracy of 30,000 officials. Hastily convened "peoples' courts", on the pattern pioneered by Stamboliiski in 1919, handed down 100 death sentences to leaders of the wartime government and another 2,700 to lower

<sup>34</sup> The imported share of industrial inputs fell by one half from 1937–1938 to 1941–1943, from 29 to 14 percent. Lampe, *Bulgarian Economy in the Twentieth Century*, p. 117.

ranking defendants. Communist control of the Ministries of Justice and Interior from the outset was decisive in the convening of these trials and also in the wholesale replacement of the existing police force with a "people's militia". John Bell has emphasized, in his recent party history, the central role of these ministries in the BKP's assumption of local as well as national power. He rightly downgrades the role of the Fatherland Front's Communist-dominated local committees as "highly romanticized"<sup>35</sup>.

In the Communist consolidation of economic power, the existing state framework was even more important. The apparatus and the authority of Hranoiznos was so preeminent that no decree was needed to nationalize foreign trade. The same organization served nicely to eliminate private wholesale trade in most agricultural goods. The Communist militia aided in outright requisitions. Tobacco, fruit, and a few vegetables lay outside their purview, but the Bulgarian Agricultural Bank and the network of credit cooperatives were soon buying virtually all of these crops for the state at fixed prices<sup>36</sup>.

The party's Politburo quickly transformed the wartime Directorate for Civilian Mobilization into its own Higher Economic Council (VSS). As early as the spring of 1945, ostensibly in response to a growing fruit shortage in the towns, the Council nationalized the plants for processing fruit pulp which had grown so rapidly during the war. Accelerating urban inflation from the last months of the war forward justified the Council's decision to impose price controls.

These controls, together with the role of the central bank (BNB) restricting note emissions and credit, did in fact limit aggregate inflation for the entire period 1944–1947 to 86 percent, a much lower figure than in neighboring Yugoslavia or Romania. The capital and deposits of the Bulgarska Narodna Banka had already far exceeded those of all private banks combined in 1944. The remaining private banks, long since shorn of the German or Italian affiliations which had replaced French or Belgian capital during the war, accounted for only 11 percent of total bank capital when the BNB finally absorbed them all in 1947<sup>37</sup>.

The further transformation of the Higher Economic Council into a Soviet-style State Planning Commission by 1948, in full control of nationalized industry as well as trade, drew on more than the ideological commitment of the BKP's leadership in general and of Traicho Kostov, most responsible for economic policy, in particular. The post-1944 dynamics of private industrial growth made nationalization appear to be a more rational policy than Western observers have previously assumed. The mushrooming of smaller firms which had begun during the interwar period and continued during the war moved ahead even more rapidly after 1944. Some 1,500 more were founded by

<sup>35</sup> Bell, *Bulgarian Communist Party*, pp. 79–96. Also see Vladimir Migev, "Politicheskite aspekti v izgrazhdaniето i razvitiето na durzhavnite organi, 1944–1958, in Tsvetana Todorova and Mito Isusov, eds., *Bulgarskata durzhava prez vekovete v. 2* (Sofia, 1982).

<sup>36</sup> Lampe, *Bulgarian Economy in the Twentieth Century*, pp. 124–127.

<sup>37</sup> *Ibid.*, pp. 130–132.

mid-1947, increasing the total number of enterprises by one third. Skilled labor flocked to these essentially artisan shops and the average size of an industrial enterprise fell again, from 26 to 24. The large enterprises already under state control thus lacked skilled labor, as well as raw materials. Unskilled labor demobilized from the army could find few jobs in the towns. Over 20 percent of the industrial work force was unemployed by 1947. The regime's nationalization of all private manufacturing at year's end absorbed these small firms; thus began a painful, hasty but more understandable process of consolidating them into modern, technologically advanced enterprises<sup>38</sup>.

The coordination of labor supply and other inputs which would be required for such consolidation outside a freely functioning market economy fell to the State Planning Commission (DPK). Created in January 1948, the Commission found its work facilitated not only by the Two-Year Plan already drawn up by its Communist predecessor, the VSS, for 1947–1948, but also by the continuing existence, from before the First World War, of the best state statistical service in Southeastern Europe. The Main Directorate for Statistics (GDS) and most of its trained staff had been efficiently merged into the DPK by March, 1948. Here was an advantage in the transition to central planning conspicuous by its absence in postwar Yugoslavia. This postwar statistical apparatus derived in part from a broader Bulgarian advantage, more university graduates from the interwar period trained in technical or scientific subjects and more who survived the war<sup>39</sup>.

For both countries, private economic interests were distinguished not only by internal weakness but also by the dim prospects posed for them by any great reliance on the market mechanism in general and by multilateral trade in convertible currencies with the developed Western economies in particular. Neither had previously conducted significant trade with the United States, the major Western economy to emerge strengthened in the immediate postwar period. Little wonder that we have no record even of non-Communist support, anywhere in Eastern Europe, for the strongly held American vision of free, multilateral trade as the best path to postwar recovery and growth<sup>40</sup>. Contemporary observers throughout Eastern Europe drew the opposite lesson from the interwar experience. They stressed the failures of the market mechanism during the 1920s, rather than the autarkic tendencies of the 1930s which American policy makers from Cordell Hull forward believed had deepened the Depression, encouraged Nazi hegemony, and led directly to the Second World War. The last period of advantageous multilateral trade in Eastern European memories was the now distant decade before the First World War.

<sup>38</sup> Ibid., pp. 132–136, 141–143; Zl. Zlatev, "Socialist Industrialization in Bulgaria", in Mito Isusov, ed., *Problems of the Transition from Capitalism to Socialism* (Sofia, 1975), p. 176.

<sup>39</sup> Table 12.21 in Lampe and Jackson, *Balkan Economic History, 1550–1950*, pp. 503–504. See Petur Shapkarev, *Statistiko-ikonomicheski etiudi vukhu narodnoto stopanstvo na NR Bulgaria* (Varna, 1982), 189–229, for a first-hand account of this integration.

<sup>40</sup> Robert A. Pollard, *Economic Security and the Origins of the Cold War, 1945–1950* (N. Y.: Columbia University Press, 1985), pp. 1–58, provides a prudent summary of American economic policy in this period.

The necessities of postwar recovery further favored reliance on internal state initiative rather than the international market mechanism. So did two longer-term imperatives for economic modernization which had emerged from the interwar experience throughout the region. These were the needs to broaden the access to technical education in the major towns and to spread the access to electricity and modern agricultural equipment in the countryside.

While the Bulgarian commitment to these two long-term goals was held as firmly by the Agrarians as by the Communists, the international economic context unequivocally pointed toward bilateral ties with the Soviet Union, a direction which could only assist the BKP. Prewar debts owed primarily to France and the specter of postwar reparations to be imposed by the United States and Great Britain as well as Yugoslavia and Greece made chances for any Western credits or other assistance virtually nil. Here was a non-Communist rationale for exchanging the heaviest dependence of any of the Eastern European economies on German trade by the late 1930s for a similar Soviet connection, especially if that connection might also, as turned out to be the case, protect the Bulgarian economy from any serious burden of reparations. Initial Soviet deliveries of badly needed oil, cotton, fertilizer, and farming and railway equipment in 1945–1946 created an import surplus that pushed the Bulgarian side to export more to the USSR. Off went fruit pulp, wine, and particularly tobacco in sufficient quantities to make the Soviet share in total Bulgarian exports 95 percent for 1945 and over 50 percent thereafter<sup>41</sup>. The Soviet practice of paying 1933 prices for Bulgarian tobacco would draw a futile, eventually fatal protest from Traicho Kostov; it served to reduce still further the volume of tobacco, that country's most saleable product, that was available for export elsewhere.

The domestic political context did not favor Communist ascendancy as much as did the international economy. True, the wartime alliance with Nazi Germany had discredited those elements of the prewar political leadership associated with the war effort or simply with the monarchy. There was however, unlike Yugoslavia or Romania, also a large, nation-wide and non-Communist party essentially untainted by wartime collaboration. The Agrarian Union attempted to overcome its debilitating interwar divisions and to unite again briefly after 1944. First the return of the other Georgi Dimitrov, the emigre Agrarian leader, and then the aggressive, independent leadership of his successor, Nikola Petkov, swelled party membership, primarily among the peasantry, to perhaps 150,000 by 1946. The Agrarians' appeals to the Anglo-American members of the Allied Control Commission, and to the American Minister Maynard Barnes in particular, postponed one election in 1945 and allowed Petkov and his followers to continue publishing an opposition paper until 1946<sup>42</sup>. The strength of the Agrarian resurgence may be judged from the Communist decision to split the

<sup>41</sup> Tables 13.2 and 13.3 in Lampe and Jackson, *Balkan Economic History, 1550–1950*, pp. 524–529; Grigor Popisakov, *Ikonomicheska otnosheniia mezhdu NR Bulgariia i SSSR* (Sofia, 1968), pp. 27–40; Angel Nikov, *Bulgaro-suvetski otnosheniia, 1944–1948* (Sofia, 1978).

<sup>42</sup> Bell, *Bulgarian Communist Party*, pp. 87–96. Also see Michael M. Boll, *The Cold War in the Balkans: American Foreign Policy and the Emergence of Communist Bulgaria, 1943–1947* (Lexington, Ky.: University of Kentucky Press, 1984).

party and create its own Agrarian Union. We also see testimony to Agrarian strength in the harsh treatment meted out to Petkov and all other members of a largely democratic opposition as soon as the Allied Control Commission disbanded in 1947. The Agrarians would of course pay a high price for having sought Anglo-American support and also for allowing themselves to become the focus for most domestic opposition to a Communist regime. But the Bulgarian tradition of political intolerance for opposition parties had been building, as we have seen, since before the First World War.

The principal economic result of the Agrarian opposition was probably to delay the start and moderate the nature of the collectivization process in the countryside. Despite the fact that producers' cooperatives had already existed since the 1930s and grown to some 50 during the Second World War, few more were formed after the 100 in 1945. Less than 4 percent of arable land had been collectivized by 1947. Growing Agrarian strength in the countryside helped to keep membership in these new Communist collectives voluntary<sup>43</sup>. Land rents and residual ownership for members was apparently too little compensation for low delivery prices, assorted controls and some forced requisitions. At the same time, the valuable Agrarian network of credit cooperatives and their links to the once powerful Bulgarian Agricultural Bank (BZB) were left to history. Bulgarian agricultural modernization was thereby dealt a setback from which it would not recover for at least a decade.

Agrarian strength and institutions aside, the Communist blueprint for postwar Bulgarian development was drawn directly from the Soviet experience of the 1930s. Collectivization would eventually be required but as the least expensive way of extracting a food surplus for a vastly enlarged force of industrial labor. Investment would be channelled overwhelmingly into heavy industry. Already in 1946, when the Higher Economic Council drew up its Two Year Plan for 1947–1948, agriculture received only 6 percent of state investment even before the full nationalization of industry<sup>44</sup>. The plan for new electric power stations was the one priority project which would also benefit agriculture. This early underinvestment in agriculture and the resulting deficiencies would teach Bulgarian Communist planners a lesson that they would at least learn more quickly than their counterparts elsewhere in Eastern Europe, including Yugoslavia. Before they had learned that lesson, late in the 1950s, their scanty investment in a forcibly collectivized agricultural sector would impose a new “differential modernization” on the Bulgarian economy, favoring now heavy industry as well as the state bureaucracy over the countryside, that was less different from the prewar pattern than they imagined.

The Yugoslav economy also experienced this sort of differential modernization in the immediate postwar period. It occurred, however, in a more hasty and disjointed fashion which would make the weaknesses of central planning unmistakable.

<sup>43</sup> Lampe, *Bulgarian Economy in the Twentieth Century*, pp. 124–125; Vl. Migeu, “Borbata sreshku kulachestvo i negovoto likvidirane v Bulgariia, 1944–1958”, in Kh. Khristov, ed., *Iz istoriia na stopanskiia zhivot v bulgarskite zemi* (Sofia, 1984), pp. 44–49.

<sup>44</sup> Lampe, *Bulgarian Economy in the Twentieth Century*, pp. 141–142.

Politically, the Yugoslav Communist party faced significantly less opposition to implementing its own program, including the nationalization of industry if not the collectivization of agriculture, than did the Bulgarian party. No rival Yugoslav party had won a nation-wide following during the interwar period. The war years had further fished and weakened these other parties, through emigration, persecution by the occupying forces or collaboration with them. German authorities left little of Belgrade's ministerial bureaucracy intact and restricted its authority to Serbia. The only other native administration during the Second World War was in Zagreb, capital of the puppet Croatian state. It was collaborationist by definition. What survived of the interwar army spent the war in German prison camps inside the Reich. Tito's Partisan army exceeded half a million men by late 1944. Its control over internal security was never challenged by small numbers of British and American troops stationed with the Allied missions in Yugoslavia. No Allied Control Commission ever existed.

The Communists themselves had no intention of sharing power even with fellow opponents of the prewar regime. Their Communist cadre were bursting with young, confident recruits from the largely peasant Partisan ranks. The party leadership could legitimately claim some right to rule the country after the long military resistance to occupation which it had personally led. At the same time, neither its Bolshevik ideals nor its wartime experience included tolerance for opposition. The leadership's initially proclaimed readiness to share political power within its Popular Front Coalition or to tolerate democratically based opposition outside it had evaporated by the end of 1945. First the most viable party outside the Front, Milan Grol's Democrats, and then the major source of opposition inside it, Jaša Prodanović's Republicans, were stifled. Control of the judicial system facilitated Communist attacks and intimidation against these parties<sup>45</sup>.

Economically, the Yugoslav Communist party faced a more daunting task than its Bulgarian counterpart. Physical destruction and human suffering were far worse. Although these desperate circumstances made state initiative and control seem essential simply to supervise the recovery, the institutions and physical apparatus of central government were largely missing. The peasant backgrounds and formative military experience of most party cadre gave such men little technical training but plenty of overconfidence in confronting the longer-term task of industrial modernization.

The international economic context was also more complex, if less threatening for Yugoslavia than Bulgaria. As a partner in the Allied victory, the Yugoslavs looked forward to the prospect of some Western aid (e. g., a \$ 300 million credit from the U.S.) even beyond the massive UNRRA deliveries which poured in, some 70 percent American supplied, until 1947. No further American aid would in fact appear until after the Tito-Stalin split. Assistance for industrial recovery was anticipated from German and Hungarian reparations. They were slower to

---

<sup>45</sup> A controversial Yugoslav critique of the opposition's suppression is Vojislav Koštunica and Kosta Čavoški, *Party Pluralism or Monism, Social Movements and Political System in Yugoslavia, 1944–1949* (Boulder, Colo.: East European Monographs, 1985). Also see *Foreign Relations of the United States, 1947, IV*, pp. 820, 838, and A. Ross Johnson, *The Transformation of Communist Ideology, The Yugoslav Case, 1945–1953* (Cambridge, Mass.: The MIT Press, 1972), pp. 32–33.

come, as was anticipated Soviet aid. Meanwhile substantial imports from Western Europe, albeit UNRRA deliveries almost entirely, generated a Yugoslav interest in restoring the prewar volume of agricultural exports to pay for future imports. This diverted attention away from industrialization only briefly, however. Party leaders were too attracted to Soviet-style development of heavy industry and Western European markets too accessible to American grain for this interest to endure. Imports from the USSR never went beyond 23 percent of total Yugoslav value, in 1946, when exports to the Soviet Union peaked at 43 percent of a tiny total. Much of this export amount came from the several joint Soviet-Yugoslav companies, whose price policies and arbitrary actions formed the economic basis of Yugoslav Communist disenchantment with Soviet tutelage<sup>46</sup>.

The Yugoslav economic recovery from 1945 to 1947 was further burdened by serious deficiencies in central coordination but was nonetheless remarkable. The *obnova*, or renewal, succeeded in topping the modest prewar level of industrial production by 1947 and in pushing agricultural production to 93 percent of the 1938 level by 1948<sup>47</sup>. In Serbia alone, some 90 percent prewar productive capacity was operating if not fully employed again as early as mid-1945. The similarity of the Yugoslav and Bulgarian recoveries to prewar levels is deceptive, given the far smaller war damage suffered by the latter.

A Fund for Recovery in Yugoslavia was set up under the control of a Communist Ministry of Finance and Planning Commission. Its resources included the \$428 million worth of supplies delivered under the UNRRA program of war relief, a larger sum per capita than Bulgaria received from the Soviet Union. Yet the Fund's centralized administration was its weakest point. Detailed research by the Yugoslav historian Branko Petranović reveals that these and other ministerial authorities operated without any sort of comprehensive economic plan for 1945–1946 and suffered serious shortcomings in coordination<sup>48</sup>. Only agriculture and state properties operated under partial plans, often overridden by military priorities of the huge 800,000-man army or divided among several ministries. Where ministerial approval was required for expenditures, usually wherever credit was required, delays and arbitrary decisions were the rule. These practices only made inescapable shortages in raw materials and skilled labor worse.

How then was the rebuilding of industrial plant and infrastructure, as well as the revival of agricultural production, accomplished in the face of these failings at the supposedly all-powerful center? Perhaps the center, lacking Bulgaria's institutional infrastructure, was not that powerful. The sources of success would

<sup>46</sup> Joseph Bombelles, *The Economic Development of Communist Yugoslavia, 1947–1964* (Stanford, Calif.: Hoover Institute, 1968), pp. 39–45; Vladimir Dedijer, *The Battle Stalin Lost* (N. Y.: Grosset and Dunlap, 1972), pp. 73–96; *Foreign Relations of the United States*, 1945, V, p. 1266, 1947, IV, pp. 855–856.

<sup>47</sup> Tables 13.6 and 13.11 in Lampe and Jackson, *Balkan Economic History, 1550–1950*, pp. 538–539 and p. 561.

<sup>48</sup> Branko Petranović, *Politička i ekonomska osnova narodne vlasti u Jugoslaviji za vreme obnova* (Belgrade, 1969), pp. 256–304.

in fact appear to lie with the interaction of UNRRA aid with lower levels of administration, with those ministries which were subdivided into republic-level sections and especially with local-level competitions which pitted one project's work force against others. UNRRA aid provided most of the equipment and supplies: tractors for the first collective farms, rolling stock for railways, and electrical equipment, tool, saws and coal for industry<sup>49</sup>. Even the massive UNRRA supplies for grain-deficit areas stimulated the rebuilding of infrastructure because of the need for port facilities to unload such shipments and rail lines to transport them inland. The Ministries of Agriculture and Construction were significantly those subdivided into sections for each of the six republics. Local committees of party activists organized competitions between every conceivable project, whether rebuilding a factory or a railway line or transporting grain, timber, or other scarce supplies to deficit areas. These competitions involved no central coordination but became a permanent method for organizing projects<sup>50</sup>. Their widespread success may perhaps be traced in part to the national attraction to group rivalry with an identifiable opponent, as distinct from the much less appealing prospect of impersonal market competition between individuals. A more certain impetus was postwar enthusiasm to rebuild after so much death and destruction. The party's zealous young cadre, fresh from victorious combat themselves, could readily tap this kind of energy. The absence of a surviving ministerial apparatus and an experienced bureaucracy in Belgrade was probably an advantage in helping this local enthusiasm to circumvent a multiplying set of centralized procedures.

When however Tito and most of the party's leadership decided in 1946 to rush ahead with an initial Five Year Plan, two years ahead of Bulgaria and the rest of Eastern Europe, its young cadre and its newly reconstituted ministries performed badly. The targets set for industrial and agricultural production for 1947–1951 were by all accounts wildly exaggerated<sup>51</sup>. They projected an increase in industrial production of 38 percent a year, nearly 400 percent overall. They expected agricultural output to rise 87 percent over the 1939 level, leaving a substantial surplus for export as well as for feeding a large number of new industrial workers, all on the basis of just 7 percent of planned investment. (Recall the equally low Bulgarian percentage.) The inputs needed for meeting these targets and for opening a variety of modern metallurgical plants were simply not available, even before the Tito-Stalin split of 1948 prompted a sharp reduction in supplies from the Soviet Union and its Eastern European allies. The end of UNRRA supplies in early 1947 was especially damaging to the plan's prospects.

The rapid nationalization of industrial enterprises, essentially complete by early 1946 versus late 1947 in Bulgaria, did not offer the expected advantages to the

<sup>49</sup> George Woodbridge, *UNRRA*, v. II (N.Y.: Columbia University Press, 1950), pp. 138–170.

<sup>50</sup> Petranović, *Politička i ekonomska osnova*, pp. 339–349.

<sup>51</sup> Bombelles, *Economic Development of Communist Yugoslavia*, pp. 24–39; Rudolph Bičanić, *Economic Policy in Socialist Yugoslavia* (Cambridge: Cambridge University Press, 1973), pp. 22–32; Branko Horvat, *The Yugoslav Economic System* (White Plains, N. Y.: M. E. Sharpe, Inc., 1976), pp. 6–12.

party's management of the economy. The Communists' greater leverage in postwar Yugoslavia dovetailed with large fraction of industrial property which had been operated under German or Italian auspices during the war to permit the permanent nationalization or at least temporary sequestering of most major enterprises with little effective protest, either domestically or from Western representatives<sup>52</sup>. Such Communist control did not, however, encourage Western suppliers to deliver machinery and inputs which were required to modernize or expand production in the larger enterprises for metallurgy and oil refining. These enterprises were concentrated in the western half of the country, in central Slovenia and Croatia but also in Bosnia, near the major iron mines, and along the Dalmatian coast. In the eastern half of Yugoslavia, in Serbia, Macedonia and Montenegro, there were some large mines but most of the manufacturing enterprises were of the small scale which has already been described for Bulgaria. In these regions of Yugoslavia, wartime destruction and the postwar political atmosphere prevented a similar influx of skilled labor into a large number of new small firms. Yet the same task of combining these small enterprises into large, modern factories therefore confronted Yugoslav party leaders and economic officials earlier than in Bulgaria. They were well aware of the importance of rational consolidation, but inexperienced Communist planners and managers typically could not make the transition from reconstruction to modernization within these few years.

We must add to these industrial difficulties an agricultural sector where collectivization had proceeded only slightly beyond the minimal amount of arable land so controlled in Bulgaria, 6 percent versus 3 percent by late 1947<sup>53</sup>. The Yugoslav party's leverage for carrying out a successful Five Year Plan was clearly too limited. The loss of Soviet and Eastern European supplies following the Tito-Stalin split was therefore not the first but the final step in pointing the Yugoslav economy away from Soviet-style central planning as a viable strategy for economic modernization. A number of large banks did manage to survive the process of nationalization with their separate identities intact<sup>54</sup>. They would serve as the institutional models for a financial network which would tie together the self-managed enterprises emerging in the 1950s with virtually no central planning apparatus to coordinate their activities.

The system of market socialism which would take final shape in the 1960s was therefore a legitimate heir not only to the special Yugoslav legacy of separate regional identities but also to the particular experience of the 1940s. The country's political culture and economic institutions simply had too little experience with the "unity of state power", in the phrase of the Bulgarian Agrarian Aleksandur Stamboliiski as well as the Bulgarian Communist constitution of 1947, to carry out a successful Soviet-style strategy for rapid industrialization.

<sup>52</sup> Johnson, *Transformation of Communist Ideology*, pp. 35–39; *Foreign Relations of the United States*, 1945, V, p. 1293; Petranović, *Politička i ekonomska osnova*, pp. 233–255.

<sup>53</sup> Bombelles, *Economic Development of Communist Yugoslavia*, pp. 17–23.

<sup>54</sup> Lampe and Jackson, *Balkan Economic History, 1550–1950*, pp. 551–553; M. Golijanin, *Bankarstvo Jugoslavije* (Belgrade, 1977), pp. 39–42.

HOLM SUNDHAUSEN

## Die verpaßte Agrarrevolution Aspekte der Entwicklungsblockade in den Balkanländern vor 1945

In der wirtschaftsgeschichtlichen Literatur über die Balkanländer im 19. und 20. Jahrhundert wird wie selbstverständlich davon ausgegangen, daß der Auflösung des Feudalismus eine *kapitalistische* Entwicklungsphase folgte, die nach dem Zweiten Weltkrieg in Jugoslawien, Bulgarien und Rumänien durch eine sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung abgelöst wurde. Der „kapitalistische“ Charakter der Jahrzehnte zwischen Feudalismus und Sozialismus wird weder hinterfragt noch angezweifelt, obwohl er sich in weiten Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft nur ansatzweise, partiell oder gar nicht nachweisen läßt. Geht man von Sombarts Kapitalismusbegriff aus, so wird man nur von einer *frühkapitalistischen* Zwischenphase sprechen können, die durch ein Nebeneinander von kapitalistischen und älteren (also vor- bzw. nichtkapitalistischen) Wirtschaftssystemen gekennzeichnet war<sup>1</sup>. Die überwiegende Mehrheit der Gesellschaft, die Bauern (die Anfang der 1930er Jahre zwischen 72% und 76% der Bevölkerung Rumäniens, Bulgariens und Jugoslawiens stellten)<sup>2</sup>, darüber hinaus ein nicht unbedeutender Teil der zahlenmäßig ohnehin schwachen „Bourgeoisie“<sup>3</sup> standen dem „kapitalistischen Geist“ nach wie vor fremd gegenüber. Die Ausbreitung der Geldwirtschaft auf dem Lande oder die Expropriation von Bauern machten allen noch keinen Kapitalismus aus, da beide Erscheinungen auch in vorkapitalistischen Systemen auftreten konnten und aufgetreten sind<sup>4</sup>. Wichtige Prinzipien der kapitalistischen Wirtschaftsweise auf der anderen Seite — wie Marktorientierung, Erwerbprinzip, Kapitalverwertung und ein darauf basierender ökonomischer Rationalismus — rangen auf dem Lande nach wie vor mit dem

<sup>1</sup> Zur Definition des Kapitalismus vgl. W. Sombart: Der moderne Kapitalismus. Historisch-systematische Darstellung des gesamteuropäischen Wirtschaftslebens von seinen Anfängen bis zur Gegenwart. 5. Aufl., Bd. I/1, München, Leipzig 1922, S 319 f. u. passim. Zum Begriff des „Frühkapitalismus“ vgl. ebda., Bd. II/1, S. 4.

<sup>2</sup> Vgl. u. a. W. Moore: Economic Demographic of Eastern and Southern Europe, Geneva 1945, S. 26.

<sup>3</sup> Vgl. zusammenfassend M. Manoilescu: Die sozialökonomische Struktur Südosteuropas, — in: Weltwirtschaftliches Archiv 60 (1944 II), S. 3.

<sup>4</sup> Dies sei insbesondere betont mit Blick auf die Versuche südosteuropäischer Historiker, das Marx'sche Evolutionsschema mit einer zeitlichen Phasenverschiebung auch auf ihre Länder zu übertragen. So erweckt z. B. Nikola Vučo in seiner Monographie über die Expropriation der Bauern in Serbien während des 19. Jahrhunderts (Položaj seljaštva. 1.: Eksproprijacija od zemlje u 19 veku, Beograd 1955) den Eindruck, als handele es sich um eine Art verspäteter enclosure-Bewegung. Der Autor bleibt dem Leser allerdings die Antwort auf die Frage schuldig, warum es nach Jahrzehnten angeblich fortgesetzter primärer Kapitalakkumulation auf dem Lande noch immer keinen nennenswerten Großgrundbesitz in Serbien gab.

traditionellen „Bedarfsdeckungsprinzip“<sup>5</sup>, das sie bis zum Ende der hier betrachteten Periode auf breiter Front nicht zu überwinden vermochten. Natürlich gab es Ausnahmen, aber „eine Schwalbe macht noch keinen Sommer“ gilt auch hier<sup>6</sup>. An eine Agrarmodernisierung war unter diesen Umständen nicht zu denken. Und dies sollte weitreichende Konsequenzen für die gesamte Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft haben.

In vergleichenden entwicklungsgeschichtlichen Studien ist wiederholt betont worden, daß erfolgreichen und breitenwirksamen Industrialisierungsprozessen in der Regel eine Modernisierung der Landwirtschaft vorausgegangen sei<sup>7</sup>. Wenn diese These richtig ist — und Ausnahmen bestätigen auch hier die Regel —, dann fällt der Agrarmodernisierung eine zentrale Funktion in der Ausgangssituation nachholender Länder zu. Wo eine Modernisierung des primären Sektors ausblieb, kam auch die Industrialisierung nur schleppend in Gang bzw. geriet — über kurz oder lang — in eine erneute Entwicklungsblockade. Die Balkanländer bieten dafür reichhaltiges Anschauungsmaterial. Es ist hinreichend bekannt, daß ihre wirtschaftliche Entwicklung bis zum Ende der Zwischenkriegszeit unbefriedigende Resultate erbrachte. Und es ist ebenso bekannt, daß der agrarische Sektor spätestens zu diesem Zeitpunkt (wahrscheinlich jedoch schon sehr viel früher) in eine Sackgasse geraten war. Die Anfänge und die Gründe freilich für diese Fehlentwicklung bedürfen noch der Klärung.

Bleiben wir zunächst noch bei den Daten! Die im Auftrag des Völkerbunds angefertigte, aber erst 1945 veröffentlichte Untersuchung von Wilbert Moore „Economic Demography of Eastern and Southern Europe“ enthält u. a. auch die wichtigsten Kennziffern zur Bestimmung des landwirtschaftlichen Entwicklungsniveaus in den Balkanländern am Vorabend des Zweiten Weltkrieges<sup>8</sup>. Diese mit viel Quellenmaterial belegten Ziffern brauchen hier im Detail nicht wiederholt zu werden. Stattdessen sollen am Beispiel Jugoslawiens und Serbiens einige längerfristige Trends verdeutlicht werden: So nahm z. B. in den dreißig Jahren zwischen 1926 und 1956 das in der jugoslawischen Landwirtschaft erwirtschaftete Volkseinkommen durchschnittlich um weniger als 1% im Jahr zu (genau um 0,89%). Bei dieser Berechnung blieben die Kriegsjahre unberücksichtigt, da sie das Ergebnis zusätzlich verschlechtert hätten. Der Preisverfall während der Weltwirtschaftskrise wurde durch die Verwendung konstanter Preise aus dem Jahre 1938 eliminiert. Und um darüber hinaus auch witterungsbedingte und saisonale Einflüsse ausschalten zu können, erfolgte die Berechnung der

<sup>5</sup> Zum „Bedarfsdeckungsprinzip“ vgl. Sombart, Bd. I/1, S. 31 ff.

<sup>6</sup> Ebda., Bd. II/1, S. 4: Dort heißt es über die Anfänge des kapitalistischen Wirtschaftssystems: „Anfänge‘ kann nicht bedeuten das völlig vereinzelt Auftreten einer dem Ideenkreis des Kapitalismus zugehörigen Erscheinung: ‚eine Schwalbe macht noch keinen Sommer‘ gilt auch hier. Vielmehr müssen sich ausgesprochen kapitalistische Züge in größerer Verbreitung oder, wie wir es ausdrücken: als Massenerscheinung nachweisen lassen.“

<sup>7</sup> Vgl. D. Senghaas: Von Europa lernen. Entwicklungsgeschichtliche Betrachtungen, Frankfurt/M. 1982, S. 27 u. passim.

<sup>8</sup> Moore, S. 29 ff. (mit umfangreichen Quellen- u. Literaturbelegen). Vgl. auch M. Jackson: Agricultural Output in Southeastern Europe, 1910—1938, — in: The ACES Bulletin. A Publication of the Association for Comparative Economic Studies XIV (1982), No. 4, S. 49—87.

Zuwachsrates unter Zugrundelegung des *Trendverlaufs*<sup>9</sup>. Ein Wachstum also von weniger als 1% — bei einem ohnehin *sehr* niedrigen Ausgangsniveau! Stellt man die Bevölkerungsvermehrung während dieser dreißig Jahre in Rechnung, so wird aus dem bescheidenen Wachstums- ein Schrumpfungsprozeß (und zwar von durchschnittlich —0,5% im Jahr)<sup>10</sup>! Zu ähnlichen Ergebnissen gelangt man, wenn man statt der Volkseinkommensrechnung die Bruttonproduktion in der Landwirtschaft (abzüglich der Reproduktionsmittel) für die Jahre 1929—1939 und 1946—1955 untersucht<sup>11</sup>. Auch in diesem Fall errechnet sich eine langfristige Schrumpfungsrate von —0,4% (wobei das Bevölkerungswachstum noch nicht berücksichtigt ist).

Mitte der 50er Jahre lag die Agrarproduktivität in Jugoslawien — gemessen an den *Hektarerträgen* bei den wichtigsten Kulturen — nicht nur unter dem Durchschnitt der 30er Jahre<sup>12</sup>, sondern auch noch weit unter den für 1897 in Serbien registrierten Werten<sup>13</sup>. Allerdings sind die Angaben für 1897 aller Wahrscheinlichkeit nach stark überhöht, selbst wenn man davon ausgeht, daß es sich um ein exzeptionell günstiges Jahr gehandelt habe. Zieht man die Daten aus anderen Jahren heran, die im Falle Serbiens vereinzelt bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts zurückreichen<sup>14</sup>, so ergibt sich — bei aller Unzuverlässigkeit der Landwirtschaftsstatistik — eine durchschnittliche jährliche Produktivitätssteigerung von mit Sicherheit unter 1% während eines vollen Jahrhunderts, ein säkulares *Nullwachstum* also, das signifikant hinter der Wachstumsrate der Bevölkerung zurückblieb. Daß es sich hierbei nicht um eine willkürliche Schätzung handelt, wird deutlich, wenn das im jugoslawischen Agrarsektor erwirtschaftete Volkseinkommen (s.o.) in Relation zu der *von der Landwirtschaft lebenden Bevölkerung* (Erwerbs- und

<sup>9</sup> Der Berechnung lagen die von V. Stajić: *Realni nacionalni dohodak Jugoslavije u periodima 1926—1939 i 1947—1956*, — in: *Ekonomski problemi. Zbornik radova*, Beograd 1957, S. 44 veröffentlichten Daten zugrunde. Zu ihrer Ermittlung vgl. die methodischen Erläuterungen ebda., S. 29 ff. Die Grundzahlen wurden zunächst in eine Indexreihe auf der Basis 1926 = 100 umgewandelt und anschließend der Trend nach der Methode der kleinsten Quadrate errechnet. In der Gleichung für die Trendgerade  $Y = a + bX$  repräsentiert der Parameter  $b$  die jährliche Zuwachsrate.

<sup>10</sup> Zu den Grundwerten pro Kopf der Bevölkerung vgl. Stajić, S. 45 f. Die Berechnung der Veränderungsrate erfolgte wie in Anm. 9. Der exakte Wert beträgt —0,47.

<sup>11</sup> Die Grundzahlen sind abgedruckt bei V. Stipetić: *Poljoprivredna proizvodnja na današnjem području FNR Jugoslavije 1929—1955*, — in: *Ekonomski problemi*, S. 124. Auch Stipetićs Angaben beruhen auf konstanten Preisen von 1938. Zu den Einzelheiten vgl. die methodischen Erklärungen ebda., S. 111 ff. Die Berechnung der Veränderungsrate erfolgte wiederum auf der Basis der Indexwerte und des Trends.

<sup>12</sup> Vgl. Stipetić, S. 108. Um witterungsbedingte Schwankungen zu eliminieren, wurden jeweils fünfjährige Durchschnitte (1934—1938 und 1951—1955) miteinander verglichen.

<sup>13</sup> Errechnet aus den Daten über die Anbauflächen und die Ernteerträge in: *Statistika Kr. Srbije*. Bd. XVI, Beograd 1900, S. XVI, XXVII, XXXVIII u. 368 f. Danach ergaben sich folgende Hektarerträge (in dz): Mais 19,3; Weizen 13,0; Roggen 13,0; Gerste 12,3 und Hafer 14,2. Im Durchschnitt der Jahre 1951—1955 betragen dagegen die entsprechenden Ernteergebnisse bei Mais 13,5; Weizen 11,1; Roggen 8,8; Gerste 10,2 und Hafer 8,2. Die letzteren Daten berechnet nach: *Jugoslavija 1945—1964. Statistički pregled*, Beograd 1965, S. 100.

<sup>14</sup> Die ersten Angaben liegen aus dem Jahre 1847 vor, vgl. V. Jovanović: *Statističan pregled našeg privrednog i društvenog stanja, sa obzirom na privredno i društveno stanje drugih država*, — in: *Glasnik Srpskog Učenog Društva* 50 (1881), S. 386 f.

Unterhaltspersonen) gesetzt wird<sup>15</sup>. Die jährliche Zuwachsrate des Trends für die auf dieser Basis ermittelte Agrarproduktivität betrug in den Jahren 1926–1956 (unter Ausklammerung der Kriegszeit) nur 0,64%<sup>16</sup>. Noch wesentlich ungünstiger fällt die Bilanz bei Vladimir Stipetić aus, der die agrarische Bruttoproduktion in ihrem Verhältnis zur *aktiven* Landbevölkerung untersuchte<sup>17</sup>. In diesem Fall ergibt sich für den Zeitraum 1929–1955 sogar ein leichter Rückgang der Produktivität<sup>18</sup>, — ein Rückgang, der im krassen Gegensatz zu den Veränderungsraten höher entwickelter Länder steht. So stieg z. B. die Arbeitsproduktivität in der amerikanischen Landwirtschaft zwischen 1869 und 1937 um über 2% jährlich; und ähnliche Ergebnisse liegen auch für Dänemark und Schweden vor<sup>19</sup>.

Ich muß an dieser Stelle einige Bemerkungen über meine Vorgehensweise einflechten. Angesichts der regionalen Vielfalt in Jugoslawien und des unterschiedlichen historischen Erbes in den einzelnen Landesteilen ist es im Rahmen eines Vortrags schier unmöglich, Aussagen zu treffen, die für alle Teile des Landes (und darüber hinaus für die benachbarten Balkanstaaten) gleichermaßen Gültigkeit beanspruchen könnten, — es sei denn, daß man sich auf ein Abstraktionsniveau begäbe, mit dem alles und nichts bewiesen werden könnte. Um dies zu vermeiden, mußte ein regionaler Schwerpunkt gesetzt werden. Die Wahl fiel dabei auf das engere Serbien, und zwar aus zwei Gründen: 1. Das engere Serbien (ohne die Wojwodina und das Kosovo-Gebiet) kommt den gesamtjugoslawischen Durchschnitten bei einer Vielzahl von Indikatoren am nächsten. Es repräsentiert gleichsam das arithmetische Mittel für ganz Jugoslawien. 2. Die langjährige Arbeit an deiner „Historischen Statistik Serbiens 1834–1914“<sup>20</sup> bot eine quantitative Grundlage für die Analyse langfristiger Wandlungsprozesse in diesem Raum, — eine Grundlage, die für die benachbarten Balkanregionen erst noch erarbeitet werden muß. Selbstverständlich ist nicht alles, was im folgenden über Serbien zu sagen sein wird, ohne Abstriche auf andere Teile Jugoslawiens oder auf Bulgarien und Rumänien übertragbar, aber in der Grundproblematik gibt es viele Ähnlichkeiten, wohingegen die ebenfalls vorhandenen Unterschiede meistens *gradueller* (und nur selten grundsätzlicher) Art sind<sup>21</sup>.

Kehren wir nach diesem kurzen Exkurs zu der oben getroffenen Feststellung zurück, daß die Jahre zwischen 1850 und 1950 eine Periode annähernden Still-

<sup>15</sup> Die Daten über die von der Landwirtschaft lebende Bevölkerung entstammen den Volkszählungen von 1921, 1931, 1948 und 1953. Für die Jahre 1932–1939 und 1954–1956 wurde die Zuwachsrate des jeweils vorangegangenen Volkszählungsintervalls fortgeschrieben. Für die Jahre 1921, 1931 und 1948 vgl. M. Ban: O poljoprivrednom stanovništvu, — in: Statistička revija III (1953), S. 335. Für 1953 vgl. Stipetić, S. 121.

<sup>16</sup> Unter Benutzung der in Anm. 9 zitierten Daten.

<sup>17</sup> Angaben über die aktive Landbevölkerung bei Stipetić, S. 121 f.

<sup>18</sup> Vgl. die Daten ebda., S. 105 (unter Verwendung fünfjähriger Produktionsdurchschnitte).

<sup>19</sup> Vgl. ebda., S. 106, Anm. 31 (mit weiteren Quellenangaben).

<sup>20</sup> Sundhaussen, H.: Historische Statistik Serbiens 1834–1914. Mit europäischen Vergleichsdaten, München 1989.

<sup>21</sup> Dies gilt vor allem für die kleinbäuerliche Landwirtschaft in Serbien und Bulgarien (wobei die Werte für Bulgarien in der Regel etwas günstiger ausfallen als für Serbien). Trotz der andersgearteten Grundbesitzverhältnisse in Rumänien unterschied sich die Masse der dortigen Bauern — was Wirtschaftsweise und Bildungsniveau betrifft — nicht wesentlich von der Landbevölkerung in Serbien und Bulgarien.

stands in der Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktivität darstellten. Das bedeutet nicht, daß es keine Veränderungen im agrarischen Sektor gegeben hätte. Ganz im Gegenteil: Es gab einschneidende, tiefgreifende und folgenreiche Wandlungen, wie z. B. die Zurückdrängung der Viehwirtschaft zugunsten des Ackerbaus, die Einführung und Ausbreitung des Weizenanbaus, die Kultivierung der Kartoffel und vieles mehr<sup>22</sup>. Aber alle Wandlungsprozesse vollzogen sich (mit wenigen Ausnahmen) im Rahmen einer extensiven Wirtschaftsweise und stellten eine unbeholfene Reaktion der Bauern auf die Bevölkerungsexplosion dar. Die Aufhebung der jahrhundertelangen osmanischen Agrarverfassung in Serbien Anfang der 1830er Jahre löste keinerlei innovatorischen Schub aus (ganz anderes als z. B. die Aufhebung der Grundherrschaft in Dänemark). Gute drei Generationen später — bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges — unterschied sich die Wirtschaftsweise der serbischen Bauern in ihrer Mehrheit kaum vom mittelalterlichen Standard. Unter 17 europäischen Ländern rangierten das Europäische Rußland, Serbien und Bulgarien im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts hinsichtlich der Produktivität im Ackerbau an letzter Stelle, — mit weitem Abstand hinter den hochentwickelten Ländern des Kontinents in Nordwest- und Westeuropa<sup>23</sup>. Und an dieser Rangfolge sollte sich auch in den nachfolgenden Jahrzehnten grundsätzlich nichts ändern. Die Agrarwirtschaft in den Balkanländern war und blieb auch nach den Bauernbefreiungen unterentwickelt. Zu ihren Merkmalen zählten u. a.: 1. eine extrem einseitige Nutzung des Ackerlandes zugunsten des Mais- und Weizenbaus (Serbien hielt in dieser Hinsicht um 1910 mit 93% der Ackerfläche den absoluten Rekord noch vor dem Europäischen Rußland und Bulgarien), 2. eine primitive Bewirtschaftungsweise, die nur in Ausnahmefällen über die Technik der Dreifelderwirtschaft hinausreichte, 3. eine extensiv betriebene Viehwirtschaft, die von fortgesetzten Qualitätsverlusten gekennzeichnet war, 4. das Fehlen jeglicher Ansätze für eine marktorientierte Milch- und Molke-reiwirtschaft und 5. schließlich — um die Aufzählung damit abzubrechen — die fehlende bzw. mangelhafte Verflechtung zwischen primärem und sekundärem Wirtschaftssektor<sup>24</sup>. Liest man in einem 1984 erschienenen Werk zur Wirtschaftsgeographie Jugoslawiens das entsprechende Kapitel über das engere Serbien durch, so stößt man z. T. noch auf die gleichen strukturellen Defizite wie vor einem Dreivierteljahrhundert, wengleich seit Ende der 50er Jahre durchaus *graduelle* Verbesserungen in einem nicht unerheblichen Ausmaß (vornehmlich in den Betrieben des gesellschaftlichen Sektors) erzielt wurden<sup>25</sup>.

<sup>22</sup> Zu Einzelheiten vgl. Sundhaussen: Historische Statistik, Abschnitt Landwirtschaft. Vgl. ferner D. Djordjević: An Attempt at the Impossible: Stages of Modernization of the Balkan Peasantry in the 19th Century, — in: Balcanica VIII (1977), S. 321–335.

<sup>23</sup> Vgl. die Angaben in: Annuaire international de statistique agricole. (Hg.: Institut international de l'agriculture, Jg. 1910, S. 54 f., 72 f., 92 f., 110 f., 126 f., 158 f. u. 200 f.

<sup>24</sup> Für Serbien vgl. Sundhaussen, Abschnitt Landwirtschaft. Für Bulgarien vgl. u. a. J. St. Moloff (Hg.): Die sozioökonomische Struktur der bulgarischen Landwirtschaft, Berlin 1936, S. 82, 107 f. u. passim.

<sup>25</sup> Vgl. M. Popović (u. a.): Ekonomska geografija. Knj. I: Ekonomska geografija Jugoslavije. 2. Aufl., Beograd 1984, S. 264 ff.

Ohne hier auf weitere Einzelheiten eingehen zu können, stellt sich die Frage nach den Gründen für diese langanhaltende Entwicklungsblockade. Auf die Theorie des „kapitalistischen Weltsystems“ und verwandte Paradigmata (wie die Dependenz- oder Kolonialtheorie) werde ich nicht eingehen<sup>26</sup>, da sie meines Erachtens — zumindest im vorliegenden Fall — wenig zur Klärung der gestellten Frage beitragen können. Empirisch überzeugende Belege für den angeblich system-immanenten „ungleichen Tausch“ im Sinne der Marxschen Werttheorie haben sich bislang nicht erbringen lassen. Dies gilt selbst für ein Land wie Serbien mit seiner extremen wirtschaftlichen Abhängigkeit von Österreich-Ungarn bis zum Zollkrieg von 1906. Erfolg oder Mißerfolg nachholender Entwicklung und damit auch nachholender Agrarmodernisierung wird nicht durch die Einbeziehung des jeweiligen Landes in die Weltwirtschaft vorausbestimmt, wie Berend und Ránki in einer 1982 veröffentlichten komparativen Studie überzeugend dargelegt haben<sup>27</sup>. Gewiß trifft zu, daß „die häufigste Reaktion auf drohende Peripherisierung . . . eine tatsächliche Peripherieentwicklung“ war und ist. Aber dies stellt durchaus keine „system“-bedingte *Zwangsläufigkeit* dar, wie die Verfechter der „Weltsystem“-Theorie glauben machen wollen. Die kapitalistische Weltökonomie läßt sich eben nicht als „Nullsummenspiel“ interpretieren, und der Aufstieg einer Gesellschaft zu einem kapitalistischen Kernland bedeutet nicht eo ipso den Abstieg einer anderen Gesellschaft zur Peripherie<sup>28</sup>. Die Bedeutung der internationalen Arbeitsteilung und der ihr innewohnenden Assymetrien soll damit nicht in Abrede gestellt werden, doch die Tatsache, daß nachholende Länder sehr unterschiedlich auf die Herausforderungen des Weltmarkts reagierten und reagieren, lenkt den Blick zurück auf die jeweiligen *Binnenstrukturen*.

Wenn von diesen Binnenstrukturen in Serbien vor 1918 oder in Jugoslawien nach 1918 die Rede ist, so wird — ähnlich wie im Falle des kleinbäuerlichen Bulgariens — häufig auf die Bodenzersplitterung bzw. auf ländliche Überbevölkerung als Ursache für die Entwicklungsblockade im agrarischen Sektor hingewiesen<sup>29</sup>.

<sup>26</sup> Gedacht wird hierbei vor allem an die Arbeiten von Immanuel Wallerstein, André Gunder Frank, Samir Amin u.v.a. Vgl. dazu stellvertretend P. Bratzel: Theorien der Unterentwicklung. Eine Zusammenfassung verschiedener Ansätze zur Erklärung des gegenwärtigen Entwicklungsstandes unterentwickelter Regionen mit einer ausführlichen Literaturliste, Karlsruhe 1978, S. 45 ff. und die Beiträge in dem von J. Blascke herausgegebenen Sammelband: Perspektiven des Weltsystems. Materialien zu Immanuel Wallerstein, „Das moderne Weltsystem“, Frankfurt, New York 1983.

<sup>27</sup> I. T. Berend — Gy. Ránki: The European Periphery and Industrialization 1780—1914, Budapest 1982, S. 160 u. passim; vgl. auch H. Sundhaussen: Neue Literatur zu Problemen der Industrialisierung und der nachholenden Entwicklung in den Ländern der europäischen Peripherie, — in: Südost-Forschungen XLIII (1984), S. 290 ff.

<sup>28</sup> So Senghaas, S. 218 (mit weiteren Literaturhinweisen).

<sup>29</sup> Vgl. u. a. International Institute of Agriculture: Population and Agriculture, with Special Reference to Agricultural Overpopulation, Geneva 1939 (Technical Documentation for League of Nations, European Conference on Rural Life, 1939, Publication No. 3); Moore, S. 55 ff. (mit weiteren Literaturhinweisen); R. Bicaníć: Agrarna prenapučenost, Zagreb 1940; N. Mirković: Die Bevölkerungsentwicklung Jugoslawiens und das Problem der agrarischen Überbevölkerung, — in: Weltwirtschaftliches Archiv 50 (1939), S. 98 ff.; J. Tomasevich: Peasants, Politics and Economic Change in Yugoslavia, Stanford 1955, S. 308 ff. und zahlreiche andere Arbeiten.

Dieser Ansatz beruht jedoch auf einem gedanklichen Zirkelschluß. Ländliche Übervölkerung vermag Rückständigkeit nicht zu erklären, sondern ist ihrerseits eine Folge bzw. eine Erscheinungsform von Rückständigkeit. Sie ist nicht die unabweisbare Konsequenz einer wachsenden Bevölkerung, wie Malthus befürchtet hatte, sondern Ausdruck eines Mißverhältnisses zwischen dem Wachstum der Bevölkerung auf der einen und dem Wachstum an gesellschaftlicher Kompetenz und Produktivität auf der anderen Seite. Ist das Stadium der Überbevölkerung allerdings einmal erreicht, so wirkt sich die relative Bodenknappheit (zumeist verbunden mit starker Parzellierung der Höfe) kumulativ erschwerend auf die Überwindung der Rückständigkeit aus.

Als Serbien 1830 die innere Autonomie erhielt, war das Land — gemessen an den natürlichen Produktionsbedingungen — eher dünn besiedelt. Einer der namhaftesten serbischen Nationalökonomien des vorigen Jahrhunderts, Valdimir Jovanović, machte noch in einer 1858 erschienenen Schrift die zu *geringe* Menschenzahl für die Rückständigkeit der Landwirtschaft verantwortlich<sup>30</sup>. Dank der Einwanderungswelle nach Serbien und einer für das ganze östliche Europa charakteristischen großen Heirats- und Geburtenhäufigkeit wurde in den nachfolgenden Jahrzehnten trotz anhaltend hoher Sterblichkeit ein bedeutender Bevölkerungszuwachs erzielt, so daß sich die „land/labor ratio“ grundlegend veränderte. Ob Serbien und die balkanischen Nachbarregionen bei Beginn des Ersten Weltkrieges übervölkert waren oder nicht, wage ich nicht zu entscheiden. Der Bevölkerungsdruck hatte jedenfalls deutlich zugenommen, und (theoretisch) konnte er entweder als Stimulanz oder als Hindernis für die weitere wirtschaftliche Entwicklung wirken. Daß er zum Hindernis wurde, ist unbestritten, aber *warum* er zum Hindernis wurde, ist bislang kaum untersucht.

Um es noch einmal zu wiederholen: Übervölkerung ist nicht einfach die unabwendbare Folge eines demographischen Wachstums<sup>31</sup>. Eine Zunahme der Population kann ebenso zur Übervölkerung wie zur Untervölkerung führen, da beide Zustände erfahrungsgemäß in alternierender Reihenfolge aufzutreten pflegen<sup>32</sup>. Die verfügbaren statistischen Daten aus den Balkanländern vom Anfang dieses Jahrhunderts lassen keinen Zweifel daran, daß die landwirtschaftliche Produktivität in den Ballungsgebieten der Bevölkerung höher und z. T. wesentlich höher war als in den dünner besiedelten Räumen bei sonst gleichen oder ähnlichen

<sup>30</sup> V. Jovanović: *Uzroci nazadka i uslovi napredka poljske privrede u Srbii*, Beograd 1858, S. 6 ff.

<sup>31</sup> „Es gibt zahlreiche Beispiele dafür, daß ähnliche Dichteverhältnisse sehr unterschiedliche Auswirkungen haben und sowohl zu einer ausgesprochenen Drucksituation als auch zum Zustand der Untervölkerung führen können.“ So J. Bähr: *Bevölkerungsgeographie. Verteilung und Dynamik der Bevölkerung in globaler, nationaler und regionaler Sicht*, Stuttgart 1983, S. 57. Vgl. auch H. Niehaus: *Über das Verhältnis von Mensch und Boden in entwickelten und unterentwickelten Ländern*, — in: *Agrarwirtschaft und Agrarpolitik*, hg. von E. Gerhardt u. P. Kuhlmann, Köln, Berlin 1969, S. 326 ff.

<sup>32</sup> Dieses demo-dynamische Alternationsgesetz wurde formuliert von E. Wagemann: *Menschenzahl und Völkerschicksal. Eine Lehre von den optimalen Dimensionen gesellschaftlicher Gebilde*, Hamburg 1948, S. 44 ff.

Bedingungen<sup>33</sup>. Das könnte bedeuten, daß die Agrarmodernisierung weniger am Knappheitsfaktor Boden als vielmehr am Knappheitsfaktor Arbeit scheiterte und daß diese Schlußfolgerung umso plausibler wird, je weiter wir in das bevölkerungsärmere 19. Jahrhundert zurückkehren. Angesichts des von allen Autoren für die Zwischenkriegszeit konstatierten Arbeitskräfteüberschusses auf dem Balkan (in Millionenhöhe!)<sup>34</sup> mag diese These abwegig klingen, da ein Überschuß dieser Größenordnung kaum von heute auf morgen entstanden sein kann. Die nachfolgenden Erörterungen dienen daher dem Ziel, das scheinbare Paradox von Überfluß und Mangel zu erklären.

Neben den katastrophalen Verkehrsverhältnissen und der Armut an Kapital (dessen Bedeutung häufig überschätzt wird) war es vor allem der Mangel an *Motivation* und *Kompetenz*, der in Serbien nach 1830 einen Entwicklungsschub trotz des reichlich vorhandenen und fruchtbaren Bodens verhinderte. Ähnliches gilt — mit zeitlichen Verschiebungen — für die Bauernwirtschaften der übrigen Balkanländer (und darüber hinaus wohl auch für die meisten traditionellen Agrargesellschaften unabhängig von Raum und Zeit). Selbst die ungarischen Bauern brauchten nach ihrer Befreiung aus „ewiger Erbuntertänigkeit“ zwei bis drei Jahrzehnte, um sich auf die veränderten Wirtschafts- und Produktionsverhältnisse einstellen zu können<sup>35</sup>. Die beiden Faktoren Motivation und Kompetenz, durch die Quantum und Qualität des Arbeitsaufwandes gesteuert werden, sind als soziologische Tatbestände (und nur als solche interessieren sie hier) Teil eines *kulturellen* Systems, das außerhalb des Individuums existiert und von diesem nur unbewußt wahrgenommen wird. Gleich anderen Erscheinungsformen dieses Systems handelt es sich um strukturell sehr stabil verankerte Formen des gesellschaftlichen Handelns, Denkens und Fühlens, die langfristig gewachsen und auch nur langfristig sowie aufgrund intensiver kollektiver Anstrengungen veränderbar sind<sup>36</sup>.

Beginnen wir mit der Motivation! Die Steuerung des Arbeitseinsatzes in den balkanischen Bauernwirtschaften des 19. Jahrhunderts läßt sich zweifellos nicht

<sup>33</sup> Ein Vergleich der Hektarerträge in den städtischen und ländlichen Gemeinden Serbiens für den Zeitraum 1901—1910 macht deutlich, daß die Erträge in den letzteren um 10—40% niedriger waren als in den ersteren. Zu den Einzelheiten vgl. Sundhaussen, Abschnitt Landwirtschaft. Auch für Bulgarien in der Zwischenkriegszeit läßt sich eine Korrelation zwischen Bevölkerungswachstum und Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion bei sonst gleichen Bedingungen nachweisen, vgl. N. W. Dolinski: Über den Zusammenhang der Bevölkerungsvermehrung und der Intensität der Landwirtschaft, — in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 63 (1930), S. 608 ff.

<sup>34</sup> Es gab eine Vielzahl von Versuchen, den ländlichen Arbeitskräfteüberschuß unter Verwendung unterschiedlicher methodischer Ansätze zu quantifizieren, vgl. stellvertretend Moore, S. 62 ff. Eine methodisch befriedigende Lösung existiert allerdings bislang nicht.

<sup>35</sup> Vgl. die grundlegende Abhandlung von A. Voros: *The Age of Preparation: Hungarian Agrarian Conditions Between 1848—1914*, — in: J. Held (ed.): *The Modernization of Agriculture: Rural Transformation in Hungary, 1848—1975*, New York 1980, S. 21—129; darin insbesondere die Abschnitte: *Survival of Traditional Production Methods and Ways of Life 1850—1867*, S. 21 ff. und *The Dissolution of the Traditional Peasant World, 1867—1890*, S. 57 ff. Für die Balkanländer liegen vergleichbare Untersuchungen noch nicht vor. Insbesondere die Frage, warum die transitionale Periode in den Balkanregionen wesentlich länger währte als in Ungarn, würde eine komparative Analyse lohnen.

<sup>36</sup> Vgl. dazu die Schriften von Émile Durkheim, insbes.: *De la division du travail social*, Paris 1893.

mit den Kategorien der modernen Nationalökonomie fassen<sup>37</sup>. Das bedeutet nicht, daß das Verhalten dieser Bauern „irrational“ gewesen wäre. Irrational ist nur der Versuch, ihre „Ökonomik“ in das Prokrustesbett der kapitalistischen Volkswirtschaftslehre zu zwingen. Der Russe Aleksandr Čajanov hat Anfang der 1920er Jahre in seiner „Theorie der nichtkapitalistischen Wirtschaftssysteme“ die Funktionsweise der naturalen oder halbnaturalen bäuerlichen Familienarbeitsbetriebe eingehend analysiert und insbesondere die Steuerung des Arbeitsinsatzes oder — wie Čajanov sagt — die Steuerung der „Selbstausschöpfung“ näher untersucht. Aus der Beschäftigung mit einem sehr umfangreichen Material über die bäuerliche Wirtschaft in Rußland leitete er die Feststellung ab, daß sich der Grad der „Selbstausschöpfung“ nicht an kapitalistischen Rentabilitätskriterien, sondern ausschließlich an der Gegenüberstellung subjektiver Bewertungen gemäß dem traditionellen „Bedarfsdeckungsprinzip“ orientierte<sup>38</sup>. Unter Berufung auf Čajanovs Analyse schreibt dazu Hans Medick: „Als zentrales Merkmal der eigentümlichen ökonomischen ratio der Familienwirtschaft erscheint es, daß ihre Produktionstätigkeit nicht von einem Interesse an der Erzielung eines monetären Surplus und eines Nettogewinns bestimmt ist. ‚Die Familienwirtschaft kann nicht maximieren, was sie nicht messen kann.‘<sup>39</sup> Ihr Produktionsziel ist es stattdessen, die ökonomisch und sozial-kulturell normierten Grundbedürfnisse familiärer Subsistenz mit dem familiären Arbeitsaufwand in einer ‚labour-consumer-balance‘ (D. Thorner) zum Ausgleich zu bringen. Auch wenn die von der Familie produzierten Güter objektiv als Waren in — durch das Handelskapital vermittelte — Markt- und Geldbeziehungen eingingen, verhält sich die Familienwirtschaft zum Tausch wie ein Produzent von Gebrauchswerten. Es zählen für sie Brutto-Erträge, keine Nettogewinne.“<sup>40</sup>

Diese Beobachtung wird von zahlreichen Anthropologen bestätigt. Mit dem „Image of Limited Good“ hat George Foster 1965 aus anthropologischer Sicht ein Modell für die kognitive Orientierung traditioneller Bauerngesellschaften entwickelt: „By ‘Image of Limited Good’ I mean that broad areas of peasant behavior are patterned in such fashion as to suggest that peasants view their social, economic, and natural universes — their total environment — as one which all of the desired things in life such as land, wealth, health, friendship and love, manliness and honor, respect and status, power and influence, security and

<sup>37</sup> Dennoch ist dies immer wieder versucht worden. Vgl. Th. W. Schultz: *Transforming Traditional Agriculture*, New Haven, London 1964, S. 28: „It is not necessary to appeal to cultural differences to explain particular work and thrift behavior because economic factors provide an explanation. Incentives to work more than these people do are weak because the marginal productivity of labor is very low.“

<sup>38</sup> Tschayanoff, A.: Zur Frage einer Theorie der nichtkapitalistischen Wirtschaftssysteme, — in: *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* 51 (1924), S. 577 ff.

<sup>39</sup> Millar, J. R.: A Reformulation of A. V. Čajanov's Theory of the Peasant Economy, — in: *Economic Development and Cultural Change* 18 (1969), S. 228.

<sup>40</sup> Medick, H.: Zur strukturellen Funktion von Haushalt und Familie im Übergang von der traditionellen Agrargesellschaft zum industriellen Kapitalismus: die protoindustrielle Familienwirtschaft, — in: W. Conze (Hrsg.): *Sozialgeschichte der Familie in der Neuzeit Europas*, Stuttgart 1976, S. 262 f.

safety, exist in finite quantity and are always in short supply, as far as the peasant is concerned. Not only do these and all other 'good things' exist in finite and limited quantities, but in addition *there is no way directly within peasant power to increase the available quantities*. . . . if 'Good' exists in limited amounts which cannot be expanded, and if the system is closed, it follows that *an individual or a family can improve a position only at the expense of others*. Hence an apparent relative improvement in someone's position with respect to any 'Good' is viewed as a threat to the entire community."<sup>41</sup> Und an anderer Stelle: ". . . wealth is seen by villagers in the same light as land: present, circumscribed by absolute limits, and having *no relationship to work*. One works to eat, but not to create wealth. Wealth, like land, is something that is inherent in nature. It can be divided up and passed around in various ways, but, within the framework of the villagers' traditional world, it does not grow."<sup>42</sup>

Die Modelle von Čajanov und Foster lassen sich mühelos auf die „Ökonomik“ der südslawischen Hauskommunion, der Zadruga, auch des „ganzen Hauses“ im Sinne von Wilhelm Heinrich Riehl übertragen.

Auch wenn sich die äußeren Fesseln der Hausgemeinschaft während des vorigen Jahrhunderts lösten, blieb es bei der vormodernen Wirtschaftsweise der ehemaligen Hausgenossen, die sich nach wie vor nicht an den Postulaten der Volkswirtschaftslehre, sondern am Bedarf, nicht am kapitalistischen Gewinnstreben, sondern an der vorkapitalistischen „Idee der Nahrung“ (Sombart) ausrichteten. Eine vorteilhafte Agrarkonjunktur wurde von den balkanischen Bauern nicht etwa — wie nach den Verhaltensregeln der Marktwirtschaft zu erwarten gewesen wäre — durch Steigerung der Produktion, sondern eher durch Einschränkung der Erzeugung und partiellen Rückzug vom Markt, also durch Reduzierung der Arbeitskraftanspannung, beantwortet<sup>43</sup>. Wie eine Anfang unseres Jahrhunderts in Serbien durchgeführte landwirtschaftliche Enquete verdeutlicht, blieben bei den Männern durchschnittlich über 40% der verfügbaren Jahresarbeitszeit ungenutzt (allein auf kirchliche und pseudokirchliche Feiertage entfielen 120 Tage pro Jahr), so daß sich ihre „Selbstaussbeutung“ auf einem angenehm niedrigen Niveau hielt, während die Frauen — nach gut patriarchalischem Brauch — etwa das Doppelte an Arbeitsleistung erbringen durften<sup>44</sup>.

<sup>41</sup> Foster, G.: Peasant Society and the Image of Limited Good, — in: *American Anthropologist* 67 (1965), S. 296 f.

<sup>42</sup> Ebda., S. 298.

<sup>43</sup> Vgl. M. Palairet: Land, Labour and Industrial Progress in Bulgaria and Serbia Before 1914, — in: *Journal of European Economic History* 12 (1983), No. 1, S. 176—178.

<sup>44</sup> Die Ergebnisse der zwischen 1910 und 1912 in 835 landwirtschaftlichen Betrieben durchgeführten Umfrage sind veröffentlicht bei M. Avramović: *Naše seljačko gazdinstvo*, Beograd 1928, hier S. 22. Avramović, der führende Kopf der ländlichen Genossenschaftsbewegung in Serbien, erklärt die geringe Auslastung der Arbeitskräfte u. a. mit der Bodenknappheit. Dem steht jedoch die Tatsache gegenüber, daß bereits ein halbes Jahrhundert zuvor (als die Rückständigkeit der Landwirtschaft noch mit einem Arbeitskräftemangel erklärt wurde) über die übermäßig vielen „Feiertage“ der Bauern im serbischen Parlament Klage geführt wurde (vgl. M.L. Stanojević: *Die Landwirtschaft in Serbien*, Halle 1913, S. 80). Auch der bereits zitierte Jovanović, S. 8, konstatierte 1858 den geringen Arbeitswillen („slaba volja k radu“) der Bauern. Und der bulgarische Landwirtschaftsexperte Pavel P. Egorov schrieb 1936: „Der Überschuß an Arbeitskräften ist nicht nur auf die geringe

Noch gegen Ende der 1930er Jahre schrieb der Konjunkturforscher Ernst Wagemann über die wirtschaftspsychologische Grundhaltung der balkanischen Bauern: „Ihre Einstellung ist kennzeichnend für die Urformen der Bodenbewirtschaftung. Im Gegensatz nämlich zur Zielsetzung des kaufmännischen, des unternehmerischen Betriebes, bei dem der Ertrag, ja der Reinerlös für Richtung und Maß der Leistung bestimmend ist, herrscht hier der Bedarf; der Bauer sucht seinen durch Gewohnheit, vielleicht durch uraltes Herkommen festgelegten Verbrauch zu erreichen und aufrechtzuerhalten — ohne eigentlich Kostenvergleiche anzustellen, aber wohl in dem Bewußtsein, daß jeder weitere Einsatz der eigenen Arbeitskraft von Übel sei.“<sup>45</sup>

Ganz ähnlich lautet der Befund von Antal Voros über die Verhaltensweise der ungarischen Bauern ein dreiviertel Jahrhundert zuvor: “There was little appreciation of the value of labor among them.”<sup>46</sup> Und weiter: “The notion that ‘time is money’ had not yet been recognized by the peasants. They simply did not know how to budget their time, just as they had no notion of the significance of saving money, or of the value of rational organization of their methods of work. Observers are almost unanimous reporting from every area of the country and about every peasant stratum that when a peasant was sure that the survival of his family was secure for a given year, he would not work any more.”<sup>47</sup> Und in einer kürzlich erschienenen Feldstudie über ein türkisches Dorf in der Nähe von Ankara berichtet der Autor, daß das Wirtschaften für die Dorfbewohner zwar eine wichtige, aber eine abgeleitete Tätigkeit sei: Ein Hof ist kein Betrieb, die Beziehungen in ihm haben kein ökonomisches Ziel, sondern existieren vorab und haben ihr eigenes Gewicht. Ziel des Wirtschaftens seien Autarkie und Unabhängigkeit — die Rentabilität sei etwas Sekundäres. Der Ökonomie fehle somit der expansive Stachel. Es scheine, als hätte das Dorf seiner Entwicklung Bremsen angelegt, die die Ökonomie daran hinderten, der Gesellschaft davonzugaloppieren<sup>48</sup>.

Mit Blick auf den Balkan sei hier noch angemerkt, daß der Motivationsdruck, der in den vorindustriellen Familienstrukturen Westeuropas (z. B. in den Konventionen der Eheschließung) angelegt war, der südslawischen Zadruga völlig fremd blieb. Dies ist dann von Bedeutung, wenn zutrifft, was in neueren Untersuchungen zur Sozialgeschichte der Familie behauptet wird, daß es nämlich enge und wichtige Verbindungen zwischen der vorindustriellen Familienstruktur und der industriellen Revolution „gegeben haben muß“<sup>49</sup>.

---

Größe der meisten landwirtschaftlichen Betriebe, sondern ist vor allem aus der extensiven Nutzungsweise des Landes und der geringen Arbeitsintensität der landwirtschaftlichen Betriebe überhaupt zu erklären.“ Egoroff: Die Arbeit in der Landwirtschaft, — in: J. St. Moloff, S. 153.

<sup>45</sup> Wagemann, E.: Der neue Balkan. Altes Land — junge Wirtschaft, Hamburg (1939), S. 40.

<sup>46</sup> Voros, S. 35.

<sup>47</sup> Ebda., S. 39.

<sup>48</sup> Vgl. ausführlich W. Schiffauer: Die Bauern von Subay. Das Leben in einem türkischen Dorf, Stuttgart 1987.

<sup>49</sup> Vgl. u. a. (mit weiteren Literaturhinweisen) P. Laslett: Familie und Industrialisierung: eine „starke“ Theorie, — in: Conze, S. 30.

Soviel zur quantitativen Dimension des Faktors Arbeit! Wenden wir uns nun der qualitativen Seite zu: Die Veränderung der Motivation bzw. die Steigerung des Arbeitseinsatzes ist ihrerseits eng — in einer Art Wechselbeziehung — mit der Verbesserung des Bildungs- und Informationsniveaus verbunden. Ohne entsprechendes know-how bleibt eine erhöhte Arbeitsleistung (falls es überhaupt dazu kommt) zwar nicht wirkungslos, unterliegt aber früher oder später dem Gesetz des abnehmenden Arbeits- und Bodenertrags. Die Ablösung der primitiven Brandrodewirtschaft und des Zwei- oder Dreifeldersystems durch eine geregelte Fruchtfolge, die Verwendung organischen Düngers, die Einführung neuer Kulturen oder die einfache Bearbeitung landwirtschaftlicher Produkte (wie etwa das Dörren von Pflaumen) erforderten nur verhältnismäßig wenig flüssiges Kapital, dafür aber einen Kenntnis- und Informationsstand, der den balkanischen Bauern des vorigen Jahrhunderts erst vermittelt werden mußte.

Die westeuropäischen Landwirte hatten Jahrhunderte Zeit gehabt, die Errungenschaften der mittelalterlichen Agrarrevolution anzunehmen und der Herausforderung durch eine expandierende Stadtwirtschaft mit einer weiteren Modernisierung des primären Sektors (etwa im Sinne von Thünens Intensitätslehre) zu begegnen, — auch wenn sie im Verlauf dieses Prozesses Analphabeten geblieben waren. Ganz anders stellte sich die Situation Serbiens und seiner Nachbarländer nach den Bauernbefreiungen dar: Angesichts des seit der industriellen Revolution verschärften internationalen Wettbewerbsdrucks und der durch medizinische und hygienische Verbesserungen ausgelösten Bevölkerungsexplosion blieb diesen Gesellschaften, die nicht nur mit einem *literarischen*, sondern auch mit einem *funktionalen Analphabetismus* zu kämpfen hatten, nur verhältnismäßig wenig Zeit, um den jahrhundertelangen unmittelbaren Lernprozeß bei anderen Völkern durch beschleunigende praxisorientierte Maßnahmen im Bildungssektor aufzuholen. Der Ausgang dieses atemberaubenden Wettlaufs hatte einschneidende und kaum zu überschätzende Folgen für den gesamten Prozeß nachholender Modernisierung.

Zwar wird über das Verhältnis von Bildungsexpansion und Wirtschaftswachstum immer wieder heftig gestritten, doch kann seit dem Erscheinen von Carlo Cipollas Studie „Literacy and development in the West“ (1969) kaum noch ein Zweifel am engen Zusammenhang beider Faktoren bestehen<sup>50</sup>. Einfache Korrelationsrechnungen mit den heute verfügbaren Daten bestätigen Cipollas Befund. Vergleicht man etwa den Grundschulbesuch in 19 europäischen Ländern um 1880 mit den von Paul Bairoch errechneten (für einige Staaten allerdings sehr zweifelhaften) Werten des Bruttosozialprodukts pro Kopf der Bevölkerung, so erhält man einen Korrelationskoeffizienten von 0,74. Noch deutlicher fällt der Zusammenhang aus, wenn man anstelle des Grundschulbesuchs die Analphabetenquote um 1900 oder 1910 zugrundelegt. Vergleichbare Daten liegen wiederum für 19 europäische Länder vor, und der Korrelationskoeffizient beträgt in diesem

<sup>50</sup> Cipolla, C. M.: *Literacy and Development in the West*, Baltimore (1969). Vgl. auch R. A. Easterlin: *Why Isn't the Whole World Developed?*, — in: *Journal of Economic History* 41 (1981), No. 1, S. 2 ff.

Fall sogar 0,86. Die Balkanstaaten — zusammen mit dem Europäischen Rußland und Portugal — nahmen in beiden Rechnungen jeweils die letzten sechs Plätze ein<sup>51</sup>.

Obgleich alle Balkanländer nach Erlangung der Souveränität die allgemeine Schulpflicht eingeführt hatten<sup>52</sup>, klaffte zwischen Anspruch und Realität jahrzehntelang eine tiefe Diskrepanz, so daß der Analphabetismus bis zum Ende der hier betrachteten Periode ein endemisches Grundübel blieb. Besonders negativ waren die Werte für Serbien. 1866 — ein halbes Jahrhundert nach Beendigung der serbischen Befreiungskriege — bestanden 96% der Bevölkerung aus Analphabeten, und zur Jahrhundertwende konnten 83% aller Personen weder lesen noch schreiben. Dieser Prozentsatz war höher als in irgendeinem anderen Staat Europas (die Türkei ausgeschlossen)<sup>53</sup>. Noch 1971 — und damit gut anderthalb Jahrhunderte nach der „serbischen Revolution“ — besaßen 26% der Bevölkerung über 10 Jahren im heutigen engeren Serbien keinerlei Schulbildung und 18% waren noch immer Analphabeten (vornehmlich auf dem Lande)<sup>54</sup>.

Die räumliche Verteilung der Analphabeten und ihre Gliederung nach Geschlechtern deckt weitere Defizite im Grundschulsystem des alten Serbien auf. Lediglich bei der zahlenmäßig sehr geringen städtischen Bevölkerung war es gelungen, die Analphabetenrate im Verlauf des vorigen Jahrhunderts deutlich zu reduzieren. Auf dem Lande dagegen blieb die Bildungsmisere ungebrochen<sup>55</sup>. Daß die weibliche Bevölkerung am Alphabetisierungsprozeß nur marginal beteiligt war (obwohl die Grundschulpflicht auch für Mädchen galt), verwundert angesichts der allgemeinen Rückständigkeit des serbischen Grundschulsystems und der betont patriarchalen Einstellung der Gesellschaft nicht. Daß zur Jahrhundertwende nur 9% der eheschließenden Frauen ihren Namen zu schreiben wußten<sup>56</sup>, hatte auch für die häusliche Erziehung der Kinder und damit für ihre primäre Sozialisation weitreichende Folgen. Das umfangreiche von Jovan Miodragović gesammelte Material über die Volkspädagogik und den „Geist der Erziehung“ bei den Serben belegt auf eindrucksvolle Weise, daß in den Familien gewiß nicht diejenigen Werte und Verhaltensweisen vermittelt wurden, die den Übergang von einer traditionellen zu einer modernen Gesellschaft erleichtert hätten<sup>57</sup>.

Der Berufsbildung und dem Fachschulwesen schenkten die serbischen Regierungen über Jahrzehnte hinaus nicht die geringste Beachtung (sofern es nicht um die Ausbildung von Staatsbeamten ging). Aus einem mißverstandenen Liberalismus heraus blieb die berufliche Qualifikation weitgehend der Eigeninitiative der jeweiligen Berufsgruppe überlassen und gelangte nicht über rudimentäre Ansätze

<sup>51</sup> Die Daten und Quellenbelege sind abgedruckt bei Sundhausen, Tabelle 148 und Tabelle 141.

<sup>52</sup> Rumänien 1864, Bulgarien 1879 und Serbien 1882.

<sup>53</sup> Sundhausen, Tabelle 139.

<sup>54</sup> Vgl. Popis stanovništva i stanova 31. III. 1971. god. Pismenost i školska sprema stanovništva SR Srbije, Beograd 1973, S. 22.

<sup>55</sup> Vgl. Sundhausen, Tabelle 137.2.

<sup>56</sup> Ebda., Tabelle 138.

<sup>57</sup> Miodragović, J.: Narodna pedagogija u Srba ili kako naš narod podiže porod svoj, Beograd 1914.

hinaus<sup>58</sup>. Obwohl zur Jahrhundertwende 84% der Bevölkerung von der Landwirtschaft lebten, gab es zu diesem Zeitpunkt lediglich zwei landwirtschaftliche Fachschulen mit insgesamt 130–140 Inskribenten<sup>59</sup>. Und weiter: Obwohl 88% des serbischen Exports aus Agrarprodukten bestanden, wandte die Regierung in den ersten Jahren unseres Jahrhunderts nur 0,1 Dinar (Resp. 0,1 Franc) für die Verbreitung landwirtschaftlicher Kenntnisse auf, weniger als ein Zehntel dessen, was in den Vereinigten Staaten für diesen Zweck ausgegeben wurde<sup>60</sup>. Die im serbischen Haushalt ausgewiesenen Mittel zur Förderung der Landwirtschaft erreichten im Jahrfünft 1906–1910 nur ein Vierzehntel (!) dessen, was der Staat in den Pensionsfonds seiner Beamten einzahlte<sup>61</sup>. Verbittert erklärte der Sekretär im Volkswirtschaftsministerium Velimir Stojković 1912 auf dem 17. Kongreß der serbischen Landwirtschaftsgenossenschaften: „In keinem Staat gibt es soviel Angehörige der Intelligenz, die unmittelbar aus der Masse des Volkes hervorgegangen sind, wie bei uns, aber dennoch verhält sich unsere Intelligenz derartig indifferent gegenüber dem Volk, als ob sie dessen Schicksal nicht im mindestens berührte, indifferenter noch als die englischen Missionare und Beamten gegenüber den Eingeborenen in den Kolonien.“<sup>62</sup> Und im Rechenschaftsbericht der Abteilung für Agrikultur und Viehzucht im Belgrader Volkswirtschaftsministerium von 1907 lesen wir wörtlich: „Von der Landwirtschaft haben unsere Bauern mit wenigen Ausnahmen nicht die geringste Ahnung (pojma nemaju)“. Deutlicher kann man es nicht formulieren! Insgesamt wurden hier acht Gründe für die Unterentwicklung des serbischen Agrarsektors angeführt, darunter Kapitalmangel, Mangel an Lohnarbeitern, Parzellierung des Bodenbesitzes und unzureichende Verkehrsmittel. Aber auch andere Nationen hätten mit diesen Problemen kämpfen müssen und hätten sie erfolgreich gelöst. Ausschlaggebend für das niedrige Niveau der Landwirtschaft sei das Unwissen der Bauern, das jeglichen Fortschritt verhindere<sup>63</sup>.

Es sei „geradezu unfassbar“, schreibt Vladimir Stipetić ein halbes Jahrhundert später, wie wenig bis 1957 unternommen worden sei, um mittels der achtjährigen Schulpflicht und einer besseren Einrichtung der landwirtschaftlichen Mittelschulen auf die Qualifikation der Produzenten einzuwirken. Besonders verwundere die Tatsache, daß dieses Problem nicht einmal ernsthaft gestellt worden sei<sup>64</sup>. Der Autor verweist in diesem Zusammenhang auf Untersuchungen in Schweden und

<sup>58</sup> Vgl. u. a. K. Jovanović: *Profesionalna nastava u Srbiji*, Beograd 1910; Vlajinac, M. Z.: *Poljoprivredna nastava u Srbiji*, Beograd 1905; Jovanović, A. G.: *Dajte nam i poljoprivredne škole*, Beograd 1922.

<sup>59</sup> Vgl. V. Stojković: *Kako bi trebalo organizovati poljoprivrednu nastavu i propagandu u Srbiji? Predavanje . . .*, držano na XVII kongresu Srpskih Zemljoradničkih Zadruga u Zaječaru 22 i 23 avg. 1912 g., Beograd 1913, S. 12.

<sup>60</sup> Ebda.

<sup>61</sup> Vgl. *Statistički godišnjak Kr. Srbije*. Bd. XIII (1909–1910), S. 594–599. Von dem Werk existieren nur die Druckfahnen; die Veröffentlichung wurde durch die anschließenden Kriege vereitelt.

<sup>62</sup> Stojković, S. 45.

<sup>63</sup> *Izveštaji podneseni Ministru narodne privrede o dosadašnjem radu na unapredjenju domaće privrede i merama za dalji rad u tome pravcu*, Beograd 1907, Bericht der Landwirtschaftsabteilung, S. 75–77.

<sup>64</sup> Stipetić, S. 106.

Dänemark, die eine enge Korrelation zwischen dem Bildungsniveau der Landwirte und der Höhe ihrer Einkünfte erbracht hätten<sup>65</sup>.

Im Weltentwicklungsbericht aus dem Jahr 1982 schließlich wird darauf verwiesen, daß Bauern mit einer mindestens sechsjährigen Grundschulbildung bis zu 25% höhere Erträge erzielten als Bauern ohne entsprechende Schulbildung<sup>66</sup>. Daß eine Verbesserung des Bildungs- und Ausbildungsangebots auf dem Lande eine grundlegende Bedingung zur Entwicklung des ländlichen Raums darstellt, wird in dem Bericht mit Nachdruck betont. Und dies läßt sich auch mit den historischen Erfahrungen erfolgreich nachholender Länder in Europa belegen. „Eine nicht alphabetisierte und unwissende Bauernschaft hätte (z. B.) im Falle Dänemarks niemals den Übergang von einer Brotgetreide-Exportökonomie zum Import von Futtergetreide mit dem Ziel einer Umstellung auf Veredelungswirtschaft zuwege gebracht. Auch hätte eine Bauernschaft, die nicht in dörflichen Volksschulen fortgebildet worden wäre, eine entscheidende institutionelle Innovation, die Organisation selbstwirtschaftender Familienbetriebe in bäuerlichen Genossenschaften, nicht hervorgebracht.“<sup>67</sup>

Damit komme ich zum Schluß: Wenn immer wieder von einem ländlichen Arbeitskräfteüberschuß in den Balkanstaaten gesprochen wird, so bedarf diese Feststellung sowohl einer Präzisierung wie einer Ergänzung: Dem Überschuß an nicht motivierten und nicht kompetenten Arbeitskräften auf dem Lande stand ein *eklatanter Mangel* an qualifizierten und motivierten Arbeitskräften (sowohl auf dem Lande wie in der Stadt) gegenüber. Nicht Abhängigkeit vom Ausland oder „ungleicher Tausch“, auch nicht Bodenknappheit oder Mangel an Kapital, sondern Mangel an Motivation und Kompetenz erwiesen sich — nicht als die alleinigen, aber als die eigentlichen — Entwicklungshindernisse im Balkan-Raum. Die „äußert primitive“ Technik der Landnutzung, die unzureichende Düngung des Bodens (mit Naturdünger), die Rückständigkeit im Fruchtfolgesystem oder die Behinderung jeglichen Innovationsstrebens durch den Flurzwang und die Dorfgemeinschaft lassen sich ebensowenig ökonomisch erklären wie die Abneigung traditionell wirtschaftender Bauern gegen die Kommassation, ihr an der „Bedarfsdeckung“ ausgerichteter Arbeitseinsatz, die sehr ungleichmäßige Auslastung der Arbeitskraft während des Jahres oder die abergläubisch-fatalistische Einstellung gegenüber Naturphänomenen<sup>68</sup>.

<sup>65</sup> Vgl. ebda., Anm. 32.

<sup>66</sup> Zit. nach E. Rathenberg: Mit Bildung gegen Armut, — in: Die Zeit Nr. 42 v. 10.10.1986, S. 30.

<sup>67</sup> Senghaas, S. 252.

<sup>68</sup> Eine Darstellung dieser Zusammenhänge muß einer künftigen ausführlicheren Untersuchung vorbehalten bleiben. Hier nur einige wenige Hinweise: Über die Abneigung der ungarischen Bauern gegen Flurbereinigungsmaßnahmen berichtet Voros, S. 31 ff.; für Bulgarien ein halbes Jahrhundert später vgl. H. Wilhelmy: Hochbulgarien. I. Die ländlichen Siedlungen und die bäuerliche Wirtschaft, Kiel 1935, S. 252. Zur Bedeutung von Fatalismus und Aberglauben für die ländlichen Bewirtschaftungsmethoden vgl. M.M. Savić: Poljska privreda u Srbiji, njeno preobražavanje i radovi zemljoradnika preko godine, sv. I, Beograd 1906, S. 10. Zum selben Thema schreibt Voros, S. 45: „In fact, the Hungarian peasant regarded nature as being regulated by God; it was easier for him to ask for God's blessing than to work harder to deserve it. The peasant of the Great Plain excused his own negligence and his refusal to plough his land deeper and more than once a year

Ausschlaggebend für die Konservierung rückständiger Bewirtschaftungsmethoden war der Umstand, daß die in Gewohnheit und Sitte verankerten gesellschaftlichen Verhaltensweisen nicht aufgebrochen werden konnten, daß das System der Elementarbildung (und zwar der praxisorientierten Elementarbildung) in Serbien und in den anderen Balkanländern nicht die Schwelle von der Unterentwicklung zur Entwicklung überwunden hatte und daß von ihm keine kraftvollen und breitenwirksamen Impulse zur Beschleunigung des Zuwachses an Humankapital ausgingen. Der balkanische Bauer war ganz im Unterschied zur Landbevölkerung in den skandinavischen Staaten weder von seiner Motivation noch von seiner Kompetenz her darauf vorbereitet, die Möglichkeiten einer Produktionssteigerung durch intensivere Bewirtschaftungsmethoden zu nutzen. Völlig zu Recht schrieb Pavel Egorov vom Statistischen Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität Sofia 1936: „Die z. Z. noch meist übliche extensive Wirtschaftsweise kann jedoch nicht mit der nötigen und gewünschten Schnelligkeit aufgegeben werden, hauptsächlich deshalb, weil die psychologische Vorbereitung des Übergangs zur intensiven Wirtschaftsweise fehlt und die traditionellen Gewohnheiten eines bedeutenden Teiles der bulgarischen Bauernschaft noch zu stark sind.“<sup>69</sup> Die technologische Schwäche der Gesellschaft, ihre Unfähigkeit zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und ihr Unvermögen, die Produktion dauerhaft und endgültig zu erhöhen, führten nach Jahrzehnten einer vorteilhaften land/labor ratio und des Bodenüberflusses in die „malthusianische Schere“: Die Bevölkerung wuchs weiter in geometrischer, die Produktion allenfalls in arithmetischer Progression.

Die politischen Führungsschichten auf dem Balkan haben — von wenigen Ausnahmen abgesehen — die Bedeutung des Agrarsektors für die gesamte Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft grob unterschätzt. Die Überwindung des traditionellen sozio-kulturellen Systems auf dem Lande erforderte eine intensive Aufklärungs- und Bildungsarbeit, bei der mit schnellen Erfolgen nicht zu rechnen war. Und dazu fehlte den Regierungen sowohl der Wille als auch die Geduld. Die Bauern blieben deshalb, was sie unter den fremden oder einheimischen Grundherren seit jeher gewesen waren: die *misera plebs contribuens*.

---

by the argument that if drought came, his work would have been wasted anyway.“ Klagen über die ungleichmäßige — mit dem Wechsel der Jahreszeiten allein nicht erklärbare — Auslastung der bäuerlichen Arbeitskraft während des Jahres finden sich in zahlreichen zeitgenössischen Schilderungen. Auch die Tatsache, daß die Bauern die für ihre Selbstversorgung erforderlichen Kulturen selbst dann anbauten, wenn ihr Boden dafür nicht geeignet war und sie mit dem Wechsel zu anderen Kulturen wesentlich höhere Erträge hätten erzielen können, ist immer wieder kritisiert worden, vgl. z. B. Izveštaji, S. 72 f.

<sup>69</sup> Egoroff: Die Landnutzung, — in: J. St. Moloff, S. 108.

LJUBEN BEROW

## Industrialisierungspolitik und soziale Veränderungen in Bulgarien zwischen den beiden Weltkriegen

Die Industrialisierungspolitik Bulgariens bis Ausbruch des Zweiten Weltkriegs ist in der bulgarischen ökonomischen Theorie der Vergangenheit nur sporadisch und vorwiegend in Hinblick auf ihr Instrumentarium abgehandelt worden. Die Einschätzung der erzielten Ergebnisse, d. h. eine Beurteilung ihrer Effektivität, stand mehr oder weniger im Hintergrund, und ihre Auswirkung auf die soziale Evolution des Landes wurde mit Ausnahme ihrer Auswirkung auf die Sicherung von Arbeitsplätzen für einen Teil der in der Landwirtschaft freigesetzten Arbeitskräfte und der zusätzlichen Suche nach landwirtschaftlichen Rohstoffen so gut wie nicht untersucht<sup>1</sup>. Erst in den letzten dreißig Jahren tauchten mehr oder weniger systematische Studien über eine Einschätzung der Ergebnisse dieser Industrialisierungspolitik zwischen 1939/40 auf<sup>2</sup>. Die Aufgabe der vorliegenden Studie soll es ein, eine zusammenfassende Darstellung der in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen eingetretenen Entwicklung des Instrumentariums der Industrialisierungspolitik in Bulgarien zu geben. Sie soll eine summarische Einschätzung der im Lande erreichten Ergebnisse im Hinblick auf die Industrialisierung anbieten und die Untersuchung der Auswirkungen der Industrialisierung auf die sich im Lande vollziehenden sozialen Veränderungen vorantreiben.

### *Entwicklung der Mittel (des Instrumentariums) der Industrialisierungspolitik*

In den 20er Jahren gelang es der bulgarischen Großbourgeoisie, die Gültigkeitsdauer der seit Ende des 19. Jahrhunderts geltenden Gesetzgebung zur Förderung der nationalen Industrie zu verlängern. Die erste Gesetzesvariante stammt aus dem Jahre 1895<sup>3</sup>, sie wurde jedoch durch die analogen Gesetze von 1905 und 1909 ersetzt<sup>4</sup>. Gerade die letzte Variante dieser Gesetzgebung von 1909 war bis

<sup>1</sup> D. Todorow: Nasartschawanata industrija i industrialnata politika na Balgarija. — Stopanska misal, g. III, 1933, Buch IV, S. 60 u. f.; D. Toschew. Industrialnata politika na Balgarija sled Parwata swetowna wojna. — Godischnik na Wisscheto targowsko utschilische waw Warna, XIV, 1940/41, S. 1—180 u. a.

<sup>2</sup> L. Berow: Kam w prosa sa tempowete na kapitalistscheskata industrialisazija na Balgarija, — Istwestija na Ikonomitscheskija Institut na BAN, god. V, B. 3—4, 1954, S. 129—162; L. Berow: Sa dostowernostta na burshoasnata industrialna statistika w Balgarija do 1944 — Statistika i planowo stopanstwo, 1961, B. 3, S. 58—71; L. Berow. Ikonomitscheskoto raswitie na Balgarija pres wekowete. Sofia 1974, S. 110—133; Stopanska istorija na Balgarija 681—1981, Sofia 1981, S. 327—335, 377—388 u. a.

<sup>3</sup> Sakona sa nasartschawane na mestnata industrija w „Darshawen westnik“, Nr. 22 vom 22.1.1895 u dopalnenijata in Nr. 64 vom 21.3.1897.

<sup>4</sup> „Darshawen westnik“ Nr. 66 vom 26.III.1905 und Nr. 53 vom 10.3.1909.

1928 in Kraft<sup>5</sup>. Sie sah zwei Arten von Begünstigungen für die Industrie vor — eine allgemeine und eine Sondervergünstigung. Die allgemeine Vergünstigung betraf Klein- und Großbetriebe und beinhaltete das Recht auf zollfreie Einfuhr der nötigen Maschinen und Baumaterialien<sup>6</sup> (falls diese nicht im Land hergestellt wurden), die kostenlose Bereitstellung von freiem staatlichen oder gemeindeeigenem Gelände bis zu 0,5 ha für den Bau von Industriebetrieben, die Herabsetzung der Eisenbahntarife zur Beförderung der erforderlichen Maschinen und Brennstoffe um 25 bis 32%, die Bevorzugung der geförderten Betriebe bei der Vergabe von Staatsaufträgen selbst dann, wenn deren Erzeugnisse um 15% über dem Preis ausländischer Firmen lag, und einige andere Privilegien von zweitrangiger Bedeutung.

In den Genuß der Sondervergünstigung gelangten nur die größeren Betriebe mit mehr als zehn Beschäftigten für wenigstens sechs Monate des Jahres, die über Motoren mit einer industriellen Kapazität von mehr als 10 PS verfügten und in Maschinen, Gebäude und Ausrüstungen mehr als 20 000 Goldlewa investiert hatten<sup>7</sup>. Ein Zusatzartikel des Gesetzes grenzte zusätzlich die Gültigkeit der Sondervergünstigungen in einem bestimmten Bereich von 24 ausdrücklich aufgeführten Industriezweigen oder Produktionen ein. Diese zusätzlichen Sondervergünstigungen beinhalteten die Befreiung von Einfuhrgebühren und von der „Oktroyier“-Taxe für alle importierten Rohstoffe und Halbfabrikate, die Befreiung sämtlicher Fabrikgebäude von der Gebäudesteuer und die Befreiung der Betriebe selbst als juristische Personen von einer „Handwerkssteuer“ (Einkommenssteuer). Für Großbetriebe mit über 50 Beschäftigten war auch die Erteilung und Zubilligung von Konzessionen vorgesehen.

Mit dem Gesetz von 1909 wurde zum ersten Mal der Versuch unternommen, auf indirektem Wege die Ausrichtung der Investitionen in der Industrie nach Zweigen zu regulieren. So billigte das Gesetz den bereits bestehenden Mühlen und Fabriken für die Herstellung von Wollstoffen, Bier und Spirituosen das Recht auf eine Sondersteuer zu, enthielt es aber den nach 1909 neugebauten Betrieben in diesen verhältnismäßig übersättigten Industriezweigen vor.

Dieses Gesetz spielte auch in den 20er Jahren eine positive Rolle für die weitere Entwicklung der Industrie unter Einbeziehung des neugebildeten Kapitals. Und trotzdem lag der Hauptgrund für die relativ schnelle Entfaltung der Industrieproduktion mittels der Errichtung neuer oder der Erweiterung bereits bestehender Betriebe in den ersten Nachkriegsjahren in der andauernden Abwertung des bulgarischen Lews. Sie bewog die Bourgeoisie dazu, die Anhäufung von Kapital in Geldform zu vermeiden und einen Teil davon in die Industrie zu stecken. Auf Grund dessen stieg die Summe der Investitionen in das industrielle Grundkapital, einer Industrieumfrage aus den Jahren 1921/22 zufolge, trotz der Krisensituation im Lande von 11,4 Mio. Goldlewa in den Jahren 1910—1914 auf durchschnittlich

<sup>5</sup> Gesetz über die Verlängerung des Wirkungszeitraumes des Gesetzes von 1909, im Jahre 1919 verabschiedet, in „Darshawen westnik“ Nr. 306 vom 17.1.1919 und Nr. 225, Beilage vom 30.12.1925.

<sup>6</sup> Es war auch das Recht auf die zollfreie Einfuhr von Rohstoffen vorgesehen, aber nur unter der Bedingung, daß sie nach ihrer Bearbeitung wieder ins Ausland ausgeführt wurden.

<sup>7</sup> Ein Goldlew aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg war einem Goldfranken (Frankreich) nicht nur offiziell, sondern auch in Wirklichkeit gleichgesetzt.

16,5 Mio. Goldlewa im Jahre 1919, auf 15,5 Mio. Goldlewa im Jahre 1920 und auf 16,8 Mio. Goldlewa im Jahre 1921. Gleichzeitig waren auch einige begünstigende Maßnahmen der Wirtschaftspolitik des Staates für das Industriekapital von Bedeutung. Natürlich war die Regierung der Bulgarischen Bauernpartei nicht eine Regierung der Großbourgeoisie, einige ihrer Maßnahmen im Bereich der Staatsfinanzen und des Außenhandels brachten jedoch in zweiter Linie auch Vergünstigungen für die Industriellen. Das war z. B. der Fall mit der Erhöhung des sog. „Zollkoeffizienten“ für die Errechnung der Zölle, die in der Vorkriegszeit in Goldlewa zu zahlen waren, nach 1919–1922 aber in dem in Umlauf befindlichen Papiergeld zu entrichten waren. Das Gesetz über das Einfuhrverbot von Luxusartikeln spielte ebenfalls eine Rolle dabei, einige der neuen Industriezweige vor ausländischer Konkurrenz zu schützen. Das Gesetz über die steigende Einkommenssteuer aus dem Jahre 1921 sah für das Industriekapital im Vergleich zu den Händlern und Rentiers eine niedrigere Besteuerung vor.

In der zweiten Hälfte der 20er Jahre lag die Voraussetzung für die beschleunigte Entwicklung der Industrie in der Erweiterung des Inlandsmarktes durch ansteigende Einkünfte auf dem Dorf und einer Erhöhung des nominalen Arbeitslohns der Arbeiter und Angestellten nach der Stagnation zu Beginn dieses Jahrzehnts. Das führte in dem einen oder anderen Maße zum Anwachsen der Kaufkraft und der Nachfrage nach Industrieprodukten im Lande selbst. Eine ebenso wichtige Voraussetzung für das Anwachsen der Landesindustrie war auch das teilweise Verdrängen des konkurrierenden Imports einer Reihe von ausländischen Konsumgütern durch eine Erhöhung der Einfuhrzölle mit Hilfe des Gesetzes über den Zolltarif von 1926<sup>8</sup>. Seinen Importzöllen nach nahm Bulgarien nicht nur unter den Balkanstaaten einen führenden Platz ein. Das wird aus dem folgenden Vergleich des durchschnittlichen Prozentsatzes der Einfuhrzölle und der Taxen für bearbeitete Industrieerzeugnisse in den einzelnen Ländern für die Jahre 1927 und 1931<sup>9</sup> ersichtlich:

	1927	1931		1927	1931
Bulgarien	75,0	90,0	Tschechoslowakei	35,8	36,5
Rumänien	48,5	55,0	Frankreich	25,8	29,0
Jugoslawien	28,0	32,8	Österreich	21,0	27,7
Spanien	62,7	75,5	Deutschland	19,0	18,3

Von begrenzter Bedeutung war in dieser Zeit auch die protektionistische Politik der Bulgarischen Nationalbank bei der Herausgabe ausländischer Valuta im Rahmen des 1918 eingeführten Staatsmonopols über den Handel mit ausländischen Zahlungsmitteln<sup>10</sup> (dieses Monopol wurde jedoch in den Jahren 1928/29 unter

<sup>8</sup> Gesetz über die Veränderungen und Zufügungen zum Gesetz über den Zolltarif für Importwaren, „Darshawen westnik“ Nr. 32 vom 13.5.1926.

<sup>9</sup> H. Liepmann: *Tariff Levels and Economic Unity of Europe*. New York, 1938, p. 396–398, 413.

<sup>10</sup> L. Wladikin. *Kambialnijat monopol w Balgarija*. — *Stopanska misal*, Jahrbuch III, 1932, B. I, S. 3–32.

dem Druck der Kreditgeber für den Stabilisierungskredit des bulgarischen Staats von 1928 bedeutend gelockert). Eine gewisse Rolle spielte auch das wiederholte Gesetz über „das Einfuhrverbot für Waren, mit denen Grundbedürfnisse gedeckt wurden“ von 1924<sup>11</sup>, das bis zu seiner Außerkraftsetzung im Jahre 1926 besonders zur Errichtung einiger einheimischer Industriezweige wie der Strumpfindustrie, der Produktion einiger neuer Trikotagenerzeugnisse, von Toilettenartikeln u. a. beitrug. Auf diese Weise gelang es dem Industriekapital mit Hilfe des Staates, einen Teil des Inlandsmarktes zu erringen, der bis dahin durch den Import von industriellen Konsumgütern aus dem Ausland gedeckt wurde.

Gewisse Bedeutung kommt hierbei auch der andauernden Politik der Förderung größerer Industriebetriebe zu. Die Regierung des Demokratischen Sgowor beeilte sich, den Versuch der vorherigen Bauernregierung zunichte zu machen, das Steuersystem durch die Einführung eines Gesetzes über den Staatshaushalt 1921/22 zu reformieren und die bis dahin bestehenden Steuern für das Handwerk, die Bodensteuer, die Straßensteuer und die Wegsteuer in einer allgemeinen Einkommenssteuer zusammenzufassen. Wegen der mangelhaften Vorbereitung der Steuerbehörde und der massenhaften Versuche von seiten der Bourgeoisie, ihr Einkommen zu verschleiern, brachte dieses neue System außerordentlich ungünstige finanzielle Ergebnisse, die die Bauernregierung bereits in der ersten Hälfte des Jahres 1923 zwangen, die Steuern für das Handwerk und die Bodensteuer wieder einzuführen, und die Besteuerung des Gesamteinkommens nur als Zusatzsteuer für die größeren Einkommen bestehen zu lassen. 1925 beseitigten die Mitglieder des Sgowor endgültig die Steuerreform von 1921 und schufen ein neues Gesetz „über die Einkommensbesteuerung von Personen und Gesellschaften“<sup>12</sup>. Auf den ersten Blick sah dieses Gesetz den bisher höchsten Prozentsatz für die Besteuerung der Einkommen aus Industrie und Handwerk vor (10% gegenüber den 9% für die Einkommen aus dem Handel, den 8% für die „freien Berufe“ und den 4% für die Arbeitslöhne). In der Praxis zeigte sich jedoch das Industriekapital wegen der Absetzung des reinvestierten Kapitals, der Gewinne, in einer günstigeren Position.

Die von der Regierung der Bauernpartei mit einem Gesetz im Jahre 1920 eingeführte Gewinnsteuer für die Gesellschaften sah anfangs eine steigende Besteuerung der Gewinne der Industriebetriebe von 8 bis 40% vor<sup>13</sup>. Mit dem Gesetz der Regierung des Demokratischen Sgowor aus dem Jahre 1925 wurden diese Steuerprozentage gemeinsam mit dem zusätzlich zu zahlenden zweiten Steuersatz auf 14—30% des realisierten Gewinns gesenkt. Laut diesem Gesetz wurden jedoch bereits die jährlichen Abschreibungen für die Gebäude in Höhe von 2—5% und für die Maschinen in Höhe von 10%, die nicht eintreibbaren Forderungen, die Zinseinkünfte und die verausgabten Summen für die „Erweiterung und

<sup>11</sup> Darshawen westnik, Nr. 234 vom 17.5.1924 (im Mai 1926 wurde das Verbot durch eine erhöhte Bezollung ersetzt).

<sup>12</sup> Darshawen westnik, Nr. 92 vom 24.7.1925.

<sup>13</sup> Ebenda, Nr. 101 vom 6.8.1920 (einschließlich der zweiten Steuergröße). 1922 wurde das Steuersystem verkompliziert und die Steuerprozentage wurden von 10—60% differenziert. (Siehe „Darshawen westnik“, Nr. 241 vom 26.1.1922). Es war jedoch nur zwei Jahre in Kraft.

Modernisierung des Betriebes“ von dem zu steuernden Gewinn abgesetzt. Das bedeutete für das Industriekapital nahezu die völlige Befreiung von Steuern für den Fall, daß ein Teil des Gewinns erneut investiert wurde.

Wieder kraft des genannten Gesetzes von 1925 wurden auch die Steuerprozentage für die hohen Einkommen gesenkt, die bis dato mit der Zusatzsteuer über das Gesamteinkommen abgeschöpft wurden. (So wurde der Höchstprozentsatz für die Besteuerung der Höchsteinkommen über 150 000 Lewa bei 36% fixiert.) So wurde die Anhäufung von Kapital in den Händen der Bourgeoisie erleichtert und die Möglichkeiten für Investitionen im Lande erweitert, was wiederum die Entwicklung der kapitalistischen Industrie begünstigte.

Diese Maßnahmen stimulierten den in der zweiten Hälfte der 20er Jahre andauernden Zufluß von ausländischem Kapital sowohl in der Form direkter Investitionen in der Industrie als auch in der Form von Bankkrediten, die große Banken mit ausländischer Beteiligung in Sofia für die Befriedigung der Bedürfnisse der Industrie vergaben. Mit ausländischem Kapital wurden damals eine Reihe großer Betriebe, wie z. B. das Wärmekraftwerk „Kurilo“ bei Sofia, die Fabrik für Nähgarne bei Kasanlak, die Schiffswerft „Koralowag“ in Warna u. a. errichtet. 1929 betrug der Anteil an ausländischem Kapital etwa 18—20% der Gesamtinvestitionen für Maschinen und Gebäude für die Industrie.

Eine gewisse Bedeutung hatte auch die Tatsache, daß 1928, nach langen Diskussionen in der Volksversammlung und in der Presse, ein neues Gesetz über die Förderung der einheimischen Industrie verabschiedet wurde<sup>14</sup>. Es beseitigte die Trennung der Vergünstigungen für die Industrie in zwei Kategorien (allgemeine und Sondervergünstigungen). Abgeschafft wurde ebenfalls die kostenlose Bereitstellung von staatlichem oder gemeindeeigenem Gelände für den Bau von Fabriken. Das Privileg, die Waren von geförderten Betrieben zu einem verbilligteren Eisenbahntarif transportieren zu können, wurde insofern beschnitten, als die unter dieser Klausel transportierbare Menge auf 25% beschränkt wurde. 1929 betrugen die Verluste, die der Staatshaushalt durch die den geförderten Betrieben überlassene Vergünstigungen erlitt, 1,02 Mrd. Lewa<sup>15</sup>. (Das war etwa ein Achtel der staatlichen Gesamtausgaben.)

Dieses Gesetz sollte anfangs 15 Jahre lang in Kraft sein, die wichtigsten Privilegien wurden jedoch praktisch heimlich auf Umwegen durch einander widersprechende Verordnungen der jährlichen Gesetze über den Staatshaushalt und durch andere Vorschriften und neue Rechtslagen abgeschafft, ohne daß das offizielle Gesetz von 1928 für ungültig erklärt wurde. Das betraf die zollfreie Einfuhr, die Befreiung von Steuern und die Begünstigungen bei der Vergabe von Staatsaufträgen<sup>16</sup>. Auf Grund dessen fielen die bereits genannten Verluste für den Staatshaus-

<sup>14</sup> Darshawen westnik, Nr. 58 vom 14.6.1928.

<sup>15</sup> In „Stopanska misal“, god. III, 1933, B. IV, S. 61.

<sup>16</sup> Gegen Ende 1931 und während 1932 sah sich die Regierung des Volksblocks unter dem Druck von Budgetschwierigkeiten gezwungen, auf indirektem Wege die wichtigsten Vergünstigungen des Gesetzes zur Förderung der einheimischen Industrie aus dem Jahre 1928 außer Kraft zu setzen. Das Recht auf zollfreie Einfuhr wurde praktisch durch die Einführung einer Wertgebühr für alle zollfrei importierten Waren hinfällig. 1933—1935 wurden allmählich auch die Privilegien für einen

halt infolge der der Industrie überlassenen Vergünstigungen noch 1930 auf 0,52 Mrd. Lewa und waren im Finanzjahr 1931/32 fast völlig beseitigt.

Im Jahre 1936 wurde ein neues Gesetz für die Industrie erlassen<sup>17</sup>, das bereits offiziell die Begünstigungen für die größeren Industriebetriebe beseitigte und nur die Regelung der Industrieproduktion von Seiten des Staates aufrecht erhielt. Es stimmte schon, daß die Begünstigungen zur Förderung der Industrie bis 1931 einer Handvoll Industrieller zugute kamen, diese Förderungspolitik bedeutete trotzdem, daß die herrschende Oberschicht der bulgarischen Bourgeoisie einen Kurs auf eine, wenn auch begrenzte Industrialisierung des Landes verfolgte. Die Absage an diese Politik mit dem Industriegesetz von 1936 war ein indirektes Zugeständnis dafür, daß die weitere aktive Entwicklung der kapitalistischen Industrie auf für die Bourgeoisie schwer zu überwindende Barrieren stieß, die sowohl innere wie äußere Ursachen hatten<sup>18</sup>.

Die Wende zu einer Politik der Begrenzung der weiteren Industrialisierung des Landes wird auch durch die Einführung einer Regel der „Übersättigung“ in einer Reihe von Industriebereichen in den 30er Jahren deutlich (auch wenn das mit dem Bestreben der bereits bestehenden Industriebetriebe verbunden war, das Auftauchen von neuen Konkurrenten auf dem Inlandsmarkt zu verhindern). Die ersten Maßnahmen in dieser Richtung wurden noch im Sommer 1930 getroffen, als der Minister für Handel und Industrie dem Industrialrat die Frage stellte, ob es gerechtfertigt sei, neuen Produktionsfabriken die Vergünstigungen nach dem Gesetz der Förderung der einheimischen Industrie zu gewähren, wenn diese Zweige bereits überfüllt seien und eine neue Kapitalanlage „ganz und gar nicht gerechtfertigt“ sei<sup>19</sup>. Einige Monate später stellte der Industrialrat, dem Vertreter des industriellen Großkapitals angehörten, unter „aktiver Mitwirkung“ des Industriellenverbands eine Liste bereits übersättigter Industriebranchen auf, in „denen das Zugeständnis von Vergünstigungen für neue Betriebe unerwünscht sei“. In dieser Liste waren das Müllergewerbe, die Reisschälereien, die Produktion von Pflanzenfetten, die Hanfweberei, die Spirituosenindustrie, die Zuckerproduktion, die Herstellung von Trikotagerzeugnissen, Nägeln, Glukose, Wollstoffen mit einem Gewicht von über 250 g pro m<sup>2</sup>, Baumwollstoffen mit einem Gewicht über über 100 g pro m<sup>2</sup>, von Lackfarben, Schuhfarben, Essig, Rohren, Draht, von

---

niedrigeren Tarif bei der Beförderung per Bahn wie auch die Berücksichtigung bei der Vergabe von Staatsaufträgen annulliert. Mit der Verhängung einer Umsatzsteuer im Jahre 1936 wurden endgültig alle Vorrechte der geförderten Betriebe hinsichtlich direkter Besteuerung beseitigt. Bis Ende 1935 bestanden Unklarheiten auch im Zusammenhang mit der Perspektive der erklärten Regelung der „Übersättigung“ in einer Reihe von Industriebereichen.

<sup>17</sup> Darshawen westnik, Nr. 193 vom 27.8.1936.

<sup>18</sup> Gewisse Bedeutung für die Aufstellung einer Gesetzesvorschrift für die Industrie aus dem Jahre 1936 hatte auch der Druck von Seiten Hitlerdeutschlands, zu dem sich die faschistische Regierung Bulgariens in der zweiten Hälfte der 30er Jahre hinorientierte. Im Rahmen der von Hitler verkündeten „neuen Ordnung in Europa“ wurde Bulgarien praktisch der Platz eines landwirtschaftlichen Anhängsels mit einer bescheidenen eigenen Industrie zugewiesen, die nur die elementarsten Bedürfnisse an Industrieerzeugnissen für den Massenbedarf decken sollte.

<sup>19</sup> Rundschreiben des Ministeriums für Handel, Industrie und Arbeit Nr. 10960 vom 9.10.1930 an die Industrie- und Handelskammer des Landes („Industrialen pregled“, 1930, B. 8, S. 41).

einigen Kautschuckerzeugnissen für den Massenbedarf, Lederhäuten für die Schuhindustrie, Sohlenleder, Aluminiumgefäßen u. a. enthalten<sup>20</sup>. Auf diese Weise wurden 1930/1931 17 Industriebereiche für „übersättigt“ erklärt, die 1931 nahezu die Hälfte (3,24 Mrd. Lewa) des Gesamtwertes der Erzeugnisse der geförderten Industrie des Landes stellten. Für nahezu übersättigt oder teilweise übersättigt wurde auch die Produktion von Ziegeln und Dachziegeln, die Produktion von Näh- und Baumwollgarn, die mechanische Holzaufbereitung und die Schriftgießerei erklärt. Selbstverständlich konnte in den genannten Industriebereichen nur im übertragenen Sinne von einer „Übersättigung“ die Rede sein (nur in Zusammenhang mit der im Kapitalismus begrenzten Kaufkraft der Volksmassen)<sup>21</sup>.

Die Koalitionsregierung des Volksblockes, die im Juni 1931 an die Macht kam, lehnte anfänglich unter dem Druck einiger interessierter Kreise der Kleinbourgeoisie die vom Demokratischen Sgowor verfolgte Politik der Erklärung von „Übersättigung“ in der Industrie ab<sup>22</sup>, orientierte sich jedoch 1932 um und setzte diese Politik durch eine verstärkte Kontrolle von Seiten des Ministeriums für Handel, Industrie und Arbeit in den Fällen fort, in denen Vergünstigungen in Zusammenhang mit dem Gesetz der Förderung der einheimischen Industrie für neue Betriebe beantragt wurden<sup>23</sup>. Nach dem Staatsstreich vom 19. Mai 1934 wurde die Politik, Industriebereiche als übersättigt zu erklären, in neuer, wesentlich strengerer Form wieder eingeführt — nunmehr lehnte man nicht nur endgültig die Vergabe von Förderungsvergünstigungen für neugegründete Betriebe ab, sondern verbot auch deren Errichtung, wenn sie zu den „übersättigten“ Industriebereichen gehörten. Auch die Erweiterung der Kapazitäten der bereits bestehenden Betriebe war innerhalb dieser Industriebereiche verboten, besonders wenn sie durch das Aufstellen neuer Maschinen geplant war<sup>24</sup>. In den Jahren 1936 bis 1938 wurden zusätzlich zu den bereits genannten Industriebereichen auch die Seidenweberei, die Bierproduktion, die Erzeugung von Holzleimen,

<sup>20</sup> Nach den Sitzungsprotokollen des Industrialrates Nr. 30 vom 18.—25.8.1930, Nr. 31 vom 15.—23.9.1930, Nr. 32 vom 15.—19.10.1930 und Nr. 36 vom 26.—29.1.1931 („Industrialen pregled“, god. I, 1930, B. 6—7, S. 50—55 i god. II, B. 3, S. 44—49).

<sup>21</sup> Nur im Fall des Mühlenwesens und der Erzeugung von Pflanzenfetten war die Kapazität der bestehenden Betriebe in Bulgarien ausreichend, um die Bedürfnisse des Binnenmarktes und die der gesamten Balkanhalbinsel zu decken. Das war das Ergebnis der spontanen Ausrichtung der kapitalistischen Industrialisation vorrangig auf einige Zweige, die einen schnelleren Kapitalumschlag und einen höheren Gewinn aufwiesen, ohne große Investitionen zu erfordern.

<sup>22</sup> Darlegungen des Hauptsekretärs des Ministeriums für Handel, Industrie und Arbeit Jurdan Judanow vor dem Hohen Industrialrat auf dessen Sitzung am 9. und 10.10.1931 („Industrialen pregled“, god. II, B. 7, S. 157) und die Feststellungen in dem „Ottschet sa dejnostta na uprawitelnija sawet na Sajusa na balgarskite industrialzi pres 1931“, Sofia 32, S. 21, Pkt. XXXIII.

<sup>23</sup> Ausführlicher Fragenspiegel über die neuen Betriebe, die mit Erlaubnis des Industrialrates aus dem Protokoll Nr. 53 von 1932 gegründet wurden („Industrialen pregled“, god. III, 1932—1933, Nr. 2, S. 18 und „Darshawen westnik“, Nr. 237 vom 18.1.1932).

<sup>24</sup> Gesetzesvorschrift über die Legalisierung von Industrieeinrichtungen, verkündet im „Darshawen westnik“, Nr. 30 vom 12.10.1935 und Motive des Ministeriums für Volkswirtschaft in dem Artikel „Posaschtestweni sadatschi na naschata industrialna politika“ in „Industrialen pregled“, god. VI, 1934—1935, Sondernummer aus Anlaß der Plowdiwer Mustermesse, S. 7.

Posamentenerzeugnissen und Strumpfwaren<sup>25</sup>, insgesamt 18 Industriebereiche mit einer Jahresproduktion von 3,53 Mrd. Lewa im Jahre 1937, für „übersättigt“ erklärt (das war mehr als ein Drittel der Industrieproduktion des Landes).

Auf diese Weise wurde der Weiterentwicklung der meisten traditionellen Branchen der Leichtindustrie in Bulgarien ein Riegel vorgeschoben, die in den 30er Jahren nach Ausschöpfung der Reserven für eine Erhöhung des Warenangebots auf Kosten der gesenkten Einfuhr oder durch die Verdrängung der kleineren Produktionsbetriebe<sup>26</sup> endgültig mit dem im Kapitalismus begrenzten Rahmen des Inlandsmarktes kollidierten. Dessen Aufnahmefähigkeit stieg verhältnismäßig langsam und bot keine Voraussetzungen für eine weitere spürbare Erhöhung der Produktion und eine Verbesserung des Exploitationsgrades in den alten Zweigen der Leichtindustrie<sup>27</sup>. Tatsächlich war der bürgerliche Staat durch die Politik der „Übersättigung“ bestrebt, die Investitionen auf neue Industriezweige auszurichten. Dieser Prozeß der Umorientierung verlief jedoch langsam. In den 30er Jahren tauchten nicht wenig neue Produktionen in der chemischen und Gummiindustrie, bei den Werkzeugmaschinen und in anderen Industriezweigen auf. Sie trugen jedoch nur wenig zur Erhöhung des industriellen Gesamtprodukts des Landes bei.

Die Abschaffung der Vergünstigungen, die bis Anfang der 30er Jahre die größeren Industriebetriebe durch den Staat zur Förderung erhielten, wurde mit einigen neuen protektionistischen Maßnahmen verbunden. Unter ihnen muß an erster Stelle die Veränderung genannt werden, die im Zollrecht für den Import vorgenommen wurde. Mit den Veränderungen in der Gesetzgebung betreffs des Zolltarifs aus den Jahren 1931 und 1936<sup>28</sup> wurden die Einfuhrzölle um ein Mehrfaches erhöht. Eine große Rolle für diese Erhöhung der protektionistischen Zölle spielte auch die Einführung der Wertgebühr für alle Importwaren im Jahre 1931 und deren Erhöhung in den Jahren 1933 und 1935. Neu eingeführt oder erhöht wurden auch einige andere Gebühren, wie z. B. die Gemeindegebühr, die Akzise, das „statistische Recht“ u. a.<sup>29</sup>. Der Zoll für die Importwaren wurde nicht auf

<sup>25</sup> Aus den Protokollmitschriften des Industrialrates, die in dem Archiv des ehemaligen Statistischen Instituts für Wirtschaftsforschung bei der Sofiater Universität aufbewahrt sind.

<sup>26</sup> Als typisches Beispiel in dieser Richtung kann auf das Mühlenwesen verwiesen werden, das in den 30er Jahren seine Produktion verdoppelte auf Kosten der damaligen kleinen Dorfmühlen (Wassermühlen „Karadshejki“), denen die Direktion Nahrungsmittel die Möglichkeit zum Arbeiten entzog.

<sup>27</sup> Die vom Industrialrat beim Ministerium für Handel, Industrie und Arbeit gesammelten Angaben über die Produktion und Kapazität der „übersättigten“ Industriezweige von 1929 und 1935/36 zeugen meistens für den Nutzungsgrad der bestehenden Produktionskapazitäten bei Einschichtbetrieb (nur 30—50% und manchmal sogar nur 20%). Interessante Angaben vermittelt in dieser Richtung für 1932 auch G. Naumow. *Pogled worchu edrata industrija i saschitata i.*, Sofia 1934, S. 18/19 und D. Wesow. *Industrijata kato faktor w narodnoto stopanstwo*, Sofia 1932, S. 20/21.

<sup>28</sup> Die Erhöhung der Zölle ging langsam vonstatten, im Ergebnis der Veränderungen in den Gesetzen über den Zolltarif vom 25. November 1931 und vom 31. August 1936 sowie als Resultat der Veränderungen im „Zollkurs“ des Goldlews bei Errechnung des spezifischen Zolls in den Jahren 1928, 1930 und 1936.

<sup>29</sup> Die Erhöhung des Zolls und der anderen Gebühren betraf auch viele der von der kapitalistischen Industrie benötigten Rohstoffe und Halbfabrikate, die importiert wurden und bis 1931/32 von jeglichem Zoll befreit waren. Infolge dessen verlangsamte sich der Prozeß des Preisabfalls für Industriewaren während der Krise 1929—1933.

der Basis ihres Netto-, sondern ihres Bruttogewichtes, also einschließlich der Verpackung berechnet, was in der Praxis eine Erhöhung des Zolls bedeutete.

Welche Auswirkungen diese Veränderungen im Zollrecht nach sich zogen, verdeutlichen folgende Beispiele für einige Importartikel (die Summe setzt sich aus dem Zoll, der Gemeindegebühr, der Akzise zusammen und wird in Lewa/ Kilogramm angegeben):

	1926	1931	1934
Linon	75,6	127,6	133,1
Nessel	44,5	81,0	86,4
Nägel	3,6	6,4	6,7
Baumwollgarn Nr. 10 bis 16	10,8	19,5	22,1

Inzwischen fielen die Preise der meisten Industrierzeugnisse infolge der Weltwirtschaftskrise ab. Das Ergebnis war eine unmerkliche Erhöhung der relativen Größe der spezifischen Einfuhrzölle, die für die jeweiligen Waren nach Kilogramm oder Stückzahl in Abhängigkeit von ihren spezifischen Ausmaßen mit einer festen Summe in Lewa fixiert waren. Die Ausmaße dieser für die Krisenjahre typischen Erscheinung wird aus den folgenden Angaben über die relative Höhe der Einfuhrzölle zusätzlich der Wertgebühr für einige Waren deutlich (der Preis ist in Prozenten franko bulgarische Grenze angegeben)<sup>30</sup>:

	1929	1932	1934
Pflanzenfette	11,4	31,2	257,5
Wollgarne	4,8	13,8	21,1
Wollstoffe	25,9	40,0	40,0
Baumwollgarne	7,7	23,0	27,6
Baumwollstoffe, Trikotagen	33,3	58,3	42,2
Hanf- und Leinengarne	5,2	19,5	23,3

Infolgedessen stieg der Zoll im mittleren Durchschnitt (einschließlich der Gemeindegebühr) noch im Finanzjahr 1931/32 auf 51% und Bulgarien nahm damit eine Spitzenposition unter den europäischen Ländern betreffs der Zollhöhe ein. Zusätzlich muß unterstrichen werden, daß die Bulgarische Nationalbank ab Oktober 1931 ihre Politik der unmittelbaren Kontrolle über Einnahme und Ausgabe der ausländischen Valuta innerhalb des Landes in viel strengerer Form wieder aufnahm<sup>31</sup>, indem sie diese Maßnahme in protektionistischer Absicht anwandte und Valuta für die Einfuhr bestimmter Industrierzeugnisse nur in geringem Umfang zur Verfügung stellte. Zusätzliche Schwierigkeiten für den Import von Erzeugnissen, die der einheimischen Industrie Konkurrenz

<sup>30</sup> B. Nedkow: Raswitie na balgarskata finasowa sistema pres poslednot desetiletie. — Trudowe na Statisticheskija institut sa stopanski proutschwanija pri SU, 1937, B. 3—4, Sofia, 1938, S. 158.

<sup>31</sup> Auf der Grundlage des Gesetzes über die Veränderungen im Gesetz für den Handel mit ausländischen Zahlungsmitteln in „Darshawen westnik“, Nr. 171 vom 15.10.1931.

machen konnten, ergaben sich als Folge der Einführung einer Kontingentierung des Imports im Jahre 1932 (die Importfirmen erhielten von der Bank eine Einfuhrgenehmigung für die Hälfte ihres Imports aus dem vorherigen Jahr 1931). Auf diese Weise spielten die nichttariflichen Importbegrenzungen eine größere Rolle für das Herabdrücken des Imports als die Einfuhrzölle selbst.

Eben aufgrund dieser Maßnahmen der Wirtschaftspolitik ging der Import von konkurrierenden Industriegütern in den Jahren der großen Weltwirtschaftskrise stark zurück. Einige der einheimischen Zweige der kapitalistischen Industrie konnten dank der auf diese Weise von fremden Importgütern befreiten Marktanteile eine Produktionsdrosselung infolge der Krise vermeiden und teilweise sogar ihre Produktion erhöhen. Der Anteil der einheimischen Produktion an der Gesamtproduktion von 165 Industrieerzeugnissen für den Massenbedarf erhöhte sich schnell von 61,5% im Jahre 1929 auf 86,3% im Jahre 1934<sup>32</sup>.

Eine gewisse negative Wirkung auf die Entwicklung der Industrie in Bulgarien nach 1932/33 übte das zu diesem Zeitpunkt sporadisch einsetzende, schrittweise Abziehen eines großen Teils der Kapitaleinlagen der westlichen Industriestaaten aus, eine Tendenz, die sich besonders in den Jahren 1935/36 bis 1940 verstärkte. Diese Veränderung in der Beziehung der westlichen Industriestaaten zu Bulgarien war eng mit der Machtübernahme durch Hitler im damaligen Deutschland verbunden. Die Groß- und Finanzbourgeoisie in den westeuropäischen Ländern erkannte, daß sich die westlichen Diplomaten darauf vorbereiteten, den Hauptteil Südosteuropas und speziell Bulgarien als Einflußbereich darzustellen, in dem der wirtschaftliche und politische Einfluß Deutschlands überwog. Als ein zusätzlicher Grund für das veränderte Verhalten des westlichen Kapitals gegenüber Bulgarien muß auch der Umstand erwähnt werden, daß ein großer Teil der Kapitaleinlagen direkt oder indirekt das Eigentum europäischer Finanzmagnaten oder zumindest mit ihnen verbunden war, und daß sich diese von der antisemitischen Politik der unter faschistischen Einfluß geratenen Balkanregion distanzieren wollten. Darüber hinaus trugen dazu auch die Schwierigkeiten bei, die infolge der bereits erwähnten strengeren Valutabegrenzungen nach Oktober 1931 beim Transfer der in Bulgarien erzielten Gewinne in der Form ausländischer Valuta auftraten (natürlich bestand auch die Möglichkeit zum illegalen Valutatransfer, er war jedoch voller Risiken und bedeutend teurer).

Das Abziehen eines großen Teils der westlichen Kapitaleinlagen aus Bulgarien wurde aber nicht durch ein stärkeres Anwachsen der deutschen und italienischen Investitionen kompensiert. Deshalb ging der Anteil an ausländischem Kapital bei den Investitionen in der bulgarischen Industrie zurück. Unmittelbare Angaben in dieser Richtung aus der Zeit Ende der 30er Jahre gibt es nicht, diese Tendenz kommt jedoch deutlich in dem zurückgehenden Anteil des ausländischen Kapitals an den Aktien der Industrieaktiengesellschaften zum Ausdruck. Außerdem muß bemerkt werden, daß der Anteil der Betriebe, die ohne Aktien arbeiteten, innerhalb der statistisch erfaßten Industriebetriebe stieg.

<sup>32</sup> L. Berow: *Kam waproša sa tempowete . . .*, ges. Werke, S. 134. In dem angegebenen Prozentsatz ist nicht der Import von Maschinen, Verkehrsmitteln, Waffen und anderes enthalten.

*Ergebnisse und Effektivität der Industrialisierungspolitik*

Die Ergebnisse der Industrialisierungspolitik können im nationalen Maßstab sowohl unter den Bedingungen des Kapitalismus als auch des Sozialismus nach folgenden wichtigsten quantitativen und qualitativen Kennziffern beurteilt werden:

I. Nach dem jährlichen Wachstumstempo der Industrieproduktion des Landes. Diese Kennziffer spiegelt in gewissem Rahmen die Wirklichkeit wider, im Sinne von Unterschieden zwischen den einzelnen Ländern oder zwischen den Entwicklungszeiträumen des gegebenen Landes. Sie enthält jedoch auch häufig eine agitatorisch genutzte Bedingtheit. Der Grund dafür liegt in dem Umstand, daß diese Kennziffer stark von dem erreichten Industrialisierungsgrad abhängt. Je schwächer die Industrialisierung eines Landes ist, um so leichter läßt sich ein hohes Wachstumstempo der Industrie erreichen und umgekehrt. In der Geschichte lassen sich viele Beispiele dafür finden.

II. Nach dem Niveau des Industrialisierungsgrades in Naturalkennziffern (Menge der Erzeugnisse einiger typischer Industrieprodukte wie Elektroenergie, Kohle, Eisen usw. pro Kopf der Bevölkerung). Diese Gruppenkennziffer ist nicht besonders sicher, da die Möglichkeit besteht, daß ein Land bei der Herstellung einiger der genannten typischen Erzeugnisse besonders hohe Ergebnisse erzielt, bei anderen Erzeugnissen oder ganzen Industriebereichen nur geringe Ergebnisse vorzuweisen hat. So kann z. B. ein Land eine große Produktion von Gußeisen oder Stahl pro Kopf der Bevölkerung vorweisen und trotzdem niedrige Kennziffern für Maschinenbauerzeugnisse haben, wenn in technisch veralteten Betrieben viel Metall in konstruktionsmäßig unrationelle Maschinen gesteckt wird oder viel Metall durch eine hohe Ausschußquote oder durch primitive Bearbeitungsmethoden — z. B. mit metallbearbeitenden Maschinen anstelle von Kaltstanzen — verloren geht. Bisher gibt es keine sichere Methodik zur Aufarbeitung ungleicher Ergebnisse aus diesen Vergleichen von Naturalkennziffern eines gegebenen Landes. Gewisse Versuche zu einer wissenschaftlichen Abhandlung dieser Problematik und zur Erarbeitung einer neuen Methodik für den internationalen Vergleich des Entwicklungsniveaus der Länder wurden im Rahmen des Sonderprogramms der UNO unternommen, das sich der Untersuchung dieser Problematik in den letzten Jahren widmet<sup>33</sup>.

III. Das Niveau des erreichten Industrialisierungsgrades, das in einem summarischen Wertaspekt ausgedrückt wird, der, in ausländischer Valuta ausgedrückt,

<sup>33</sup> E. Ehrlich: *Dynamik International Comparison of national Incomes expressed in Terms of Physical Indicators*. — Osteuropa Wirtschaft, Köln, 1969, Heft 1; E. Ehrlich: *Disparities in Economic Development*. The MacMillian Press Ltd. 1981; J. B. Kravis, Z. Kennessey, A. Heston, R. Summers. *A System of international comparisons of grossproduct and purchassiny power*. U.N. International Comparison Projekt; Phase one. Baltimore-London, 1975; Phase II. 1978; Phase III. 1982; Phase IV. 1987.

die Summe des Gesamt- oder Nettoindustrieprodukts pro Kopf der Bevölkerung darstellt. Im Unterschied zur vorherigen Kennziffer ist diese aggressiven Charakters und liefert eine Gesamtvorstellung über alle Branchen der Industrie als Ganzes. Genauere Ergebnisse werden jedoch durch die Unvollkommenheit der Valutakurse beim Vergleich der Landeswährungen zum Dollar oder zu anderen internationalen Währungen (besonders in den Fällen, in denen der Staat die Kurse durch verschiedene Systeme zur Valutaregulierung künstlich hochhält) erschwert.

IV. Durch das Verhältnis zwischen der Summe der industriellen Gesamtproduktion und der Summe der in die Industrie gesteckten Investitionen. Die Errechnung der innerhalb eines bestimmten Zeitraums eingetretenen Veränderungen zu dieser Kennziffer im Nationalmaßstab wird in vielen Ländern durch die unvollkommenen statistischen Methoden zur Erfassung des industriellen Stammkapitals erschwert (besonders in Verbindung mit der Umrechnung älterer Investitionen in gegenwärtige Preise, des Amortisierungsgrades oder des moralischen Verschleißes der Ausrüstung u. a.). Die internationalen Vergleiche nach dieser Kennziffer sind noch problematischer und erfordern eine sorgfältige Aufbereitung der erwähnten Daten.

V. Nach der Branchenstruktur der geschaffenen Industrieproduktion hinsichtlich der Frage, inwieweit sie deren Bedürfnisse sowohl nach verschiedenen Arten von Verbrauchsartikeln als auch nach Investitionsgütern deckt. Eine Industrialisierung kann nicht als umfassend bezeichnet werden, wenn nur die Zweige der I. Industriegruppe oder ein Teil davon entwickelt werden und nicht die notwendigen Investitionsgüter für die nationale Wirtschaft erzeugt werden. Selbstverständlich hängt das in großem Maße von den Maßstäben des Landes ab — ein Land mit einer Bevölkerung unter 40 Mio. kann sich wegen seines kleinen Binnenmarktes nicht den Luxus erlauben, nahezu die gesamte Skala aller Industriezweige und -bereiche zu errichten.

VI. Nach der Arbeitsproduktivität in der Industrie. Vergleiche mit den Industrieländern der Welt nach dieser Kennziffer, die in der in Dollar oder in anderer internationaler Valuta umgerechneten Summe der durchschnittlichen Jahresproduktion pro Beschäftigten in der Industrie angegeben wird, beinhalten unweigerlich eine nicht unerhebliche Ungenauigkeit und sind nur sehr bedingt anwendbar, was sich auf die bereits genannten Schwierigkeiten mit den Valutakursen zurückführen läßt. Es ist erforderlich, auch die Unterschiede in der Methodik der nationalen Statistiken bei der Errechnung der Industrieproduktion zu berücksichtigen.

VII. Die Konkurrenzfähigkeit der nationalen Industrieproduktion betreffs der Qualität und ihrer Selbstkosten im Vergleich mit der Produktion fortgeschrittener Industrieländer. Im Prinzip ist es unrationell, daß ein Land eine einheimische Industrie für bestimmte Industrieerzeugnisse entwickelt, wenn diese teurerer oder im Vergleich zum Weltniveau mit einer schlechteren Qualität produziert. Aus-

nahmen sind in vernünftigen Grenzen nur für die Entwicklungsländer erforderlich, die der übrigen Welt keine von ihr nachgefragten Artikel oder Dienstleistungen zu einem annehmbaren Preis anbieten können und deshalb nicht in den Besitz der für den Import erforderlichen Devisen gelangen. Eine solche Variante kann jedoch keinen wirklichen Wohlstand im Entwicklungsland garantieren. Es ist faktisch dazu gezwungen, eine zu teure einheimische Industrie zu betreiben, nur weil es auf dem internationalen Markt kein gefragter Partner sein kann, und schafft es deshalb nicht, seinen Platz in der internationalen Arbeitsteilung auf Grund der schlechten Qualität der unrationellen Organisation der Arbeit im Lande einzunehmen. In diesem Sinne sollte die Industrialisierung kein isolierter Selbstzweck sein.

Zu der ersten Kennziffer (dem Wachstumstempo der Industrieproduktion) enthält die bulgarische Statistik vor 1944 keine direkten oder homogenen Zeugnisse für den gesamten untersuchten Zeitraum, was es erforderlich macht, verschiedene Aufstellungen einzelner Autoren aus einigen kürzeren Zeiträumen zu kombinieren. Der Eckpfeiler einer summarischen Hochrechnung der zwischen den beiden Weltkriegen eingetretenen Veränderungen im Umfang der Industrieproduktion ist die offizielle industrielle „Umfrage“ (Zählung der Industriebetriebe) aus dem Jahre 1921<sup>34</sup>. Die Analyse dieser Angaben auf der Grundlage eines eigenständigen Rechnungsindex der Fabrikpreise für Industrieerzeugnisse in Bulgarien von 1911—1921 führt zu dem Schluß, daß sich die Industrieproduktion des Landes 1921 im Vergleich zu 1911 um 23% erhöht hat<sup>35</sup>. Die Produktionskapazität der bulgarischen Industrie jener Zeit stieg jedoch in viel größerem Maße. Das wird aus der Erhöhung der Summe des investierten Stammkapitals (in Goldlewa) um mehr als das Zweifache gegenüber 1911 deutlich, auch wenn in dieser Summe die Investitionen zu einer Reihe noch im Bau befindlicher Betriebe enthalten sind, die noch nicht den Betrieb aufgenommen hatten (z. B. das Baumwolltextilkombinat „Textil“ in Warna, der zweite Drehrohfen im Zementwerk nahe des Bahnhofs Batanowzi, heute Stadt Temelkowo, die Rekonstruktion der „Großen bulgarischen Mühlen“ bei Burgas u. a.). Das erleichterte die schnelle Erhöhung der Produktion während der kommenden Jahre.

Die Bestimmung des Wachstumstempos der Industrieproduktion im Zeitraum 1922—1929 wird durch die Unvollständigkeit der damaligen Industriestatistik erschwert, die erst ab 1929 begann, regelmäßig und jedes Jahr genauere Angaben über die vom Staat geförderten Großbetriebe zu veröffentlichen. Für die Jahre 1924—1928 wurden von D. Todorow<sup>36</sup> inoffiziell allgemeinste Angaben veröffentlicht, in denen jedoch nicht die staatlichen Betriebe, die Tabakindustrie, einige Zweige der Rohstoffindustrie und die geförderten Privatbetriebe aus ande-

<sup>34</sup> Nach den Schlußangaben der „Umfrage über die Förderung der Industrie durch den Staat“ von 1909, Allg. Übersicht, Sofia 1912, S. 33—56 und 160—164, und aus der „Umfrage über die Großindustrie in Bulgarien“ von 1921, B. I., Industrialni predpriyatija, Sofia 1925, S. 60—95, 181—191 und 204—218.

<sup>35</sup> Stopanska istorija na Balgarija 681—1981 . . . , ebenda, S. 327.

<sup>36</sup> D. Todorow: Nasartschwanata industrija . . . ebenda, S. 48—56.

ren Zweigen enthalten waren. Es liegen auch Angaben des Finanzministeriums vor, was den Kohleabbau, die Salzgewinnung und die Produktion der Tabakindustrie zwischen 1924—1929 betrifft, sie sind jedoch nur in Naturalkennziffern angegeben. Deshalb war es erforderlich, einen annähernden Index für den physischen Umfang der Industrieproduktion zu errechnen, auf Grundlage der Archivangaben über einzelne Großbetriebe und der vorhandenen statistischen Angaben über den Produktionsumfang einiger Zweige (in Naturalkennziffern). Die Bewegung des so errechneten Index der Industrieproduktion des Landes bis Ende der 20er Jahre stellt sich so dar (bei einer Grundlage von 100 im Jahre 1911)<sup>37</sup>:

1921	—	123	1926	—	150
1922	—	138	1927	—	189
1923	—	153	1928	—	213
1924	—	167	1929	—	209
1925	—	186			

In diesem Zeitraum bis Ende der 20er Jahre wurden eine Reihe größerer Betriebe errichtet, wie z. B. das Wärmekraftwerk „Adree“ bei Burgas, das neue Wärmekraftwerk „Pernik“, das Kraftwerk „Kurilo“ bei Sofia, das Wasserkraftwerk „Rila“, das Wasserkraftwerk „Pastra“ und die erste Stufe des Wasserkraftwerks „Watscha“, die kooperative Zuckerfabrik im Dorf Dolna Mitropolija, Bezirk Plewen, das Eisenbahnreparaturwerk in Drjanowo, das Baumwolltextilkombinat „Textil“ in Warna u. a. Eine Reihe der vor 1924 gebauten Betriebe wie die chemischen Werke in Kostinbrod, das Zementwerk „Granitoid“ u. a. wurden erweitert und modernisiert.

Der auf der Grundlage des obigen Index errechnete Index des durchschnittlichen Anwachsens der Industrieproduktion des Landes für den Zeitraum 1921 bis 1929 beträgt 11%. Damit lag er unter den 13% Jahreszuwachs in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg (1904—1911). Dabei darf man nicht vergessen, daß die Entwicklung der kapitalistischen Industrie in Bulgarien während der 20er Jahre vorrangig über die Errichtung von Branchen mit niedriger Kapitalintensität und schnellem Kapitalumschlag erfolgte.

Die insgesamt eintretende Entwicklung bedeutete jedoch nicht, daß die einzelnen Industriezweige in dieser Zeit nicht mit erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen hatten. Das traf besonders auf die Krisenjahre 1921/22 zu. So war es z. B. mit der Wollstoffindustrie der Fall, deren Produktion im Jahre 1921 nahezu um 40% unter der des Jahres 1911 lag. Eine wichtige Rolle spielte dabei der eingestellte Export von groben Tuchstoffen in die Türkei. Ernste Schwierigkeiten hatten damals auch die Lederindustrie, die Spirituosen- und die Seifenindustrie zu überwinden. Die Tabakindustrie (Tabakverarbeitung und Zigarrenfabriken) erhöhten während der ersten Hälfte der 20er Jahre mehrfach ihre Produktion, da sie von der Produktion nur für den Inlandsbedarf zum Export großer Mengen von orientalischem Qualitätstabak auf den europäischen Markt übergang. In den

<sup>37</sup> Stopanska istorija na Balgarija 681—1981 ... ebenda S. 329—333.

Jahren 1926/27 und besonders 1928/29 trat jedoch ein starker Rückgang aufgrund der Krisenschwankungen im Tabakhandel mit Europa ein.

In den Jahren der Weltwirtschaftskrise von 1929—1933 trat in der bulgarischen Industrie eine spezifische Situation ein. Eine Gegenüberstellung der offiziellen statistischen Angaben über die Summe der Jahresgesamtproduktion der geförderten Großbetriebe und des offiziellen Preisindex der einheimischen Industrieerzeugnisse ergibt auf den ersten Blick den Eindruck, daß sich die Krise überhaupt nicht auf die Industrie ausgewirkt hat. Es stimmt, daß die Nominalsumme der Jahresproduktion bedeutend abfällt, gleichzeitig damit fielen jedoch die Preise der Industrieerzeugnisse in noch viel größerem Maße und es kam letztendlich zu einer Erhöhung des physischen Umfangs der Produktion:

	1929	1930	1931	1932	1933	1934
Produktion in laufenden Preisen (Mio. Lewa)	9334	8411	7843	7432	6565	6836
Dasselbe, mit dem Index von 1929 = 100	100	90	83	78	70	75
Preisindex der Industrie- produktion (1929 = 100)	100	89	74	66	62	63
Index des physischen Umfangs	100	101	113	119	113	116

Diese auf den ersten Blick andauernde, wenn auch schwache und schwankende Entwicklung der Industrie in den Krisen Jahren bedeutet jedoch nicht, daß die Krise in diesem Zweig nicht zu spüren war. Der hervorstechende Index des physischen Umfangs drückt einen Zustand der Stagnation im Jahre 1930 und Schwankungen in den Jahren 1933/34 aus, nach der zeitweiligen Verbesserung in den Jahren 1931/32 als Ergebnis der Veränderungen der Zölle und der strafferen Valutabegrenzungen für den Import von konkurrierenden Industrieerzeugnissen. In Bulgarien kam es nicht zu der für die hochentwickelten Industrieländer charakteristischen Verringerung des Umfangs der Industrieproduktion<sup>38</sup>. Das war durch die gegenseitige teilweise Aufhebung zweier sich einander widersprechender Entwicklungstendenzen bedingt. Einige Industriezweige hatten stark unter der Krise zu leiden, während andere nicht nur ihre Produktion auf dem bisherigen Stand hielten, sondern sogar noch erhöhen konnten. Zu der ersten, zahlenmäßig kleineren Gruppe sind die Produktionen von Zucker, Bier, alkoholfreien Getränken, Zuckererzeugnissen, Seifen, von Tabakerzeugnissen, von

<sup>38</sup> In den Jahren der Krise verringerte sich nach offiziellen statistischen Angaben der Umfang der Industrieproduktion gegenüber dem mit 100 angenommenen Niveau aus dem Jahre 1929 in den USA um 46% (Minimum im Jahre 1932), in Deutschland um 42% (Minimum im Jahre 1932), in Großbritannien mit 17% (1932), in Frankreich um 28% (1932) in Italien mit 33% (1932), in Österreich um 36% (1932), in Belgien um 31% (1932) in der Tschechoslowakei um 44% (1933), in Ungarn um 40% (1932) usw. Nur in Griechenland wurde eine bessere Produktionssteigerung als in Bulgarien erzielt.

Nägeln, Drahterzeugnissen, landwirtschaftlichen Schnittgerätschaften, von Pflanzenfetten, Lederwaren und Leder, von Wollstoffen, der Erzgewinnung u. a. zu zählen. In diesen Industriebereichen war eine mehr oder weniger starke Verringerung des Produktionsumfangs und eine Kürzung der Beschäftigtenzahlen spürbar. Zur zweiten Branchengruppe ist die Produktion von Elektroenergie (gegenüber 1929 um nahezu 40% erhöht), die Papier- und Pappeproduktion (aufgrund der Einfuhrbegrenzungen um mehr als das Zweifache erhöht), die holzbearbeitende Industrie, die Produktion von Gummierzeugnissen, die Baumwolltextil-, Hanf- und Leinenindustrie, die Salzgewinnung u. a. zu zählen. Die chemische Industrie, das Mühlenwesen, die Kohlegewinnung, die Herstellung von Baumaterialien, Glas, Keramikerzeugnissen und Metallerzeugnissen nahmen eine Zwischenstellung ein, da es ihnen in weitester Hinsicht gelang, das Niveau ihrer Produktion aus den Vorkriegsjahren zu halten.

Die ungleiche Lage in den beiden Gruppen von Industriebereichen in den Krisenjahren war hauptsächlich dadurch bestimmt, inwieweit sie den konkurrierenden Import verdrängt hatten und den Binnenmarkt beherrschten. Die erste Gruppe hatte dieses bereits bis Ausbruch der Krise getan und verfügte so 1929 über keinerlei Reserven für eine Erweiterung ihres Absatzes auf Kosten der Eliminierung des Importes. Die zweite Gruppe der Industriebereiche hatte trotz alledem bis 1929 den Binnenmarkt noch immer nicht völlig übernommen und besaß so Reserven, die sie nur dank der Maßnahmen von staatlicher Seite für eine zusätzliche Begrenzung des Imports zu nutzen vermochte.

Nach Durchstehen der Krise begann die Industrieproduktion des Landes erneut mit größerem Tempo zu wachsen. Ihre Gesamtsumme in unveränderten Preisen von 1939 erreichte im Jahre 1941 18,16 Mrd. Lewa gegenüber 10,88 Mrd. Lewa im Jahre 1931 und etwa 11,2 Mrd. Lewa im Jahre 1934<sup>39</sup>. Das bedeutete für die Jahre 1934—1941 einen Zuwachs von jährlich 7,1%.

Beim Vergleich dieser Ergebnisse mit denen der Analyse des Wachstumstempos der Industrie der übrigen Balkanstaaten und einiger anderer kapitalistischen Länder für den Zeitraum 1923—1940 erhält man folgendes Bild<sup>40</sup>:

<sup>39</sup> L. Berow: *Ikonomitscheskata efektiwnost na kapitalnite wloshenija w promischlenostta predi i sled Deweti septemwri 1944* — Statistika, god. VII, 1960, B. 3, S. 38. Die Angaben für 1929 und 1934 wurden auf der Grundlage der Ergebnisse aus dieser Quelle von 1931 errechnet, mit dem errechneten Index für den Umfang der Industrieproduktion multipliziert (nur für die geförderten Betriebe). Auf diese Weise wurde auch die Auswirkung der 1937 eintretenden Veränderungen im Umfang der statistischen Erhebungen für die Industrie berücksichtigt. Damals erweiterte der Direktor für Statistik den Umfang der Industrieerhebungen, indem sie zu den geförderten Betrieben auch alle Betriebe mit mehr als zehn Beschäftigten hinzuzählte (oder mit einer größeren Industriekapazität). Für 1937 sind gleichlautende Angaben vorhanden, aus denen hervorgeht, daß die Zahl der erfaßten Betriebe im alten Umfang 907 mit 44 325 Beschäftigten betrug — nach dem neuen Umfang waren das 3129 Betriebe mit 100 357 Beschäftigten. Der Unterschied in der Gesamtproduktion betrug 82%.

<sup>40</sup> Nach Hochrechnungen des Autors in „*Istorija na balkanskite narodi*“, Bnd. IV, (Sofia 1989, im Druck).

	1923—1929	1929—1934	1934—1940
Türkei <sup>41</sup>	9,9	1,9	15,6
Bulgarien	11,0	2,9	7,1
Griechenland	6,0	5,0 — 5,9 <sup>42</sup>	
Rumänien <sup>43</sup>	4,0	2,9	
Jugoslawien <sup>44</sup>	4,0		

Das zeigt, daß der Kapitalismus in Bulgarien es zwischen den beiden Weltkriegen vermochte, ein verhältnismäßig gutes Wachstumstempo der Industrie zu erzielen und damit im balkanischen Maßstab den zweiten Platz nach der Türkei einzunehmen. Das durch ihn erzielte Entwicklungstempo liegt im Durchschnitt weit über dem der meisten kapitalistischen Industrieländer, was der folgende Vergleich der errechneten Prozente des Zuwachses der Industrieproduktion in den Ländern von 1913—1939 (im Jahresdurchschnitt) beweist:

Japan	6,8%	Deutschland	3,2%
Bulgarien	4,9%	Italien	2,9%
Norwegen	4,0%	USA	2,6%
Dänemark	4,0%	Tschechoslowakei	2,0%
Schweden	3,5%	Großbritannien	1,6%

In der Sowjetunion wurde in diesem Zeitraum im Jahresdurchschnitt ein Zuwachs der Industrieproduktion von 16,5% während des ersten Fünfjahrplans 1928—1932, und von 17% während des zweiten Fünfjahrplans 1932—1937 sowie von 14% während des dritten Fünfjahrplans bis 1941 vermerkt; diese Angaben unterliegen jedoch einer gewissen Korrektur nach unten im Zusammenhang mit den in der letzten Zeit in der sowjetischen Presse erscheinenden kritischen Publikationen zu den Ungenauigkeiten einiger statistischer Angaben aus der Zeit nach 1928<sup>45</sup>.

Bei der Beurteilung der vom bulgarischen Kapital erzielten Ergebnisse aus der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen muß jedoch auch die Entwicklungstendenz berücksichtigt werden. Das Wachstumstempo der Industrieproduktion in Bulgarien während der 30er Jahre war bedeutend niedriger als das der 20er Jahre. Noch größer war der negative Unterschied zum Tempo der Jahre 1904 bis 1911. Das spricht für eine Tendenz der allmählichen Erschöpfung der Möglichkeiten des bulgarischen Kapitalismus einer weiteren intensiven Industrialisierung des Landes. Das bestätigen auch die im vorherigen Paragraphen aufgezeigten Verän-

<sup>41</sup> Die Angaben über die Türkei entsprechen den Jahren 1920—1930, 1931—1935 und 1936—1940.

<sup>42</sup> Die Angaben betreffen die Jahre 1929—1938.

<sup>43</sup> Die Angaben beziehen sich auf die Jahre 1926—1929 und 1929—1938.

<sup>44</sup> Die Angaben beziehen sich auf den Zeitraum 1923—1939.

<sup>45</sup> W. Seljunin, Gr. Chinin: Lukawaja zifra. — „Nowyj mir“, Moskwa 1987, B. 2, S. 181—201.

derungen in der Industriepolitik des Staates. Besonders bezeichnend sind in dieser Beziehung die Feststellungen von K. Bobtschew, einem der Führer der damaligen Industriepolitik und profilierten Vertreter des bürgerlichen Wirtschaftslebens im Bulgarien der 30er Jahre. In einem seiner Artikel in dem angesehensten Organ der bürgerlichen Wirtschaftstheorie des Landes bekannte er 1938, daß „... die Lage der bulgarischen Industrie außerordentlich schwierig sei ... Als eine Industrie, die größtenteils eines Zollprotektionismus bedürfe, kann sie nur mit dem Binnenmarkt rechnen. Dieser Markt ist jedoch aufgrund der geringen Kaufkraft der Bevölkerung und der begrenzten Bedürfnisse der Landwirtschaft und deren Charakter einer Halbnaturalienwirtschaft außerordentlich begrenzt ... Falls ... eine wesentliche weitere Industrialisierung Bulgariens ... nur von den Faktoren des Angebots abhinge, so könnte sie in einem relativ schnellen Tempo erfolgen; sie hängt jedoch auch von der Nachfrage ab, die wesentlich längere Zeit zur Entwicklung bedarf ... Deshalb kann das weitere Tempo der Industrialisierung nicht anders als gemäßigt sein.“<sup>46</sup>

Die Beurteilung des Kapitalismus in Bulgarien nach der zweiten Kennziffer — die Ergebnisse der Industrialisierungspolitik — kommt in dem folgenden Vergleich zwischen Bulgarien und anderen kapitalistischen Ländern betreffs der Produktion einiger charakteristischer Industrieerzeugnisse oder Erzeugnisgruppen pro Kopf der Bevölkerung für das Jahr 1939 zum Ausdruck<sup>47</sup>:

Land	Produktion pro Kopf der Bevölkerung bei:						Produktion der	
	Elektro- energie	Kohle	Guß- eisen	Stahl	Zement	Metall erzeug.	Textil- industrie	
	in KW/H	in kg	in kg	in kg	in kg	in Dollar		
Bulgarien	42,3	438,0	1,8 <sup>48</sup>	—	26,0	2,2	12,6	
USA	975,2	3 093,8	244,8	366,0	158,8	43,4	31,2	
England	552,9	4 921,3	169,8	281,0	174,6	30,2	25,2	
Deutschland (1938)	648,3	4 692,4	339,9	401,0	157,7	42,3	45,0	
Frankreich	477,3	1 770,3	225,3	241,4	105,4	17,5	18,9	
Kanada	2 515,2	1 263,1	74,5	124,5	80,9	...	...	
Italien	427,2	72,3	25,4	52,8	141,6	8,1	22,7	
Belgien u. Luxembg.	666,3	3 555,6	364,5	360,3	304,5	23,1	40,7	
Österreich (1938)	291,2	561,0	109,9	119,4	64,5	13,5	17,4	
Schweden	1 429,2	70,2	105,0	182,0	182,2	27,2	33,6	
CSR	310,5	2 601,3	...	...	86,6	14,5	27,0	
Polen	129,7	1 444,4	...	62,8	48,2	5,0	13,5	
Niederlande	304,6	1 486,8	32,3	...	61,4	16,6	29,9	
Norwegen	3 456,9	105,6	64,5	...	129,9	9,5	17,2	
Türkei	20,1	164,6	0,7	...	16,2	...	...	

<sup>46</sup> K. Bobtschew: Industrialisiraneto na Balgarija i negowite predeli Spisanie na Balgarskoto ikonomitschesko drushestwo, god. XXXVII., 1938, B. 5, S. 279—280 (und K. Bobtschew: Promischlena politika, Sofia 1946, S. 240). Unter dem Terminus „Faktoren des Angebots“ versteht Bobtschew auch die vorhandene Arbeitskraft, die Rohstoffe, die Energiequellen und das freie Kapital.

<sup>47</sup> Stopanska istorija na Balgarija 681—1981, ... ebenda S. 387 mit Korrekturen für die Textilindustrie.

<sup>48</sup> Gewinnung von Gußeisen im herkömmlichen Sinne hat es in Bulgarien nicht gegeben — es wurde nur das Einschmelzen von Altmetallen berücksichtigt.

Diese Aufstellung zeigt, daß Bulgarien sogar, was die Herstellung von Textilerzeugnissen pro Kopf der Bevölkerung betraf, weit hinter den führenden kapitalistischen Industrieländern zurücklag, obwohl das eine der ältesten und entwickeltsten Branchen der Landesindustrie war. In Bezug auf die metallbearbeitende Industrie einschließlich des Maschinenbaus lag Bulgarien um das 20fache hinter den USA zurück, betreffs seiner Elektroenergieerzeugung um das 23fache, während sich in der Metallurgie das Verhältnis 1:100 gestaltete.

Wichtiger ist die Gesamtsumme des erzielten Industrialisierungsgrades bei der dritten genannten Kennziffer (Menge der Produktion pro Kopf der Bevölkerung in einheitlicher Valuta). Wenn man die Angaben der Landesstatistiken betreffs der Menge der durchschnittlichen industriellen Gesamtproduktion pro Kopf der Bevölkerung in bulgarische Lewa umrechnet, erhält man folgende Zahlen<sup>49</sup>:

Bulgarien	2 740 (4 810) <sup>50</sup>	USA	53 124
Rumänien	2 825	Großbritannien	35 670
Jugoslawien	2 625	Frankreich	22 405
Griechenland	1 712	Deutschland	20 550
Türkei	748	Italien	12 165
Albanien	264		

Das zeigt, daß der Kapitalismus in Bulgarien bei dieser Kennziffer zwischen 8- und 20mal unter dem Niveau der führenden kapitalistischen Länder lag. Dabei muß man vor Augen haben, daß bei der Umrechnung gegenüber den USA von einem Valutakurs von 114 Lewa für einen Dollar ausgegangen wurde (84,4 Lewa offizieller paritätischer Kurs der damaligen Zeit plus 35% Valutaprämie), während das errechnete Durchschnittsverhältnis zwischen den Großhandelspreisen in Bulgarien und den USA für 1938 ein Ergebnis von 169 Lewa pro Dollar ergab.

Den vier Kennziffern nach muß konstatiert werden, daß eine Errechnung des Verhältnisses zwischen der wahrscheinlichen Summe des investierten Stammkapitals in der Industrie und der Summe des erzielten Zuwachses an Industrieproduktion in den Zwischenzeiträumen in Bulgarien und in anderen kapitalisti-

<sup>49</sup> Nach Hochrechnungen des Autors aus der „Istorija na blakanskite narodi“, Bd. IV. (im Druck). Im Umfang und der Methodik der industriellen Landesstatistiken der Länder bestehen Unterschiede.

<sup>50</sup> In Klammern wurde das korrigierte Ergebnis gesetzt, wenn zu der in der offiziellen Statistik gegebenen Produktionsmenge noch die Produktion der nicht erfaßten kleineren Industriebetriebe mit weniger als zehn Beschäftigten und einer kleineren Kapazität hinzugerechnet werden, die in der bulgarischen Statistik von 1938 fehlen. Enthalten sind auch die Produktionen von Industriezweigen, die damals überhaupt nicht mit erfaßt wurden, wie Druckereierzeugnisse, Konfektionsindustrie, Holzgewinnung, Brotindustrie, Schuhindustrie u. a. (Siehe L. Berow: Otnowo sa tempowete na raswite na promischlenostta w NR Balgarija w kraja na 40te u pres 50te godini. „Istoritscheski pregled“ 1987, B. 12, S. 3–16). Mit dieser Korrektur sind die bulgarischen Angaben aber nicht mit denen der Statistik der meisten Länder zu vergleichen, ausgenommen diejenigen, die sämtliche industriellen Einrichtungen einschließlich des Gewerbes berücksichtigen.

schen Ländern folgendes Bild ergibt (Summe der Investitionen auf der Basis von 100)<sup>51</sup>:

Bulgarien:	1922—1931	100 : 122
	1932—1937	100 : 84
	1938—1941	100 : 78
	1922—1941	100 : 95
USA	1919—1945	100 : 65
Deutschland	1924—1929	100 : 183
Norwegen	1920—1937	100 : 103
Rumänien	1919—1938	100 : 138

Diese Ergebnisse verweisen deutlich auf die negative Entwicklungstendenz dieser Kennziffern in Bulgarien bis 1941, auch wenn es sich im Vergleich zu anderen kapitalistischen Ländern nicht auf dem letzten Platz befand.

Die Einschätzung der Ergebnisse der Industrialisierung Bulgariens bis 1932 betreffs der Kennziffer der Komplexität der Branchenstruktur der Industrieproduktion kann nicht positiv sein, nachdem im Lande in den 20er und 30er Jahren ein besonders hoher Anteil an solchen Branchen der Leichtindustrie, wie die Nahrungsmittel- und Textilindustrie, erhalten blieb. Das verdeutlicht der folgende Vergleich der Branchenstruktur der Industrieproduktion des Landes für den Zeitraum 1921 und 1939 (in % der Gesamtsumme der Produktion):

	1921	1939
Nahrungsmittelindustrie	51,0	45,5
Tabakindustrie	21,0	16,5
Leder und Gummiindustrie	2,4	2,5
holzbearbeitende Industrie	1,9	1,5
chemische Industrie	1,7	4,0
metallbearbeitende Industrie	2,4	3,0
Erzbergbau	12,6	9,0
Elektroenergiegewinnung	0,2	2,0
Textilindustrie	6,8	16,0

Dieser Vergleich macht jeden weiteren Kommentar überflüssig, da er deutlich die Einseitigkeit der bulgarischen Industrialisierung bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs zeigt, die jegliche Schwerindustrie vermied. Der bulgarische Kapitalismus vermochte es bis auf wenige Ausnahmen nicht, eine eigene Schwarzmetallurgie, einen eigenen Maschinenbau, eine Schwerchemie usw. zu errichten. In diesem Fall darf man aber nicht die Maßstäbe des Landes vergessen, auch wenn das keine Entschuldigung für das Nichtvorhandensein einer Reihe von Produktionen ist.

Tatsächlich erhoben am Vorabend des Zweiten Weltkrieges einzelne Vertreter der marxistischen und bürgerlichen Wirtschaftswissenschaft in Bulgarien die Frage nach der Erschließung einiger neuer Produktionen, wie z. B. der Produk-

<sup>51</sup> Nach L. Berow errechnet. Ikonomitscheska efektiwnost ... ebenda, S. 38 und 41.

tion von Schwarzmetallen, Anilinfarben, Zellulose, u. a. vorrangig im Bereich der Schwerindustrie<sup>52</sup>. Derartige neue Industriebranchen wurden bis auf wenige Ausnahmen nicht geschaffen, da die bulgarische Bourgeoise die Leichtindustrie bevorzugte, in der weniger Kapital erforderlich war und der Kapitalumschlag schneller und mit einem größeren Gewinn realisiert wurde. Bei dem geschlossenen, häufig auf eine Familie beschränkten Charakter der Aktiengesellschaften, die nur eine bedingte Verantwortung trugen und das Ergebnis des kleinlichen Individualismus der Masse der bulgarischen Bourgeoise waren, konnte der Kapitalmarkt nur schwer die notwendigen Mittel für die Errichtung solcher größerer Industriebetriebe der Schwerindustrie aufbringen. Die bulgarische Bourgeoise verfügte von Rechts wegen auch nicht über die für einen solchen Betrieb notwendige organisatorische und technische Erfahrung. Ein zusätzliches Hindernis ergab sich nicht nur aus dem begrenzten Binnenmarkt unter kapitalistischen Bedingungen, sondern auch aus dem Entgegenwirken der Industriegiganten in den kapitalistischen Industrieländern<sup>53</sup>.

Die Beurteilung nach der sechsten Kennziffer über die Effektivität der Industrialisierungspolitik kommt in der Tatsache zum Ausdruck, daß die im Jahre 1938 im Jahresdurchschnitt von einem Beschäftigten in der Industrie erarbeitete Summe, in Lewa umgerechnet, sich folgendermaßen verhielt.

Bulgarien	166 000	Albanien	38 000
Rumänien	196 000	USA	734 000
Jugoslawien	188 000	Deutschland	69 000
Griechenland	114 000	Großbritannien	332 000

Ein Kommentieren dieser Zahlen ist unnötig, da sie deutlich die zwei- bis vierfache Zurückgebliebenheit des bulgarischen Kapitalismus hinter den führenden kapitalistischen Ländern aufzeigen. Auch gegenüber einigen Balkanstaaten ist ein schwaches Zurückbleiben zu bemerken.

Eine der Hauptursachen für den aufgezeigten Unterschied in der Arbeitsproduktivität in der Industrie lag in dem verhältnismäßig niedrigen Konzentrationsgrad der Produktion. Die Anzahl der industriellen Großbetriebe war sehr gering. Es überwogen die Kleinbetriebe mit unrationeller Organisation der Produktion und veralteter Technik. Im Durchschnitt fielen auf einen Betrieb im Jahre 1939 nur 108 PS an industrieller Kapazitätsleistung und nur 31 Beschäftigte. Eine große Rolle für die unrationelle Produktionsorganisation und den technisch schlechten Zustand der Betriebe spielte der Umstand, daß viele der Betriebe schrittweise durch die Reinvestierung der Gewinne aufgebaut worden waren (besonders in den 20er und zu Beginn der 30er Jahre, als die Steuervergünstigungen noch wirksam waren). Die Mehrzahl der Betriebe gehörten einer Person oder Gesellschaften mit beschränkter Haftung (von insgesamt 3355 Betrieben im

<sup>52</sup> Der Anteil der Schwerindustrie betrug insgesamt 20% (1939), was aber zur Hälfte dem Erz- und Kohleabbau zu verdanken war.

<sup>53</sup> Solche Versuche gab es z. B., als man sich um die einheimische Produktion von Anilinfarben, einiger Grundmedikamente, von Fahrrädern u. a. bemühte.

Jahre 1939 waren es 2277), die in der Regel über begrenzte Finanzierungsmöglichkeiten verfügten und nicht in der Lage waren, Großbetriebe und technisch moderne Werke zu bauen. Selbst der größere Teil der Aktienbetriebe (515) befanden sich 1939 in der selben Situation.

Die siebte Kennziffer, die Effektivität der Industrialisierungspolitik in Bulgarien bis zum Ausbruch der Zweiten Weltkrieges betreffend, zeigt, daß die meisten Industriebetriebe des Landes relativ teuer produzieren. Das lag an der bereits erwähnten mangelhaften Arbeitsorganisation und an dem ungenügenden technischen Stand der meisten Betriebe, wie auch an dem Bemühen des überwiegenden Teils der Industriebourgeoisie, die hohen Zölle und Valutaprotektionen der nationalen Industrieproduktion für ihre Ziele auszunutzen. Das geschah, indem hohe Verkaufspreise aufrecht erhalten wurden, die sich in der Nähe der durch hohe Zollgebühren und Transportkosten belasteten Konkurrenzpreise für importierte Industriewaren hielten. Von Bedeutung war auch die niedrigere Auslastung der Produktionskapazitäten, was zu einem großen Anteil an Abschreibungen führte. Allgemeinen Angaben zufolge, die den Bilanzen der Industrieaktiengesellschaften entstammen, betrug der Anteil der Abschreibungen in den Jahren 1932—1940 durchschnittlich etwa 8% der Produktionsmenge nach Großhandelspreisen ab Fabrik. Dabei darf man nicht vergessen, daß in einer Reihe von Fällen, besonders in den Krisenjahren 1930—1933, die bulgarischen Industriebetriebe mit veralteten Maschinen ausgerüstet wurden, die die kapitalistischen Industrieländer aufgrund ihrer Ersetzung gegen modernere und produktivere Technik zu einem niedrigen Preis verkauften (in diesem Zusammenhang stellte der Verwaltungsrat einer Textilfabrik in Warna im Jahre 1933 fest, daß „Bulgarien sich mit altem Eisen industrialisiere“<sup>54</sup>).

### *Industrialisierung und soziale Veränderungen im Lande*

Eine der ersten Fragen, die sich in diesem Zusammenhang auftut, ist die nach dem Einfluß der Industrialisierung auf die Urbanisierungsprozesse im Lande. Die Tatsache ist unbestreitbar, daß die Industrialisierung zur Urbanisierung beitrug, da ein großer Teil der Industriebetriebe in den Städten lag und einen großen Teil der notwendigen Arbeitskräfte aus dem Dorfe abzog. Bedauerlicherweise betreffen die statistischen Erhebungen in dieser Richtung nicht nur die Industrie, sondern auch das Gewerbe. Zählungen der Bevölkerung aus dem Jahre 1934 zufolge lebten von allen erfaßten 176 996 Industrierarbeitern und Gewerbetreibenden 113 969 Personen oder 64% in den Städten<sup>55</sup>. Den größeren Anteil stellen dabei die Industrierarbeiter, wenn dieser auch nur schwer auf statistischem Weg festzustellen ist. Die Industrierarbeiter bildeten etwa ein Fünftel der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung der Städte. Das zeigt trotzdem, daß der Einfluß der Industrialisierungspolitik auf den Urbanisierungsprozeß bis zum Ausbruch des Zweiten

<sup>54</sup> Zentrales staatliches Geschichtsarchiv, Fonds.

<sup>55</sup> Volkszählung in Bulgarien vom 31.12.1943. Obshti rezultati. B. III, Statistika na sanajatijata — spored glawnoto sanajatie. Sofia, 1940, S. 6—15 und 39—54.

Weltkrieges nicht überhöht dargestellt werden darf und nicht als Hauptfaktor für diese Entwicklung angenommen werden sollte.

Die Industrie, die einen Teil der arbeitslosen Bevölkerung (vor allem Jugendliche) aus den Dörfern abzog, spielte eine gewisse Rolle beim Abbau der Übersättigung an Beschäftigten auf dem Lande. Diese Rolle muß letztendlich aber als bescheiden bezeichnet werden. Nach Einschätzung von A. Totew gab es in den 30er Jahren in Bulgarien etwa 1 000 000 überzählige Arbeitskräfte in der Landwirtschaft<sup>56</sup>, während die Zahl der Industriearbeiter in den Jahren 1921 bis 1941 von 55 000 auf 104 000 stieg, d. h. sie erhöhte sich nur um 49 000 Personen. Das bedeutet, daß die Industrialisierung während der 20er und 30er Jahre zusätzlich nur etwa ein Zwanzigstel der überzähligen Landbevölkerung „schluckte“. Wenn man dies im Zusammenhang mit der Gesamtzahl der Industriearbeiter sieht, so betrug der Zufluß der Landbevölkerung ein Zehntel aller Industriearbeiter.

Die Industrialisierung des Landes in den 20er und 30er Jahren war auch für die Verbesserung der räumlichen Verteilung der Arbeitskräfte im Nationalmaßstab von Wichtigkeit. Das Bemühen des Industriekapitals um die Nutzung billigerer Arbeitskräfte veranlaßte es, auch in entlegeneren Gebieten und Provinzen Betriebe zu errichten, die bis zum Ersten Weltkrieg von der Industrialisierung verschont geblieben waren. So entstanden besonders in den 30er Jahren einige neue größere oder mittlere Industriezonen, wie z. B. Gorna Orjachowiza, Kardshali, Chaskowo, Smoljan und Rasgrad. Trotz alledem gab es auch in dieser Richtung nur sehr bescheidene Ergebnisse. Das verdeutlicht eine im Jahre 1937 von dem damaligen Statistischen Institut für Wirtschaftsforschung bei der Sofiater Universität durchgeführte Studie über die territoriale Verteilung der Industrieproduktion<sup>57</sup>. Sie zeigt, daß 23,5% der erfaßten Industrieproduktion in der Hauptstadt Sofia konzentriert waren, während sich der Rest prozentual so aufteilte: 9% in Plowdiw, 5,2% in Gabrowo, 5,4% in Warna, 5,5% in Russe und 3,7% in Burgas. Es lassen sich noch weitere zehn Städte nennen, in denen zwischen 1,5 bis 2% der Industrieproduktion konzentriert waren (Pasardshik, Tarnowo, Gorna Orjachowiza, Sliwen, Plewen, Jambol, Stara Sagora, Dupniza, Kasanlak und Chaskowo). Die übrigen Orte und Regionen vereinten einen minimalen Anteil auf sich. Von insgesamt 84 administrativen Gebieten wiesen im Jahre 1937 nur 24 einen Industrieanteil von 0,5 bis 1,0% auf, während die übrigen 60 noch unter den 0,5% der statistisch erfaßten Industrieproduktion des Landes lagen.

Eine indirekte Auswirkung der Industrialisierung auf die Durchschnittsbildung der Bevölkerung kann nicht verneint werden. Die Industrie schuf eine zusätzliche Nachfrage nach technischen und Verwaltungskadern, nach Buchhaltern und Spezialisten mit Fach- und Hochschulausbildung. Diese Nachfrage hielt

<sup>56</sup> L. Berow: *Sozialnata struktura na seloto w blakanskite strani pres perioda meshdu dwete swetowni wojni.* — Trudow na Wisschija ikonomitschki institut „Karl Marx“ w Sofia, 1977, B. IV, Sofia, 1977, S. 56–69.

<sup>57</sup> Nichtarchivierte zusammenfassende Tabelle über diese Studie in den Bezirken, die vom Autor bei der Übergabe des gesamten Archivs des ehemaligen Statistischen Instituts für Wirtschaftsforschung als Altpapier vor der Vernichtung gerettet wurde.

sich aber in bescheidenen Grenzen. Das verdeutlicht die industrielle „Umfrage“ (eine Zählung der Industriebetriebe in den Jahren 1921/22, nach der außer den 55 090 Industriearbeitern in den gezählten 1544 Industriebetrieben auch 4456 Angestellte beschäftigt waren. Davon waren nur 122 Personen technische Kader mit Hochschulabschluß (Ingenieure), 217 Personen waren administrative Leiter mit Hochschulabschluß, 73 Personen waren Buchhalter mit Hochschulabschluß und nur 152 Techniker konnten einen Fachschulabschluß vorweisen<sup>58</sup>. Es fehlen analoge statistische Angaben für 1939, die annähernden Ausmaße der bis zum Zweiten Weltkrieg vor sich gegangenen Entwicklung kommt aber in der Tatsache zum Ausdruck, daß nach der damaligen Industriestatistik aus dem Jahre 1939 3355 Industriebetriebe mit 7419 Beschäftigten in der Verwaltung erfaßt wurden<sup>59</sup>. Das übersteigt die festgestellte Zahl dieses Personals aus den Jahren 1921/22 um 66%. Und trotzdem stellten die in der Industrie beschäftigten qualifizierten Techniker und Verwaltungskader im Nationalmaßstab einen verhältnismäßig geringen Teil dar. Das zeigen die ausführlichen statistischen Angaben über die Zählungen der Bevölkerung in den Jahren 1920 und 1934 ebenso, wie die am 1.6.1936 durchgeführte Zählung der Beschäftigten in Privatbetrieben<sup>60</sup>. Nach der Bevölkerungszählung von 1934 gab es im Lande insgesamt 875 Bergbau-, Maschinen-, Elektro- und chemische Ingenieure, von denen nur 250, oder kaum 29%, in der Industrie beschäftigt waren.

Es ist sehr schwer, eine genauere Einschätzung der Auswirkung der Industrialisierung auf die Dimensionen des politischen Lebens zu geben, speziell was die Anhängerschaft und das Klassenbewußtsein der Mitglieder der revolutionären Arbeiterbewegung betraf. Es fehlen Gesamtangaben darüber, welcher Teil der Industriearbeiter Mitglieder der BKP oder ihre Sympathisanten waren. Bekannt ist nur, daß 1920 von insgesamt 25 544 Mitgliedern des sich unter dem Einfluß der BKP befindlichen Arbeitersyndikats 14 393 Industriearbeiter waren<sup>61</sup>. Das war etwa ein Drittel der damaligen Industriearbeiterschaft, wenn auch der Anteil der organisierten Arbeiter in den einzelnen Industriebereichen unterschiedlich war (am höchsten, bis zu 50%, lag er bei den Bergarbeitern, Druckern, Tabakarbeitern und teilweise bei den Textilarbeitern). Die absolute und relative Anzahl der Industriearbeiter unter den Mitgliedern der BKP ist für diese Zeit nicht genau bekannt, man kann jedoch vermuten, daß sie etwa die Hälfte der Gesamtmitglieder der Partei betrug. Das zeigt, daß die Industrialisierung zu Beginn des untersuchten Zeitraums einen wesentlichen Einfluß auf das politische Leben des Landes in Richtung auf die Schaffung von günstigen Voraussetzungen für die organisatorische Geschlossenheit der politischen Avantgarde der Arbeiterklasse mit einer allgemeinen Tendenz zur Linksorientierung der Massen ausübte.

<sup>58</sup> Anketa na edrata i pkrowitelstwuwana industrija w Balgarija pres 1921 g. B. II, Rabotnitscheski personal. Sofia, 1925, S. 6—25.

<sup>59</sup> Statistischeski godischnik na Zarstwo Balgarija 1942, Sofia, 1942, S. 374/75.

<sup>60</sup> Ebenda, S. 86—91.

<sup>61</sup> Aus dem Bericht von Georgi Dimitroff vor dem XII. Kongreß des Allgemeinen Arbeitersyndikats errechnet, in G. Dimitroff: Satschineija, Bd. V., Sofia 1854, S. 433. Es wurden sechs Verbände in Betracht gezogen, darunter auch der Verband der Metallarbeiter, in dessen Reihen es viele Handwerker gab.

Die Zerschlagung des Septemberaufstandes von 1923 und die Pogrome gegen die Führer der revolutionären Arbeiterbewegung während der Aprilereignisse von 1925 führten gemeinsam mit einem allgemeinen Rückgang der revolutionären Nachkriegswelle in Europa zu einem bedeutsamen Absinken des absoluten und relativen Anteils der organisierten Anhänger und Sympathisanten der revolutionären Arbeiterbewegung unter dem Industrieproletariat. Das war ein direktes Ergebnis der erlittenen Menschenverluste im Septemberaufstand von 1923 und während der Aprilereignisse von 1925, aber auch eine Folge der mit diesen Ereignissen verbundenen Emigration eines Teils der bedrohten Parteikader nach Sowjetrußland und Jugoslawien. Von Bedeutung waren auch die Säuberungsaktionen im Staatlichen Bergbau von Pernik und Bobowdol, in den Zuckerfabriken in Gorna Orjachowiza, in der Staatsdruckerei in Sofia und in einer Reihe anderer größerer Privatdruckereien, in den Reparaturdepots der Bulgarischen Eisenbahn, den Tabakbetrieben u. a., wo Arbeiter mit Linksorientierung entlassen wurden.

Im Ergebnis all dessen fiel der Anteil der Industriearbeiter an der Mitgliederzahl der BKP auf 15% im Jahre 1930, begann jedoch danach auf 21–23% bis zum Jahre 1936 anzusteigen<sup>62</sup>. Eine Tendenz zur schrittweisen Erhöhung dieser Prozentzahl zeigte sich aufgrund des in den 30er Jahren verfolgten Kurses einer Verstärkung des Arbeiterelementes in der Partei und der Schaffung von Parteizellen in den größeren Industriebetrieben. Einen teilweisen Überblick über die später eingetretenen Veränderungen in dieser Richtung gibt die Zusammenfassung der vorhandenen Angaben über die soziale Lage und die Berufe der zwischen 1939–1944 im antifaschistischen Kampf gefallenen revolutionären Kämpfer<sup>63</sup>. Sie zeigt, daß 63% von ihnen Arbeiter waren, davon etwa die Hälfte aus dem Gewerbe (vorrangig aus dem Schneiderhandwerk, aus dem Schuhmacher-, Tischler-, Bäcker- und Klempnerhandwerk). Also waren etwa 30–35% der Gefallenen Industriearbeiter (einschließlich eines gewissen Anteils an Bau- und allgemeinen Arbeitern). Bis zu einem bestimmten Grade erhält man ähnliche Ergebnisse bei der Analyse von Untersuchungen über die soziale Zusammensetzung einiger Partisanengruppen von 1942–1944.

Das kann als Beweis dafür gelten, daß der Anteil der Industriearbeiter unter den Mitgliedern der BKP bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges auf ein Drittel anstieg. Bei einer Mitgliederzahl von 9000 zu Beginn des Krieges und von 25 000 im September 1944 bedeutet das, daß etwa 3000 Mitglieder der BKP im Jahre 1939/40 Industriearbeiter waren und daß sich deren Anzahl bis zum Jahre 1944 auf 8000 erhöhte. Dazu müssen noch etwa 2000 Industriearbeiter gezählt werden (einschließlich der Gewerbetreibenden), die Mitglieder des damaligen Kommunistischen Jugendverbandes waren. Im Endergebnis waren in der BKP und im Jugendverband 3 bzw. 10% der Industriearbeiter des Landes organisiert. Dieser

<sup>62</sup> BKP w resoljuzii i peschenija, T. IV. Sofia, 1955, S. . . .

<sup>63</sup> Verallgemeinert nach „Geroi na antifaschistkata borba“, Bd. I, II., Sofia 1968. Diese Ausgabe vermittelt Angaben über 304 gefallene Kämpfer, aber nur die Hälfte von ihnen sind mit Angaben über Beruf und soziale Lage versehen.

Prozentsatz liegt unter dem Anteil der klassenbewußten Arbeiter am Industrieproletariat des Jahres 1920, der Unterschied läßt sich aber durch die veränderte innenpolitische Lage erklären. 1920 gab es gewisse Repressionen gegen die kommunistische Bewegung im Lande, sie sind jedoch nicht mit den ungünstigen Entwicklungsbedingungen in den Jahren der monarchofaschistischen Diktatur gegen Ende des untersuchten Zeitraums zu vergleichen. Unter letzteren Bedingungen barg die Mitgliedschaft in der illegalen BKP ein großes Risiko, während eine Mitgliedschaft in einer der klassenmäßig orientierten Gewerkschaften (als einer niedrigeren Form des politischen Bewußtseins) überhaupt unmöglich war, da diese nach dem Umsturz vom 19. Mai 1934 samt und sonders zerschlagen worden waren. Die einzige Variante war der in der Folge gegründete Staatliche Bulgarische Arbeiterbund, dem noch gewerkschaftliche Tätigkeit erlaubt war. In Zusammenhang damit muß bemerkt werden, daß sich der Einfluß der revolutionären Arbeiterbewegung nicht mit der Zahl der Mitglieder in der BKP und dem Jugendverband erschöpfte.

\*

\*

\*

Die Darlegungen führen zu der Schlußfolgerung, daß die bulgarische Bourgeoisie in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen aktiv das in anderen kapitalistischen Ländern praktizierte Instrumentarium der Industrialisierungspolitik genutzt hat, wenn es auch in den 30er Jahren gewisse Versuche zu deren teilweisen Rationalisierung gegeben hat. Die Effektivität dieser Industrialisierungspolitik in einer Gesamteinschätzung der sieben Kennziffern kann als akzeptabel oder zufriedenstellend bezeichnet werden, wenn man die Maßstäbe des Landes und die damaligen kapitalistischen Bedingungen (mehr im Zusammenhang mit dem industriellen Entwicklungstempo als mit den anderen Kennziffern) nicht aus den Augen verliert. Ihre Rolle für das Land bei der Lösung so wichtiger Probleme wie der Verbesserung der Verteilung der Arbeitskräfte auf die Bezirke, die Urbanisierung und die Überwindung der „Übersättigung“ in der Landwirtschaft war mehr oder weniger begrenzt. Sie hat jedoch eine positive Rolle bei der Entwicklung der revolutionären Arbeiterbewegung im Lande gespielt.

WOLFGANG HÖPKEN

## Modernisierung, Tradition und sozialer Wandel im sozialistischen Bulgarien

### *Einleitung*

Wenn es so etwas gibt wie eine Brücke der Kontinuität zwischen den anciens régimes der Vorkriegszeit in Südosteuropa und ihren sozialistischen Nachfolgestaaten, so ist es wohl die für beide Systeme in gleichem Maße zu bewältigende Aufgabe der ökonomischen und sozialen Modernisierung. Im Willen, ihre Länder aus dem als rückständig empfundenen Status einer Agrargesellschaft herauszuführen, waren sich in der Tat die Eliten der bürgerlichen Vorkriegsregime und die der ihnen nachfolgenden Volksdemokratien nicht unähnlich. Das an west- und mitteleuropäischen Entwicklungsvorbildern orientierte Modernisierungsziel einte die politische und wirtschaftliche Führungsschicht des alten Bulgarien zwischen 1878 und dem Zweiten Weltkrieg fast ohne Ausnahme über alle parteipolitischen Grenzen hinweg<sup>1</sup>. Und wenn beispielsweise Georgi Dimitrov 1948 verlangte, „durch Industrialisierung und Elektrifizierung des Landes und durch die Mechanisierung der Landwirtschaft, das in der Vergangenheit Versäumte nachzuholen, und in zehn bis zwanzig Jahren das zu erreichen, was andere Länder in einem ganzen Jahrhundert erreicht haben“<sup>2</sup>, so zeigt dies, daß sich die nach dem Kriege ins Werk gesetzte volksdemokratische Entwicklungsstrategie gewissermaßen als die antithetische Vollendung der gescheiterten Modernisierungsanstrengungen ihrer Vorläufer empfand<sup>3</sup>.

Substantielle Unterschiede gab es dabei natürlich in den Ziel- und Wertepräferenzen, die den jeweiligen Modernisierungskonzepten zugrundelagen. Verschieden auch waren die Strategien und das Herangehen, mit dem diese Modernisierungsziele erreicht werden sollten. Hier eine zwar staatlich gestützte, letztlich aber marktwirtschaftlichen Prozessen überlassende Industrialisierung, die den gesellschaftlichen „Überbau“ einer weitgehend evolutionären Veränderung überließ; dort eine planmäßige und zentral gelenkte Mobilisierung aller Ressourcen an Kapital und Menschen, die in ihren revolutionären Gestaltungswillen auch den „Überbau“ einbezog. Neuartig war somit vor allem der Planbarkeits-

<sup>1</sup> Zu den Modernisierungszielen der Vorkriegseliten vgl. u.a. Alexander Gerschenkron: *Economic Backwardness in Historical Perspective*, Cambridge, Mass 1966; Cyril A. Black: *The Process of Modernization: The Bulgarian Case*, in: T. Butler (Ed.): *Bulgaria. Past and Present*, Columbus 1976, S. 11–131 sowie jetzt auch Wolfgang Uwe Friedrich: *Bulgarien und die Mächte 1913–1915*, Stuttgart 1986, S. 4 f.

<sup>2</sup> Zit. n. Kiril Lazarov: *Izmenenija v stopanskata i klasova struktura na našata strana*, in: *Novo vreme* XXIV (1948) 11, S. 953.

<sup>3</sup> So auch Georgi Fotev: *Tradition an Modernization*, in: *Bulgarian Sociological Association (Ed.): Society and Social Change*, Sofia 1986, S. 273 f.

anspruch und die Reichweite der kommunistischen Modernisierung, das Ziel einer alle Bereiche von Gesellschaft — also Ökonomie, Sozialstruktur und bewußtseins- und mentalitätsmäßigen Überbau — in einem Prozeß des beschleunigten und gesteuerten Wandels umzugestalten<sup>4</sup>.

In der westlichen Geschichtswissenschaft hat die historische Modernisierungsforschung eben diesen systemübergreifenden, wenn auch nicht systemunabhängigen Prozeß des gesellschaftlichen Wandels von traditionellen Gesellschaften hin zu Industriegesellschaften zu ihrem Gegenstand gemacht. Sie hat dabei im Rekurs auf konkrete historische Modernisierungsverläufe die etwas naiven Evolutionskonzepte früherer soziologischer Modernisierungsansätze erheblich zurechtgestutzt. Zu den empirischen Korrektiven allzu glatter Idealtypen von Modernisierung gehört vor allem die Erkenntnis, daß derartige Wandlungsverläufe realhistorisch kaum als lineare Verlaufsmodelle zu denken sind, in denen traditionale Strukturen gewissermaßen in umgekehrt proportionalem Maße abgebaut werden, in dem sich moderne Bahn brechen. Modernisierung ist vielmehr immer ein ungleichzeitiger und sektoraler Wandel, in dem moderne und traditionale Sektoren koexistieren und konfliktieren, bei dem Strukturwandel ebenso anzutreffen ist wie es wandlungsresistente Nischen gibt. Modernisierungsprozesse sind aber auch offene, eigendynamische Entwicklungsprozesse, die nicht in einem Idealzustand der Moderne enden, sondern in aller Regel zu neuen Modernisierungsproblemen und Blockaden führen können; sie sind — um mit Hans-Ulrich Wehler zu sprechen — ein „Strukturwandel mit inhärenten Krisen, Konflikten, Disparitäten, mit Wachstum, aber auch mit Involution“<sup>5</sup>.

Diese Verallgemeinerungen gelten nicht zuletzt auch für die unter kommunistischem Vorzeichen initiierten Modernisierungsbemühungen in den Staaten Südosteuropas. Das Spannungsverhältnis von Modernisierung und traditionellen Strukturen ist dabei, wiewohl eines der interessantesten entwicklungsgeschichtlichen Probleme, bislang, vor allem was die sozialistischen Staaten betrifft, nur wenig behandelt worden. Dies gilt auch für Bulgarien. Im folgenden kann es daher nur darum gehen, einen resümierenden Überblick über die von der Kommunistischen Partei intendierten sozialen Wandlungsprozesse, ihre Verlaufsprobleme und Ergebnisse zu geben und dabei bestenfalls einige Aspekte dieses Fragezusammenhangs anzureißen. Im Zentrum stehen dabei die gemeinhin als Indikatoren der Modernisierung geltenden Bereiche des demographischen Übergangs, der sozialstrukturellen Veränderungen, des Struktur- und Funktionswandels im primären Lebensbereich sowie schließlich das Problem des Wertewandels.

<sup>4</sup> Heinz Kontetzki: Agrarpolitischer Wandel und Modernisierung in Jugoslawien. Zwischenbilanz einer sozialistischen Entwicklungsstrategie, Nürnberg 1976, S. 67 ff.

<sup>5</sup> Hans-Ulrich Wehler: Modernisierungstheorie und Geschichte, Göttingen 1975, S. 23 f. S.N. Eisenstadt: Historical Traditions, Modernization and Development, in: Ders. (Hg.): Patterns of Modernity, Vol. II: Beyond the West, New York 1987, S. 5—11. Manning Nash: Unfinished Agenda. The Dynamics of Modernization in Developing Nations. Boulder, London 1984, hier bes. S. 2—4.

### Die demographische Entwicklung

Der demographische Übergang, d. h. der Wandel von einem sogenannten verschwenderischen Bevölkerungstyp mit hohen Sterblichkeits- und Geburtenziffern hin zu einem sparsamen Bevölkerungstyp mit niedriger Fruchtbarkeit, Sterblichkeit und entsprechend geringem natürlichem Wachstum gilt gemeinhin als einer jener säkularen Trends, von denen modernisierende Gesellschaften gleich welcher Ordnung erfaßt werden. Auch Bulgarien paßt sich dabei fast paradigmatisch in diese empirische Verallgemeinerung ein.

Das alte Bulgarien zwischen Befreiung und Erstem Weltkrieg war dabei noch weitgehend durch die für die traditionellen Balkan-Gesellschaften typischen generativen Strukturen geprägt. In der Zwischenkriegszeit begann dann seit Mitte der 1920er Jahre ein deutlicher Strukturwandel mit einem nunmehr zügigeren Rückgang der Geburtenziffern und einem abnehmenden, wenngleich im europäischen Vergleich weiterhin hohen natürlichen Bevölkerungswachstum<sup>6</sup>. Dieser Transformationstrend setzte sich nach dem Kriege, nach Abschluß einer kriegsbedingten Kompensationsphase bis ca. 1950, mehr oder weniger konstant fort mit einer auf niedrigem Niveau stagnierenden (in letzter Zeit aufgrund der Überalterung der Gesellschaft sogar wieder ansteigenden) Sterblichkeit, weiterhin rückläufigen Geburtenziffern und einem entsprechend niedrigen, gegen null tendierenden natürlichen Bevölkerungswachstum. 1987 betrug der Bevölkerungsüberschuß noch ganze 9459 Personen, der niedrigste Zuwachs in der bulgarischen Bevölkerungsgeschichte; auch 1988 kam es nicht über 1,1‰ hinaus<sup>7</sup>. Bei einem seit Mitte der 1970er Jahre konstant unter eins liegenden Nettofortpflanzungskoeffizienten, bedeutet dies, daß langfristig eine Bestandswahrung der Population nicht mehr gewährleistet ist<sup>8</sup>. Pro-natalistische Maßnahmen wie sie am Ende der 1960er Jahre und in der Mitte der 1970er Jahre ergriffen wurden, konnten dabei nur kurzfristig zu einer Steigerung der Geburtenziffer beitragen, verfehlten langfristig jedoch ihre Wirkungen. Wie auch in anderen Ländern beeinflussten sie den Kinderwunsch der Eltern lediglich in Hinblick auf den Zeitpunkt der Geburt eines Kindes, kaum jedoch die generelle Reproduktionsplanung. Ohnehin griffen sie fast ausschließlich bei jungen Elternpaaren und blieben bei Familien mit bereits zwei Kindern fast völlig wirkungslos<sup>9</sup>. Finanzielle incentives erwiesen

<sup>6</sup> Vgl. aus der Vielzahl demographischer Studien zum alten Bulgarien u.a. Georgi T. Danailov: *Izsledvanija vürchu demografijata na Bülgarija*. Sofia 1930. Penko Wažarov: *Die Bevölkerung Bulgariens*, in: Janaki St. Molloff (Hg.): *Die sozialökonomische Struktur der bulgarischen Landwirtschaft*, Berlin 1936, S. 49–64.

<sup>7</sup> *Otečestvo* Nr. 17 vom 13.9.1988. *Sofioter Nachrichten* Nr. 9 vom 1.3.1989, S. 4.

<sup>8</sup> Zum demographischen Trend des Nachkriegs-Bulgariens vgl. zusammenfassend: A. Ju. Totev: *Demografsko-istoričeski očerk na Bülgarija*, in: *Sociologičeski problemi* (1980) 4, S. 15–26. *Charakteristika na bülgarskoto naselenie*, Sofia 1985, S. 101 ff. M. Minkov: *Demografskoto razvitie — tendencii i problemi*, in: *Novo Vreme* (1987/7), S. 3 ff. Mit weiteren Literaturangaben: W. Höpken: *Demographische Entwicklung und Bevölkerungspolitik in Bulgarien*, in: *Südosteuropa* 25 (1985) 2, S. 88–99.

<sup>9</sup> K. Donkov: *Süstojanie i dinamika na raždaemostta i smürtnostta na Bülgarija*, in: *Naselenie* 31 (1985) 3, S. 30 ff.

sich dabei als nur wenig interessant, allenfalls eine bevorzugte Versorgung mit größerem Wohnraum hatte Einfluß auf das generative Verhalten und auch dies nur bei Sozialgruppen mit niedrigerem Einkommen. Auch im Hinblick auf andere demographische Indikatoren hat sich Bulgarien tendenziell hochindustrialisierten Gesellschaften angenähert. Die Altersstruktur etwa hat sich von der für vormoderne Gesellschaften charakteristischen Pyramidenform zu einer Altersstruktur mit relativ geringem Jugendsockel und zunehmendem Anteil an Bevölkerung über 60 Jahre gewandelt. Während sich der Anteil der älteren Bevölkerung seit den 1920er Jahren von 10% auf 23% vergrößerte, sank derjenige der Jugendlichen von 39% auf 23%.

Verantwortlich für diesen demographischen Entwicklungstrend ist vor allem das in den letzten dreißig Jahren stark veränderte Fertilitätsniveau<sup>10</sup>. Sowohl die allgemeine als auch vor allem die altersspezifische Fertilitätsrate der Altersgruppe zwischen 20 und 29, jener Gruppe also, die das Gros der Geburten tragen, weist einen stark rückläufigen Verlauf auf. Die durchschnittliche Kinderzahl pro verheiratete Frau, die 1900 noch bei 7 lag, ist mittlerweile auf unter zwei abgesunken. Bei der letzten Volkszählung von 1985 waren 7% der Familien kinderlos, 25% hatten ein Kind, 54% zwei und 14% drei und mehr Kinder. In Großstädten und unter den höheren Bildungsschichten, aber auch bereits darüber hinausgreifend, ist dabei die zwei-Kinder-Familie bereits in Frage gestellt. Um den Bevölkerungsbestand zu halten, wären aber 30–40% Familien mit 3 Kindern nötig<sup>11</sup>.

Wo liegen die Ursachen dafür, daß die demographische Entwicklung dem Trend zu mitteleuropäischen Normen so viel schneller folgt als dies in anderen Sektoren der Fall ist? Zwei Komplexe lassen sich dabei ausmachen:

Ursache ist zum einen die natürliche Variable der Altersstruktur. Die bereits erwähnte Tendenz zur Alterung der bulgarischen Gesellschaft hat dazu geführt, daß das Kontingent an Frauen im Alter zwischen 20 und 24 um fast  $\frac{1}{4}$  zurückgegangen ist.

Dieser demographische Faktor allein vermag aber die rückläufige Geburtenfreudigkeit der Bulgarinnen nicht zu erklären. Die eigentliche Ursache ist vielmehr in den individuellen Verhaltensvariablen zu suchen, d. h. in einer deutlichen Änderung der Präferenzen bulgarischer Familien im Hinblick auf die gewünschte Kinderzahl. Die Faktoren, die auf einen solchen Präferenzwandel zugunsten einer Kleinfamilie mit allenfalls zwei Kindern einwirken, sind naturgemäß schwer exakt auszumachen. Vor allem zwei soziale Wandlungsprozesse scheinen aber herausragende Bedeutung zu besitzen: zum einen ist dies die deutliche Korrelation der Kinderzahl und des Kinderideals mit dem Bildungsstand der Eltern<sup>12</sup>. Eltern mit geringerer Schulbildung und fachlicher Qualifikation weisen durchgängig eine höhere Kinderzahl und auch einen höheren Kinderwunsch auf — ein Zeichen, daß sich trotz der weitgehenden sozialen Entfunktionalisierung

<sup>10</sup> Vgl. u.a. M. Minkov: *Naselenieto i rabotna sila v Bŭlgarija*, Sofia 1966, S. 35–40; Ders.: *Demografskoto razvitie*, S. 6; K. Donkov: *Sustojanie i dinamika*, S. 30 f.

<sup>11</sup> Interviews mit M. Minkov in *Ženata dnes* 8/1986 und in *Otečestvo* Nr. 17 vom 13.9.1988.

<sup>12</sup> *Socijalističeskijat način na život. Teorija i praktika*, Sofia 1985, S. 402–409.

großer Familien bei diesen Sozialgruppen traditionale Familienvorstellungen noch stärker gehalten haben als bei Eltern mit höherem Bildungsstand.

Ein zweiter Einflußfaktor, der die individuellen Präferenzen zugunsten einer Kleinfamilie offensichtlich gefördert hat ist die rapide Urbanisierung. Sie hat zwar dazu geführt, daß das städtische Geburtenniveau aufgrund der günstigen Altersstruktur der Städte ein deutlich höheres Wachstumsniveau aufweisen als die Dörfer, die seit Mitte der 1970er Jahre unter Depopulation leiden. Zum anderen aber hat gerade die überzogene Urbanisierung mit ihren praktischen Problemen wie Wohnungsnot, der städtischen Lebensweise u. ä. das individuelle generative Verhalten zunehmend in Richtung auf die Kleinfamilie gefördert. Insbesondere das Wohnungsproblem trägt dabei dazu bei, daß Familien ihre ursprünglichen Reproduktionsideale nach unten korrigieren. Bei Umfragen gabe nur 8% der jungverheirateten Paare lediglich ein Kind zu wollen; 25% der Familien jedoch haben lediglich ein Kind; umgekehrt wollten zunächst 63% der Ehepaare zwei Kinder, wohingegen lediglich 54% diesen Wunsch auch später realisierten. Neben dem fehlenden Wohnraum, der auch durch die zumeist in ihrer praktischen Realisierung weit hinter den Plänen zurückbleibenden Wohnungsbauprogramme nicht beseitigt werden konnte, sind es aber auch materielle Gründe, die zu einer Änderung der ursprünglichen Präferenzen beitragen<sup>13</sup>. So bestehen heute zwar in den Städten wesentlich günstigere altersstrukturelle Voraussetzungen für die Bevölkerungsentwicklung als auf dem Lande. Trotz dieser günstigeren Voraussetzungen aber ist auch die städtische Wachstumsentwicklung stark rückläufig. Die fast vollständige Einbeziehung der Frauen in den Produktionsprozeß — ebenfalls eine Folge der Modernisierungsintentionen bulgarischer Planer, dürfte ein weiterer Faktor für den genannten Wandel des generativen Verhaltens sein.

Wenn der führende bulgarische Demograph, Prof. Miko Minkov, noch 1966 behauptete, daß im Sozialismus andere Bevölkerungsgesetze wirken würden als im Kapitalismus, so dürfte er selbst diese These vermutlich in Kenntnis der seitherigen Entwicklung revidieren<sup>14</sup>. Bulgarien hat vielmehr einen demographischen Wandel durchgemacht, wie er sich auch in den Verlaufsmodellen westlich-kapitalistischer Staaten in ähnlicher Weise findet. Spezifisch sozialistische Elemente weist dieser demographische Wandel nicht auf, wenngleich einzelne Elemente der kommunistischen Entwicklungsstrategie, vor allem das rapide Urbanisierungstempo, diese säkularen und in gewisser Weise systemunabhängigen Trends verschärft haben. Traditionale Strukturen im generativen Verhalten sind somit in Bulgarien mittlerweile weitestgehend überwunden. Eine Bedeutung haben sie nur noch in einigen Regionen, wie etwa der Provinz Kurdzali, mit ihrem hohen Anteil an muslimischer Bevölkerung. Im gesamtbulgarischen Durchschnitt aber haben Modernisierung und Industrialisierung zu Ergebnissen geführt, die den bulgarischen Planern selbst mittlerweile Sorgen bereiten. Die Gefahr der Depopulation ist ein viel diskutiertes Thema, wobei vor allem die

<sup>13</sup> Ebenda, S. 410; Otečestvo Nr. 17 vom 13.9.1988.

<sup>14</sup> M. Minkov: Naselenieto, S. 17.

Perspektive eines Arbeitskräftemangel Besorgnis erregt. Bis zur Jahrtausendwende würden, so wird prognostiziert, Bulgarien 400 000 Arbeitskräfte weniger zur Verfügung stehen als heute<sup>15</sup>. Trotz des gegen null tendierenden Wachstums sollte diese Gefahr aber nicht überdramatisiert werden. Der immer noch erhebliche Überbesatz mit Arbeitskräften in vielen Betrieben bietet noch Reserven, die bislang in den Nischen zentralisierter Wirtschaftsweise versteckt sind. Sektoral freilich, etwa in den in der Prestigehierarchie nicht gerade geachteten Sektoren wie Landwirtschaft, Bergbau sowie regional lassen sich allerdings bereits jetzt deutliche Folgen dieses demographischen Trends erkennen. In der Landwirtschaft etwa sind gegenwärtig bereits 41% der Arbeitskräfte über 50 Jahre<sup>16</sup>.

### *Die Veränderung der sozialen Struktur*

Während somit die demographische Entwicklung letztlich einem weitgehend systemunabhängigen industriegesellschaftlichen Trend gefolgt ist, spiegeln die Veränderungen in der Sozialstruktur naturgemäß in sehr viel stärkerem Maße den nach dem 9. September 1944 durch die BKP eingeleiteten sozialrevolutionären Strukturwandel wider.

Die radikale Eliminierung praktisch jeglicher Form privater Verfügungsgewalt über Boden und Produktionsmittel, hat die Sozialstruktur des Landes substantiell neu geordnet. Seit den frühen 1970er Jahren, seit dem Eintritt in die Phase des sogenannten „entwickelten Sozialismus“, ist die sozialstrukturelle Entwicklung der bulgarischen Gesellschaft dabei in der offiziellen Lesart durch eine zunehmende soziale Annäherung von Arbeiter, Bauern und Intelligenz gekennzeichnet, bis hin zur sogenannten „ednorodnost“ – der sozialen Homogenität, an deren Schwelle das Parteiprogramm von 1971 das Land bereits vor nunmehr 17 Jahren wählte<sup>17</sup>.

Das empirische Bild des Wandels der bulgarischen Sozialstruktur ist dabei nach Ausschaltung der privaten Bauernschaft durch einen kontinuierlichen Anstieg von Arbeiterklasse und in jüngerer Zeit in zunehmendem Maße der Angestellten und der Intelligenz und durch einen starken Rückgang der Bauernschaft infolge der De-Agrarisierung und fortschreitenden Industrialisierung der landwirtschaftlichen Tätigkeit gekennzeichnet<sup>18</sup>. Dieses Bild vom sozialstrukturellen Wandel ist freilich sowohl hinsichtlich der ihm zugrundeliegenden Sozialgruppen als auch im Hinblick auf seine quantitativen Aussagen ohne allzu großen Informationswert. Die Einteilung der Gesellschaft in die genannten drei Kategorien ist, viel zu grobschlächtig, als daß sie etwas über die reale Schichtung der Gesellschaft auszusagen vermöchte. Sie wird weder den erheblichen Differenzen innerhalb der einzelnen Klassen gerecht, noch ist ihr ausschließliches Kriterium der Stel-

<sup>15</sup> Rabotničesko delo vom 7.11.1988, S. 3.

<sup>16</sup> Sofioter Nachrichten Nr. 41 vom 16.11.1988, S. 6.

<sup>17</sup> M. Markov: Pred praga na socialnata ednorodnost, in: Novo vreme (1971) 5, S. 125 ff.

<sup>18</sup> Vgl. zusammenfassend: M. Minkov: Naselenieto, S. 215; Socialnoklasovata struktura na bŭlgarskoto obštество, Sofia 1986, S. 66 ff.

lung zum gesellschaftlichen Eigentum heute noch angemessen. Die wesentlich entscheidenderen Kriterien für gesellschaftliche Differenzierung wie bildungs- und qualifikationsbedingte soziale Hierarchien, Prestigedifferenzierung, schichtenspezifische Differenzierungen im Lebensstil, Wertesystem, letztlich auch die Frage des Zugangs zu politischem Einfluß bleiben hingegen von dieser Einteilung unberührt. Dieses Bild ist aber auch statistisch irreführend, weil die darin ausgewiesene quantitative Dynamik der einzelnen Sozialgruppen zumindest teilweise lediglich das Ergebnis administrativer Umdefinitionen ist. So führte beispielsweise die Umwandlung der Kooperativen und sogenannte agrar-industrielle Komplexe zu Beginn der 1970er Jahre zu einem sprunghaften Anstieg der Arbeiter im Bereich der Landwirtschaft. Zu welchen grotesken quantitativen Trugbildern dies führen kann zeigt das Beispiel der Region Tolbuchin, die 1965 über einen Arbeiteranteil von 29% verfügte; nach der Agrarreform aber über 73% Arbeiter aufwies<sup>19</sup>.

Die bulgarische Soziologie hat denn auch begonnen, mit sozio-professionellen Modellen zu arbeiten und nach der Art der ausgeübten Tätigkeit, nach Qualifikationsdifferenzen, Kultur- und Freizeitverhalten als differenzierende Variable zu fragen. Dabei bleibt das offizielle Schema der zwei Klassen und 1 Schicht zwar erhalten. Gleichzeitig aber ermöglicht dieser Ansatz unter dem Schlagwort von der „Intra-Klassen-Differenzierung“ ein wenigstens etwas genaueres Bild von den realen soziostrukturellen Verhältnissen der bulgarischen Gesellschaft<sup>20</sup>.

Die Ergebnisse dieses differenzierteren Herangehens zeigen denn zwar auch durchaus ein relativ hohes Maß an Egalität, auch verglichen mit anderen sozialistischen Gesellschaften, z. B. Ungarn. Von dem offiziell angepeilten Ziel sozialen Wandels, der „ednorodnost“, ist aber Bulgarien ebenso sehr entfernt wie andere sozialistische Staaten und man muß bezweifeln, ob die bulgarische Gesellschaft sich überhaupt in diese Richtung bewegt.

Dem Einkommen, oder besser gesagt dem offiziell erzielten Einkommen, kommt dabei als sozialem Differenzierungskriterium wie in den meisten sozialistischen Staaten eher eine untergeordnete Rolle zu. Die, allerdings nur wenig aussagekräftigen statistischen Durchschnittseinkommen der drei offiziellen Sozialgruppen weisen in den vergangenen 25 Jahren eine zunehmend egalitärere Entwicklung auf. Auch die Branchendifferenzierung ist mit einer Spanne von etwa 1 : 2 nicht besonders groß. Größere Einkommensdifferenzierungen ergeben sich hingegen innerhalb der einzelnen Sozialgruppen. So gehören beispielsweise 24% der Arbeiter den beiden unteren Einkommensgruppen an, während dies nur auf 11% der Intelligenz bzw. der Angestellten zutrifft. Innerhalb einer so heterogen zusammengesetzten Gruppe wie der Intelligenz etwa, liegt  $\frac{1}{3}$  der sogenannten „ausführenden Intelligenz und Angestellten“ in der niedrigsten Kategorie, wäh-

<sup>19</sup> I. Radkov: *Rabotničeska klasa v sūvrementoto bŭlgarsko selo*, in: *Vekove* (1981) 3, S. 67.

<sup>20</sup> N. Tilkidžiev: *Change in the Social Structure and the New Stratum among the Workers*, in: *Bulg. Soc. Assoc.: Society i Social Change*, S. 106—114; *Socialno-klasovata struktura na bŭlgarskoto obštinstvo*, S. 65 f., S. 89—92. D. Kostova: *Socialno-profesionalnata struktura na rabotničeskata klasa*, in: *Sociologičeski problemi* (1984) 4, S. 38—47.

rend dies nur für 12% der sogenannten „leitenden organisatorischen Intelligenz“ zutrifft. Eine umgekehrt proportionale Verteilung ergibt sich jeweils für die obersten Einkommensgruppen. Erhebliche Differenzierungen gibt es auch im Bildungsstand innerhalb der einzelnen Sozialgruppen, wobei insbesondere agrarisch Beschäftigte noch nachhinken<sup>21</sup>.

Die nunmehr in Angriff genommene Wirtschaftsreform mit ihrem erklärten Ziel der verstärkten leistungsorientierten sozialen Differenzierung dürfte das Ziel „ednorodnost“ dabei noch weiter unterhöheln. Auch in diesem Bereich würden, die konsequente Realisierung der Reform vorausgesetzt, die Erfordernisse wirtschaftlicher Modernisierung dabei letztlich die ideologischen Wandlungszielen der Partei korrigieren.

Auch zwei weitere Tendenzen sperren sich gegen das Postulat der „ednorodnost“. Zum einen ist dies das Weiterwirken und die Verfestigung einer kulturellen Distanz, die sich stärker noch als die Einkommensbarrieren zwischen die einzelnen Sozialgruppen und auch innerhalb dieser Gruppen aufbauen. Derartige Differenzierungen sind insbesondere im Hinblick auf den schichtenspezifischen Zugang zu bestimmten kulturellen Konsumformen unverändert spürbar; etwa bei dem unter Angestellten und Angehörigen der Intelligenz deutlich größeren Zugang zu Theater, Literatur, klassischer Musik, aber auch zu Zeitungen und Zeitschriften. Insbesondere landwirtschaftliche Beschäftigte weisen dabei trotz aller Industrialisierung ihrer Tätigkeit und Lebensweise noch deutlich traditionale Distanz zu diesen Kulturformen auf. So gaben 40% der Kooperativ-Bauern und landwirtschaftlichen Arbeiter an, im Untersuchungszeitraum keine Zeitung gelesen zu haben; für Arbeiter betragen die entsprechenden Angaben 11%; für Angestellte und Intelligenz hingegen unter 2%. Eine vergleichbare Stratifikation weist auch das politische Engagement auf, dessen schichtenspezifischer Zugang schon in der deutlichen Überrepräsentanz von Intellektuellen in der Partei sichtbar wird<sup>22</sup>. Schichtenspezifisch verteilt, wenngleich in Maßen, ist auch die Verfügbarkeit über knappe Güter wie Wohnraum. Zwar ist die qm-Zahl hier relativ gleich verteilt; Arbeiter sind allerdings sowohl bei der Wohnungsgröße als auch bei der Besetzung und der Eigentumsrate gegenüber Angestellten und Intelligenzlern noch unübersehbar unterrepräsentiert<sup>23</sup>.

Ein zweiter Aspekt, der ebenfalls eher in Richtung auf mehr Differenzierung als Homogenität weist, ist der der sozialen Mobilität. Sozialistische Gesellschafts-

<sup>21</sup> Socialno-klasovata struktura na bŭlgarskoto obštstvo, S. 127 f., 145 ff. L. Ognjanov: Izmenenija v strukturata na rabotničeskata klase v Bŭlgarija sled 1958 f., in: 1. Meždunaroden kongres po Bŭlgaristika: Bŭlgarska dŭrŭava prez vekovete, tom 2, Sofia 1982, S. 393. K. Dimitrov: Izmenenija v socialno-klasovata struktura prez godinite na narodnata vlast, in: Sociologičeski problemi 6 (1974) 4, S. 49. M. Draganova: Socialno-profesionalna struktura na selsko-stopanskite rabotnici i seljanite-kooperatori, in: Sociologičeski problemi (1984) 4, S. 50 ff.

<sup>22</sup> G. Vasilev: Rabotničeska klasa i razvitiето na sociologičeskata struktura, in: Sociologičeski problemi (1978) 6, S. 21 ff. K. Dimitrov: Social Class Stratification and Social Activity, in: Bulg. Soc. Ass.: Society and Social Change, S. 74 ff. Socialnoklasovata struktura na bŭlgarskoto obštstvo, S. 131, 156, 261.

<sup>23</sup> L. Spasovska: Rabotničeskoto ŭilište u nas, in: Sociologičeski problemi 5 (1973) 2, S. 22 ff. (mit Angaben für die frühen 1970er Jahre); Socialno-klasovata struktura ba bŭlgarskoto obštstvo, S. 247–251 für die 1980er Jahre.

systeme, und so auch das bulgarische, beanspruchen für sich ein hohes Maß an sozialer Durchlässigkeit und vertikaler Mobilität. Und in der Tat läßt sich vor allem in den ersten beiden Jahrzehnten nach Kriegsende als Ergebnis des Austausches von Funktionsträgern und Eliten sowie der Industrialisierung und De-Agrarisierung ein überaus hohes Mobilitätstempo ausmachen. Seit etwa Mitte der 1970er Jahre deutet sich allerdings eine zunehmende Tendenz zur Selbstrekrutierung an, die besonders in der Intelligenz stärker wird<sup>24</sup>.

### Urbanisierung

Was den dritten der hier zu behandelnden Indikatoren des sozialen Wandels — die Urbanisierung — betrifft, so zeigt sich, wie sehr planmäßiger Wandel hin zu einer vermeintlich moderner Strukturen zu eben jenen eingangs erwähnten Modernisierungsengpässen führen kann. Mit mittlerweile über 60% Stadtbevölkerung hat Bulgarien auf diesem Gebiet bereits fast mitteleuropäisches Niveau erreicht und ist das urbanisierteste Land Südosteuropas<sup>25</sup>. Der rasante Verstädterungsprozeß darf wohl mit gutem Grund als die neben den sozialstrukturellen Veränderungen zweite revolutionär zu nennende Entwicklungstendenz des sozialen Wandels in Bulgarien gelten.

Unter der Fragestellung von Modernisierung und Tradition einzugehen ist an dieser Stelle vor allem auf den eigentlichen Aspekt der Urbanisierung, nämlich die Entwicklung städtischer Lebensweise und ihre Leitbildfunktion für den ländlichen Raum. Die bulgarischen Planer haben auch in dieser Hinsicht ihre Wandlungsziele klar formuliert. Im Zuge der Entwicklung der Städte sowie der Industrialisierung der Landwirtschaft, so heißt es, komme es in immer stärkeren Maße zu einer Angleichung städtischer und dörflicher Lebensformen — zu einer „Unifizierung, Universalisierung und Standardisierung der Lebensweise“ zwischen Stadt und Land<sup>26</sup>.

Historisch war das Verhältnis von Stadt und Land auf dem Balkan ja stets ein besonderes. Für die Beziehungen zwischen beiden war, wie Josef Matl formuliert hat, „die relativ geringe mentale, soziale und zivilisatorische Bedeutung und Einflußwirkung der Stadtwirtschaft und ihrer meist aus der Fremde kommenden Lebensform auf die bodenständig bäuerliche Bevölkerung typisch“<sup>27</sup>. Auch die bulgarische Geschichte kennt dieses bis in die Moderne hinein typische Spannungsverhältnis zwischen urbanem und ländlichem Raum, man denke etwa an

<sup>24</sup> Ebenda, S. 109, 167. K. Petkov: Socialnata mobilnost i vüzproizvodstvoto na socialno-klasovata struktura v NRB, in: Sociologičeski problemi (1981) 4, S. 31—41.

<sup>25</sup> Der Anteil der Stadtbevölkerung, der 1887 18,8%, 1900 19,8 und 1946 24,7% betrug, liegt gegenwärtig bei 64,2%: Ignat Penkov, St. Dimitrov: Temp na narastavane na gradovete v Bülğarija za perioda 1946—1982, in: Izvestija na Bülğarskoto geografsko družestvo 23 (1985), S. 77. Vgl. auch hierzu den Beitrag von Marvin Jackson in diesem Band.

<sup>26</sup> I. Minkov: Urbanizacionni tendencii v interiora na süvremennoto bülğaro-selsko žilište, in: 2. međunaroden kongres po Bülğaristika. Tom 10: Etnografija, Sofia 1987, S. 83 ff.

<sup>27</sup> Josef Matl: Historische Grundlagen der agrarsozialen Verhältnisse auf dem Balkan, in: Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 52 (1956) 2, S. 147.

den Anti-Urbanismus Stamboliskis. Inwieweit diese traditionellen Barrieren zwischen beiden Räumen sich in der Nachkriegszeit tatsächlich abgebaut haben, ist nur schwer exakt auszumachen.

Als Indikatoren einer Überwindung des Gegensatzes von Stadt und Land werden dabei gemeinhin ins Feld geführt: die Industrialisierung der landwirtschaftlichen Arbeitsweise, eine mittlerweile weitgehend gleiche Ausstattung mit den grundlegenden Verbrauchsgütern; eine Angleichung in der Art und Ausstattung der Häuser, in denen die früheren, von agrargesellschaftlichen Familienstrukturen bestimmten Elemente zugunsten quasi-städtischer Wohnformen immer mehr zurücktreten; die Versorgung des Landes mit sozialen Dienstleistungsinstitutionen, kulturellem Angebot u. ä.<sup>28</sup>. Dabei gilt es allerdings zu berücksichtigen, daß unabhängig von quantitativen Durchschnittswerten vor allem eine qualitativ gleiche Versorgung des Landes bei vielen Dienstleistungen noch keineswegs gegeben ist. So berichteten bulgarische Zeitungen des öfteren beispielsweise über die immer noch stark defizitäre medizinische Versorgung des Landes<sup>29</sup>. Wenn es in einer Beschreibung Sofias aus der Zwischenkriegszeit heißt, daß „die jungen Akademiker sich eigentlich nur in der Hauptstadt eine Existenz gründen wollen“<sup>30</sup>, so hat sich daran bis heute wenig geändert. Nach wie vor besteht ein ausgeprägter Trend zur Metropolitalisierung mit dem Agglomerationszentrum Sofia. Die für das Jahr 2000 erwartete Einwohnerzahl von 1.1 Mio Einwohnern war bereits 1983 erreicht worden<sup>31</sup>. Nicht zuletzt die kulturelle Pull-Funktion der Stadt und ihr Charakter als Umschlagplatz für knappe Güter hat sie dabei als Migrationsziel attraktiv gemacht. Eine allzu optimistische Sichtweise der Urbanisierungserfolge vergißt zudem, daß es gerade die forciert vorangetriebene Industrialisierung war, die mit ihren Migrationsfolgen mittlerweile zu erheblichen Fehlentwicklungen des ländlichen wie des städtischen Raums geführt haben, die deutlich machen, daß Urbanisierung auch hier keinesfalls ein schmerzloses Attribut der Modernisierung ist. Hierzu zählt vor allem die demographische Deformation des Dorfes. Sie spiegelt sich wieder in der heute bereits stark verzerrten generativen Zusammensetzung des Dorfes. Die Überalterung des Dorfes, die vor allem regional noch wesentlich stärker ausfällt, bedeutet aber nicht nur eine Verzerrung der demographischen Struktur, sondern zugleich auch eine tendenzielle, in Ansätzen bereits spürbare funktionale Deformation. Entleerung geht in vielen Fällen ein-

<sup>28</sup> Vgl. u.a. M. Draganova: *Urbanizacijata i razvitak na bŭlgarskoto selo kato selište*, in: *Sociologičeski problemi* (1978) 1, S. 121–132.

<sup>29</sup> *Rabotničesko delo* vom 18.11.1985, S. 1; ebenda vom 23.11.1985, S. 1; ebenda vom 15.1.1986, S. 5; *Zemedelsko Zname* vom 23.11.1985, S. 2; ebenda vom 25.1.1986, S. 2; *Kooperativno selo* vom 15.–20.5.1986; ebenda vom 30.1.1987; ebenda vom 7.7.1987.

<sup>30</sup> H. Wilhelmy: *Hochbulgarien Bd. II Sofia*, Kiel 1935, S. 173. Vgl. zu ähnlichen Problemen heute u.a.: *Rabotničesko delo* vom 16.10.1985, S. 5; ebenda vom 28.11.1985, S. 1; *Kooperativno selo* vom 2.7.1987.

<sup>31</sup> G. Simeoneva: *Bŭlgarskata urbanizacija vo fona na svetovnija urbanizacionen proces*, in: *Bŭlgarska etnografija* (1985) 3, S. 17. G. Gešer: *Njakoj aspekti na demografskoto razvitie na okrŭg Sofija grad*, in: *Naselenie V* (1987) 1, S. 50–66.

her mit einem Abbau von sozialen und kulturellen Dienstleistungsangeboten wie z. B. Schulen und Kindergärten, was dann weitere Migration auslöst<sup>32</sup>.

Umgekehrt hat aber auch bis in die jüngste Zeit hinein die Zusammensetzung der Städte aus Migranten der ersten Generation zu einem Weiterwirken ländlicher Verhaltensweisen in den Städten beigetragen. Soziale Verhaltensweisen, Nahrungsgewohnheiten, familiäre Netzwerke sind auch in den urbanen Zentren noch stark durch agrarische Traditionen bestimmt<sup>33</sup>. Ganz besonders gilt dies für Klein- und Mittelstädte, vor allem dort, wo sie nicht industrialisierungsbedingte Neugründungen waren mit zugezogenen Arbeitskräften, wie seinerzeit z. B. Dimitrovgrad, sondern wo vorhandene Kleinstädte durch Migranten aus den umliegenden Dörfern anwuchsen. Alltagskultur und Lebensweise sind hier auch an der Schwelle zu den 1980er Jahren noch stark durch eine Koexistenz dörflicher und städtischer Verhaltensweisen geprägt<sup>34</sup>.

Die rapide Verstädterung und Urbanisierung des ländlichen Raums hat somit zwar einen erheblichen Wandel der sozialen, infrastrukturellen und mentalen Strukturen bewirkt. Sie hat jedoch zugleich zu neuen Modernisierungsproblemen geführt, ohne die trennenden Barrieren von Stadt und Land wirklich aufzuheben. Erste Anzeichen der De-Urbanisierung scheinen dabei in jüngster Zeit spürbar. 1987 sollen 13% der Migranten die Großstadt verlassen und auf das umliegende Land gezogen sein, wohingegen dies in den 1950er und 1960er Jahren nur 8.1% waren<sup>34a</sup>. Das Land hat aber trotz vieler Entwicklungsverbesserungen bislang noch nicht die Attraktivität gewonnen, die zentripetale Kraft der Städte wettzumachen. Der Versuch mittels der jüngsten Kommunalreform, die Funktion der bestehenden regionalen Haupt-Städte durch die gezielte Aufwertung von Nebenzentren zu entlasten<sup>35</sup>, hat aus dieser sozialen Fehlentwicklung der Urbanisierung in der Vergangenheit die Konsequenz gezogen.

### *Der primäre Lebensbereich*

Stärker noch als dies im Verhältnis Stadt-Land der Fall ist, ist die Koexistenz traditionaler und moderner Strukturen im primären Lebensbereich spürbar — in

<sup>32</sup> V. Kožuharova: Njakoj sociologičeski problemi na sūvremenoto bŭlgarsko selo, in: *Novo vreme* (1980) 10, S. 56. Danach galten 1975 20% der Dörfer als sich entleerende Dörfer da sie über 2–6 Jahre ihre Bevölkerung verringert haben; 40% gelten als sich ständig verringernde Dörfer, da sie stetig zwischen 10 und 40% der Bevölkerung einbüßten. A. Ju. Totev: Demografsko-istoričeski očerk, S. 21.

<sup>33</sup> K. Roth: Großstädtische Kultur und dörfliche Lebensweise. Bulgarische Großstädte im 19. und 20. Jahrhundert, in: *Großstadt. Beispiele der empirischen Kulturforschung*, Berlin 1985, S. 371 ff.

<sup>34</sup> J. Rojdeva: Njakoj osobenosti na semejnite praznici, običaj i obredi v malkija grad, in: 2. meždunaroden kongres po Bŭlgaristika, tom 10, S. 273–279. K. Sŭbčev: Sŭvremennijat bŭlgarski grad kato obekt na etnografsko izsledvane, in: ebenda, S. 268–272.

<sup>34a</sup> I Balev: Izučavaneto na migracionnite procesi črez predstojaštoto prebrojavane na naselenieto, in: *Naselenie* (1985) 1, S. 70–79. Sofioter Nachrichten Nr. 46 vom 16.11.1988, S. 6.

<sup>35</sup> Vgl. hierzu ausführlicher W. Höpken: Perestrojka auf bulgarisch: Sofia und die Reformen Gorbačevs, in: *Südosteuropa* (1987) 10, S. 619 ff.

der Entwicklung von Familie, Geschlechterrollen und sozialem Wertesystem. Die bulgarische Entwicklung bestätigt damit den aus anderen Modernisierungsverläufen ehemaliger Agrargesellschaften bekannten Trend, daß sozio-kulturelle und mentale Verhaltensweisen sich nur mit Verzögerung den Veränderungen des materiellen Systems anpassen. Wir haben es also mit jenem Phänomen zu tun, das der amerikanische Soziologe Ogburn schon vor über 60 Jahren als „cultural lag“ bezeichnet hat<sup>36</sup>.

Auch hinsichtlich der Rolle der Familie verstehen sich dabei die offiziellen Wandlungsziele der Partei in Bulgarien als radikale Abkehr von den sozialen Strukturen der Vergangenheit. „Die Relikte des patriarchalischen Haushaltes und die Lebensweise der Vergangenheit werden ersetzt“, so heißt es, durch den emanzipierten städtischen Typ der Familie und die städtische Lebensweise und zwar auf dem Dorfe wie in der Stadt“<sup>37</sup>.

Von ihrer Struktur her hat sich die bulgarische Familie in der Tat substantiell von ihrem traditionellen Erbe befreit. Der Prozeß der Auflösung balkanisch-patriarchalischer Großfamilien, der freilich bereits vor der sozialistischen Umgestaltung im Gange war, wurde im sozialistischen Bulgarien vollendet. Bestand der bulgarische Haushalt 1920 im Durchschnitt noch aus 6 Personen, so liegt die Zahl heute bei ca. 3. Die Kernfamilie, bestehend aus zwei Generationen, also Eltern und Kind, stellt heute auch in Bulgarien die vorherrschende Form dar, dahiner allerdings gibt es noch einen recht großen Teil an Familien mit drei Generationen, d. h. in der Regel mit einem Groß-Elternteil<sup>38</sup>. Auch funktional hat sich diese Familie substantiell gewandelt in Bulgarien. Die für die traditionale Familie noch in der Zwischenkriegszeit typische Charakter als Wohn-, Arbeits- und Produktionseinheit ist aufgelöst. Die fast vollständige Einbeziehung der Frauen in die Produktion hat den ökonomischen Abhängigkeitsaspekt minimiert<sup>39</sup>. Die früher wesentlich stärkeren familiären Sozialisationsfunktionen sind zudem zu einem großen Teil durch staatliche Institutionen übernommen worden. Der in westlichen Staaten seit langem geläufige Trend zu einer Entwertung der Institution der Ehe ist in Bulgarien, auch im Spektrum der übrigen sozialistischen Staaten, hingegen noch weniger stark ausgeprägt. Bulgarien liegt noch weit hinter den für hochindustrialisierte Staaten üblichen Zahlen an Unverheirateten oder „unvollständigen Familien“ zurück<sup>40</sup>. Dies dürfte nicht zuletzt an dem hohen Gratifikationswert liegen, den die Ehe immer noch für die Wohnungsvergabe besitzt. Insbesondere in jüngster Zeit zeigt sich aber, daß der Trend, vor allem in den größeren Städten, durchaus in eine Richtung auf die Unterhöhlung

<sup>36</sup> W.F. Ogburn: *Social Change*, London 1923, S. 105 ff.

<sup>37</sup> A. Ju. Totev: *Demografsko-istoričeski očerk*, S. 25.

<sup>38</sup> A. Mašič: *Domakinstvo i semejstvo*, in: *Sociologičeski problemi* (1971) 2, S. 55 ff. Lj. Makaveeva: *Etnokulturni procesi v struktura na Bŭlgarsko semejstvo prez perioda na socializma*, in: 2. meždunaroden kongres po Bŭlgaristika, tom 10: *Etnografija*, S. 156.

<sup>39</sup> Zur Einbeziehung der Frauen in das Berufsleben vgl. Th. Zotschew: *Stellung der Frau im heutigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben Bulgariens*, in: N. Reiter (Hg.): *Die Stellung der Frau auf dem Balkan*, Berlin 1987, S. 247 ff.

<sup>40</sup> Vgl. zur Entwicklung in westlichen Ländern H.J. Nowotny: *Ehe und Familie in der modernen Gesellschaft*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 13/198*, S. 3–13.

der klassischen Familienform weist. Die oben bereits erwähnte gesunkene Heiratshäufigkeit ist nämlich nicht nur Ausdruck der veränderten Altersstruktur der bulgarischen Gesellschaft, sondern eben auch einer größeren Heiratsunwilligkeit. Die Zahl der Unverheirateten in der Altersgruppe von 30–39 Jahren hat sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten verdoppelt<sup>41</sup>. Der Trend zur Instabilität der Ehe ist zwar gegenwärtig in Bulgarien noch deutlich niedriger als in anderen sozialistischen Staaten und einigen westlichen hochindustrialisierten Staaten. Wohl aber zeigt sich auch hier seit Mitte der 1970er Jahre eine steigende Tendenz<sup>42</sup>. Außereheliche Geburten – bis zum Ende der 1940er Jahre marginale Ausnahmen, da die Relikte patriarchaischer Lebensformen und religiöse Einflüsse uneheliche Kinder stigmatisierten – sind ebenfalls im Steigen begriffen. Ihr Anteil an den Lebendgeborenen verdoppelte sich von 1953 5,0% auf Anfang der 1980er Jahre 10,9%. Bulgarische Demographen und Sozialplaner werten dies bereits als ein in seinen Anfängen abzusehendes soziales Problem, auch wenn der Anteil noch erheblich hinter anderen sozialistischen Ländern zurückbleibt<sup>43</sup>.

Passen sich diese Entwicklungslinien an die aus anderen sozialistischen Ländern und auch aus nicht-sozialistischen Industrieländern bekannten, hier lediglich zeitlich verschobenen Trends an, so ist dennoch gerade in diesem Teilsektor sozialen Wandels das Nebeneinander mit traditionellen Strukturen spürbar. So ist der Anteil der Mehrgenerationen-Familien zwar nicht mehr dominant, jedoch immer noch mit über  $\frac{1}{3}$  recht stark. Dies gilt nicht nur für das Dorf, obwohl die Einbeziehung der Bauern in die Sozialfürsorge die ursprüngliche Fürsorgefunktion der Mehrgenerationen-Familie hinfällig gemacht hat, sondern auch für die städtischen Migranten. Anders als bei der autochthonen Stadtbevölkerung finden sich hier, wie es eine bulgarische Volkskundlerin vielleicht etwas übertrieben ausgedrückt hat, noch „modifizierte Formen der traditionellen Gemeinschaftshaushalte“<sup>44</sup>. Enge Verwandtschaftsbindungen als Element traditionaler Familienstrukturen finden sich aber auch außerhalb des unmittelbaren Zusammenlebens stärker als dies gemeinhin für hochindustrialisierte Gesellschaften angenommen wird<sup>45</sup>. Sie zeigen sich trotz auch hier rückläufigem Trend in immer noch erheblichen Hilfeleistungen für die 2. und 3. Generation, vor allem aber in der funktionalen Verbindung von Großeltern als Hilfe bei der Kinderbetreuung und Eltern als Arbeitnehmer. Selbst die Bereitstellung staatlicher Kindergärten veranlaßt nicht automatisch zu einer Abkehr von derartigen Gewohnheiten. Auch dies gilt wieder in stärkerem Maße für dörflich-kleinstädtische Sozialmilieus. Gerade in dieser weiterhin noch bestehenden funktionalen Verbindung von erster und zweiter Generation sieht denn auch eine bulgarische Stu-

<sup>41</sup> Otečestvo Nr. 17 vom 13.9.1988.

<sup>42</sup> K. Donkov: Sūstojanie i dinamika, S. 37 f. Sofioter Nachrichten vom 12.10.1988, S. 12.

<sup>43</sup> Zdravko Borisov: Teritorialni osobenosti i tendencij na izvūnbračnite raždaniya v Būlgariya, in: Izvestij na būlgarskoto geografskoto družestvo 23 (1985), S. 67–74. Rabotnicesko Delo vom 5.10.1988, S. 4.

<sup>44</sup> Lj. Makaveeva: Etnokulturni procesi, S. 155.

<sup>45</sup> Wenngleich frühere Verallgemeinerungen über eine weitgehende Reduzierung verwandtschaftlicher Kontakte auch für industrialisierte Gesellschaften mittlerweile zu relativieren sind: R. Sieder: Sozialgeschichte der Familie, Frankfurt/M. 1987. S. 253 f.

die „die Gefahr, daß neben positiven auch konservative Traditionen und überkommene Ideale und Lebensziele in den Lebensbereich der jungen Familien getragen werden“<sup>46</sup>.

Wohl am meisten entfernt ist man von den intendierten Wandlungszielen dabei sicherlich im Hinblick auf den Anspruch einer partnerschaftlichen Ehebeziehung. Traditionale Entscheidungshierarchien und Arbeitsverteilung, kurz eheliches Rollenverhalten sind auch von ökonomischer Gleichberechtigung der Frau als Arbeitskraft nicht oder nur in Ansätzen tangiert worden<sup>46a</sup>. Trotz einer fast ihrem Bevölkerungsanteil entsprechenden Anteil an der aktiven Bevölkerung von 46,7% und einem auch in den Bereichen höhere Bildung und Wissenschaft recht hohen Frauenanteil (37% des wissenschaftlichen Personals, 49% der Absolventen der mittleren, höheren und Hochschulen)<sup>47</sup>, sind Frauen unverändert in bestimmten feminisierten Berufen besonders stark konzentriert (Medizin, Lehrberufe usw.) und zudem in Positionen mit höherer Qualifikation noch häufig sichtlich unterrepräsentiert. Bei einer Analyse von sieben Qualifikationsgruppen etwa machte der Frauenanteil in den unteren vier 50–70% aus, in den Gruppen 5 bis 7 jedoch nurmehr noch zwischen 10,4 und 14,1%<sup>48</sup>. Auch die Einbeziehung von Frauen in politisch-partizipative Prozesse weist eine ähnliche Repräsentanzkurve je nach politischer Relevanz der entsprechenden Mitwirkungs- und Entscheidungsorgane auf<sup>49</sup>. Wenn Irwin Sanders in einer Analyse der bulgarischen Familie aus dem Jahre 1963 zu dem Schluß kam, „that the legal and ideological basis for socialist relations may exist but that the cultural heritage is not so easily changed“<sup>50</sup>, so hat dies auch heute noch grundsätzlich Gültigkeit.

Ein Bereich, in dem sich neben den offiziell verordneten modernen Strukturen traditionale, aber auch neuartige, gewissermaßen durch Modernisierung erst geschaffene, jedoch nicht unbedingt systemkonforme Strukturen finden, ist schließlich derjenige des Werte- und Normensystems, oder wie es im bulgarischen Sprachgebrauch heißt, der „sozialistischen Lebensweise“. Die bulgarische Partei hat sich mit besonderer Intensität dem Ziel einer Beeinflussung dieses Bereich der gesellschaftlichen und politischen Sozialisation gewidmet. Mit der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, so lautet die Doktrin, entstünde auch eine sozialistische Lebensweise, die durch die Elemente sozialen Optimismus,

<sup>46</sup> Socialističeskij način na život, S. 426 (Zitat). R. Whitaker: Changing Patterns of Family Life in Contemporary Bulgaria, in: 1. međunaroden kongres po Bŭlgaristika: Bŭlgarska kultura i vzajmo-dejstvieto j sŭs svetovnata kultura, tom 2, Sofia 1982, S. 417–424. D. Radoeva: Rodninskite otnošenija v života na sŭvremennija Bŭlgarija, in: Sociologija (1988) 2, S. 37 ff.

<sup>46a</sup> Lj. Spasovska: Razpredeljaneto na domakinskata rabota meždŭ sŭvremennite sŭpruzi, in: Nasele-nie (1987) 2, S. 74–102 (bes. die stat. Erhebungen).

<sup>47</sup> Rabotničesko delo vom 21.10.1988, S. 2. Fani Lazarova: Profesionalnata aktivnost na bŭlgarskata žena, in: Nasele-nie (1987) 2, S. 36 ff.

<sup>48</sup> D. Kostova: Socialno-profesionalna struktura, S. 44. Lj. Makaveeva: Etnokulturni procesi, S. 157–160.

<sup>49</sup> C. Vasileva: Obšttestveno-političeskata aktivnost na ženite v Bŭlgarija, in: BAN. Ikonomičeski institut (Hg.): Socialnata aktivnost na bŭlgarskata žena v izgraždaneto na razvitoto socialističesko obšttestvo, Sofia 1985, S. 251–154.

<sup>50</sup> I. T. Sanders: Factors influencing the Contemporary Bulgarian Family, in: T. Butler (Hg.): Bulgaria — Past and Present, S. 169.

Kollektivismus, eine positive Einstellung zur Arbeit, neue familiäre und partnerschaftliche Strukturen, ein hohes Maß an politischem und sozialem Aktivismus und kulturellem Interesse sowie Patriotismus gekennzeichnet sei<sup>51</sup>.

Inwieweit diese Werte tatsächlich in der Bevölkerung verankert sind, darüber sind allenfalls vage Aussagen zu machen. Zweifelsohne ist ein Prozeß des Abbaus traditionaler Wertorientierungen, wie sie vor allem mit der Religion verbunden sind, zu verzeichnen. Untersuchungen des bulgarischen Soziologen Ošavkov, die allerdings auch schon auf die späten 1960er und frühen 1970er Jahre zurückgehen, weisen religiöses Verhalten in größerem Maße vorwiegend noch bei älteren, insbesondere bei älteren Frauen, und bei unteren Bildungsschichten aus. Wesentlich resistenter aber scheint die diffuse Verbindung bestimmter Feste und Riten mit religiöser Symbolik zu sein. Zwar ist auch hier ein Säkularisierungsprozeß unverkennbar, wenngleich insbesondere bei Begräbnisfeiern traditionale, religiöse Formen noch stark verbreitet sind. Bisweilen wird aber auch von einem Aufleben religiöser Strömungen unter Jugendlichen gesprochen, so unlängst in einer in der Zeitschrift „Ateisticna tribuna“ für den Bezirk Ruse vorgenommenen Befragung. Kritisiert wird auch, daß die Jugend zwar nicht mehr religiös sei, diese aber auch keine bewußt atheistische Einstellung aufbringe. Vielmehr hänge sie „zu einem nicht geringen Teil an einige Formen des Mystizismus und habe keine klare Vorstellung von der Rolle der Kirche in unserer Geschichte“. Stärker noch als die Resistenz oder das Wiederaufleben solcher traditionellen, religiös beeinflussten Werte scheint aber vor allem bei Jugendlichen die Tendenz vorhanden zu sein, sich an anderen, durchaus „modernen“, freilich nicht weniger „nicht-sozialistischen Werten“ zu orientieren. Die Kritik an der Video-Kultur etwa fällt in diesen Bereich, die, so die bereits erwähnte Analyse in Ruse, „die Gefühle und das Bewußtsein der Jugendlichen beherrscht, ohne daß wir es kontrollieren können“<sup>52</sup>.

Derartige Dinge sind freilich noch zu punktuell erforscht, als daß sich hierauf grundsätzlichere Aussagen gründen ließen. Vor einer Generalisierung und Überbewertung ist daher zu warnen. Sie mögen aber vielleicht ein Hinweis darauf sein, daß die industriegesellschaftliche Zersetzung alter Werte und Umwertung im Sinne einer „sozialistischen Lebensweise“ wohl doch nicht so reibungslos verläuft. Es bestätigt sich daher gerade hier, daß trotz strukturellen Wandels gerade im mentalen Bereich erhebliche wandlungsresistente Nischen verbleiben und daß sich zudem entgegen der Intentionen der Planer Wertemuster aus anderen Sozialsystemen einschleichen<sup>53</sup>.

<sup>51</sup> Zusammenfassend V. Hadžinikolov: Die sozialistische Lebensweise, in: Jahrbuch für vergleichende Volkskunde und Kulturgeschichte 22 (1979) NF 7, S. 27–48. *Socialističeskij način na život*, S. 208 ff.

<sup>52</sup> Z. Ošavkov: *Obrazovanie i religija*, in: *Sociologičeski probelmi* (1974) 2, S. 26–39. I. Slanikov: *Socialističeskij način na život i religijata*, in: *Novo vreme* (1975) 9, S. 71–84. *Naučen ateizüm*, Sofia 1987, S. 180 f. R. Apostolova: *Za učaštata se na mladež*, in: *Ateistična tribuna* (1987) 4, S. 65–69.

<sup>53</sup> Hierzu generell H. Kontetzki: *Agrarpolitischer Wandel*, S. 139 f.

*Fazit*

1. Die bulgarische Kommunistische Partei ist nach dem 9. September 1944 mit einem Programm gezielten und gesteuerten sozialen Wandels angetreten, das mit seinen Zielen der Industrialisierung, Urbanisierung, sozialen Homogenisierung, Veränderung der Lebensweise und des Normensystems als ein sozialistischer Modernisierungsprogramm identifiziert werden kann.
2. Die damit in Gang gesetzten sozialen Wandlungsprozesse haben zum Teil bereits in der Zwischenkriegszeit in Gang gekommene Trends fortgesetzt und radikalisiert, so etwa den Prozeß des demographischen Übergangs.
3. Die dabei in Gang gesetzten Wandlungsprozesse haben freilich in anderen Sektoren die intendierten Modernisierungsziele sichtlich verfehlt; siehe etwa das Ziel der „ednorodnost“ oder der „sozialistischen Lebensweise“.
4. Die dabei in Gang gesetzten Wandlungsprozesse sind dabei des weiteren trotz aller Steuerungsbemühungen in weiteren Bereichen deutlich durch die Persistenz wandlungsresistenter Traditionen und durch die Koexistenz traditionaler und moderner Strukturen geprägt; siehe etwa die Rolle von Familie und Frauen, aber auch der Stadt-Land-Beziehungen.
5. Die dabei in Gang gesetzten Wandlungsprozesse haben schließlich in vielen Bereichen eine Eigendynamik entwickelt, die über die intendierten Modernisierungsziele hinaus zu neuen Entwicklungsproblemen geführt haben; am deutlichsten sichtbar wird dies in der Verstädterung.

In seinem Mitte der 1930er Jahre geschriebenen Buch über „Hochbulgarien“ hat der deutsche Wirtschaftsgeograph Herbert Wilhelmy die Entwicklung Bulgariens zwischen der Befreiung und dem Ersten Weltkrieg mit den Worten beschrieben, daß „der Übergang von der orientalischen zur europäischen Kulturstufe sich innerhalb der einzelnen Bevölkerungsschichten und auf verschiedenen Gebieten nicht in gleichmäßiger Weise vollzog. In einem Fall fügten sich Inhalt und Form zu einem harmonischen Ganzen, im anderen führte die schnelle Umstellung zu Hohlheiten und Widersprüchen“<sup>54</sup>. Dieses ambivalente Fazit wird man wohl auch auf den nach dem 2. Weltkrieg unter sozialistischem Vorzeichen unternommenen Modernisierungsversuch übertragen dürfen.

---

<sup>54</sup> H. Wilhelmy: Hochbulgarien Bd. I, S. 197 f.

D. W. KINOW

## Die bulgarische Industrie unter den neuen Bedingungen der Leitung

Ich nehme an, daß dem Leser des Buches bekannt ist, daß in Bulgarien eine umfassende Umgestaltung durchgeführt wird. Das Endziel dieser Umgestaltung ist die Schaffung eines neuen Modells des Sozialismus. Die Darstellung dieses Prozesses der Umgestaltung ist sehr kompliziert. Die konkreten Charakteristiken des Modells sind noch immer nicht ausreichend geklärt.

Ich werde mich bemühen, die Aufmerksamkeit nur auf einige der neuen Grundsätze des Leitungssystems zu lenken, welche die Ökonomik betreffen, aber sich in der Praxis auch auf die Entwicklung der Industrie auswirken.

Wenn man die Normativedokumente studiert, welche die Grundlagen und Lösungen für den Übergang zum neuen Typ der Leitung in Bulgarien festlegen, so kann man ohne weiteres feststellen, daß sie keine Komponenten enthalten, die, was Terminologie und Form anbelangt, in der ökonomischen Praxis in der Welt nicht bekannt sind. Man spricht in diesen Dokumenten von Erweiterung der Markt- und Vertragsbeziehungen, Selbstverwaltung, Konkurrenz, Wertpapieren usw. All dies kann den Betrachter, besonders, wenn er unsere Wirklichkeit nicht kennt oder unter Bedingungen lebt, wo diese Terminologie etwas alltägliches ist, zu der Annahme verleiten, daß der Übergang zum neuen Typ der Leitung schnell und ohne Konflikte erfolgen wird. Deshalb wird er sofort die berechtigten Fragen stellen: wie sind die bisherigen Ergebnisse dieser Umgestaltung, wie tief sind die neuen Anforderungen in die Praxis der Volkswirtschaft eingedrungen, tritt man nicht auf der Stelle?

Ich bin der Meinung, daß eine solche Schlußfolgerung nicht gerechtfertigt ist. Dafür gibt es mindestens drei Gründe:

*Erstens:* Jede einzelne Komponente des neuen Systems der Leitung der Volkswirtschaft sowie das System in seiner Gesamtheit werden unter den Bedingungen des gesellschaftlichen Eigentums an den wichtigsten Produktionsmitteln eingeführt. Dies verleiht den Komponenten einen neuen Inhalt und stellt neue Anforderungen in bezug auf ihr Funktionieren, ihre gegenseitige Beziehungen und die von ihnen verfolgten Endziele. Es ist eine außerordentlich schwierige Aufgabe, dieser ökonomischen, politischen und sozialen Situation Rechnung zu tragen. Sie ist auch in vieler Hinsicht etwas Neues für unsere gesellschaftliche Wirklichkeit. Es stimmt, daß wir auch bisher die Wertkategorien benutzt haben. Wir waren auch bestrebt, Interessen zu wecken und die gesellschaftlichen, kollektiven und persönlichen Interessen miteinander zu vereinbaren. Richtig ist ebenfalls, daß auch bisher ein System von ökonomischen Hebeln zur Beschleunigung und Steuerung des Wachstums angewendet wurde. All dies erfolgte jedoch auf dem Niveau der Möglichkeiten, welche der bisherige Stand der vornehmlich extensiven Entwicklung gestattete. Außerdem wurde dieses System nicht immer so angewendet, wie es geplant war. Jetzt, da ein Prozeß der aktiven Einführung der

Errungenschaften des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts verwirklicht wird, verändern sich die Möglichkeiten wesentlich. Es entstehen dadurch eine Reihe von Problemen, verbunden mit der Schaffung von tatsächlichen neuen Bedingungen für die Anwendung und die Koordinierung der Möglichkeiten der Nutzung der Wertkategorien und der ökonomischen Hebel, sowie zur Demokratisierung der Wechselbeziehungen in der wirtschaftlichen Tätigkeit.

*Zweitens:* Die materiellen und subjektiven Voraussetzungen für die Einführung der Forderungen des neuen Systems der Leitung müssen rasch erhöht werden. Wegen des noch bestehenden Mangels an Produktionskapazitäten, Ressourcen, Dienstleistungen usw. entlang der gesamten horizontalen und vertikalen Kette des Reproduktionsprozesses kann keine Konkurrenz zwischen den einzelnen Unternehmen und auch kein Bestreben zur Verbesserung der Qualität und zur Senkung der Produktionskosten existieren. Es wird auch eine reale Grundlage für ein gesteigertes Interesse an den ökonomischen Endergebnissen fehlen.

Was die subjektiven Voraussetzungen anbelangt, so haben diese ebenfalls zahlreiche Dimensionen. Einerseits ist eine bedeutende Erhöhung der Qualifikationen der Personen notwendig, die in der Produktion und in allen anderen Sphären der Arbeitstätigkeit beschäftigt sind. Andererseits haben einige Jahrzehnte administrativer und bürokratischer Machtmethoden der Leitung in der Volkswirtschaft eine gewisse Trägheit im Denkprozeß, im Verhalten und in der Handlungsweise geschaffen. Sowohl die Leiter, als auch die Vollstrecker/Ausführer werden nicht in der Lage sein, all dies schmerzlos und rasch zu überwinden.

*Drittens:* Die Spezialisten in Bulgarien sind einstimmig der Meinung, daß bei der bestehenden Situation des Eigentums an den Produktionsmitteln und in Anbetracht der Ziele, die wir uns stellen, die Verwaltung der Volkswirtschaft eine zentralisierte Leitung erfordert. Es wird jedoch heftig darüber diskutiert, wie diese zentralisierte Leitung verwirklicht werden soll. Offen ist, wie die Rechte der zentralen Verwaltungsorgane mit den Rechten der einzelnen hierarchischen Glieder der Volkswirtschaft zu vereinbaren sind und welche Formen diese Vereinbarungen haben sollen. Schließlich stellt sich die Frage des „Maßes“ im Verhältnis zwischen Zentralismus und Dezentralismus. Unsere heutige Praxis zeigt eine große Vielfalt an Situationen, die eine eigene spezielle Lösung verlangen und unzweideutig beweisen, daß jeder falsche Schritt zu sehr ungünstigen Ergebnissen führt. Es ist offensichtlich, daß noch anhaltende theoretische Arbeiten und vor allem konkrete empirische Untersuchungen notwendig sein werden, um die richtigen Antworten auf diese außerordentlich wichtigen Fragen zu finden.

Die vergangenen Jahre haben bei den Spezialisten in Bulgarien den Sinn für Realismus bei der Bewertung der Bedingungen und der Festlegung der Ziele verstärkt. Wir sind uns der großen Komplexität der oben angeführten Probleme wohl bewußt. Daher wird die Schaffung eines wissenschaftlich begründeten Systems der ökonomischen Leitung mit Hilfe der Interessen der Volkswirtschaft und besonders der Industrie und seine vollständige Anwendung in Bulgarien ein lang andauernder und komplizierter Prozeß sein. Einige bulgarische Autoren sind der Meinung, daß dies kaum vor Ende dieses Jahrhunderts erfolgen wird. Wir sollen uns deshalb keine Illusionen darüber machen, daß die Einführung des neuen Systems der Leitung rasche Ergebnisse zeigen kann.

In diesem Zusammenhang ist es stets notwendig, auch auf Folgendes aufmerksam zu machen. Es gibt genügend Beispiele, die zeigen, daß beim Übergang von einem System der Leitung zu einem anderen, bei tiefgreifenden Umgestaltungen, immer wesentliche Veränderungen in den gesellschaftlichen Strukturen eintreten. Die Übergangsperiode von einem Typ von Strukturen zu einem anderen ist nicht nur mühsam und kompliziert, sondern oft auch mit Prozessen verbunden, die im laufenden Plan auch als negativ bewertet werden können. Wir meinen hier den Übergang von einem Typ von Preisen zu einem anderen Typ, von einem System der zentralen Versorgung und Verteilung der Ressourcen zu einem System der direkten vertraglichen Vereinbarungen zwischen den Produzenten und den Verbrauchern. Und ebenfalls den Übergang von einer garantierten Bezahlung für das Erscheinen am Arbeitsplatz zu einer Bezahlung in Abhängigkeit von der tatsächlich ausgeführten Arbeit, von einer Investitionspolitik zu einer anderen usw. Bei diesem Übergang fallen die alten Verbindungen und Beziehungen auseinander, während die neuen noch nicht vollständig errichtet und gefestigt sind. Wenn diese Prozesse jedoch in einem langfristigen historischen Plan bewertet werden, so können sie zeigen — und zeigen es auch gewöhnlich —, daß ein objektives Bedürfnis für eine „Umgestaltung“ der Wirtschaft, für eine Anpassung der Schichten an die neuen Anforderungen und zur Schaffung der notwendigen Impulse für eine raschere und qualitativ bessere Entwicklung besteht.

Was ist eigentlich bis jetzt erreicht worden, um neue Bedingungen für die Leitung der bulgarischen Volkswirtschaft, und das heißt auch der bulgarischen Industrie, zu schaffen?

Vor allem ist die Hauptfrage gelöst worden, nämlich die Frage der Richtungen, in denen die Möglichkeiten zur Vervollkommnung des Systems der Leitung gesucht werden müssen, und es sind ebenfalls einige wichtige Schritte zu ihrer Realisierung gemacht worden. Ohne einen Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben, enthalten sie folgende Punkte: Einführung der Prinzipien der wirtschaftlichen Selbstverwaltung, Sicherung von gleichwertigen ökonomischen Bedingungen für alle Formen des Eigentums, Vervollkommnung der ökonomischen Regulatoren und Schaffung von Möglichkeiten für einen Konkurrenzkampf zwischen den Produktionsbetrieben.

Der ökonomische, politische und soziale Sinn des Prinzips der Selbstverwaltung, eingeführt durch das neue System der Leitung, drückt sich darin aus, daß die Mitglieder der einzelnen Arbeitskollektive erkennen sollen, daß sie die realen Gebieter/Inhaber sind. Dadurch soll ihr Interesse aktiviert und sie in den Prozeß der Leitung einbezogen werden. Um diesen Zweck zu erreichen, ist durch Verordnungen festgelegt worden, daß das Arbeitskollektiv der Gebieter/Inhaber des sozialistischen Eigentums ist und selbständig über Fragen der Wirtschaftsführung entscheidet und sich im Rahmen des ihm überlassenen Rechts selbst verwaltet. Auf diese Weise wird eine reale Voraussetzung für eine Erweiterung der demokratischen Leitung auf dem Gebiet der Produktion geschaffen.

Wenn wir das Prinzip der Selbstverwaltung betrachten, so wie es in den Normativedokumenten konkret geplant ist, so werden wir sehen, daß es eine Reihe von wesentlichen Aspekten enthält, die bisher in unserer ökonomischen Praxis nicht bekannt waren:

- die Unternehmen werden von den Organen ihrer Arbeitskollektive geleitet. Die Mitglieder der Leitungsorgane werden durch geheime Abstimmung gewählt. Bei der Wahl des Direktors müssen zwei oder mehr Kandidaten vorhanden sein;
- die sich selbstverwaltenden Organisationen werden die Ziele ihrer Tätigkeit selbst bestimmen können und ihre Produktions- und Handelstätigkeit selbst planen und organisieren können. Auch werden sie ihre gegenseitigen vertraglichen Beziehungen und die Form und Verteilung ihrer Erträge festlegen können sowie eigene Marktforschung durchführen usw. Folgendes Prinzip ist eingeführt worden: „alles ist erlaubt, was nicht verboten ist“;
- die Beziehungen zwischen den Unternehmen und den anderen Ebenen der wirtschaftlichen Hierarchie werden auf eine vertragliche wirtschaftliche Grundlage gestellt.

Diese Prinzipien befinden sich jetzt im Stadium der beginnenden Einführung. Es fällt den Unternehmen noch schwer zu begreifen, daß die Erweiterung der Rechte der Arbeitskollektive und ihrer Leitungen auch mit einer Vergrößerung ihrer Pflichten und ihrer Verantwortung verbunden ist. Diese Forderung ist umso wichtiger, da jetzt die Einkünfte der einzelnen Betriebe, die Einkommen des leitenden Personals, der Spezialisten und der Arbeiter direkt vom erzielten wirtschaftlichen Endergebnis abhängig sind. Besonders symptomatisch ist die Tatsache, daß noch einige Leiter in der Form eines Scherzes, aber eigentlich als Ausdruck ihrer ernststen Besorgnisse, keine Gelegenheit versäumen hervorzuheben, daß es besser wäre, die alte Praxis fortzuführen, bei der alle Entscheidungen „von oben“ getroffen werden und das Gehalt stets garantiert ist.

In den vergangenen Jahrzehnten herrschte bei uns die These des allmählichen Hinüberwachsens des genossenschaftlichen Eigentums in Staatseigentum. Das Staatseigentum wurde als die höchste Form des Eigentums angesehen und man war der Meinung, daß diese Art des Eigentums den Sozialismus charakterisiert. Bei dieser Lage der Dinge war das genossenschaftliche Eigentum sowie auch die anderen Eigentumsformen einer eigenartigen Diskriminierung unterworfen, die dazu führte, daß ihre Produktionsmöglichkeiten nicht vollständig ausgenutzt wurden. Entsprechend den neuen Normativedokumenten werden jetzt alle Eigentumsformen unter vollkommen gleichwertige ökonomischen Bedingungen gestellt. Die genossenschaftlichen Organisationen werden ihre Einkünfte entsprechend ihrem Statut verteilen. Ihre Beziehungen zu den Banken und den anderen Organisationen werden auf dieselbe Weise wie bei den staatlichen Unternehmen geregelt. Die Bürger können ihrerseits eine kollektive oder eigene Arbeitstätigkeit zur Produktion von verschiedenen Waren und Dienstleistungen mit Hilfe ihrer Familienmitglieder, aber ohne Einstellung von fremden Arbeitskräften, ausüben. Alle Unternehmen werden Steuern nach einheitlichen Steuersätzen zahlen, unabhängig von der Form des Eigentums. Ein besonders charakteristisches neues Merkmal ist die Förderung von verschiedenen Arten der Kombination der Arbeitstätigkeit zwischen den Beschäftigten in der staatlichen, genossenschaftlichen, kommunalen, privaten und gemischten Eigentumsform.

Es sind auch wesentliche Veränderungen in den Methoden der Planung und in den ökonomischen Regulatoren (Preise, Steuern, Grundlöhne, Zinsen usw.) eingeführt worden. Die Grundidee dieser Änderungen ist der Ersatz der bisher angewandten groben, administrativen und zentralistischen Methoden der Verwaltung und Leitung durch vornehmlich ökonomische Methoden der Leitung.

Der Staatsplan wird nicht mehr unter den Wirtschaftsorganisationen aufgeteilt werden. Der Entwurf des Staatsplans wird den staatlichen Organen und den sich selbstverwaltenden Wirtschaftsorganisationen als Information über die Entwicklung der Volkswirtschaft und der einzelnen Zweige und Tätigkeiten vorgelegt. Die Verknüpfung der Pläne der einzelnen Wirtschaftsorganisationen mit dem Staatsplan erfolgt durch die Erteilung von staatlichen Aufträgen und durch das System der ökonomischen Hebel. Auf dieser Basis wird auch ein ständiger Dialog zwischen den staatlichen Organen und den Wirtschaftsorganisationen geführt. Als Ergebnis dieses Dialogs wird der Plan auf Makroebene und der Plan in den entsprechenden hierarchisch untergeordneten Ebenen gestaltet. Falls bei diesem Dialog kein Einvernehmen über wichtige volkswirtschaftliche Probleme erreicht werden kann, so werden die strittigen Fragen vom Ministerrat entschieden.

Entsprechend den jetzigen Normativedokumenten umfassen die Staatsaufträge nur eine beschränkte Anzahl der für unser Land besonders wichtigen Produktionsmittel und Konsumgüter, sowie die Ausarbeitung einiger neuer Technologien und die Errichtung oder Modernisierung von Investitionsobjekten von nationaler Bedeutung. Dieser Grundsatz enthält eines der Grundprobleme des neuen Systems der Leitung. Die realen Möglichkeiten werden in einem nicht geringen Grad davon abhängen, ob in der Praxis die staatlichen Aufträge tatsächlich nur eine beschränkte Anzahl von Erzeugnissen oder, im Gegenteil, den überwiegenden Teil des Produktionsprogrammes der Betriebe umfassen werden. Die Praxis der letzten zwei Jahre zeigt, daß infolge einer Reihe von objektiven und subjektiven Ursachen die staatlichen Aufträge noch immer einen bedeutenden Teil der Produktionsprogramme einiger Industriebetriebe einnehmen.

Bei der Festlegung der ökonomischen Regulatoren war man bestrebt, eine synchronisierende Wirkung zu erzielen. Sie müssen die Gebiete, innerhalb derer die Wirtschaftsorganisationen ihre Tätigkeit ausüben wollen, deutlich abgrenzen und die Arbeitskollektive stimulieren, bessere Ergebnisse zu erreichen. Eben deswegen sind im gesamten System der ökonomischen Regulatoren wesentliche Verbesserungen eingeführt worden. Wir werden nur einige von ihnen angeben:

Bisher wurden die Preise in Bulgarien auf administrativem Wege gebildet, wobei ein großes Maß von Subjektivismus zugelassen wurde. Ab Anfang 1988 werden für einen großen Teil der Produktion die Großhandelspreise auf der Basis der realen Preise gebildet, die von den entsprechenden bulgarischen Unternehmen auf repräsentativen ausländischen Märkten erzielt worden sind. Die Preise der Waren und Dienstleistungen, die nicht auf ausländischen Märkten verkauft, oder die zum ersten Mal hergestellt werden, sollen auf der Basis von repräsentativen internationalen Preisen für ähnliche Erzeugnisse und Dienstleistungen oder im Verhältnis zu den Preisen von gleichartigen Erzeugnissen und Dienstleistungen festgelegt werden. Dabei werden jedoch die Unterschiede in den qualitativen Parametern berücksichtigt.

Das neue System der Leitung sieht zwei Gruppen von Steuern vor: Steuern auf die Erwerbsquellen, bei denen die Basis der Besteuerung die Erwerbsquelle ist (Boden, Grundfonds, eigene Umlaufmittel und Arbeitskräfte) und Steuern, mit denen das Endergebnis besteuert wird (das Einkommen aus dem Verkauf und der Gewinn). Ein wichtiges Merkmal des neuen Steuersystems ist das Prinzip, gleiche Steuern mit gleichen Steuersätzen für alle Unternehmen, unabhängig von der Form des Eigentums, der Zugehörigkeit zu einem Wirtschaftszweig oder dem Grad der Rentabilität zu erheben.

In Bezug auf die zentralisierte Regelung des Arbeitslohnes sind bedeutende Änderungen vorgenommen worden. Im Endergebnis wird der Staat nur eine ganz allgemeine Regelung vornehmen. Alles andere wird den Unternehmen überlassen. Das Prinzip der Garantiertheit der Löhne der Arbeiter, des Hilfspersonals, des Leiters und seiner Stellvertreter ist abgeschafft worden. Die Kriterien für die Lohnhöhe sollen ihr Beitrag bei der Erfüllung der auferlegten Aufgabe, das Jahresendergebnis und der vorhandene Arbeitsfonds sein.

Im neuen System der Leitung ist die Möglichkeit vorgesehen, daß die Unternehmen und die anderen sich selbstverwaltenden Organisationen und die Volksräte der Gemeinden Obligationen und andere Wertpapiere auflegen und Zinsen und Dividenden auszahlen. Ein entsprechendes Statut wird jetzt ausgearbeitet. Einige Spezialisten in Bulgarien verteidigen den Standpunkt, daß diese Wertpapiere namentlich sein müssen und nur den Arbeitern des entsprechenden Betriebes verkauft werden sollen. Auf diese Weise würde ihre ökonomische Verbundenheit gestärkt und ihre Mitarbeit im Betrieb aktiviert.

In den letzten Jahren setzte sich in Bulgarien immer mehr die Auffassung durch, daß die positiven Seiten der Konkurrenz zwischen den Unternehmen, das heißt der Unternehmungsgeist, der Drang nach Erneuerungen, die Flexibilität und die rasche Anpassung an die sich verändernden Bedingungen, auch bei uns genutzt werden können und müssen. Die Praxis zeigt, daß allmählich, wenn auch sehr langsam, die materiellen Voraussetzungen für die Liquidierung des Monopols reif werden. Das Wichtigste steht jedoch noch bevor.

Die bisherigen Ausführungen zeigen die qualitativen Unterschiede zwischen dem bis vor kurzem bestehenden System der Leitung der Volkswirtschaft in Bulgarien und dem neuen System, das jetzt bei uns eingeführt wird. Wir sind uns jedoch der großen Kompliziertheit der Probleme, die dadurch entstehen, vollkommen bewußt, aber wir wissen ebenfalls sehr gut, daß diese Schwierigkeiten überwunden werden müssen, da es für unser Land keine andere Alternative gibt.

RAYMOND HUTCHINGS

## Albanian Industrialization: Widening Divergence from Stalinism

*Stalinist Economic Strategy in Practice: The Case of Albania*, by Adi Schnytser<sup>1</sup> is the only book appearing in the West to cover the subject of Albanian industrialization, and it must therefore be a starting point for other studies. I partly agree with Schnytser that this has been 'Stalinist', that is to say has adopted policies or forms of management which were characteristic of Soviet industrialization during the Stalin period, or conformed to those set out in Stalin's last work *Economic Problems of Socialism in the USSR*, but to a considerable extent I disagree that there was a strong similarity with actual policy, or else I consider that differences in circumstances made the resemblance not as strong as Schnytser believed it to be; Stalin's article is not explicitly addressed. This article will focus mainly on the points of disagreement. In my view (1) Albanian industrialization was never thoroughly Stalinist, and furthermore (2) in the most recent period it has to an increasing degree diverged from a Stalinist model.

Summarizing Schnytser's conclusions, these may be stated as follows: 1. Albanian industrialization is a success story ('Given Albania's evidently successful economic performance since the Second World War')<sup>2</sup>; industry must be included here; 2. It may be a model for other countries to imitate<sup>3</sup>; and 3. Albanian industrialization has followed a Stalinist economic strategy (this last being implied in the title of the book, but note the dual meaning distinguished in the previous paragraph). These conclusions are now examined.

To consider first 2: Albania's situation and surroundings are very specific. The country is small (one of Europe's smallest, excluding micro-states like San Marino or the Vatican), with only one million inhabitants at the time when the drive to industrialize was launched; it was, probably still is, the most backward country economically in Europe, and yet fairly well endowed with mineral deposits; the social structure still included tribal features; Albanians were strongly nationalistic; Albania had been the last among the Balkan countries to wrest independence from the Ottoman Empire. On the other hand, the Albanian people is one of the most ancient in Europe. Albania, in other words, was — and also is — a land of extremes. One can hardly be surprised that it now espouses the extremest form of socialism in Europe, but these unusual features militate against seeing Albania as a possible *model* for other European states, and if one adduces as possible imitators countries *outside* Europe, these probably lack even those features which stamp Albania as European.

<sup>1</sup> Oxford University Press, 1982.

<sup>2</sup> *Ibid.*, p. 2.

<sup>3</sup> *Ibid.*, p. 2.

As regards 1 — Albanien industrialization being a success story: certainly some results have been far from unimpressive. According to official statistics, which unfortunately are very scanty, minerals extraction in 1985 included 820,000 tonnes of chrome ore and concentrates (though this total was 19% less than in 1979), 15,000 tonnes of copper (recoverable metal content) and 10,000 tonnes of nickel (ditto). The output of coal (lignite) was 2,140,000 tonnes, that of crude petroleum about 2,600,000 tonnes, natural gas about 600 mn m<sup>3</sup>. Most of these latter are unofficial estimates. Electricity generation is 3,800 mn KwH (1984), cement 860,000 tonnes, sawn timber 215,000 m<sup>3</sup>. The Elbasan metallurgical combine has an estimated production capacity of 500,000 tonnes yearly, but may be producing below capacity<sup>4</sup>.

As regards finished products, Albania produces small ships, tractors, passenger coaches, mining equipment and agricultural tools; various consumer goods including textiles and garments, carpets and rugs, cooking stoves, other household goods including furniture, sanitary ware, and locks and padlocks; and printed matter. Components for some of these items have to be imported, as well as special varieties, quality specifications etc. of the final products. Engineered products in 1984 were officially valued at 2,579 mn leks, including machinery and equipment (598 mn) and spare parts (498 mn). Though the output of the 'food industry' has increased (probably here are included cigarettes, an important export, and wine and cognac), its share in total industrial output has declined from 56.9% in 1950 to 25.0% in 1984. At present, the biggest industrial branches in order of size probably are: food industry, light industry, engineering, mining, and building materials<sup>5</sup>. While building materials in 1984 are stated to have comprised 7.1%, electricity generation weighed in at only 4.0%, less than in 1980 (4.5%). Thus industrialization, although greatly enlarging the proportionate contributions of electricity generation and of engineering, has still left the food and light industries supplying the largest shares in total output.

Officially, industrial production rose by 164.0 times between 1938 and 1984. The rise in electricity generation between those dates is stated to have been 408.6 times! The same difficulties are encountered in Albania as in other Communist states of believing official statistics of industrial growth, though certainly a large part of the explanation of these very high rates is the very low level of output in 1938. A manifold enlargement of a very small initial quantity may not add up in the end to any large absolute total. In some cases, the quoted enlargement is entirely due to bringing into operation a single factory of moderate size, for example all superphosphates are produced in the factory at Laç (operational since 1967). Factory output is likely to have replaced in some degree the activities of individual craftsmen<sup>6</sup>.

At all events the proportionate growth of industrial production has been very big.

<sup>4</sup> Economist Intelligence Unit (hereafter EIU) Report 63, No. 2 - 1983, p. 21.

<sup>5</sup> 40 Années d'Albanie socialiste, La Direction des Statistiques près La Commission du Plan d'Etat (Tirana, 1984), p. 60. Hereafter: 40 Années . . .

<sup>6</sup> R. Hutchings: The ACES Bulletin, Winter 1984, pp. 86—87.

Many shortcomings naturally remain. Industrial plants which foreign tourists visit recall 19th century labour conditions in Western Europe; for example, in 'Petri Papa' instrument works in Korçë, when visited by the writer in 1986, the noise level was certainly exceeding what would be permitted in Britain (admittedly, throughout the Balkans a high noise level is tolerated), while safety precautions appeared inadequate. Photographs show smoke pollution apparently unchecked. Production assortments are narrow and often unvaried from year to year; for example among toys, which are mainly produced in a single factory at Durrës, 'uniformity has taken root'<sup>7</sup>.

Does what has been achieved nevertheless constitute a success story? To some extent certainly yes, given how backward the country was before. For in 1912, when Albania declared itself independent following almost half a millennium of Turkish occupation, the infrastructure was pitifully weak. Paved roads or railways did not exist; the 300 km of dirt roads were at some seasons impassable. Many rivers were unbridged, though small boats plied along the coast. The condition of public health was lamentable. In the northern highlands, the blood feud — the dominating lawgiving relationship in 1908<sup>8</sup> — still reigned.

Industry in the present-day sense did not exist. Within the present frontiers of Albania and a population of about 800,000 there were only 34 industrial units, including 18 motorized mills, 4 sawmills and 1 printing works; most of these units employed only 2—5 people apiece. Between 1920 — when Albania joined the League of Nations — and 1924, business showed some enlivenment. By 1922 there were 85 industrial units, including 16 mechanical sawmills. Two alcoholic drinks factories and two for making cigarettes started up between 1921 and 1924, but one is still in the main speaking of minuscule operations. Only the bitumen mine at Vlorë (which the world then called Valona), the country's chief industrial centre, had about 500 workers. There were also a good many seasonal workers<sup>9</sup>. Between 1925 and 1928 two textile works were built in Korçë. Nearby, at Mborje, the brothers Baci launched coal mining in 1926; the mine is still operational. Factories started also in Shkodër (Scutari), Durrës (Durazzo) etc. where sociétés anonymes were founded; their capital was reckoned in gold francs, an Albanian currency (the lek) being issued only from 1922 onwards. Drillings for oil multiplied; by 1938 extraction exceeded 100,000 tonnes<sup>10</sup>.

While in large part the Albanian economy was barely issuing from the Middle Ages, its incipient industrialization was essentially capitalistic. Foreign firms (British, U.S., Swiss, French and Italian) gained a foothold. This, of course, does not mean that its subsequent development might not have been Stalinist.

Politically, too, Albania over part of the span from 1912 onwards fought over and occupied during World War I by various armies, badly hit by the great

<sup>7</sup> F. Zhupa: *Zëri i popullit*, 6 Dec. 1987, p. 2.

<sup>8</sup> See E. Durham: *High Albania, 1909*, repr. 1985 (London: Virago)

<sup>9</sup> I. Fishta & V. Toçi: *Gjendja ekonomike e Shqipërisë në vitet 1912—1944, prapambetja e saj, shkaqet dhe pasojat* (Tirana: Shtëpia botuese '8 Nëntori', 1983), pp. 14—15, 31—2. Hereafter: Fishta & Toçi.

<sup>10</sup> *Ibid.*, pp. 59—60, 146.

slump and during the 1930s falling under the influence of Fascist Italy, could not be called truly independent, although it had become a kingdom (ruled by King Zog, self-proclaimed in 1928). On 7 April 1939 Albania was annexed by Italy and for the next 5 ½ years its independence was extinguished, but following the dismemberment of Yugoslavia in 1941 by the Axis powers the Albanian Quisling state was enlarged to embrace Albanian-inhabited regions in Yugoslavia. The ratio of land to population within the enlarged borders became as a result more favourable. However, when Yugoslavia was reborn Albania's previous frontiers were resumed. Albania experienced invasion also by the Greeks who reached a line from Himarë to Pogradec, throwing back Italian aggression which had used Albania as a springboard; and experienced partisan rebellion and civil war. From September 1943 onwards German occupation replaced Italian. Albania claims war damage to have been larger per head than in any other country, though this seems unlikely given its undeveloped economy<sup>11</sup>.

To some extent offsetting that, economic development did take place during this period. In particular, important discoveries were made of minerals. The Italians aimed to meet from Albanian sources significant fractions of their own deficits in oil, iron, chrome, bitumen and other minerals<sup>12</sup>. Prospecting was conducted by Italian companies: AIPA (oil), SIMSA (bitumen), AMMI (chrome), Montecatini (various), Ferralba (iron), ACAI (coal), SAMIA (copper). As a result coal output rose 35-fold between 1938 and 1942, chrome output more than 8-fold between 1938 and 1943. When in the spring of 1944 Turkey halted delivery of chrome — a strategic metal — to Germany its extraction from Albania was intensified. Whereas under Italian occupation chrome extraction was interrupted during winter, under the Germans it continued the year round<sup>13</sup>. Mines such as sulphur, copper and coal were put under military control. The growth of oil output was less striking (a peak being reached in 1943, 155,000 tonnes as compared with 108,000 in 1938), while the output of bitumen, apart from a peak in 1942, tended to decline after 1939. (The extractions naturally subtracted from the country's deposits). Production of cigarettes, beer etc. rose (beer from 4,500 hectolitres in 1938 to 8,595 in 1942)<sup>14</sup>, though doubtless mainly for the occupiers' own consumption.

Nevertheless, when in November 1944 the most extreme Communist party in post-war Europe gained power, Albania's stage of economic development was more primitive than Russia's had been in 1917. Available statistics necessitate comparison of Russia in 1913 with Albania in 1938 (in either case the last normal peacetime year). Reckoning the population of the Russian Empire in 1913 to have been 152 times that of Albania in 1938 we obtain the following differences at those dates in their per head outputs: coal, Russia 51.7 times larger; electricity,

<sup>11</sup> R. Hutchings: *Soviet Economic Development*, 2nd edn., (Oxford: Blackwell, 1982), pp. 33–4. Hereafter: SED.

<sup>12</sup> Fishta & Toçi, p. 198.

<sup>13</sup> *Ibid.*, p. 244.

<sup>14</sup> *Ibid.*, p. 232.

Russia 34% larger. In variety of outputs the differences were marked, though in both countries the light and food industries predominated. In Albania in 1938 the food industry comprised 44.3% of total industrial output, and light industry 28.4%, at 1960 prices<sup>15</sup>. In Russian industry in 1913, 66.7% was 'group B', i. e. consumer goods in Marxist terminology; as regards the numbers of people employed in industry, 20.5% were in the food industry and 31.7% in light industry<sup>16</sup>. These divisions are not exactly comparable, but they show the combined share of the light and food industries to have been larger in Albania than in Russia, and that in Albania the food industries were relatively the larger while in Russia it was the other way about. Thus on the whole Russia was more industrialized in 1913 than Albania was in 1938. A comparison of 1917 in Russia with 1944 in Albania would not reverse this picture: naturally in both countries the output pattern in wartime was distorted for military purposes.

The wartime experiences of the two countries were also different in other respects. (The comparison is of World War I for Russia with World War II for Albania). Albania was fully occupied by foreign forces between April 1939 and November 1944, whereas only Western areas (though a very important part) of Russia came under foreign occupation. A 'state of war' between Albania and Greece even continued until August 1987, though diplomatic relations had been established long before and the two countries' formal belligerence did not prevent mutual trade (but did inhibit cross-border movements).

Though in both Russia and Albania Communist revolutions brought the result of isolating the countries from their neighbours, in Albania this effect was more marked. This might appear curious, given that Communist revolutions took place throughout the Balkans (as in Eastern Europe generally) except Greece (though here again the Communists were one of the protagonists), and Turkey. It is explained by Albania's greater vulnerability, and by the Albanian Communists' fears of external attack — which proved not without some foundation even if exaggerated and prolonged for internal political reasons.

The Albanian leadership therefore saw industrialization with accompanying infrastructural development as indispensable both for economic growth and for consolidating and preserving political independence. The possibility of achieving a useful degree of autarky was far less than in Russia, because Albania is so much smaller. However, the opportunity was more favourable than an area comparison would suggest. Albania has ferro-nickel, copper, chrome, coal (mostly low quality lignite) oil and bitumen, some other useful minerals, and salt. Owing to the high average altitude (over 670 m) and fairly good rainfall — in recent years, less in evidence — there was considerable hydro-electric potential; a wide variety of crops, including Mediterranean delicacies, can be grown in the sunny climate. Thus Albanian economic development led off with certain potential advantages.

<sup>15</sup> 40 Années . . . , pp. 190—191.

<sup>16</sup> Dostizheniya sovsotskoy vlasti za 40 let v tsifrakh (Moscow: gosudarstvennoye statisticheskoye izdatel'stvo, 1957), p. 50.

In seeking to trace what has happened we are constrained by available information; Albania is one of the most secretive Communist countries<sup>17</sup>. Post-war statistics of industrial growth adopt 1950 as their base: as a rule, what happened from year to year between 1945 and 1950 cannot be traced. Few series even link 1950 with the war years; coal output (lower in 1950 than in 1942) and that of chrome (which somewhat more than doubled between 1943 and 1950) are exceptions.

The Albanian process of industrialization has certainly shared certain features in common with the Soviet process.

In the first place, industrialization was an act of conscious policy: this was no 'industrial revolution' of the English type.

Secondly, growth of heavy industry was adopted as one of its bases. The clearest expression of this was the building of the Elbasan steel combine, in a country which had never made steel before.

Thirdly, one of the aims of industrialization was to promote national independence. This was seen in the slogan about the completion of the steel combine: 'The second liberation of our country'.

Fourthly, industrialization was envisaged — and has taken place — among a number of simultaneous transformations, officially labelled 'the building of socialism', with concomitant changes in other branches of the economy and in the national life generally. For instance, in both Albania and the USSR agricultural ownership was to be overturned, with collective and state farms displacing private peasants.

On the other hand, there are significant differences between the Soviet and the Albanian modes of industrialization.

There was (and in slightly less degree, still is) a vast difference in scale. Naturally, the differences do not remain uniform, but very roughly, Russia or the Soviet Union has 100 times more people than Albania and nearly 800 times the land area. Given the importance of scale in economics, it appears doubtful that one should use the same adjective to refer to countries which in this respect are so unlike.

Secondly, Albania's circumstances at the time of its Communist revolution (November 1944) differed in important respects from those of Russia in November 1917. The two revolutions took place in the same calendar month and under war conditions, but in Russia that war was being lost, whereas in Albania it was being won; partly as a result in Russia civil war lay ahead whereas in Albania, though there too there would be fighting and then factional disputes, the main period of civil war was over.

Not only did Albania's situation differ significantly from that of Russia at the relevant time; Albanian policies differed quite a lot too. It was not to be expected that these latter differences would be made explicit in official statements, which

---

<sup>17</sup> R. Hutchings: *Soviet Secrecy and Non-Secrecy* (London: Macmillan, 1987), p. 208; cf. also other allusions in the same source.

reinforce in the popular mind adherence to a Stalinist line in politics and ideology. Important dissimilarities existed none the less.

For example, from 1965 onwards the Albanians, making a virtue out of necessity, placed great stress on producing spare parts, output of which rose by 25.2 times between 1960 and 1984<sup>18</sup>. Thanks to this, though sometimes spare parts *are* lacking<sup>19</sup>, they have in large degree succeeded in staving off the shortage of spare parts which has plagued *Soviet* industry. A post-Hoxha development has been a drive, which is not supposed to be just a campaign, to produce small consumption items from industrial leftovers<sup>20</sup>. Reminiscent of the Malenkov (immediate post-Stalin) drive to boost production of consumer goods in the USSR<sup>21</sup>, this too evinces a widening divergence of Albanian industrialization from the Stalinist model.

With stagnating petroleum output, which also is increasingly in demand for export, and inadequate coal extraction, Albanian industry depends on hydro-electric power for most of its energy supply. Hydro-electric stations generate over 80% of Albania's electricity and probably furnish an even higher share of industry's energy needs. Hydro-electric power requires the building of dams and related installations, and then a sufficient head of water. Hydro-electric construction in Albania has been on a large scale, as at Bistrice and Sarandë (1965–1966), Vau i Dejës (1975), Drita a partisë (1978–1980)<sup>22</sup>; the biggest, at Koman, will come on stream in 1988. As regards the head of water, 1985 onwards has witnessed summer droughts which have reduced electricity generation. The reaction of the authorities has been to instigate special economy measures affecting production, popular consumption and even exports. Consumption by the public does not seem to be constrained as drastically as in Romania<sup>23</sup>, but (for example) in April 1983 lifts in the Hotel Iliria in Korçë were not working, apparently in order to save electricity. The reliance on hydro-electricity is far greater than in the USSR.

Since 1967 three-shift working became universal in Albanian industry (except possibly in handicrafts, or in exceptional circumstances such as a power shortage), and transport between factories and residential areas is organized accordingly. In Berat, for instance, buses carry workers to and from the three shifts at the textile combine. In Soviet industry three-shift working has been, and is, far less widespread. The three shifts help to explain the comparatively large numbers of people to be seen on the streets in Albania at all times of day, a phenomenon which foreign visitors, until appraised of the true explanation, tend to ascribe to unemployment. The severe drought of 1985 was countered by reducing the

<sup>18</sup> 40 Années . . . , p. 67.

<sup>19</sup> e. g. T. Mulgeci, *Zëri i popullit*, 20 March 1987, p. 3 and S. Gjordeni, *Zëri i popullit*, 22 March 1986, pp. 1–2.

<sup>20</sup> *Zëri i popullit*, 14 June 1987, pp. 1–2; 2 August 1987, p. 1; 24 September 1987, p. 1; 19 February 1988, p. 1.

<sup>21</sup> SED, p. 77.

<sup>22</sup> 40 Années . . . pp. 111–112.

<sup>23</sup> See for example the restrictions notified in *Scînteia*, 8 Feb. 1987, p. 3.

number of shifts worked; according to Alia, output could be maintained by working two shifts instead of the usual three<sup>24</sup>. (Something similar happened in Britain when in 1973, owing to a coalminers' strike, a 3-day working week had to be enforced). Shortage of electricity, especially during dry seasons, is nevertheless a handicapping factor. The Soviet Union has not experienced shortages of such severity, and on the whole power shortages are not seasonal.

The Albanian approach to capital investment has differed significantly from the Soviet one, although in one respect the difference is now known to be smaller than used to be thought. Nowadays, we realize that a very considerable contribution to Soviet industrialization was made by imports of foreign technology: frequently foreign-made machinery was installed in a Soviet-built structure. Yet the contribution of Soviet-made machinery was also substantial, and over time has increased.

Albania, so much smaller as well as more backward, might without shame renounce producing complex machines, as to do so was clearly outside its capabilities and would so remain for the foreseeable future. The Albanians were determined to produce whatever they could, but since that could not be any large proportion of what was required Albanian industrialization was necessarily closely linked to imports of capital equipment. Those imports — it was expected — would come predominantly from the socialist bloc. The large impact of equipment therefrom largely explains the immediacy of changes in Albania's relations with the Soviet bloc upon the pace of its industrial development, which will be examined in the next section.

It was not expected that industrialization would need to be carried out without external assistance. There is here only a partial divergence from Stalinism: though the ideological slogan of Soviet industrialization became 'Socialism in One Country', Soviet industrialization received major assistance from foreign countries, all of which by definition were 'capitalist'. As regards Albanian experience, several rather distinct phases can be distinguished.

(a) Between 1945 and 1948 development was aided by co-operation with Yugoslavia. In November 1946 these two countries were even joined in a customs and monetary union.

(b) However, when in 1948 Yugoslavia was expelled from the Cominform, whereas Albania at this time sided with the USSR, all agreements between Albania and Yugoslavia were cancelled. Collaboration continued with the CMEA countries, in particular with the USSR which provided sizeable credits.

(c) That phase in turn ended in 1961 as a result of what Enver Hoxha saw as Khrushchev's 'revisionism', and more concretely by Soviet unwillingness to finance Albanian development of heavy industry, an aspiration which Khrushchev (or at least his business advisers) saw as absurd. Hoxha also resented Khrushchev's advice that Albania, as a member of the Soviet bloc, should concentrate on growing cash crops in return for imports of basic foodstuffs, advice which Hoxha saw as intending to perpetuate for Albania the status of a colony

<sup>24</sup> EIU Report 63, No. 1 — 1986, p. 30.

of the Soviet Union. (The Soviet view of their own intentions was, of course, quite different). The rift was exacerbated by disagreements about Soviet use of the naval facility at Vlorë as a submarine base, which the Albanian side saw as overly aggressive. Following the rupture between the two countries, all credits from the entire bloc stopped.

(d) After some delay, aid began to arrive from China instead. During this period the Elbasan steel combine was largely completed. (No single date can be quoted here as the plant was finished in stages). The period of collaboration with China lasted until 1978, in which year economic relations with China too were terminated, though less acrimoniously than with the USSR and (unlike with that country) diplomatic relations with China were maintained.

(e) Since 1978 Albania has lacked an ally and has not received economic aid from any country or other international source. Indeed, the Constitution bans receiving foreign loans, although that, of course, might be modified or disregarded if the Party so decides. Trade continued with bloc countries apart from the Soviet Union as well as with many 'capitalist' countries. In general — as is understandable — Albania has preferred to cultivate relations with countries more nearly of its own size, though not necessarily rejecting overtures from others; however, the USSR and the United States remain (at the time of writing) beyond the pale. From about 1985 onwards relations with Greece became less frigid (a trend which continues) and trade has risen with that country as well as with Yugoslavia, Italy and Turkey. Most recently, the Federal German Republic and Albania have exchanged ambassadors, and the two countries' trade and economic co-operation will undoubtedly rise.

The vicissitudes of foreign aid, its interruption and/or the replacement of one contributor by another, have had immediate and usually large effects on Albanian economic growth and industrial growth in particular. Thus, while between 1955 and 1960 the state budget was augmented by 2.33 times, between 1960 and 1965 the augmentation declined to only 1.30 times. Total industrial output rose annually on average by 6.8% in 1961–1965 as compared with 16.9% in 1956 to 1960 but recovered to 12.9% in 1966–1970<sup>25</sup>. These are official statistics, not deflated or otherwise altered.

Not surprisingly, a further consequence of the termination of bloc aid was a more marked Albanian concentration on exporting branches<sup>26</sup>. This affected above all minerals extraction, exports of finished products (apart from handicrafts and clothing) being (as they still are) negligible. Handicrafts (briar pipes, basketware, traditional ornaments etc.) make a significant contribution to exports, in particular to purchases by foreign tourists; they are presumably included in statistics of output of light industry. The biggest relative increase (9.4 times between 1960 and 1980<sup>27</sup> was achieved in output of copper. Also resulting

<sup>25</sup> 35 vjet Shqipëri socialiste, Drejtoria e statistikës në komisionin e planit të shtetit (Tirana, 1979), p. 53.

<sup>26</sup> See R. Hutchings, *Soviet Analyst*, 19 March 1986, pp. 6–7.

<sup>27</sup> 40 Années . . . , p. 63.

as a changed relationship between the growth rates of 'group A' and 'group B' industrial output: in 1966—1970 'group A' recovered to almost its average rate during 1955—1960 whereas 'group B' stayed well down. Thus, the cutting — off of bloc aid slowed down the expansion of Albanian industry and diverted it towards exports and away from the short-term satisfaction of consumption needs.

Whereas performance had been relatively better in 1966—1970, the tempo declined again in 1971—1975. This applies to all branches of manufacturing and minerals extraction except chrome and the food industry, both of which achieved higher growth. On the whole, the slow-down was much more marked in group A than in group B. By contrast, the quinquennium 1976—1980 achieved almost equal growth rates in group A (8.7% on average annually as against 9.3%), while in group B annual growth slumped from 7.7% to 2.0%. The poor performance of the light and food industries (2.7% growth on average) was primarily responsible but how can that change be explained? Detailed results are obscured by the Albanian practice of reporting mainly (sometimes solely) years whose final digit is 0: thus, statistics are available for 1980 but not for 1975<sup>28</sup>.

The total cultivated area of Albania is known for 1970, 1974—1976 (presumably an average of the three years), and 1980, being respectively (in thousands of hectares) 599.0, 662 and 702; this trend shows some, not very marked, deceleration between 1974—1976 and 1980. Total arable land (in '000 hectares) was in the same years 521.0, 563 and 585.4, which discloses a similar transition. The general performance of agriculture during 1976—1980 has not been given. As neither index grew much between 1980 and 1983 it is probable that during 1976—1980 growth slowed down. The enlargement of the sown area is paralleled in Soviet experience but under Khrushchev (the virgin lands campaign) more than under Stalin. The immense work of terracing the Albanian hills has no Soviet parallel.

In 1978 Albania broke with China, and at once began to strengthen its fortifications. Between 1978 and 1981 the Albanian landscape was peppered with countless pillboxes. Whether or not this construction was reflected in official published statistics, it must have removed from cultivation an appreciable total area; labour and materials (especially concrete) must also have been diverted away from economic objectives. In particular, the construction of factories, roads and apartments must have been hampered. Pillbox-building continued at least until April 1981 (the last to be erected seem to have been of larger dimensions) so economic performance in 1980—1981 must also have been impaired, though perhaps less (reckoned on an annual basis) than during the previous quinquennium. The Soviet Union has sometimes been impelled to divert resources to defence, but its huge area and offensive strategy are incompatible with vast immobile barriers.

<sup>28</sup> Regarding the practice in the USSR in this respect see R. Hutchings: *Chronological Patterns in the Presentation of Soviet Economic Statistics* (Cologne: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, No. 20, 1982).

The most recent complete quinquennium ending in 5 or 0, 1981—1985, is up to now even less well illuminated than most others in Albanian statistics. The handbook *40 Années d'Albanie socialiste* gives data as far as 1984. Reckoned as an annual average, the implied growth rate of total industrial output between 1980 and 1984 was 4.4%, which signifies a continuously declining rate in successive quinquennia since 1966—1970. (The *plan* for 1980—1985 had been 5.5%—5.7%). The growth eventually claimed for 1985 — a very difficult year owing to weather conditions — was 4.9%.

The 8th Five-Year-Plan (1986—1990) envisaged a total growth over the period of industrial output of 29%—31% (equivalent to 5.2%—5.5% yearly). In 1986 an increase of 5.8% was claimed. At the time of writing (March 1988) no overall figure has been given for 1987, though the food industry raised output by 5% and the chemicals industry by 7%. On the whole the growth rate of all industry appears to be about on target, which if correct signifies a slight acceleration in relation to the previous five-year period; however, up to the time of writing only half the Plan has run its course. Since mineral extraction is said to have fulfilled its plan on the whole but with mixed results in detail, while engineering fulfilled its plans, the relationship between the growth rates of group A and of group B may have been approximately as intended. The relationship between their growth rates is tending towards unity, in sharp contrast to the trend in the 1976—1980 period. Group A as a proportion of total industrial output amounted to 58% in 1970, 64% in 1980, and a scarcely changed proportion, 64.2%, in the latest accessible year, 1984<sup>29</sup>.

The fact that the tempo of Albanian industrialization was so closely linked with imports from the socialist bloc counts against reckoning the manner of its industrialization as Stalinist, for the USSR could not import from such a bloc until it existed, which was not before 1948, by which time (apart from the war-time interruption) industrialization had been under way for two decades, while all characteristic institutions were already in existence.

Serious difficulties have been met with in expanding the outputs of various minerals, in particular chrome and oil. Indeed, chrome extraction was 4.4% *lower* in 1984 than in 1980. As regards oil no figures have been given — this is doubtless seen as strategic information — but performance has evidently not matched expectations. It is estimated that output has remained stable since 1982, at about 3½ mn tonnes annually<sup>30</sup>. For instance, in July 1987 President Alia complained that oil extraction was not progressing satisfactorily; in existing wells it was necessary to wage a struggle to regain the planned daily output quota and to effect secondary extraction<sup>31</sup>. In October 1987 he voiced similar complaints<sup>32</sup>. As regards the whole year of 1987 oil was admitted not to have performed well<sup>33</sup>.

<sup>29</sup> *40 Années . . .*, p. 54.

<sup>30</sup> EIU Country profile Bulgaria, Albania 1987—1988 (London, 1987), p. 34.

<sup>31</sup> EIU Report 63, No. 3 — 1987, p. 31.

<sup>32</sup> EIU Report 63, No. 4 — 1987, p. 27.

<sup>33</sup> EIU Report 63, No. 1 — 1988, p. 30.

With chrome it has been much the same story: in official reports chrome and oil have recently tended to be bracketed. In October 1987 Alia said that chrome had fallen below its target by thousands of tonnes of enriched ore.

The USSR is also an oil exporter but can offer a much wider range of exports.

Social policy in Albania has several features in common with policy elsewhere in Eastern Europe. The proletariat is seen as the progressive force and theoretically is in power, although actually the Party is supreme. Traditional influences, deemed to be non-progressive, are condemned except in folkloric dance and song, which are preferred to recent Western influences. Women's emancipation is proclaimed with special vehemence because of the tradition in Albania of male supremacy. Combatting the subjection and seclusion of women (particularly in the northern areas) has remained one of the Party's preoccupations. The blood-feud, already weakened during the inter-war period, appears to have been stamped out, yet a violent tradition continues in the physical destruction of political rivals, as of Mehmet Shehu in 1981. Tribal arrangements continue to the extent that some mountain women in the north-east still dress in traditional garb, though fewer do so than before. The tribal system of the northern highlands might have been expected to comprise a potential nucleus of opposition to Communist power; the censorship of news from this area in conjunction with its inaccessibility leaves unclear whether there has been opposition, but traditional xenophobia still seems to play a part in obstructing foreign tourism into this sensitive region.

However, in several important respects social policy in Albania under its Communist regime has diverged from most or all of the other countries of Eastern Europe (including the USSR).

Unlike the Soviet Union, although more closely resembling Communist China and Hungary, industrialization in Albania was to be effected without any mass migration from the countryside to the towns. The plan was essentially for people to stay put. *Some* movement to towns (such as Elbasan), mining centres (Kukës) etc. being enlarged or built up from scratch was inevitable but was envisaged as exceptional. If that policy could be implemented (and Albania's small size is helpful in this connection) it would save on transport and communication, make fuller use of the housing stock, avoid urban overcrowding, economize housing construction in towns, and avert visible unemployment (as potential workless would stay in the villages and function as members of collective farms, where underemployment is less conspicuous).

Secondly industrialization would be carried out simultaneously with an unprecedented degree of mobilization also for military purposes. This is exemplified now when all schoolchildren do military training every two weeks. The national emblem of a rifle held in one hand and a pickaxe in the other is not adopted for nothing.

Thirdly rapid growth of the population would accompany industrialization. Here the difference between Albania and, say, Bulgaria is startling, Albania's rate of population growth being seven times that of Bulgaria. Keeping people in their villages was a contributory factor here: rural populations notoriously have a higher reproduction rate than urban ones. It still is rather surprising that the

Albanians have managed to combine the two functions, and perhaps the explanations include aid from grandparents and lengthy work absences.

Fourthly, there would be a uniquely high reliance on mass mobilization for performing tasks demanding physical effort but not developed skills, such as digging trenches, collecting scrap iron, local beautification and tidying-up. Nowadays these special all-out efforts take place on a 'Day of Enver'; not surprisingly adults tend to report sick<sup>34</sup>, but among children these days still seem to evoke enthusiasm. The building of railways has been carried out by young people imbued apparently with enthusiasm.

Fifthly, wages policy in Albania, including industry, is extremely egalitarian. Monthly wages as quoted in 1983 were about in the range Lk400 for the average worker to Lk900 for a manager. While there may be preferential access to foreign goods for some higher-up people, this is visibly a more egalitarian society than anywhere else in Eastern Europe.

Are these features of Albanian policy fully compatible with maximizing industrial growth and development?

(1) It is difficult to see the 'stay-put' policy as fully compatible. If enforced, it must make commuting more difficult and/or reduce the radius over which commuting is practicable. It would therefore pose an obstacle to the functioning of large labour-intensive establishments. The type of industry that would be most compatible with a 'stay-put' policy would be small workshops within villages. If large works are set up in towns, and workers are drawn to them from villages, this would involve sizeable movement which, given the undeveloped situation in passenger transport, would be largely on bicycle or on foot. Precisely these styles of commuting (plus movement by bus to larger works, where such already exist) are to be seen.

It is hard not to conclude that the 'stay-put' policy has as its *Leitmotiv* to perpetuate a spatial distribution of the people which can maximize their contribution to agricultural output. Clearly potential cultivators should live near the plots of land they may be called on to cultivate. It may be noted that schoolchildren as well as adults would be envisaged as available; while the productivity of casual and unskilled labour would not be high, it should be above zero.

(2) The broad extent of military preparations and training must also hinder industrial growth, as time and energy are absorbed which could be available for on-the-job training etc. Furthermore, the huge numbers of pillboxes built between 1978 and 1981 swallowed up labour and materials which might have been embodied in industrial construction or in other building of economic value.

(3) In the short run, rapid growth of the population creates difficulties for industrialization, as women who are child-bearing or looking after infants are diverted away from participation in economic life. (In practice, however, crèches and kindergartens weaken this effect).

<sup>34</sup> EIU Report 63, No. 2 — 1986, p. 37.

(4) Mobilization of the population on Sundays, as on a 'Day of Enver', curtails leisure time and therefore may affect industrial production negatively during regular working hours; a large fraction of the work is agricultural, such as cleaning drainage ditches.

(5) Egalitarianism in wages was found in Soviet experience to discourage the acquisition of additional skills, and in general to impair industrial efficacy. Stalin denounced 'equality-mongering' in 1931<sup>35</sup> so this aspect of Albanian policy can hardly be regarded as Stalinist.

Considering all these effects together, we reach the conclusion that social policy may have erected significant obstacles to industrial development. The result would have been slower growth or perhaps a slackening — off of growth over time, by comparison with what would have been achieved otherwise. These effects cannot be quantified, owing to Albania's uniqueness and because we lack experience of how an economy like Albania's might have been expected to perform. A marked deceleration of industrial growth in recent years has nevertheless taken place.

If social policy tends to obstruct industrial growth, why is this not realized by the Albanian authorities? Or *have* they realized it, yet decided that social policy must be awarded priority? The second appears the more likely. Consistently with this view, current policy no longer aims to maximize industrial growth as a whole, only in various selected directions.

The declining priority of industrial growth is exhibited in two very significant statistical series:

(1) Between 1938 and 1980, according to the official series, the share of Industry in Realized Net Material Product rose from 3.8% to 43.6%, while that of Agriculture declined from 93.1% to 32.7%. These percentages, which are reckoned in 1981 prices, may overstate the actual change: the states of Eastern Europe, antipathetic to the peasant and ideologically committed to industrialization, like to magnify whatever change has occurred. Despite this I have made no adjustment. Accepting the figures at their face value: between 1980 and 1983 the share of Industry fell back to 43.3% while that of Agriculture rebounded to 34.1%<sup>36</sup>. Though these changes were not large, the fact that they were in the opposite direction to those recorded between 1938 and 1980 appears highly significant.

(2) While Albanian sources do not supply comparable data, industrial output must have risen much faster than agricultural output up to 1980. However, the 1981—1985 economic plan aimed at increases of 31%—32% in industrial output and of 31%—33% in agricultural output, i. e. virtually the same rate was envisaged for both. In actuality industrial output during that period grew faster than agricultural output, the growth rates being respectively 27% and 13%. According to the 1986—1990 economic plan, industrial output is supposed to grow by 29%—31% but agricultural output by 35%—37%, i. e. the planned growth rate of agriculture is now definitely higher than that of industry.

<sup>35</sup> At a speech on 23 June 1931. See I. Stalin, *Voprosy leninizma*, 11th edn. (Moscow, OGIZ, 1945), pp. 334—336.

<sup>36</sup> 40 *Années* . . . , p. 135.

One would expect investment policy to reflect these changes. Within the state sector, investment in industry has fluctuated between 47.0% and 52.6% of the whole in successive five-year periods; on the whole this proportion does not rise over time. The share of agriculture has varied between 16.5% and 21.1%. Between 1971–1975 and 1981–1983 (the latest dates shown in the 40th anniversary handbook) this share rose from 16.5% to 20.4%, whereas that of industry declined from 52.1% to 48.5%. Thus, if the ratio of investment in industry to investment in agriculture in 1971–1975 was 3.15:1, in 1981–1983 it had declined to 2.38:1. Investment performance having varied in the direction demanded by our hypothesis, one may assume that policy had varied in a similar sense.

Visitors' impressions confirm that investment in agriculture has increased. In April 1983 it was a surprise to see large greenhouse complexes at a number of places within the coastal plain. The more advanced type consisted of glassed-over areas, steam-heated, and extending over 1–2 hectares. These entire complexes had been purchased from Holland, obviously at considerable expense<sup>37</sup>.

Several other features, or circumstances, in recent years suggest a falling intensity of industrial development, with priorities shifting towards an enlargement of agricultural output and of exports, that is to non-Stalinist objectives.

The 'Steel of the Party' metallurgical combine at Elbasan no longer enjoys its erstwhile prestige and priority. In August – September 1984 the combine was going short of ferro-nickel because the Pishkash mines which should have supplied it were overfulfilling their export plans<sup>38</sup>. The combine was already consuming too much pig iron per unit of steel that it produced<sup>39</sup>.

In contrast, the lower priority does not apply to mining (of coal, chrome ore, copper ore, ferronickel ore, oil and bitumen) which are assigned great attention and are called on to achieve improved results (oil and chrome in particular). Furthermore, the railway which since March 1986 has been under construction from Milot (north of Durrës) to Klos, via Rrëshen, is intended to serve mining sites in particular; this line has to penetrate very difficult terrain<sup>40</sup>.

If, as I believe, the development of some branches of *manufacturing industry* is now being soft-pedalled, one can find a number of reasons.

The dominating one is that the overwhelming economic problem that is now having to be confronted, is: how to generate enough agricultural produce to meet the needs of a population which is expanding at more than 2% annually. During the three years since Enver Hoxha's death, for example, the population grew by at least 180,000. Manufacturing industry makes little direct contribution to enlarging agricultural output, because no large new areas remain which are suitable for cultivation by mechanical means. There remain narrow fringes along river banks, plots of restricted dimensions and irregular shape, or steeply sloping lands, all of which are tackled most effectively by manual methods or at most using small-scale machinery. Moreover, any large multiplication of agricultural machines would (undesirably) increase fuel consumption.

<sup>37</sup> EIU Report 63, No. 2 – 1983, p. 19.

<sup>38</sup> J. Papa, Zëri i popullit, 14 Oct. 1984, pp. 1–2.

<sup>39</sup> EIU Report 63, No. 2 – 1985, pp. 27–29; S. Rrahmini, Zëri i popullit, 19 March 1985, p. 2.

<sup>40</sup> EIU Report 63, No. 1 – 1986, p. 32.

If manufacturing industry were able to expand exports substantially, this would earn foreign exchange which in principle might be spent on imports of food or other requirements. The Albanians, however, do not wish to become dependent on food imports: this was one of Hoxha's objections to Khrushchev's recommendations. But even if that objection is overcome (and Hoxha's death does remove a political obstacle), manufacturing industry cannot achieve any large expansion of foreign exchange earnings.

Albanian industry *has* potentialities to enlarge exports, but this applies to mining (of chrome ore, ferronickel etc.), and oil extraction far more than to manufacturing. Enrichment, which enables the value of export comprising a given volume of raw material to be increased, is also a logical choice. Visiting Mirditë, Alia remarked that 'gradually in the copper industry the enrichment of the mineral is being enlarged and this is essential for today and tomorrow'<sup>41</sup>. However, if industry is to be developed in directions which enable it to make a bigger contribution to exports, a prerequisite may be a prior expansion of *imports* of specialized machinery; only to a limited extent can this be economically justified.

Another exception to the rule of lesser priority to development of manufacturing industry is to be found when such development enables imports to be replaced. Import replacement, a normal objective of industrialization, is pursued energetically in Albania but perhaps not more so than in other industrializing countries.

The structure of foreign trade reveals an important shift since 1975 away from imports of machinery and equipment; a big fraction of these imports would have been destined for industry. The percentage share of imports of machinery and equipment within total imports has altered as follows:

1970	1975	1980	1982
32.8	45.2	21.7	22.2

Thus, since 1975 this share has been halved. At the same time the percentage shares of imports of fuels and metals, chemical products and rubber, have risen: chemical products and rubber from 8.3% in 1975 to 16.6% in 1982<sup>42</sup>. Thus a larger proportion of imports is being (and having to be) devoted to maintaining industrial output, as distinct from enlarging it.

Thus, although the total output of Albanian industry is still rising its priority has declined while projections of growth in the immediate future fall short of those applying to agriculture. The golden age of development of Albanian industry seems already to have passed. The only factor which with any reasonable chance of success might reinvigorate development is external assistance, which in turn requires a change in attitudes and policy on the part of the Albanians themselves. It is not the Albanians' fault, but they may have left industrialization too late; at any rate, its successful continuation is likely to demand still wider divergence from the Stalinist model.

<sup>41</sup> Zëri i popullit, 12 Feb. 1986, p. 2.

<sup>42</sup> 40 Années . . . , p. 132.

RICHARD J. CRAMPTON

## Modernization: Conscious, Unconscious and Irrational

As one who had arrived at the conference without having prepared a paper I presented my remarks to that gathering, as I do now in print, with a feeling of great diffidence; indeed, neither Daniel appearing in the lion's den nor the Israelite making his bricks without straw could feel much less confident than I in this present endeavour. I had no script, no armour of facts, figures and selected quotations with which to deflect 'die Pfeil' und Schleudern / Der wütenden Geschichte' and nor have I since donned any such protective covering<sup>1</sup>.

I intend in this essay, as in my remarks to the conference, to respond to some of the previous papers and to throw out a few suggestions, some of which are *ballons d'essai* and some of which attempt to link the past with the present and to juxtapose the experiences of south-eastern Europe with other areas. What follows, therefore, should be viewed not as the end of a process of academic enquiry but rather as its beginning; it is not so much a finished or semi-manufactured product as raw material. It is intended to provoke rather than to end discussion; it seeks to pose questions rather than give answers.

A great deal of attention in our discussions of modernization, as in the voluminous scholarship on the subject, has been focused upon the process or processes of modernization, the concepts which are involved in it and the results which it produces. In general we may be said to have concerned ourselves, rightly in my view, with the macro-process and the macro-factors. On this broad canvas we find portrayed the great movements of the modern age: industrialization, urbanization, the emergence of new classes, the decline of old elites, the emergence of new and mighty political forces which, having concentrated themselves in the modern state, give that state, even in its benevolent form, more authority than even Hobbes could have dreamed of. If new economic and social attitudes gave birth to a new political phenomenon the child later devoured the parents; with the appearance during and after the first world war of the planned economy, the state and the political factor asserted total and terrifying control over the economic and social sectors. And all in the name of modernization or, if you will, objective historical forces.

It could perhaps be of advantage if we threw a little more light into the relatively obscure beginnings and origins of the process of modernization. Modernization was a self-generating phenomenon. Its first appearance predated Marx's laws of economic determinism, and many of Adam Smith's too. It was created by market forces and by the market. The market is in the long run irrepressible and even in a controlled economy it simply disappears underground and functions as the second or black economy, as anyone familiar with Eastern Europe will

<sup>1</sup> I have to admit that in the spoken original of this paper I quoted Hamlet's lines in English. That evening I came across the same passage in Schlegel and Tieck's translation. The word-play on *Geschick* and *Geschichte* seemed too good to miss.

testify. It is gratifying to believe that the market is irrepressible because ultimately it consists of sovereign and irrepressible individual human beings, all of them making individual, often spontaneous, decisions on the basis of a concatenation of factors so complex that it is beyond the wit of even the most assiduous and gifted of historians to unravel. These are the always illusive but frequently decisive micro-factors. The market and the individual are thus the *fontes et origines bonorum et malorum*. To focus upon these factors might not be inappropriate for scholars surrounded by *perestroika*; it would certainly be quite understandable for a denizen of Mrs. Thatcher's Britain to do so.

In moving towards the micro-factors we might best begin with ourselves. As scholars and analysts, be it in the field of history, sociology, political science, or economics, we all function in a similar fashion. It is our job to produce order from chaos. We approach a huge mass of apparently unrelated facts and data upon which we impose patterns and forms, for only if the amorphous mass is given shape can it become in any way comprehensible; and only if it is comprehensible can it have the utility which derives from our being able to transpose it to another set of data. As a historian, certainly, I see it as my function to take information relating to aspects of the past, and to digest and process that information in such a way as to make that part of the past comprehensible to the present and, I hope, to the future. There are some who go much further than making shapes and having discerned patterns in one set of data proclaim those patterns not only have validity and utility in approaching other sets of data, but are absolutely essential to the processing of *all* data. From discerning patterns to proclaiming objective laws need not be a long path but it is one paved with human self-confidence, vanity and the arrogance of the scientific rather than the humanist imagination.

We should, I believe, beware of such vanities — any student of the twentieth century will see the dangers clearly enough — for the walls which surround our cleverly-devised patterns are porous. They are fashioned from nets rather than steel; even apparently impregnable statements are vulnerable; no notion is watertight. I can best illustrate this point with a personal anecdote. There would be few, I presume, who would contest the assertions that Great Britain is a modernized society, and, secondly, that population and labour mobility are characteristic features of such a modernized society. Yet a colleague of mine who lived in a village a few kilometres outside Canterbury, in the prosperous, sophisticated and modernized south-east of England, found that when his children went to the local village school they were in the same class-room as children who had never been shopping and could not describe a supermarket; their lives were as geographically confined as that of their medieval forebears. And did not recent figures reveal that almost a third of the population of the United States live and die within ten miles of their place of birth?

It is fact such as these that should enjoin upon us a certain humility, a willingness to recognize that although our patterns and shapes have a general validity there are nevertheless a multitude of exceptions, a myriad of micro-factors which if they do not invalidate the macro-picture then at least deprive it of an all pervasive and totalitarian validity. With this caveat in mind I turn therefore to modernization.

In addressing ourselves to the past rather than the present, to the developing rather than the developed society I would like to suggest a distinction between conscious and unconscious modernization. The latter might indeed be dubbed proto-modernization or proto-industrialization. Within the former category, that of conscious modernization, I would like to suggest that there is yet again a two-fold division, the manichean distinction between enthusiastic and reluctant modernization. Enthusiastic modernization reached its apogee in the Soviet decision to restructure its economy and society through the five-year plans. It had, of course, been foreshadowed by other industrialization strategems. In Russia itself Vyshnegradski and Witte followed up Baron von Reutern's aphorism that Russia could not be safe in her borders without the benefits of railways and modern industry, and therefore sought to use economic modernization to bolster an archaic political structure. Count Bethlen was to do the same in a somewhat less purposeful manner in Hungary in the 1920s. The Romanian Liberals' notion of *prin noi înşine* also plotted economic and social reconstruction, though at a less frenetic pace and with more consideration for the individual than the Soviet experiment. The Romanian Liberals' intense refusal to rely on others, their determination to build their own economic edifice has been rekindled by the present regime in Bucharest but this time with scant regard for the individual. The Romanian Liberals' policies were mirrored not only in those who succeeded them in their own land but also by their contemporaries at the other end of Europe. *Sinn Fein* is virtually an Irish translation of *prin noi înşine* and the main thrust of *Sinn Fein* in its early years was that Ireland must build its own *modern* economy, that it must reject the British notion of free trade and, safe behind a solid tariff wall, Irish industry must be fostered and developed. Such a strategy could be successful only if all Ireland, including the industrialized and more Protestant north-eastern corner were included in this new economic entity. (Incidentally *Sinn Fein* also learnt from central Europe by copying Hungarian methods and objectives. Arthur Griffith, the founder of *Sinn Fein*, studied the career of the Hungarian nationalists and admired not only the economic independence which they had secured within the Habsburg empire but also the political methodology of 1866; the simple refusal to attend a central rather than a devolved assembly was repeated by the Irish nationalists immediately after the first world war.) Other attempts to foster industrialization by state action are easy to find even if they are not always underpinned by such cogent abstract reasoning. Stoilov's Encouragement of Industry Act of 1894, for example, mirrored many of the ideas of the Romanian Liberals and in wishing to make Bulgaria the 'Belgium of the Balkans' he had in mind the consideration that only a modernized and industrialized state could hope to assert its territorial demands when the unmodernized Ottoman humpty-dumpty finally fell.

To summarize, conscious and enthusiastic modernization may be said to have had two main characteristics. First, it was adopted primarily for political reasons. The Soviet Union existed primarily to build socialism and to allow the proletariat to exercise its dictatorship. Its problem was that it hardly had a proletariat. That being so it was no bad idea to call one into being by the hot-house creation of heavy industry; in these circumstances Stalin's socialism in one coun-

try could not wait for Bukharin's peasant nag. In the Balkan states or in Ireland, peasant societies all, the political motivation for modernization was more the desire to strengthen or create the nation-state. Secondly, conscious and enthusiastic modernization looked to industrialized western Europe or North America for its model. Modernization meant urbanization, heavy industry, the factory system, rapid communications and the creation of a working class. After 1921, backed by the Comintern, one section of the enthusiastic modernizers at times had considerable international muscle.

What I have chosen to call reluctant modernization had different roots and different characteristics. The reluctant modernizers comprised a varied range of groups. The Prussian Junkers were one. They grudgingly accepted the invitation to come to terms with the modern world until the Krach of 1873 drove them happily back into the traditionalist prejudices which they implanted upon the Second Reich and from which the Third was by no means free. Of greater staying power were those whose ideas derived to a large degree from the Russian narodniks. Their followers included, in the Balkan setting, Constantin Stere, Aleksandŭr Stamboliiski and others who saw little that was appealing in the city, the factory or the division of labour. Stamboliiski echoed Leo Tolstoi on the latter point, telling the Prague Green International that

Each peasant is an encyclopaedia in himself. He understands the life of animals and plants, knows a little astronomy, tills the land, breeds animals, builds and repairs his own wagon, and predicts the weather better than any meteorological station. In the peasant are the seeds of the fully developed human personality. He needs only organization and more knowledge<sup>2</sup>.

That organization and knowledge were to be provided by the cooperative movement, which would allow peasant communities from the Dingle peninsula to the Dobrudja to adapt to modernization without having their communities torn apart. Cooperation was thus the synthesis between the traditional peasant way of life and modernization; it was the *deus ex machina* which was to facilitate the survival and even the perfection of the peasant community, and by so doing was to perpetuate a non-socialist form of radicalism. Such ideas were readily borrowed and adapted by other representatives from non-developed, peasant societies, Gandhi and Nyrere being two examples which spring immediately to mind, but others were to be found in North America and Australasia in the nineteenth century.

The reluctant modernizers differed fundamentally from the enthusiastic modernizers in a number of respects. In the first place the reluctant modernizers believed that their prime objective was not the implementation of political doctrine but the achievement of social equality and justice. They could not be easily convinced that the advent of factories, urban slums and the employer-employee relationship were the most logical means to their desired end. They would much rather have used existing rural communities to restructure society; if industry had to come, therefore, it would be better to make it subservient to the rural-

---

<sup>2</sup> Todorov, K.: *Balkan Firebrand*, Chicago 1943, p. 143.

based community, to confine it within that community, and to limit its socially-divisive force by restricting the size of the productive unit; industrial production would be tailored to the needs of an equitable and existing social unit rather than allowing the means of production to dictate the social order. In this fashion the reluctant modernizers placed social aims above political ones. The reluctant modernizers were introspective rather than outward-looking. The most extreme of the enthusiastic modernizers found strength in the supposed universality of their beliefs and, like missionaries, went forth to whip the uncomprehending natives into line. The more gentle reluctant modernizers had beliefs which were based on the experiences and needs of their own society alone. They held to a creed tempered by geography, and though similar ideas underlay the policies and organizations of Sir Horace Plunkett, Antonin Švehla, Aleksandūr Stamboliiski, Constantin Stere, Wincenty Witos, and others their concentration on parochial problems meant that they were internationally lacking in cohesion and weak, and certainly no match for the disciplined zealots of the Comintern. Agrarianism is perhaps one of the most important and certainly one of the most neglected casualties of the second world war.

So far I have discussed two varieties of conscious modernization and have suggested two genus. The genus, unconscious modernization, I have divided into two species, enthusiastic and reluctant, but unconscious modernization is much less susceptible to analysis. It is to be discovered not so much in the objectives and purposes of modernization but in the process of modernization, in the means rather than the ends.

The process of modernization involves changes, in *inter alia*, habits, experience and in expectations. In many instances, especially when it is in the hands of enthusiastic modernizers, the state has been the agent used to bring about these changes, but in adopting specific policies aimed at bringing about modernization, i. e. in imposing conscious modernization, states have also precipitated unintended or unforeseen changes, some of which are beneficial to that state and some of which are not, but all of which may be classified as unconscious modernization. Here I shall illustrate this contention with but two examples: railways and conscription.

The economic importance of railways needs no discussion, nor is there need to expand upon the multiplier effect which railway construction had in all economies. These factors were known to those administrations which directly promoted railway building by the state or encouraged private concerns to undertake the work. That was conscious modernization but the railways also had deep social and even psychological effects which might be described as unconscious modernization. The railways inevitably widened horizons and increased expectations for now things could be seen which previously were unlikely to be seen, and goods consumed which before had not been available. But the changes were deeper than that. Railways first created the notion of standard or unified time. Even in Britain before the railways clocks were set by the sun, and if sunrise were 6 a.m. and the sun rose ten minutes later in Bristol than in London then Bristol's 6 a.m. arrived ten minutes after London's. Railway timetables ended that just as they provided a powerful incentive in the Ottoman empire to standardize me-

thods of reckoning the clock, the Muslim notion that midday should always be sunrise gradually giving ground to the western notion of a fixed clock and a flexible midday. Travellers in Russia also noticed that in the first days of railways peasants would arrive at the railway station without any notion of when a train might be expected. They had no concept of time regulation activity; the governing factors in their lives were, as they had always been, the climate, the seasons and the local market. The railway, like the factory bell or hooter, therefore imposed a new disciplinary dimension into many lives — time. It is as difficult for us in the modernized intelligentsia to imagine a world without the discipline of time, the structural parameter which regulates most of our lives, as it was for pre-modernized peasants to conceive of such a restricting factor. The introduction of the concept of time may be regarded as unconscious modernization.

In conscription the state possessed a multi-faceted weapon for the imposition of its own values, for conscription was, for the individual, perhaps the most intrusive of all the powers assumed by central government in the nineteenth century. As such it inevitably had profound effects. In the first instance the function of the army was clear; it was to defend the state and the existing order both in the international sector and, if necessary, at home. The army was also important as a nexus between the state apparatus and the social elite. The close association of monarchy and the military is one aspect of this connection but it was seen elsewhere. The second sons of the British aristocracy were traditionally destined for a military career (the church was confined to third place) and most European officer corps were dominated by the landed social elite. More interesting was the case of the Imperial German Navy, a new institution not the possession of any particular particularist lobby and not dominated by the established landed elite; it offered the sons of the new middle class unprecedented opportunities to make a career as an officer and thereby attain that most treasured of middle-class objectives, social recognition and respectability.

The army was and is also used, of course, to perpetuate power and defend the existing power-holders against any threat from below. The use of Hungarian officers in regiments raised in non-Hungarian regions of the Kingdom is well known, but it is less frequently recorded that at the beginning of the first world war Lord Kitchener refused to allow the formation of regiments consisting entirely of Welshmen. The army was frequently made into an instrument of propaganda. In Bulgaria it was hoped that conscription would expose the young recruits to the values and virtues of the establishment and of nationalism. In Bulgaria and elsewhere young men, often for the first time, were asked when they joined the ranks to owe allegiance and show loyalty to an abstract concept beyond that of family or village; in most cases they had, of course, previously adhered to the Christian faith but this at least had a concrete presence in the village church, monastery or convent and a personal representation in priest, monk, nun and, occasionally, bishop.

The army also acted as an agent of unconscious modernization in that, because most garrisons were sited in urban settlements, it provided many villagers with their first experience of prolonged residence in a town. Here traditional habits were often eroded by contact with new, western practices. As I have written

elsewhere, 'Most barracks were in towns and it was here that young men from the country learnt to prefer boots to leggings, gas rather than tallow lamps, and to value the comfort and utility of western institutions such as the knife and fork, the table and chair and the bed.'<sup>3</sup> The larger the political unit the more varied the experiences would be. British volunteers might find themselves in almost any quarter of the globe — my own grandfather was sent with a detachment of Grenadier Guards to Bermuda for insubordination — and in the Habsburg empire postings to distant towns and cities often provided the recruit with his first experience of towns, an experience which marked him apart from many others in his village and gave him a taste for town living. The latter acted as an agent of modernization in that it weakened the attachment to traditional ways of life and at the same time it worked as a centripetal force in the Monarchy. In Galicia there were instances where military service produced a form of cultural machismo:

When a man was taken to the army, they would keep him in strange parts — in Bohemia, or Hungary or in the Italian provinces that once belonged to Austria. Many were the foreign wars in which Poles shed their blood for the cause of others. The soldier came home in his uniform, and would put it on for Sundays and holidays as long as it held together. After his military service he would speak bad Polish, and there were some who pretended not to understand their mother tongue, but muttered something of German, Czech, etc. They would talk other tongues of the Austrian lands, but not the one they had learned to pray in and should have prized and known best . . . Right to the end of the Austrian days, it would happen that the soldier on returning home would interject German words into his speech . . . The army training did its best to destroy in the soldier his national loyalties<sup>4</sup>.

For the main part the Polish soldiers conscripted into Francis Joseph's army soon recovered their national loyalty but their willingness to remain forever in a backward, traditional and impoverished village was often irrevocably lost. In that the loosening of ties to established habits is an essential first step in modernization, conscription can be seen as an unconscious agent of that process.

If we look further at the initial stages of modernization, at proto-modernization, we find a whole series of unpredictable, maverick and therefore irrational factors which also loosen this attachment to traditional ways of life. In some cases the loosening is far from welcome. New frontiers and political changes determined far from the area concerned could have profound influences on economic activities, social relationships and cultural practices. The treaty of Berlin not only angered the Bulgarian nationalist intelligentsia, it also disrupted the life-styles of many apolitical peasants who had, for generations, fattened their sheep on the slopes of the Balkan mountains and then driven them on the hoof to the markets of Adrianople and Istanbul. After 1878 this journey involved crossing two frontiers, that between Bulgaria and Rumelia and that between Rumelia and the Ottoman empire proper, besides which both the Bulgarian and

<sup>3</sup> Crampton, Richard J.: *Bulgaria, 1878—1918: A History*, Boulder Colorado and New York, 1983, pp. 216—217.

<sup>4</sup> *From Serfdom to Self-Government; Memoirs of a Polish Village Mayor, 1842—1927*, translated from the Polish by William John Rose, London 1941, pp. 156—157.

the Rumelian governments wanted to levy sheep tax on the shepherds. Traditional transhumance was thus already in decline before the railways reached Bulgaria. The decline in the sheep trade, together with the fact that modern fashion preferred western-style coats to the old sheep-skins also affected other traditional occupations such as knife-making; fewer sheep and fewer shepherds meant fewer shears were needed. Examples of ports withering because they had been separated arbitrarily from their hinterlands are commonplace — Salonika is an obvious example, as is Varna which between 1913 and 1940 was cut off from its richest hinterland, the Southern Dobrudja.

In some instances the new frontiers produced cultural or psychological dislocation as well as material damage. Traditional transhumance was to some extent inhibited after 1913 by the new border between Serbia and Albania but equally important in this case was the fact that many Albanians now had to cross into Serbia to worship at traditional shrines or visit churches and monasteries which had been an integral part of their culture for generations. The obvious importance of cultural affiliations was amusingly proved during the delimitation of the southern Albanian frontier in 1913. The frontier commission approached a village from which they heard the sounds of a Greek church bell and in front of which they were met by a crowd of women and children dressed in blue and white and speaking Greek. Unluckily for them one of the interpreters knew that the village contained not only no Greeks but did not even have a church; the Austrian representative therefore scattered a handful of coins on the floor and 'As he expected, the resulting scramble was conducted exclusively in the Albanian tongue ...'<sup>5</sup>. In central Europe, on the other hand, new frontiers could, with tragic results, put asunder those whom religion had previously united. Wenzel Jaksch recorded his childhood in a Sudeten village:

In meiner versunkenen Jugendwelt stand das Bindende der Religion im Vordergrund, nicht das Trennende der Sprache. Wir pilgerten aus kerndeutschen Grenzdörfern frohgemut zu tschechischen Wallfahrtsorten und tschechische Pilger zogen zu den Gnadenstätten in der deutschen Nachbarschaft. Auf den Pfaden zum nahen Bergkirchlein „Maria Trost“, das weithin ins böhmische Land hineingrüßt, klangen die Gesänge deutscher und tschechischer Pilger zum Lobe des Herrn zusammen. Zu Pfingsten kamen stets die Wallfahrer aus der deutschmährischen Sprachinsel Iglau dahin, Nachfahren deutscher Bergmanns- und Bauerngeschlechter, in deren bunten Trachten sich die Farbenfreude der slawischen Umwelt spiegelte<sup>6</sup>.

Such easy relationships were destroyed by new frontiers, by a so-called modern world based on so-called nation states, whilst in Hungary the dismemberment effected at Trianon not only inflicted massive economic and social damage but scarred the Hungarian national psyche for a generation or more.

In all cases political change weakened or wrecked established patterns of life and in loosening established loyalties and traditional habits paved the way for change.

<sup>5</sup> Grogan, Lady Elinor: *The Life of J. D. Bouchier*, London no date, p. 104.

<sup>6</sup> Jaksch, Wenzel: *Europas Weg nach Potsdam. Schuld und Schicksal im Donaauraum*, Stuttgart 1958, p. 11.

These political changes were imposed from without the affected communities and the latter were powerless to resist them. In other instances internal decisions within the community concerned provided examples of maverick or irrational factors leading to modernization. The Irish satirist Jonathan Swift once advised his countrymen to burn everything English except their coal. This no doubt had a political rationale but in a country almost devoid of fossil fuels it made little sense in social terms. *Sinn Fein* would no doubt have approved of an idea which meant decreasing Ireland's dependence on external economic forces and the ardent nationalist might have been warmed by his glow of self-satisfaction at not buying English coal, but most Irishmen would not be prepared to shiver through a winter simply in order to spite the English. Yet there are examples of societies adopting attitudes and carrying out actions in the name of modernization which inflict damage on that society.

The German soldier von Huhn rejoiced when he visited Bulgaria in 1885; he had been in the country a few years previously but now civilization had advanced:

The latest acquisition surpassed everything I had expected to find. Beer — real, excellent beer, straight from the cask and cooled on the ice, here in semi-Asia, would have been an utter impossibility seven years ago — in fact, no one would have been so rash as even to wish for such a thing<sup>7</sup>.

Beer, like many other commodities, was introduced into Bulgaria not for economic reasons but because it was thought to be a western, modern habit. There was no reason why Bulgarians should not have gone on drinking their traditional beverages but this they did not wish to do. Similarly, liberated Bulgarians, more especially those in the towns, wanted to dress in what they would have described as the 'European' style and to wear the latest fashions from Vienna or even Paris. This they did, but the cloth from which their clothes were made was not produced at home. Native textile production could not provide the quality needed nor could local dyers even produce the colours which were in vogue. The result was, of course, that cloth had to be imported and yet another blow was struck at the established Bulgarian textile industry which was already suffering severely from the loss of the Ottoman military market which had previously been so important to it. Other changes in taste forced modernization upon the economy of liberated Bulgaria and with modernization came social disruption and tension, the most famous outburst being that of the women of Sopot who in 1883 burnt bales of imported cloth. The traditional knife-makers suffered too. The decline in brigandage after 1880 meant that their products were no longer so necessary for self-protection but the adoption of western dress also affected them. A traditional knife could only be carried in a heavy belt, and modern trousers could not accommodate such a belt. Once again fashion militated against the traditional manufacturing. Beds, tables, chairs, knives, forks, gas lamps etc. were required not only by the military but most urban would-be

<sup>7</sup> Huhn, Major A. von: *The Struggle of the Bulgarians for National Independence under Prince Alexander. A Military and Political History of the War between Bulgaria and Servia in 1885*, London 1886, p. 20.

sophisticates also wanted them. In the first instance they could be procured only abroad and once again, therefore, the established workshop manufacturer lost his market. The same was true of tableware for which porcelain and china were now preferred to the traditional copper and wooden products.

Tastes also changed in food with once again a disruptive effect on traditional patterns of life. In southern Bulgaria the Russian Provisional Administration of 1878—1879 banned the cultivation of rice. There were sound reasons for their doing so in that the rice-paddies were breeding grounds for malarial mosquitoes, but at the same time rice was the staple diet of the Muslim population and to deny it its food would force it to recognize the modernizing forces that were at play. And can one see in this a precedent for the name changes enforced on the Turks of Bulgaria in the mid-1980s? 'Torsten F Baest' has argued powerfully that this policy is part of the regime's determination to push ahead with the latest manifestation of modernization, namely the scientific-technological revolution<sup>8</sup>.

Most of the changes in Bulgaria discussed above were made primarily for reasons of national pride. A modern state could not be imagined in any other form than that which had evolved in western Europe, and a modern society could not be envisaged as anything other than a partial copy of that of Austria, France, Britain or Germany. Yet in terms of economic rationality perhaps it would have been better to preserve the existing structure at least for a while and to manage the transfer to new methods so as to cause less social disruption. It is not impossible to preserve existing methods; modernizing forces can be resisted as the Armisch communities in America have shown, but in the newly-liberated Bulgaria of the late nineteenth century this was neither possible nor desirable. Professor Alec Nove once remarked, in a debate on stalinisation, that for him there was an entirely free choice between a cheese sandwich and a ham sandwich, but such freedom of choice did not exist for a rabbi<sup>9</sup>. Similarly, the psychology of liberation, which often ran counter to economic rationality, dictated that the newly liberated society should adopt western and modern habits and attitudes.

Such habits and attitudes did not come with liberation; they had been extant since the 1830s amongst a small minority but they were irresistible after 1878. They encouraged the dissolution of the old economic order and the birth of the new. In that sense they were agents of modernization, but they owe their origin to millions of individual decisions, a myriad of choices to prefer the new to the old, a host of preferences for the latest fashion whatever the economic effects might be. Such choices frequently defy rational explanation and in this sense indicate that amongst the prime moving factors in the process of modernization, more especially in this early stage of pre-conscious modernization, are ones difficult to classify, categorize and analyse because they are personal, irrational and spontaneous choices by the sovereign individuals who constitute the market.

<sup>8</sup> Torsten F Baest: "Neues an der 'einheitlichen sozialistischen Nation': Die V R Bulgarien und ihre türkische Minderheit (1944—1985)", *Osteuropa-Info*, no. 61 (2. Quartal 1985), pp. 92—118.

<sup>9</sup> James R. Millar and Alec Nove: "A Debate on Collectivization. Was Stalin Really Necessary?", *Problems of Communism*, vol. 25, no. 4 (July-Aug. 1976), pp. 49—62, see p. 55.

## AUTORENVERZEICHNIS

PROF. DR. LYUBEN BEROW

Institut für Balkanologie der Bulgarischen Akademie der Wissenschaften und  
Wirtschaftshochschule „Karl Marx“, Sofia

PROF. DR. RICHARD J. CRAMPTON

Rutherford College, Universität Canterbury

PROF. DR. SÁNDOR GYIMESI

Forschungszentrum für Mittel- und Osteuropa der Ungarischen Akademie der  
Wissenschaften, Budapest

DR. WOLFGANG HÖPKEN

Südost-Institut, München

DR. RAYMOND HUTCHINGS

Editor of ABSEES, Croydon (UK)

PROF. DR. DIMITAR W. KINOW

Institut für Ökonomie der Bulgarischen Akademie der Wissenschaften, Sofia

PROF. DR. JOHN R. LAMPE

University of Maryland and The Wilson Center, Washington, D.C.

DR. ROLAND SCHÖNFELD

Südosteuropa-Gesellschaft, München

PROF. DR. HOLM SUNDHAUSSEN

Freie Universität Berlin

## SACHREGISTER

- aggregate growth 21  
 Agrar, (s.a. Landwirtschaft; agriculture)  
   — export 13 ff., 58  
   — revolution 45 ff.  
   — sektor 14, 45 ff.  
   — wirtschaft 49  
 Agrarian Union (BZNS) 26 ff.  
 agrarianism 129  
 agriculture,  
   —, Albanian 118, 121 ff.  
   —, Bulgarian 40  
   —, Yugoslav 42  
 Akkumulation 17, 19  
 Albanien 21 f., 109 ff.  
 Allied Control Commission 39, 41  
 Allied Reparations Commission 27  
 Analphabetismus 56 f.  
 Anleihe, (s.a. loan) 17  
 Anti-Urbanismus 95 f.  
 Arbeiterbewegung 84 ff.  
 Arbeits  
   — losigkeit, (s.a. unemployment) 83  
   — lohn, (s.a. wages; Einkommen) 63, 108  
   — produktivität 72  
 autarkey 113  
 Autonomie 51  
 Außenhandel, (s.a. foreign trade) 63  
 Axis powers 112  
  
 Bankkredit 65  
 Bedarfsdeckungsprinzip 45, 53  
 Bergbau (s.a. mining)  
   — (Bulgarien) 92  
   — (Griechenland) 14  
   — (Serbien) 14  
 Bevölkerungs- (s.a. population-)  
   — explosion 49, 56  
   — gesetz 91  
   — vermehrung 47  
   — wachstum 51, 89  
   — zunahme 13 f.  
 Bildung 83 f.  
 black economy 125  
   — market 23, 33  
 bloc aid 116 ff.  
 Bodenschätze, (s.a. minerals)  
   — (Rumänien) 14  
 Bodenzersplitterung 50  
 Branchenstruktur (der Industrie Bulgariens) 80  
 Bruttosozialprodukt 12 f., 56  
 Bulgarian Agricultural Bank (BZB) 21  
 Bulgarien 11 ff., 45 ff., 61 ff., 87 ff., 103 ff.  
  
 bureaucracy 32  
 bureaucratic politics 22  
  
 capital  
   — equipment 116  
   — investment 116  
   — market 25  
   — western European 25  
 central planning 40, 44  
 China, Albanian collaboration with 117  
 collectivization 40 f., 44, 114  
 Cominform 116  
 Comintern 128 f.  
 Committee for Public Welfare (KZOP) 23  
 Communist party (s.a. kommunistische Partei)  
   —, Albanian 112 ff.  
   —, Bulgarian, (BkP) 21, 26, 36  
   —, Rumanian 21 ff.  
   —, Yugoslav (KPJ) 31, 36 f., 41  
 comparative method 21  
 conscription 129 ff.  
 consumer goods 115  
 consumption 115  
 co-operation 116 f., 128  
 cooperative  
   — movement 128  
   — network 27 f., 32, 35  
 cultural lag 98  
 culture  
   —, political 21 f., 26, 28 f., 44  
  
 Depopulation 91  
 Demokratisierung 104  
 demographischer Übergang 88 f., 102  
 Depression 24, 27 ff., 32, 38  
 Dezentralismus 104  
 Differenzierung  
   —, gesellschaftliche 93 f.  
 differential modernization 22, 40  
 diversification 35  
 Dreifelderwirtschaft 49, 56  
  
 economic determinism 125  
 economy  
   —, socialist 21 ff.  
 ednorodnost 92 ff., 102  
 egalitarianism 122  
 Eigentum  
   —, genossenschaftliches 106  
   —, gesellschaftliches 93, 103  
   —, sozialistisches 105

- Eigentums  
 — formen 106  
 — rate 94  
 Einkommen, (s.a. Arbeitslohn; wages) 93, 106  
 Eisenbahn, (s.a. railway) 17  
 Elite 95  
 elite 21, 125  
 Encouragement of Industry Act 127  
 Entwicklungsblockade (im Agrarsektor) 50 f.  
 Entwicklungsländer 9, 73  
 Erwerbssprinzip 45  
 Exploitationsgrad 68  
 Export 14  
 — einnahmen 16 f.  
 — überschuß 16  
 export(s) 25, 35, 39, 118  
 —, agricultural 42  
 —, branches, Albanian 117, 124  
 —, grain 31  
 —, petroleum 125  
  
 factory system 128  
 Familie  
 —, Entfunktionalisierung der 90  
 —, Rolle der 98  
 Familien  
 — struktur 55  
 — wirtschaft 53  
 Feudalismus 45  
 finished products 110, 117  
 Flurzwang 59  
 food industry 110, 113, 118, 119  
 foreign  
 — aid 117  
 — firms 111  
 — trade 37, 124  
  
 Geldwirtschaft 45  
 Gewerkschaft 86  
 Gleichberechtigung der Frau, (s.a. womens. . . )  
 100  
 Grain Consortium 21  
 Griechenland 11 ff.  
 Großbetriebe 73 f., 81 f.  
 Großgüter (landw.) 16  
 Großindustrie  
 — (Bulgarien) 11 ff.  
 — (Griechenland) 11 ff.  
 — (Rumänien) 11 ff.  
 — (Serbien) 11 ff.  
 Großkapital 66  
  
 Handelsbilanz 16  
 handicraft 117  
 Handwerk 12, 16, 64  
  
 heavy industry 22, 128  
 — Albanian 116  
 — Bulgarian 40  
 — Soviet 127  
 — Yugoslav 42  
 Hebel, ökonomische 103 f.  
 Heimindustrie 12, 18  
 Homogenisierung, soziale 92, 102  
 Humankapital 60  
  
 Import 16, 63  
 — (Bulgarien) 63 f., 68 f., 76  
 — kontingentierung 70  
 — westlicher Produkte 13  
 — zoll 63  
 import(s)  
 —, Albanian 116, 19  
 —, food 124  
 — surplus 39  
 —, Yugoslav 42  
 independence 109, 122 ff.  
 industrial development, centrally planned 22  
 industrialisation  
 —, Albanian 109 ff.  
 —, Soviet 109  
 — strategems 127  
 Industrialisierung (s.a. industrialization)  
 — der Landwirtschaft 95  
 —, Faktoren der 13 f.  
 —, Finanzierung der 17  
 —, Gesetze zur Förderung der 18, 61 ff.  
 —, importersetzende 18  
 —, Mißlingen der 17  
 —, Politik der Begrenzung der 66  
 Industrialisierungs  
 — grad 71, 91  
 — kennziffern 71 ff.  
 — politik 61 ff., 71, 78, 82, 86, 105  
 Industrie  
 — kapital 13  
 industry, private 23 f.  
 Infrastruktur 17  
 infrastructure 25, 42 f., 111  
 Inlandsmarkt 63, 66 f.  
 Investitionen 62, 65 ff.  
 investment 40  
 — policy 123  
  
 Kapital (s.a. capital)  
 —, ausländisches (s.a. foreign firms) 14, 17,  
 19, 65, 70  
 — (Bulgarien) 62, 81  
 — export 17  
 —, flüssiges 56  
 — intensität 74  
 — mangel 52

- , produktives 17
- , reinvestiertes 64
- umschlag 74, 81
- verwertung 45
- Kapitalismus 45, 67
- Kaufkraft 67, 78
- Klassenbewußtsein 84
- Kleinindustrie 12
  - betriebe 81
- Knappheitsfaktor 52
- Kollektivismus 101
- Kommassation 59
- Kommunalreform 97
- Kommunistische Partei (s.a. communist party)
  - Bulgariens (BkP) 84 ff.
- Konkurrenz 103, 105, 108
  - , ausländische 19
  - fähigkeit 72
- Konsum, (s.a. consumption)
  - güter 63 f., 107
- Krise 76
  - (s.a. Weltwirtschaftskrise)
  
- Landreform 28
- Landwirtschaft, (s.a. Agrar- . . .; agriculture)
  - 46 ff.
  - (Bulgarien) 78, 92 f.
- League of Nations 111
- Lebensweise
  - , sozialistische 100 ff.
  - , Standardisierung der 95
- Lebensmittelindustrie, (s.a. food industry) 14
- Leichtindustrie, (s.a. light industry) 68, 80
- Leitung
  - , neuer Typ der 103 ff.
  - , zentrale 104
- Liberalismus 57
- liberation 134
- light industry 113, 117
- loans, (s.a. Anleihe) 25, 117
  
- manufacturing industry 123 f.
- Markt
  - beziehungen 103
  - , innerer 16 f.
  - , internationaler 73
  - orientierung 45
  - wirtschaft 54
- market
  - economy 38
  - mechanism 38 f.
  - , national 31
  - sozialism 34, 44
- Marxsche Werttheorie 50
- mines, mining (s.a. Bergbau)
  - Albanian 110, 117 ff., 123 f.
  - Balkan 44
  - Serbian 23 f.
- Mobilität, soziale 94 f.
- mobility 126
- mobilization of population, (Albania) 120, 122
- Modernisierung
  - der Landwirtschaft 46
  - , kommunistische 88
- Modernisierungs
  - indikatoren 88
  - forschung 88
  - konzepte 87
- modernization
  - , agricultural 40
  - , by change in taste 133 f.
  - , conscious 125 ff.
  - , enthusiastic 127 ff.
  - factors 125 ff.
  - , internal 22
  - , origins of 125
  - , reluctant 128 ff.
  - , unbalanced 22
  - , unconscious 125 ff.
- Motivation 52 ff.
  
- national pride 134
- nationalism 130
- nationalisation 38, 40 f., 43 f.
- Netzwerke, familiäre 97
  
- obnova 42
- one-party model 22
  
- partisanstvo 26
- Perestroika 126
- Peripherisierung 50
- pillbox-building, (Albania) 118, 121
- Planbarkeitsanspruch 87 f.
- planned economy 125
- pollution 111
- population growth 120
- Preise 107
- price controls 23, 37
- primärer Sektor 46
- Prizad 32
- Produktions
  - formen, traditionelle 13
  - mittel, gesellschaftliches Eigentum an 103 f.
- Proto-industrialisierung 18 f.
- proto-industrialization 127
  - modernization 127, 131
- public health 111
  
- railway 24, 129 ff.
- rearmament 32
- Regulatoren, ökonomische 107

- Religion 101  
 regional rivalries 33  
 revisionism 116  
 revolution, scientific-technological 134  
 Rumänien 11 f., 21 ff., 45 ff., 127  
  
 safety precautions 11  
 Schwerindustrie (Bulgarien) 80 f.  
 Selbstausbeutung 53 f.  
 Selbstverwaltung 103, 105  
 self-managed enterprises 44  
 Serbien 11 ff., 21 ff., 46 f.  
 Sinn Fein 127, 133  
 social policy 120, 122  
 — structure 109  
 Souveränität, (s.a. Unabhängigkeit) 57  
 Sozialismus  
 —, entwickelter 92  
 Sozialstruktur, (s.a. social structure) 88, 92 ff.  
 Stalinisation 134  
 Stalinist Economic Strategy 109 ff.  
 State Planning, Commission (DPK) 37 f.  
 stay-put policy 121  
 Steuer 64 ff., 81, 106 ff.  
 structural change 21, 28  
 System  
 — der Elementarbildung  
 — der ökonomischen Hebel 103, 105  
 — der ökonomischen Leitung 104  
 — der zentralen Versorgung 105  
 —, kulturelles 52  
 —, soziokulturelles 60  
 system  
 — of market socialism 44  
 —, western financial 25  
  
 taxes 32  
 Tito-Stalin split 41, 43 f.  
 trade  
 —, foreign 37, 124  
 —, international 38  
 —, multilateral 38  
 —, private 37  
 tribal system 120  
 Türkisches Reich 15, 18  
  
 Überbau 87 f.  
 Überbevölkerung, ländliche 50 f.  
 Übersättigung  
 — an Beschäftigten 83  
  
 —, Regel der 66 f., 86  
 Umgestaltung  
 — in Bulgarien 103 ff.  
 — sozialistische 98  
 Umweltverschmutzung (s.a. pollution)  
 Unabhängigkeit, (s.a. independence) 11, 14,  
 17, 55  
 unemployment 31, 38, 115, 120  
 UNO 71  
 UNRRA 41 ff.  
 Urbanisierung 82, 91, 95 ff., 102  
 urbanization 125, 128  
  
 Verstädterung (s.a. Urbanisierung) 95, 102  
 Völkerbund 46  
 Volksdemokratie 87  
  
 Wachstum  
 —, industrielles 13  
 wages-policy, Albanian 121 f.  
 Welt  
 — handel 14  
 — markt 14, 50  
 — system-Theorie 50  
 — wirtschaft 17, 19  
 — wirtschaftskrise (s.a. Depression) 46, 69 f.,  
 75  
 Werte  
 — wandel 88  
 — system, soziales 98  
 Wertkategorien 103 f.  
 Wirtschaftspolitik 63  
 — reform (Bulgarien) 94  
 — system 45  
 womens emancipation 120  
 working  
 — class 128  
 —, three shift 115 f.  
  
 Yugoslavia 21 ff., 45 ff.  
  
 Zentralismus 104  
 Zoll  
 — koeffizient 63  
 — krieg 15, 50  
 — politik 18  
 — protektionismus 68, 78  
 — recht 68 f.

# Veröffentlichungen der Südosteuropa-Gesellschaft

Eine vollständige Liste der bisher von der SOG herausgegebenen Publikationen ist über die Geschäftsstelle, Widenmayerstraße 49, D-8000 München 22 zu beziehen.

## SÜDOSTEUROPA JAHRBÜCHER

Im Namen der Südosteuropa-Gesellschaft herausgegeben von Walter Althammer

- Band 15: Grenzüberschreitender Umweltschutz. Hrsg. von Werner Gumpel.  
152 S., München 1985. (DM 34,—)
- Band 16: Politik und Wirtschaft in Südosteuropa. Hrsg. von Werner Gumpel  
und Roland Schönfeld.  
228 S., München 1986. (DM 46,—)
- Band 17: Die Völker Südosteuropas im 6.—8. Jahrhundert. Hrsg. von Bernhard Hänsel.  
308 S., München 1987. (DM 85,—)
- Band 18: Zwischen Zentralisierung und Selbstverwaltung — Bürokratische Systeme in Südosteuropa. Hrsg. von Franz Ronneberger.  
161 S., München 1988. (DM 34,—)
- Band 19: Die Staaten Südosteuropas und die Osmanen. Hrsg. von Hans Georg Majer, München.  
382 S., 61 Abb., München 1989. (DM 68,—)

## SÜDOSTEUROPA STUDIEN

Im Namen der Südosteuropa-Gesellschaft herausgegeben von Walter Althammer

- Band 33: Die politischen Systeme Südosteuropas. Hrsg. von Franz Ronneberger.  
247 S., München-Wien 1983. (DM 44,—)
- Band 34: Friedenssicherung in Südosteuropa. Föderationsprojekte und Allianzen seit dem Beginn der nationalen Eigenstaatlichkeit. Hrsg. von Mathias Bernath und Karl Nehring.  
189 S., Neuried 1985. (DM 48,—)
- Band 35: Bulgarien. Internationale Beziehungen in Geschichte, Kultur und Kunst. Hrsg. von Wolfgang Gesemann, Kyrill Haralampieff und Helmut Schaller.  
262 S., Neuried 1984. (= Bulgarische Sammlung Bd. 4) (DM 57,—)
- Band 36: Raumstrukturen der randalpinen Bereiche Bayerns und Sloweniens. Hrsg. von Karl Rupert und Hans-Dieter Haas.  
135 S., Kallmünz—Regensburg 1984. (= Münchner Studien zur Sozial- und Wirtschaftsgeographie Bd. 27) (DM 36,—)
- Band 38: Handwerk in Mittel- und Südosteuropa.  
Mobilität, Vermittlung und Wandel im Handwerk des 18. bis 20. Jahrhunderts, Hrsg. von Klaus Roth.  
236 S., München 1987. (DM 34,—)

- Band 39:** Bayern und Ungarn. Tausend Jahre enge Beziehungen. Hrsg. von Ekkehard Völkl. 133 S., Regensburg 1988. (DM 24,—)
- Band 40:** Volksmusik und Kunstmusik in Südosteuropa. Hrsg. von Cornelius Eberhardt und Günther Weiß. 193 S., München 1989. (= Schriftenreihe der Hochschule für Musik in München, Bd. 9) (DM 49,—)
- Band 41:** Südosteuropa-Veröffentlichungen aus der Bundesrepublik Deutschland 1984—1988. Hrsg. von Klaus-Detlev Grothusen. 128 S., München 1989. (DM 22,—)
- Band 42:** Industrialisierung und gesellschaftlicher Wandel in Südosteuropa. Hrsg. von Roland Schönfeld. 139 S., München 1989. (DM 22,—)
- Band 44:** 110 Jahre Wiedererrichtung des bulgarischen Staates 1878—1988. Hrsg. von Klaus-Detlev Grothusen. München. Erscheinungstermin: Jan. 1990
- Band 45:** Die Deutschen in Ungarn. Hrsg. von Georg Brunner. 132 S., München 1989. (DM 22,—)

## **SÜDOSTEUROPA AKTUELL**

Im Namen der Südosteuropa-Gesellschaft herausgegeben von Walter Althammer

- Heft 1:** Fragen der Finanzierung des Handels mit Südosteuropa. Hrsg. von Walter Althammer. 82 S., München 1987. (DM 7,—)
- Heft 1:** Südosteuropa in der Ära Gorbatschow. Auswirkungen der sowjetischen Reformpolitik auf die südosteuropäischen Länder. Hrsg. von Walter Althammer. 159 S., München 1987. (DM 15,—)
- Heft 3:** Die Türkei und die Europäische Gemeinschaft. Hrsg. von Werner Gumpel. 120 S., München 1988. (DM 12,50)
- Heft 4:** Die jugoslawische Wirtschaft — Gegenwart und Zukunft. Hrsg. von Werner Gumpel. 105 S., München 1988. (DM 10,—)
- Heft 5:** Agrarwirtschaftliche Zusammenarbeit mit Albanien. Hrsg. von Walter Althammer. 126 S., München 1989. (DM 12,50)
- Heft 6:** Landesentwicklung und Umweltschutz im Donauraum. Hrsg. von Karl Ruppert. 138 S., München 1989. (DM 15,—)
- Heft 7:** Interkulturelle Kommunikation in Südosteuropa. Hrsg. von Franz Ronneberger. 132 S., München 1989 (DM 15,—)
- Heft 8:** Die Interessen der Anliegerstaaten am Rhein-Main-Donau-Kanal. Hrsg. von Werner Gumpel. München. Erscheinungstermin: Jan. 1990.